

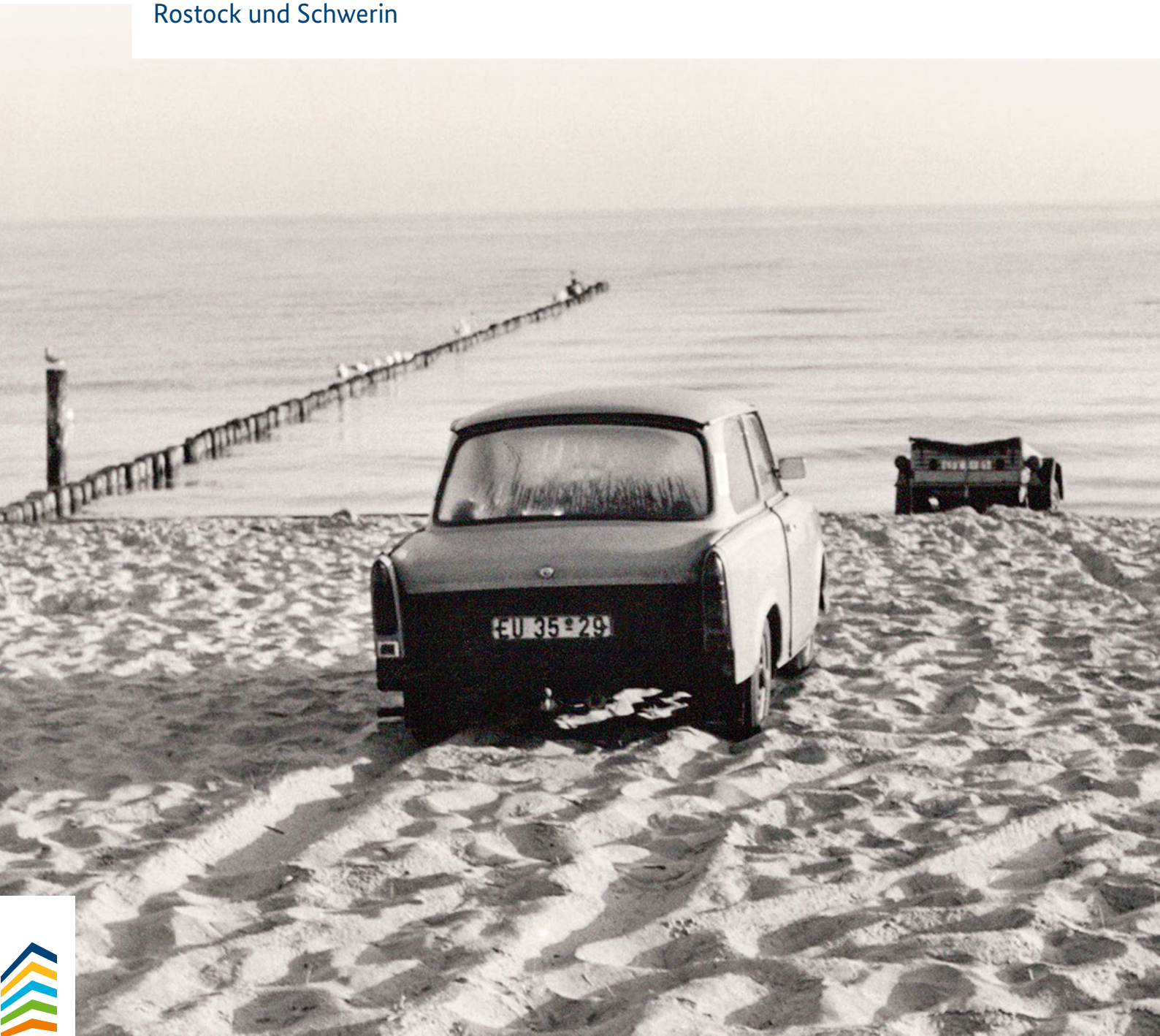


Das  
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS  
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV  
STASI IN DER REGION

# Stasi in Mecklenburg- Vorpommern

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg,  
Rostock und Schwerin



Elise Catrain (Hg.)

**Stasi in Mecklenburg-Vorpommern.  
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken  
Neubrandenburg, Rostock und Schwerin**

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
<b>Die Zäsuren</b>	<b>9</b>
1945–1950 Früher Widerstand und Repression in Schwerin	10
1953 Der 17. Juni an der Ostseeküste: Unruhen auf der Warnowwerft	14
1956 »Entrahmte Stalinbilder« – Folgen der Entstalinisierung in Mecklenburg-Vorpommern	18
1952–1960 »Wenn ich so etwas sehe, werde ich am liebsten wieder Einzelbauer« – Kollektivierung der Landwirtschaft	23
1961 »Wer weiß, wie lange wir noch hier sind« – Zwangsaussiedlungen im Norden	27
1968 »Okkupanten raus« – ein Altwarper Soldat und der Prager Frühling	32
1976 Biermann hat »doch nur die Wahrheit gesagt« – Parchimer Protest	36
1985–1989 Glasnost und »Sputnik«-Verbot: Die Angst der SED vor Veränderungen	40
<b>Der Apparat</b>	<b>45</b>
Erhöhte Wachsamkeit – der Demmlerplatz in Schwerin	46
Die Stasi mit an Bord – die Überwachung des Rostocker Hafens	50
Auf dem platten Land an der deutsch-deutschen Grenze: die Kreisdienststelle Hagenow	55
Die Stasi im Kernkraftwerk Greifswald und der Fall Manfred Haferburg	59
»Eine gute Einstellung zur Kritik und Selbstkritik« – die hauptamtlichen Mitarbeiter	64
Die Stasi am Tresen – das MfS im Hotel »Neptun«	69
<b>Die Methoden und ihr Einsatz</b>	<b>75</b>
»Wir sind der letzte Dreck« – die Bausoldaten in Prora	76
Mit dem Motorboot über das Meer: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier	81
Postspitzel und Paketdiebe – die Abteilung M der Stasi	85
»Klassenkampf auf dem Lande« – Das Beispiel Lieblingshof	89
Unter einem Dach: Die Friedensbewegung in der evangelischen Kirche	93
»Absolut ehrlich« – die Stasi, IM »Erich« und der Kunsthandel	99
Die Operative Personenkontrolle »Erbe« – das MfS im Sportclub Traktor Schwerin	102
Ein »Sportverräter« beim FC Hansa Rostock – die Flucht des Fußballers Axel Kruse	106
Heimatlos in der DDR – das Vorgehen der Stasi gegen »Umsiedler«	111
Helmut Schmidt in Güstrow – 3. deutsch-deutsches Gipfeltreffen oder die Stasi im Ausnahmezustand	114
Mit der Stasi an den Strand	119

<b>Das Ende</b>	<b>125</b>
Ein »A« im Wohnzimmerfenster – Corpus Delicti für die Stasi	126
Die Friedliche Revolution und die Auflösung der Stasi im Norden	132
<b>Anmerkungen</b>	<b>138</b>
<b>Übersichten und Verzeichnisse</b>	<b>147</b>
Struktur und Aufgaben der Stasi in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin	147
Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin	150
Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen	154
Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen	158
Autorinnen und Autoren	162
Abkürzungsverzeichnis	163
Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Mecklenburg-Vorpommern	165



## Einleitung

Am späten Abend des 25. Oktobers 1984 meldete der Wetterdienst des Norddeutschen Rundfunks für die Mecklenburger Bucht Wind aus westlicher Richtung mit einer Stärke von 6 bis 7. Diese Vorhersage hörte Paul Ziemann (Jg. 1943) im Radio, als er vom Volleyball-Training seiner Mannschaft aus Rostock-Schmarl zurückkam.<sup>1</sup>

Kurz darauf ging er zu seiner Garage in die Fritz-Reuter-Straße in Warnemünde, befestigte sein Surfbrett auf dem Dachgepäckträger seines Trabants und verstaute seinen Surfanzug im Auto. Sein Traum war es immer gewesen, auf dem Meer zu sein und die Welt zu bereisen. Da ihm jedoch kein Seefahrtsbuch ausgestellt wurde – dies war im SED-Staat Voraussetzung für die internationale Schifffahrt – blieb diese Sehnsucht unerfüllt. Daher plante er, von Börgerende bei Rostock aus, über die Ostsee nach Dänemark zu fliehen. Doch angesichts der Wetterprognose war er unsicher: Ob die Flucht bei dieser Windstärke tatsächlich gelingen konnte? Er entschloss sich, erst einmal am Strand von Heiligendamm die Windverhältnisse zu prüfen. Bis dahin aber kam er nicht: Die Volkspolizei (VP) nahm ihn unterwegs fest. Mitten in der Nacht hatte er mit einem Surfbrett auf dem Auto verdächtig gewirkt.

Die VP überstellte Paul Ziemann an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Bei seiner Vernehmung gab er zum Erstaunen des MfS zu Protokoll, dass er schon einmal einen Fluchtversuch gewagt hatte. Nur eine Woche zuvor, am 18. Oktober, war er mit dem Surfbrett auf die Ostsee hinausgefahren. Er hatte schon vier Seemeilen zurückgelegt, als das Segel zerriss. Er musste seine Flucht abbrechen und kehrte zurück nach Hause. Paul Ziemann wagte schließlich einen zweiten Fluchtversuch. Diesmal hatte er sogar ein zweites Segel für sein Surfbrett dabei.<sup>2</sup>

Drei Tage nach seiner Verhaftung, nach Schlafentzug und Verhören in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Rostock zerbrach Paul Ziemann in seiner Verzweiflung einen Trinkbecher und schnitt sich mit einer Scherbe die Pulsadern auf. Doch sein Suizidversuch misslang und er kam vor Gericht: Am 18. Januar 1985 wurde er wegen »ungesetzlichen Grenzübertritts« nach § 213 Strafgesetzbuch (StGB) zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt. Ein Dreivierteljahr später wurde

er aus der Haft entlassen, der Rest des Strafmaßes auf Bewährung ausgesetzt.<sup>3</sup>

Wie Paul Ziemann sind etliche DDR-Bürger bereit gewesen, ihr Leben bei einem Fluchtversuch über die Ostsee zu riskieren, um den Zwängen, die in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) herrschten, zu entfliehen. Die Verhinderung solcher Fluchten stellte denn auch eine Schwerpunktaufgabe der Stasi an der Ostsee dar.

Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR absichern: Das war Ziel und Zweck des Ministeriums für Staatssicherheit. Welche Methoden die Stasi anwandte, wen sie ins Visier nahm und »bearbeitete«, wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 durch den Zugang zu den ehemals geheimen Stasi-Unterlagen bekannt. Mittlerweile können über 100 Regalkilometer Akten zur persönlichen Akteneinsicht durch Betroffene, für Forschungszwecke, zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, in Rehabilitierungs- und Rentenangelegenheiten, zur Strafverfolgung oder zur Überprüfung im öffentlichen Dienst genutzt werden. Allein in Mecklenburg-Vorpommern hinterließ die Staatssicherheit über acht Kilometer Akten. Sie werden in den Außenstellen des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archiv in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin verwahrt.

Aus den in diesen Archiven überlieferten Materialien zeigt die vorliegende Länderstudie eine Auswahl persönlicher Schicksale. Sie wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte in den ehemaligen Nordbezirken der DDR, aus denen nach der Wiedervereinigung das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde. Sie vermittelt charakteristische Facetten von Überwachung und Verfolgung im Alltag. Die Länderstudie bildet nicht die gesamte DDR-Lebenswirklichkeit ab, aber den alles beherrschenden Rahmen.

Wir möchten allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zugestimmt haben.



> MfS-Beweisfoto von Paul Ziemanns Surfbrett, das er für seine Fluchtversuche nutzte. Oktober 1984  
BArch, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 43



## Die vier Kapitel im Überblick

### Die Zäsuren

Im ersten Kapitel der Länderstudie wird eine Auswahl an historischen Ereignissen vorgestellt, die die DDR-Geschichte geprägt haben. Am 17. Juni 1953 stellten z. B. Arbeiter der Warnowwerft der Betriebsleitung ein Ultimatum und legten am nächsten Tag ihre Arbeit nieder. Der Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 war für die Bevölkerung ein weiterer Einschnitt. Hier werden am Beispiel der Zwangsaussiedlung im Kreis Ludwigslust die persönlichen Folgen für die Betroffenen sichtbar. Der spontane Protest eines jungen Soldaten, der sich während seines Urlaubs 1968 in Prag unter die Demonstranten mischte, wird beschrieben. Und es wird gezeigt, wie es dem Liedermacher Wolf Biermann 1976 nur wenige Monate vor seiner Ausbürgerung gelang, ein Konzert in Prenzlau zu geben.

### Der Apparat

Ein eigener Abschnitt widmet sich der Struktur und dem Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit. In Mecklenburg-Vorpommern befanden sich drei der insgesamt 15 Bezirksverwaltungen (BV) – in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin. Von Altentreptow bis Waren überzog das MfS die Region Mecklenburg-Vorpommern mit insgesamt 34 Kreisdienststellen (KD) und einer Objektdienststelle (OD) zur Überwachung des Kernkraftwerks Lubmin bei Greifswald. Eine Besonderheit in der Region stellte die 1956 gegründete Abteilung Hafen dar. Sie war für die Überwachung der Seehäfen und der Hochseeflotte zuständig. Neben dieser Struktur werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter (HM) des MfS vorgestellt sowie das umfangreiche Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) im Rahmen der Überwachung des »Neptun«-Hotels.

### Die Methoden und ihr Einsatz

In diesem Kapitel werden die Methoden der Staatssicherheit beleuchtet. Um die Bevölkerung zu überwachen und Systemkritik im Vorfeld zu unterbinden, entwickelte die Geheimpolizei eine ganze Reihe verdeckter und zunehmend subtiler Maßnahmen – von der Postkontrolle bis zu geheimen Verhören. Die Länderstudie macht deutlich, dass die Stasi in allen Bereichen aktiv war: in der Landwirtschaft, im sportlichen Bereich beim FC Hansa Rostock und dem Sportclub Traktor Schwerin, in den Kirchengemeinden oder bei der Überwachung von »Umsiedlern«. Das Vorgehen der Stasi gegen abweichendes Verhalten wird zudem am Beispiel der Bausoldaten in Prora thematisiert sowie anhand jugendlicher Camper auf Usedom.

### Das Ende

Das letzte Kapitel der Studie widmet sich dem Ende der SED-Herrschaft und der Auflösung der Staatssicherheit. Seit Mitte der 1980er-Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch auch durch politische Reformen in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten bedroht. Die wirtschaftlich prekäre Lage und der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach mehr Freiheiten – vor allem nach Reisefreiheit – setzten Prozesse in Gang, die Partei und Stasi nicht mehr aufhalten konnten. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, und die Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik wurden nach und nach geöffnet. Das Aufbegehren der Bevölkerung gegen das SED-Regime und seine Geheimpolizei hatte ab Oktober 1989 auch Mecklenburg-Vorpommern erfasst, Protestzüge und Demonstrationen fanden immer mehr Zulauf. Das Aus für die Staatssicherheit im Norden kündigte sich endgültig in den Abendstunden des 4. Dezembers 1989 an, als Bürgerinnen und Bürger die Vernichtung von Akten in der Rostocker Stasi-Dienststelle stoppten und die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei sicherten.

ECa/GCa/KSo



> Stasi-Minister Erich Mielke auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der SED in der BV Rostock. Links neben Mielke applaudiert der Leiter der Rostocker BV, Rudolf Mittag, rechts der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, Ernst Timm. Dezember 1983  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 847, Bl. 87 (Ausschnitt)





# Die Zäsuren

---

> »Wir fordern Freiheit für Biermann«: Losung am Neustrelitzer Rathaus. Trotz umfangreicher Ermittlungen konnte die Stasi die Verfasser nicht ausfindig machen. 21.11.1976  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XIX, Nr. 403, Bl. 116 (Ausschnitt)



## 1945–1950 Früher Widerstand und Repression in Schwerin

Am 29. April 1945 erreichten die sowjetischen Panzer Mecklenburg. Bis zum folgenden Tag besetzte die Rote Armee die ersten Städte wie z. B. Neubrandenburg und Greifswald. In den Morgenstunden des 1. Mai 1945 rückten die Truppen in die Stadt Rostock ein. Doch bestimmte weniger die Erleichterung über das Kriegsende, sondern Angst und Grauen die ersten Nachkriegstage. Die Furcht, dass die Rote Armee Rache für die nationalsozialistischen Verbrechen auf sowjetischem Boden üben würde, führte zu Panik unter der Bevölkerung und zu einer großen Zahl von Suiziden. So begingen etwa 1 000 Einwohner und Flüchtlinge allein in Demmin Anfang Mai 1945 Selbstmord.<sup>4</sup> Die zahllosen Gewalttaten, Vergewaltigungen und Plünderungen stürzten viele Menschen in Verzweiflung.

Bereits im Februar 1945 vereinbarten die Alliierten auf der Konferenz von Jalta die Aufteilung Deutschlands in drei (später vier) Besatzungszonen. Schwerin und West-Mecklenburg waren zunächst von Amerikanern und Briten besetzt worden. Sie übergaben diese Gebiete am 1. Juli 1945 der Roten Armee. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) übernahm die Verwaltung im östlichen Teil Deutschlands. Sie leitete tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse ein. Die sowjetische Administration stützte sich dabei auf die deutsche kommunistische Führungsschicht um Walter Ulbricht, die sich im Moskauer Exil jahrelang auf die Machtübernahme vorbereitet hatte und schon vor der Kapitulation vom 8. Mai 1945 nach Deutschland zurückgekehrt war. Unter der Leitung von Gustav Sobottka (1886–1953) nahm die mecklenburgische Führungsgruppe ihre Tätigkeit am 6. Mai 1945 auf, zunächst in Stettin.

In Mecklenburg-Vorpommern hatte die Sowjetische Militäradministration auf Landesebene ab dem 9. Juli 1945 ihre Zentrale in der Schweriner Schloßstraße. Der Demmlerplatz wurde zum Sitz des sowjetischen Geheimdienstes und des Militärtribunals.<sup>5</sup> Die sowjetische Verwaltung führte ein repressives Regime mit Massenverhaftungen und Verurteilungen; sie verhängte drakonische Strafen von bis zu 25 Jahren Arbeitslager oder sogar die Todesstrafe. Viele Häftlinge kamen in das Speziallager Nr. 9 des sowjetischen Geheim-

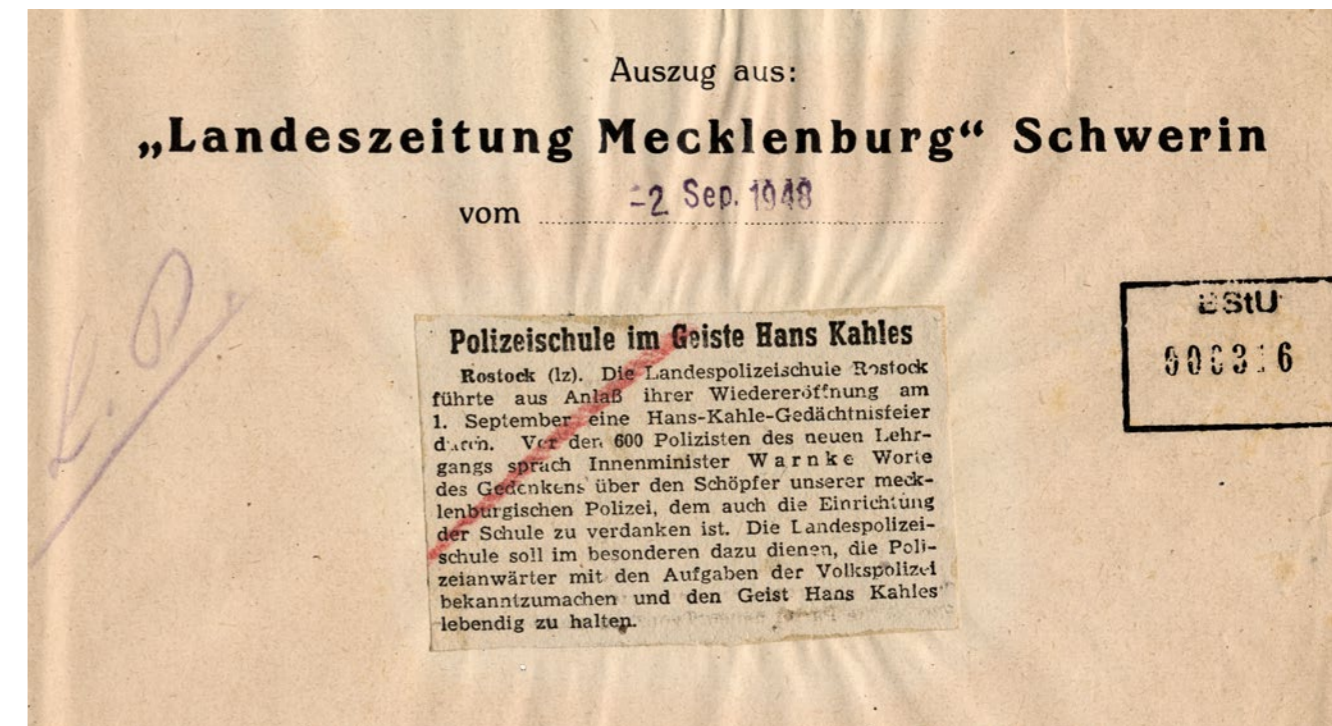
dienstes NKWD (ab 1946 MGB) in Neubrandenburg-Fünfeichen. Von 1945 bis 1948 wurden in diesem ehemaligen Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht über 15 000 Personen inhaftiert, ein Drittel davon überlebte die Haft nicht. Darunter befanden sich Nationalsozialisten und Funktionäre aus dem Dritten Reich, aber auch viele, die aufgrund falscher Vorwürfe einsaßen. Die endgültige Auflösung des Lagers fand im Januar 1949 statt.<sup>6</sup>

Die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) bzw. SED sah in einer funktionierenden staatlichen Verwaltung und einem im ideologischen Sinne zuverlässigen Polizeiapparat die Voraussetzungen, um ihre politische Herrschaft durchzusetzen und eine Staats- und Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Vorbild zu ermöglichen. Bei der Rekrutierung des politischen, insbesondere sicherheitspolitischen Führungspersonals spielte die Gesinnung eine entscheidende Rolle. Ende 1946 wurde in Mecklenburg eine Landespolizeischule zunächst in Hamberge bei Grevesmühlen und später in Rostock neugegründet. Am ersten Rostocker Lehrgang nahm beispielsweise der spätere Leiter der Bezirksverwaltung des MfS Alfred Kraus teil.<sup>7</sup>

**1949 hatte die  
»Hauptverwaltung zum Schutz  
der Volkswirtschaft«  
1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.<sup>8</sup>**

Schon früh wurden auch die Weichen für den Aufbau einer politischen Polizei gestellt.<sup>9</sup> Abteilungen zur Verfolgung »politischer Kriminalität« entstanden innerhalb der Polizei und erhielten nach einem Vereinheitlichungsprozess Anfang 1947 in allen Ländern die Bezeichnung »K 5«. Diese Abteilungen fungierten als Hilfsorgane der sowjetischen Geheimpolizei und arbeiteten ihr bei politischen Delikten, Kriegsverbrechen sowie Widerstand gegen die neue staatliche Ordnung zu.<sup>10</sup> Sachsen galt als Vorbild beim Aufbau des Polizeiapparates. In Mecklenburg ging der Aufbau einer politischen Polizei hingegen nur schleppend voran.<sup>11</sup>

Schon bald aber drängte die ostdeutsche Führung darauf, eine eigene deutsche Geheimpolizei aufbauen zu dürfen. Trotz Skepsis des sowjetischen Geheimdienstes



> Die »Landeszeitung Mecklenburg« berichtete über die Neueröffnung der Polizeischule. Der altbewährte Kommunist Hans Kahle war der erste Chef der mecklenburgischen Volkspolizei nach dem Zweiten Weltkrieg. 2.9.1948  
BArch, MfS, AS 13/69, Bl. 316

stimmt Stalin dem Vorhaben im Dezember 1948 zu. Daraufhin wurde die »K 5« aus der Kriminalpolizei ausgegliedert und die »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« gegründet. Sie stand unter strenger sowjetischer Aufsicht und wurde die Vorläuferin des Ministeriums für Staatssicherheit.<sup>12</sup> Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 folgte schon am 8. Februar 1950 das Gesetz zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, auch hier nach dem sowjetischen Vorbild. In Schwerin hatte die Länderverwaltung Mecklenburg des MfS ihren Sitz. 1952 teilte die SED das Land Mecklenburg in die Bezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin auf. Dementsprechend gab es dann drei Bezirksverwaltungen des MfS im Norden.

Kritik gegen die Etablierung der kommunistischen Ordnung bzw. der SED wurde verfolgt und geahndet. Besonders drastisch gingen Partei und Polizei gegen die Liberal-Demokratische Partei (LDP) vor. An der Universität Rostock hatte sich eine oppositionelle Studentengruppe um Arno Esch (1928–1951) gebildet. Er war Student der Rechtswissenschaften, zunächst Jugendreferent der LDP und ab 1949 im Zentralvorstand der liberalen Partei tätig. Die Machthaber sahen in Esch eine Gefahr. Anfang 1949 beschrieb ihn der Schweriner Leiter des Landeskriminalpolizei-

amtes: »Er ist ein eifriger Verfechter der Richtlinien seiner Partei und wird als Gegner der SED bezeichnet [...]. Durch Redegewandtheit und geschickte Themenbehandlung versucht E. die Zuhörer für seine Partei zu gewinnen. Trotz seiner Jugend wird E. bereits als die treibende Kraft in der LDP-Jugend bezeichnet.«<sup>13</sup> Am 18. Oktober 1949 verhaftete die »K 5« Esch und 13 weitere Mitglieder der LDP. Esch und sechs Mitstreiter wurden 1950 vom Militärtribunal in Schwerin und erneut 1951 in Moskau wegen Spionage und Bildung einer konterrevolutionären Organisation zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet. Das Urteil für die anderen LDP-Mitglieder lautete auf 25 Jahre Haft, die ersten von ihnen kamen 1953 frei.<sup>14</sup>

Auch in Schwerin fanden sich junge Erwachsene zu Protestaktionen zusammen, weil ihre Hoffnungen auf einen demokratischen Neuanfang durch den rigiden Machtanspruch der SED zerrannen. Von Oktober 1949 bis Mai 1950 organisierten sie verschiedene Aktionen, von der Verteilung von Flugblättern, dem Anbringen von Losungen bis hin zum Zünden von Raketen auf dem Grunthalplatz vor dem Hauptbahnhof und dem Domplatz, mit denen bis zu 500 Flugblätter abgeworfen wurden. Die Sicherheitskräfte tappten sehr lange im Dunkeln. Sie verstärkten ihre Kontrollen, zunächst jedoch ergebnislos. Den entscheidenden Hinweis lieferte





> Flugblatt, das von der Schweriner Gruppe verteilt wurde. 1949  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 314/50, Bl. 110

unbeabsichtigt ein Gruppenmitglied, als ihm bei einer Flugblattaktion ein Passbild seiner Freundin aus der Tasche fiel. Am 6. Juli 1950 verhaftete ihn die Stasi und durchsuchte sein Elternhaus. Dabei machte sie einen verräterischen Fund: 15 000 regimekritische Flugschriften.<sup>15</sup> Daraufhin verhaftete die Staatssicherheit über 15 Personen in Schwerin, Hagenow und Blücher bei Boizenburg.<sup>16</sup> Die meisten von ihnen besuchten die Schweriner Goethe-Schule und waren Mitglied der LDP. Die oft von der Stasi vermuteten »Hintermänner aus dem Westen« spielten tatsächlich in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Gruppe erhielt die gegen die SED gerichteten Flugblätter und weiteres Material aus West-Berlin, hergestellt durch die Ostbüros der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU).

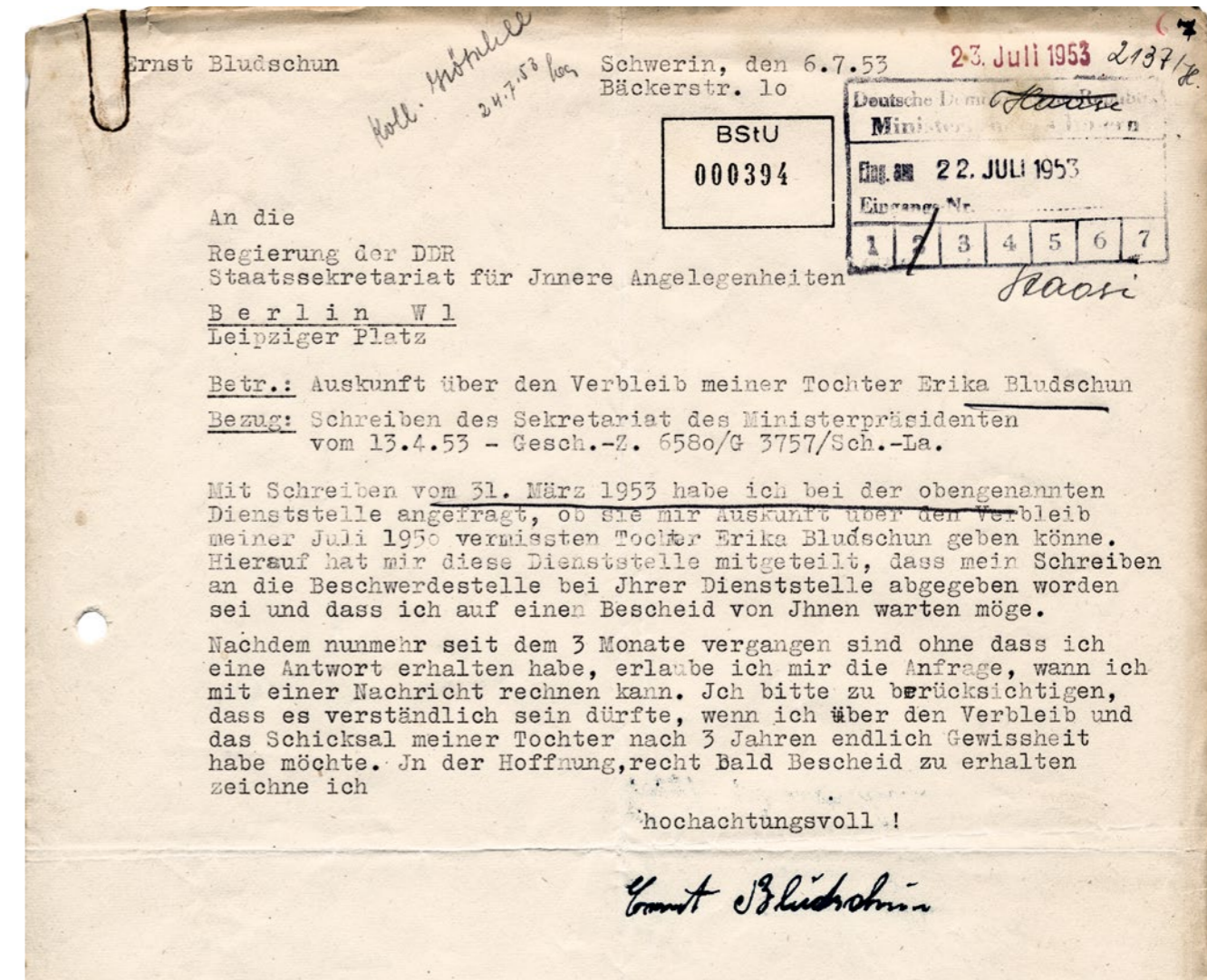
### Das MfS verfügte 1950 über 2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.

Unter den Verhafteten befand sich Erika Bludschun (1929–2011). Die junge Frau hatte über ihren Verlobten Hans-Jürgen Jennerjahn (1928–2016) von den Aktivitäten der Gruppe erfahren. An einem Abend beteiligte sie sich an einer Flugblattaktion: Während ihr Verlobter

Zettel in verschiedenen Straßen klebte, stand sie Wache. Bei einer späteren Aktion machte sie nicht mit, da sie »es mit der Angst zu tun bekam«<sup>17</sup>. Sie hatte von Jennerjahn eine Schreibmaschine erhalten, mit der sie einige Flugblätter abtippte. Als sie von der Verhaftung ihres Freundes erfuhr, bat sie ihren Bruder, die Schreibmaschine im Garten zu vergraben. Der hilflose Versuch, die Spuren zu beseitigen, scheiterte jedoch.



> Erika Bludschun  
Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Schwerin (Ausschnitt)



> Oft blieben die Eltern jahrelang im Unklaren über das Schicksal ihrer verhafteten Kinder. Der Vater von Erika Bludschun verfasste mehrere Briefe, auch an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Die meisten Briefe blieben unbeantwortet. 6.7.1953  
BArch, MfS, HA IX/11, SMT, Bd. 15, Teil II, Bl. 394

Hans-Jürgen Jennerjahn wurde am 5. Juli 1950 verhaftet, drei Tage nach ihm auch Erika Bludschun. Beide wurden zum Demmlerplatz gebracht und von sowjetischen Offizieren verhört. Am 23. Oktober verurteilte das Sowjetische Militärtribunal im Justizgebäude am Demmlerplatz beide, zusammen mit weiteren jungen Leuten, zu jeweils 25 Jahren »Besserungsarbeitslager«. Jennerjahn musste von 1951 bis 1955 Zwangsarbeit im russischen Arbeitslager Workuta leisten, 120 Kilometer nördlich des Polarkreises. 1955 durfte er nach Deutschland zurückkehren und siedelte in die Bundesrepublik über. Erika Bludschun verbüßte ihre Strafe als Zwangsarbeiterin in einer sibirischen Fabrik. Dann wurde sie entlassen und kehrte in die DDR zurück, knapp ein halbes Jahr später floh sie in die Bundesrepublik. Die Haft und der Aufenthalt in Sibirien hinterließen bei Erika Bludschun tiefe psychische und physische Wunden.<sup>18</sup>

Erika Bludschun und ihre Mitstreiter waren Leidtragende des frühen Stalinismus. Westdeutsche politische Organisationen wie der KgU organisierten zu diesem Zeitpunkt vermehrt »Widerstandsaktionen« und gewannen dafür junge Leute aus dem Osten, die als Vermittler vor Ort fungierten. Den ostdeutschen Mitgliedern der Gruppe war zu diesem Zeitpunkt durchaus bewusst, dass sie ein hohes Risiko eingingen. Sie wurden zu Opfern der gnadenlosen Repressionspraxis, die Ende der 1940er-Jahre in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR herrschte. Kritische Meinungsäußerungen wurden mit rücksichtsloser Härte und langjährigen Gefängnisstrafen unter unmenschlichen Bedingungen verfolgt.



## 1953

### Der 17. Juni an der Ostseeküste: Unruhen auf der Warnowwerft

Am 17. Juni 1953 mittags begann der Dreher Gerhard Bürgel (1924–2013) seinen Arbeitstag auf der Warnowwerft in Warnemünde. Schon bei Schichtbeginn kurz nach 13.30 Uhr spürte Bürgel, dass etwas in der Luft lag. Ein Dreher aus der Frühschicht prophezeite: »Ihr braucht gar nicht mehr anfangen zu arbeiten, morgen wird sowieso gestreikt.«<sup>19</sup> Seine Kollegen diskutierten über die Streiks, die in Berlin stattgefunden hatten. In der Werft ging das Gerücht um, dass ein Abteilungsleiter aus Halle 4 sein Parteizeichen abgenommen habe. Am Nachmittag erfuhr Bürgel, dass die Belegschaft vorhatte, eine Versammlung noch vor Feierabend zu organisieren. Er bot sich als Sprecher an, weil er redigewandt war und schon oft bei Versammlungen gesprochen hatte.<sup>20</sup>

Um 18.30 Uhr begann die Versammlung in der mechanischen Werkstatt, an der circa 300 Arbeiter teilnahmen. Bürgel und einige seiner Kollegen ergriffen das Wort und sammelten die Forderungen der Belegschaft. Die Hauptforderung war die Rücknahme der um 10 Prozent erhöhten Norm, die einige Wochen zuvor von der SED beschlossen worden war. Bürgel proto-



> Gerhard Bürgel bei seiner Verhaftung. 18.6.1953  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 74/53, Bl. 108/1

kollierte die Versammlung und hielt fest: »Es wurde aufgezeigt, wie in letzter Zeit bewusst die Arbeitskraft der Arbeiter von unfähigen Funktionären ausgebeutet wurde.«<sup>21</sup> Am Ende stellten die Arbeiter ein Ultimatum an die Werksleitung. Sollte diese den Forderungen nicht bis zum folgenden Tag 13.30 Uhr nachgeben, »müssen andere Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beschlossen werden.«<sup>22</sup>

Am 18. Juni kurz nach dem Beginn der Frühschicht um 6.00 Uhr begannen die ersten Diskussionen in Halle 1 und in der Abteilung »Konstruktion Maschinenbau« der Warnowwerft. Zwei Stunden später bildete sich bereits ein Demonstrationzug von circa 600 Arbeitern. Die Demonstranten zogen von Halle zu Halle und liefen zum Haupttor der Werft. Dort wurden sie jedoch von sowjetischen Soldaten gestoppt. Die Stimmung heizte sich schnell auf, es fielen Warnschüsse. Aufgebrachte Arbeiter zerstörten Schilder und setzten die DDR-Flagge auf Halbmast als Zeichen der Solidarität mit den Arbeitern, die in Berlin erschossen worden waren.<sup>23</sup> Eine 50-köpfige Delegation trat in Verhandlungen mit der Werftleitung ein. Zu den Forderungen vom Tag zuvor wurden nun auch Stimmen laut, die die Entlassung der Werkdirektion und den Rücktritt der Regierung forderten. Vor dem Werfteingang postierte sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP), die Vorläuferin der Volksarmee. Als die Frühschicht zu Ende ging, durften die Arbeiter das Gelände nur in kleinen Gruppen verlassen. Die nächste Schicht erhielt keinen Zutritt mehr zur Werft. Damit ruhte zwar die Arbeit vollkommen, aber auch der Streik war beendet und die Lage entspannte sich wieder. Am 19. Juni nahmen die Arbeiter den Schichtbetrieb wieder wie gewohnt auf. Die Stasi protokollierte: »Es bildeten sich lediglich in der ersten Stunde der ersten Schicht einzelne Diskussionsgruppen, die aber von den Angehörigen der KVP schnell ohne jeden Zwischenfall zerstreut wurden.«<sup>24</sup>

Nun begann die Stasi, gegen die Streikorganisatoren zu ermitteln. Noch in den Nachmittagsstunden des 18. Juni verhaftete sie Gerhard Bürgel und brachte ihn in ihre Rostocker Untersuchungsanstalt. Beschuldigt wurde er, »Boykotthetze« betrieben und sich als »Rädelsführer« am Streik beteiligt zu haben.<sup>25</sup> Das MfS vernahm Bürgel mehrere Tage und durchsuchte sein Haus. Am 1. Juli wurde er wieder entlassen. Bürgel hatte sich am 18. Juni zu Streikbeginn nicht auf der Werft aufgehalten und konnte deshalb kein Anführer



> In der Warnowwerft bildete sich ein Demonstrationzug. 18.6.1953  
Stadtarchiv Rostock 3.02.4.8.15.22941

gewesen sein. Zudem kam das MfS zu dem Ergebnis, dass er nur als Sprachrohr fungiert habe: »Auch die durchgeführten Zeugenvernehmungen ergaben, dass Bürgel wohl die Forderungen der Arbeiter verlas, aber die Forderungen von Arbeitern aus der Menge gestellt wurden.«<sup>26</sup> Über seine Haft durfte Bürgel nicht sprechen.<sup>27</sup>

Die zunehmende Militarisierung, die Enteignung von Betrieben, die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die verstärkten Repressionen und schließlich die Erhöhung der Arbeitsnormen waren auf breiten Widerstand in der DDR-Bevölkerung gestoßen, der Druck und die Frustrationen bei Arbeitern und Angestellten immer größer geworden. Wie sollte man in den Betrieben die Norm erfüllen, ja sogar übererfüllen, wenn es an Material mangelte?<sup>28</sup> Der Protest gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nahm in Berlin seinen Anfang, wo die ersten Bauarbeiter am 15. Juni zu streiken begannen.

Wichtiger Schauplatz der Geschehnisse um den 17. Juni 1953 im Norden waren die Werften. Nicht allein die Warnowwerft wurde bestreikt, auch in der benachbarten Neptun-Werft hatte ein Großteil der Belegschaft nach der Frühstückspause die Arbeit niedergelegt. Die Forderungen waren ähnlich: Senkung der Normen, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Rücktritt der Regierung und freie Wahlen.<sup>29</sup> Auch in Stralsund traten über 5 000 Arbeiter am Morgen des 18. Juni in den Streik.<sup>30</sup>

In Kreisstädten und kleineren Gemeinden kam es zu Demonstrationen, wie z. B. in Güstrow (sogar schon am 16. Juni) oder in Teterow, wo sich mehrere Hundert Personen am Morgen des 17. Juni vor dem Gefängnis versammelten, um die Freilassung von politischen Häftlingen zu fordern. Bauern solidarisierten sich mit den Arbeitern, einige traten aus Protest aus ihrer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) aus.<sup>31</sup> Die Zwangskollektivierung und die damit verbundenen Repressionen hatten bei vielen Landwirten Spuren hinterlassen, Frust und Unzufriedenheit waren groß.

### Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Im ganzen Norden gab es Aktionen, jedoch fiel der Volksaufstand in den nördlichen Bezirken vergleichsweise ruhig aus. Dies lag zum einen an der dünnen Besiedlung und der landwirtschaftlichen Prägung der Region, die nicht über so große Industrieschwerpunkte wie die südlichen Bezirke verfügte. Zudem erreichte die Nachricht von den Unruhen in Berlin, Leipzig, Halle oder Jena den Norden erst später. Die meisten Streiks und Demonstrationen fanden dann ab dem 18. Juni statt. Damit war der Überraschungseffekt, der Partei und Sicherheitskräfte im Süden überrumpelt hatte, nicht gegeben. Hier waren die Machthaber auf die Unruhen besser vorbereitet und die Sowjetarmee intervenierte umgehend. Die Streiks beschränkten



BStU  
000056

Protokoll  
-----

Über eine Kurzversammlung am 17.6.1953 in Halle 4

Anwesende:

Die Hallen 1, 2, 4 und 5

Koll. B e y als Vertreter der Werftleitung

Koll. E i s e l e als Vertreter der SED Betriebsgruppe

Koll. W e s t p h a l als Vertreter der B.G.L.

Auf Wunsch aller Kollegen der II Schicht in der Halle IV wurde der Gruppenorganisator beauftragt in der Mittagspause eine Kurzversammlung einzuberufen über das Thema:

Normsenkung und allgemeine Tagesfragen. Da dieses Thema alle Kollegen interessiert blieb es nicht aus, daß sich andere Hallen dieser Versammlung anschlossen. (ca. 200 Koll.)

Nach kurzen einleitenden Worten des Org. nahm ein Sprecher der Halle IV das Wort und gab einen Überblick über die augenblickliche Lage der Arbeiter. Es wurde aufgezeigt, wie in letzter Zeit bewußt die Arbeitskraft des Arbeiters von unfähigen Funktionären ausgebeutet wurde.

Aus der Menge der Kollegen wurde der Koll. E i s e l e gebeten das Wort zu ergreifen.

Koll. Eisele war nicht in der Lage die angeführten Argumente zu entkräften und die Diskussion entsprechend zu lenken. Zum Abschluß der Diskussion wurden folgende Punkte zur Verlesung gebracht und von der Versammlung ohne Kommentar gebilligt:

- 1) Wiedherstellung der Arbeitsbedingungen betr. Zeitvorgabe wie sie vor einem halben Jahr bestanden.
- 2) Einsetzen der alten Lohngruppen für den gleichen Zeitraum geltend.
- 3) Zeitvorgaben sind grundsätzlich wieder wie vorher von der Technologie vorzunehmen. Technologen die von den Kollegen abgelehnt werden, sind in die Produktion zurückzuführen.
- 4) Die Unterabteilung für Arbeit hat sich ernstlich mit Zeitstudien zu befassen. Angeforderte Sachbearbeiter haben sich sofort bei Beginn der Arbeit zur Studie einzufinden, auch in der Nachtschicht.
- 5) Bei Zeitvorgaben ist grundsätzlicher Unterschied zu machen zwischen Einzel- und Massenanfertigung. Als Massenanfertigung gelten Arbeitsaufträge die mindestens 10 gleiche Teile umfassen.
- 6) Die Werftleitung wird aufgefordert bis 18.6.1953 in Halle um 13<sup>30</sup> Uhr die Erfüllung unserer Forderungen den Kollegen vorzutragen.

Andernfalls müssen andere Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele beschlossen werden.

Protokollführer *Bügel*

> Gerhard Bügel verfasste nach der Versammlung auf der Warnowwerft ein Protokoll. 17.6.1953  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 74/53, Bl. 56

76

**Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch**

Nr.	Angenommen	weiter an	Datum	Zeit	durch wen	Aufgenommen	Rang- zeichen:
	von					am	
	Zelosko						
	om 17.6.53						
	Uhrzeit 14.45						

Absender: Bezirksbehörde, Rostock - Operativstab -  
An MfS Rostock

Betreff: Streik in der Volkswerft Stralsund.

Bezug:

Um 14.00 Uhr wurde vom Genn-ossen VP.-Rat G e h m gemeldet, dass auf der Volkswerft Stralsund die Arbeiter in Streik getreten sind.

Grund: Zu Ehren des Gen. Walter Ulbricht (Geburtstag) soll ein Logger vorfristig fertiggestellt werden. Am Logger ist ein Transparent angebracht mit dem Namen Walter Ulbricht welches von den Arbeitern durchgestrichen wurde.

Die Arbeiter diskutieren, dass sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis der Schuldige der an den Erhöhungen für Zucker und Marmelade die Schuld trägt zur Verantwortung gezogen wird.

b.w.

BStU  
000077

> Auch in der Volkswerft Stralsund traten Tausende Arbeiter in den Streik. 17.6.1953  
BArch, MfS, BV Rostock, AS 2/76, Bd. 1, Bl. 77

sich in der Regel auf wenige Stunden.<sup>32</sup> Die Bestrafung sogenannter »Rädelsführer« fiel, wie im Fall Gerhard Bürgel, milder aus als beispielsweise in Thüringen oder Sachsen-Anhalt. Insgesamt hat es vielleicht auch an der nicht so impulsiven Gemüthsaltung der Bevölkerung im Norden gelegen, dass die Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht weniger intensiv ausfielen. Das MfS stellte z.B. über den Aufstand in der Warnowwerft fest: »Besonders provokatorisch und randalierend traten die Jugendlichen auf; aus dem Dialekt war zu erkennen, dass die meisten, die in den ersten Reihen standen, aus Sachsen«<sup>33</sup> waren.

Der 17. Juni 1953 hinterließ jedoch für Jahrzehnte ein Trauma nicht nur bei der Partei und Staatssicherheit, sondern auch bei der Bevölkerung. Etwa eine Million Menschen in über 700 Städten und Gemeinden der DDR hatten sich am Volksaufstand beteiligt.<sup>34</sup> Die SED machte ihrer Geheimpolizei den Vorwurf, die Gefahr nicht erkannt zu haben, und entband Stasi-Minister Wilhelm Zaisser von seinen Funktionen. Hier spielten auch Machtkämpfe innerhalb der Partei eine Rolle:

Walter Ulbricht nutzte den 17. Juni, um seinen stärksten Kontrahenten, nämlich Zaisser, im Politbüro zu entmachten. Von diesem Zeitpunkt an galt die Order an die Staatssicherheit, die Partei stets über alle Geschehnisse in der DDR zu informieren.<sup>35</sup>

Ein Jahr nach dem Volksaufstand erließ der Leiter der Stasi-Bezirksverwaltung Schwerin den Einsatzplan zur MfS-Aktion »Bollwerk«, gekoppelt mit einer Intensivierung der Überwachung. Ziel war es, eine Wiederholung des 17. Juni unter allen Umständen bereits im Vorfeld zu unterbinden. Die Aktion begann am 10. Juni 1954. Die Kreisdienststellen hatten alle drei Stunden über die Lage in ihrem Kreis zu berichten und jeden Vorfall umgehend zu melden. Auch die örtliche SED ließ sich intensiv vom MfS Bericht erstatten.<sup>36</sup> Zu jedem Jahrestag des 17. Juni verstärkte fortan das MfS seine Kontrollen. So blieb der 17. Juni bis zum Untergang der DDR stets ein Tag erhöhter Alarmbereitschaft bei der Staatssicherheit.

ECa



## 1956

»Enthramte Stalinbilder« –  
Folgen der Entstalinisierung in  
Mecklenburg-Vorpommern

Das Jahr 1956 begann mit einem Paukenschlag: Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der im Februar in Moskau stattfand, rechnete Generalsekretär Nikita Chruschtschow (1894–1971) schonungslos mit der Herrschaft Josef Stalins (1878–1953), dessen Verbrechen und dem Personenkult um ihn ab. Die plötzliche Abkehr vom bisher vergötterten Diktator löste im gesamten sowjetischen Machtbereich eine Krise aus. In Polen und Ungarn kam es sogar zu von breiten Schichten getragenen Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden.

An der DDR ging der Parteitag ebenfalls nicht spurlos vorüber. Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, sah sich Anfang März veranlasst, im »Neuen Deutschland« Stellung zu beziehen.<sup>37</sup> Sein Artikel, der in den schlichten Satz mündete »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen«, kam einem politischen Erdbeben gleich. Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung waren ambi-

valent. Insbesondere SED-Mitglieder waren von der plötzlichen Kehrtwende verunsichert und scheuten sich daher anfänglich, klar Stellung zu beziehen, so bei der Reichsbahndirektion Greifswald: »Man muss noch warten, welche Erläuterungen in der Frage des Personenkultes folgen werden [...]. Es ist besser, man schweigt. Sollen sich andere den Mund verbrennen.«<sup>38</sup> Mutiger war der Bürgermeister der vorpommerschen Gemeinde Eixen, ebenfalls SED-Mitglied, der witzelte, nach der Auswertung des XX. Parteitags gebe es »mehr Butter, denn die Stalinbilder werden entrahmt«.<sup>39</sup> Mit Humor nahmen es auch Studenten der Universität Greifswald, denen es gelang, ihren Dozenten für Gesellschaftswissenschaften zu verunsichern, der Ulbrichts Stellungnahme vom Vortag noch nicht gelesen hatte. Sie fragten ihn, ob Stalin zu den Klassikern gehöre, was jener bejahte. Erst im Anschluss zeigten sie ihm den Zeitungsartikel.<sup>40</sup>

In der Mehrzahl fühlten sich die Menschen in den Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg in ihrem Urteil über Stalin bestätigt und sprachen nun offen aus, was sie schon lange dachten. So äußerte ein Bauer aus dem Kreis Strasburg: »Vor Lenin nehme ich den Hut ab, doch Stalin war ein Diktator.«<sup>41</sup> Zugleich wurden Forderungen nach Konsequenzen für die DDR



> Chruschtschow bei seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU. 14.2.1956  
Foto: ullstein bild



> Freiheitskämpfer schwenken die ungarische Nationalfahne auf einem erbeuteten sowjetischen Panzer. 2.11.1956  
Foto: picture alliance/akg-images

laut, etwa bei Gewerkschaftsfunktionären in Schwerin: »Es wird Zeit, dass sich das Prinzip der Kollektivität auch bei uns durchsetzt und der Personenkult abgeschafft wird.« Dabei richtete sich der Fokus zunehmend auf Walter Ulbricht. Mitarbeiter des VEB Elde Süßwaren in Parchim äußerten etwa, dass auch Ulbrichts Schriften »eines Tages einer Kritik unterzogen« würden,<sup>42</sup> und Schweriner Bauern erklärten: »Walter Ulbricht spielt die gleiche Rolle bei uns wie Stalin in der Sowjetunion«, er mache »nur noch den letzten Atemzug«.<sup>43</sup> Selbst konkrete Forderungen nach einem Rücktritt des 1. Sekretärs wurden laut. So erklärte ein Greifswalder Friseurmeister, Ulbricht könne als »enger Mitarbeiter von Stalin« nicht mehr weitermachen: »Wenn Ulbricht Charakter hätte, müsste er von selber zurücktreten, aber wer hat heute schon Charakter!«<sup>44</sup>

Im Sommer und Herbst 1956 verschärfte sich die politische Entwicklung in einigen sozialistischen »Bruderstaaten«. Dies galt insbesondere für Polen, wo nach der gewaltsamen Niederschlagung des Posener Aufstandes Ende Juni 1956 der reformorientierte Flügel der kommunistischen Partei den 1951 inhaftierten früheren Parteichef Władysław Gomułka (1905–1982) zum 1. Sekretär wählte. In Ungarn weitete sich eine Studentendemonstration am 23. Oktober zu einem Massenprotest aus. Die sowjetische Armee griff ein und schlug den Aufstand im Laufe des Novembers blutig nieder. Etwa 2 500 Menschen fielen den gewaltsamen Auseinandersetzungen zum Opfer.

In der DDR wurden diese Entwicklungen aufmerksam registriert, wobei sich große Teile der Bevölkerung nicht auf die offizielle Darstellung der Ereignisse in Ungarn als »Konterrevolution« einließen. Vielmehr

kam es seit Ende Oktober zu Solidaritätsbekundungen mit den Aufständischen. Das MfS registrierte überall Losungen wie »Für die Konterrevolution in Ungarn« (im Studentenheim Rostock), »Mörder – Moskau – Ungarn«<sup>45</sup> (in der Berufsschule Grevesmühlen) oder »Lasst den 17.6. nicht noch einmal so ausgehen«<sup>46</sup> (in der Mathias-Thesen-Werft in Wismar). Mit dieser Anspielung war ein besonderer Nerv getroffen, blieb der nur mithilfe der Sowjets gestoppte Aufstand von 1953 doch bis zum Ende der DDR ein Trauma für die DDR-Geheimpolizei.<sup>47</sup>

»Erschüttert« über die Enthüllungen des XX. Parteitages der KPdSU war auch der Redakteur der SED-Bezirkszeitung »Freie Erde« Siegfried Wilkens.<sup>48</sup> Wilkens, 1921 im oberschlesischen Neisse geboren, war gelernter Koch und hatte an der Abendschule das Abitur abgelegt.<sup>49</sup> Im Jahr 1940 zur Wehrmacht eingezogen, geriet er gegen Ende des Krieges kurzzeitig in sowjetische Gefangenschaft. Nach seiner Rückkehr in die SBZ trat er der SPD bei und schlug sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, bevor er eine Karriere als Kulturfunktionär begann. Er leitete zwei Jahre lang die Volkshochschule in Hagenow und war später u. a. als stellvertretender Sekretär des Kulturbundes im Bezirk Neubrandenburg tätig. Im Herbst 1953 wechselte er zur »Freien Erde«, wo er rasch vom Hilfsredakteur zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Kulturredaktion aufstieg. Sein Privatleben war unstet: Außereheliche Beziehungen, Schulden bei Kollegen sowie häufige Alkoholexzesse prägten den Alltag des Familienvaters.

Wilkens' Konflikt mit der Staatsmacht lag eine eigentümliche Mischung aus privaten und politischen Ursachen zugrunde. Seit Mitte 1955 hatte er ein Verhältnis mit Charlotte Steiger, einer jüngeren Kollegin.<sup>50</sup> Zwischen den beiden kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen. Diese waren zunächst privater Natur, da Wilkens seiner Geliebten versprochen hatte, sie zu heiraten, die Scheidung von seiner Ehefrau aber nicht einreichte. Auch angebliche Pläne, in die Bundesrepublik zu fliehen, um dort für eine Heirat »frei« zu sein, setzte er nicht in die Tat um.<sup>51</sup> Im Jahr 1956 erhielten die Zwistigkeiten eine politische Komponente. Vor dem Hintergrund seiner Verunsicherung durch den XX. Parteitag begann Wilkens, sich Gedanken darüber zu machen, dass sich auch in der DDR einige Dinge ändern müssten.<sup>52</sup> Er sah nun seine schon zuvor



kritische Haltung zur Politik der SED bestätigt, etwa im Hinblick auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und die forcierte Kollektivierung auf dem Lande. Das Eingreifen der sowjetischen Armee während des Aufstands vom 17. Juni 1953 betrachtete er als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.<sup>53</sup> Grundsätzlich war er der Auffassung, dass Ulbrichts Kurs zu »radikal« sei und dessen Position an der Spitze des ZK der SED einer Annäherung an die westdeutsche SPD im Wege stünde.<sup>54</sup> Diese Auffassungen ließ er auch gegenüber seiner Kollegin durchblicken und behauptete überdies, im Jahr 1952 vom MfS inhaftiert und misshandelt worden zu sein. Diese Geschichte, so erklärte er im Nachhinein, habe er erfunden, um seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu untermauern und sich gegenüber seiner Kollegin wichtigzumachen.<sup>55</sup>

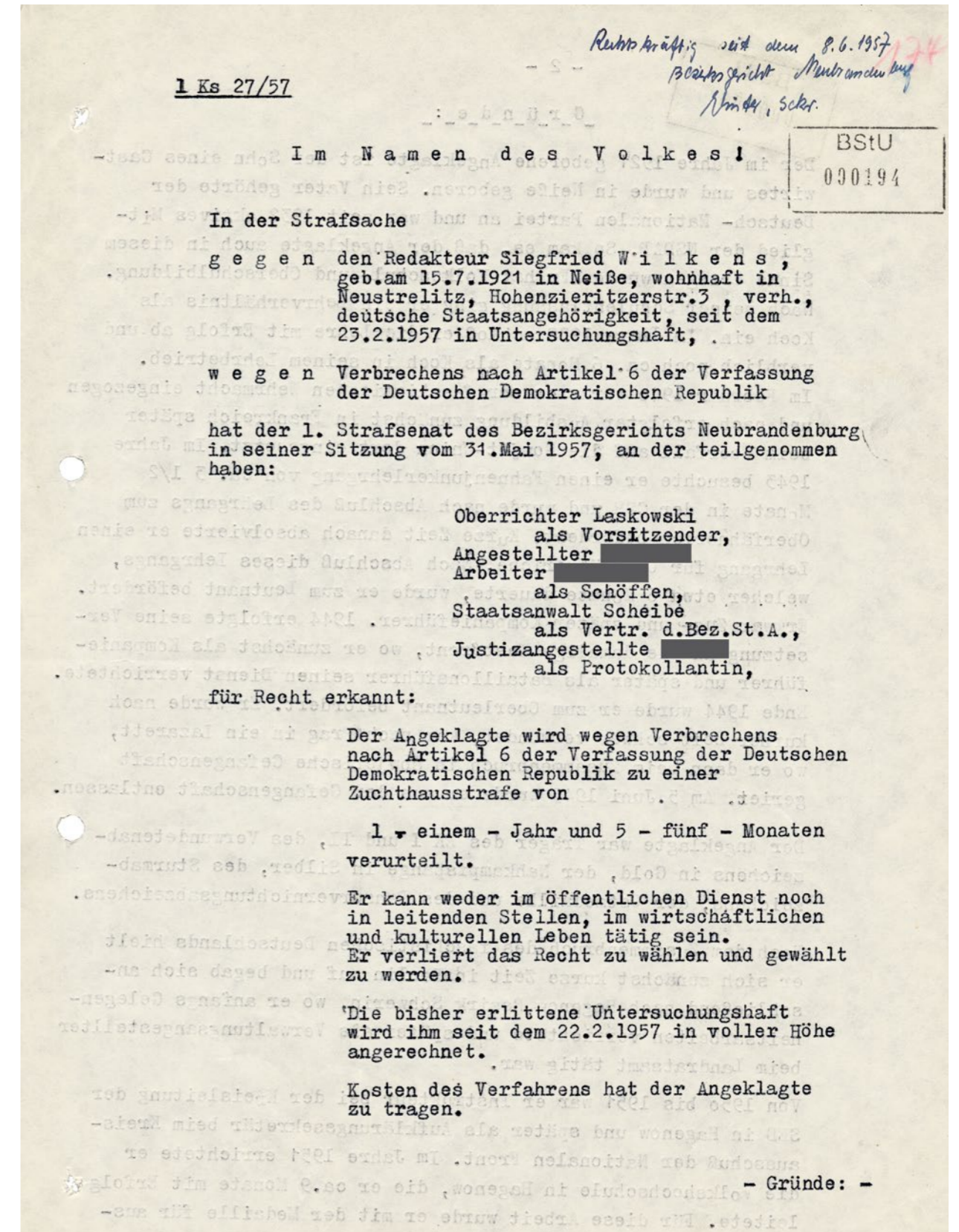
Nachdem Wilkens schon über einen längeren Zeitraum hinweg gegenüber seiner Geliebten abfällige Äußerungen über die SED-Führung gemacht hatte – u. a. titulierte er Walter Ulbricht als »Spitzbart« und »Sauerkohl« –, kam es im Herbst 1956 zu einer ersten Eskalation zwischen den beiden. Zwischenzeitlich war wegen ihres Verhältnisses ein Parteiverfahren eröffnet worden, das mit einer Rüge für Wilkens und mit der Versetzung von Charlotte Steiger in eine Kreisredaktion endete.<sup>56</sup> Die beiden trafen sich aber trotzdem weiter und Steiger hoffte immer noch auf eine gemeinsame Zukunft. Gleichzeitig bestärkten der politische Umbruch in Polen und der Volksaufstand in Ungarn Wilkens in seiner regimiekritischen Position. In der blutigen Niederschlagung des Aufstands durch die sowjetische Armee sah er eine erneute Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Im November 1956 kam es in Gegenwart von Steigers Schwester zu einem heftigen Streit über die politische Beurteilung der Situation in Ungarn, in dessen Verlauf Wilkens seine Geliebte als »Spitzel« beschimpfte.<sup>57</sup> In angetrunkenem Zustand ließ er die Bemerkung fallen, sie werde, »wenn es bei uns so kommt wie in Ungarn, als erste auf dem Marktplatz am Baum hängen«<sup>58</sup> – zu einer Zeit, als in der DDR-Presse schockierende Fotos von Angehörigen der ungarischen Geheimpolizei kursierten, die Opfer von Lynchjustiz geworden waren.<sup>59</sup> Weiter behauptete er, dass in der Redaktion der »Freien Erde« eine »Untergrundbewegung« aus ehemaligen SPD-Mitgliedern bestünde, die ihn zum Vorsitzenden gewählt und damit beauftragt habe, Steiger und einen



> Foto von Siegfried Wilkens aus dem Stasi-Untersuchungsvorgang, 1957  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 1, Bl. 265

weiteren Kollegen zu werben.<sup>60</sup> Steiger wies dieses Anliegen scharf zurück. Im Januar 1957 ließ sich Wilkens erneut zu einer drastischen Äußerung hinreißen: Nachdem ihm der Chefredakteur der »Freien Erde«, Horst Jonas, erneut Vorhaltungen wegen seines außer-ehelichen Verhältnisses gemacht hatte, bezeichnete er diesen gegenüber seiner Geliebten als »Judenlummel«, den man vergessen habe, »während der Nazizeit zu vergasen«.<sup>61</sup> Damit war das Maß für Steiger offenbar voll. Sie vertraute sich SED-Genossen an und berichtete von Wilkens' Ausfällen.<sup>62</sup> Welche Motivation dahintersteckte, lässt sich nur vermuten. Es kann sich um einen Akt persönlicher Rache gehandelt haben, da Wilkens noch immer keine Anstalten machte, sich von seiner Ehefrau scheiden zu lassen. Es kann aber auch umgekehrt Steigers Ziel gewesen sein, sich auf diese Weise endgültig von ihm zu lösen.<sup>63</sup> Möglicherweise spielte auch die Furcht eine Rolle, sie könnte als Mitwisserin belangt werden, wenn die regimiekritische Haltung und die Ausfälle Wilkens' ruchbar würden. Unmittelbare Folge der Weitergabe der Information war eine außerordentliche Parteiversammlung der Grundorganisation der »Freien Erde« am 22. Februar 1957, die mit Wilkens' Ausschluss aus der SED endete.<sup>64</sup>

Auf der Parteiversammlung räumte Wilkens – ebenso wie später in den Verhören durch das MfS – die ihm vorgehaltenen Äußerungen weitgehend ein und übte harte Selbstkritik. Seine Äußerungen zur »Konterrevolution« in Ungarn führte er auf eine »gewisse Unsicherheit« nach den »Korrekturen durch den



> Urteil des Bezirksgerichts Neubrandenburg gegen Siegfried Wilkens. 31.5.1957  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 3, Bl. 194



XX. Parteitag« zurück, die durch die Entwicklungen in den kommunistischen Parteien Polens und Ungarns noch verstärkt worden sei. Seine Ausfälle gegen die Kollegin Steiger begründete er damit, dass es wegen der »ungeklärten Verhältnisse« zwischen den beiden häufig zu »heftigen Auseinandersetzungen kam, indem wir uns Dinge vorwarfen, die völlig unsachlich waren«. Zudem verwies er auf eine Kopfverletzung aus dem Krieg, die ihn »leicht erregbar« mache und zu Äußerungen verleite, »die ich vor mir selber nicht verantworten kann und auch hinterher bereue«. Den härtesten Vorwurf, die antisemitischen Äußerungen über seinen Vorgesetzten Jonas, bestätigte er und begründete sein Verhalten damit, dass er sich durch dessen Kritik persönlich zurückgesetzt gefühlt habe. Die konkreten Formulierungen wollte er wenige Tage zuvor bei einem Kollegen aufgeschnappt haben.<sup>65</sup> Die SPD-Untergrundbewegung schließlich sei eine reine Erfindung gewesen, mit der er sich bei der Kollegin Steiger habe »interessant machen« wollen. Die Gründung einer solchen Bewegung hätte zwar seiner »politischen Konzeption« entsprochen, er habe aber noch keinen »endgültig festen Vorsatz« zur Bildung der Gruppe gehabt.<sup>66</sup>

### Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

Die Ermittlungen des MfS in den folgenden Wochen bestätigten diese Aussagen: Eine SPD-Untergrundbewegung hatte es innerhalb der Redaktion der »Freien Erde« nicht einmal in Ansätzen gegeben. Siegfried Wilkens wurde schließlich am 31. Mai 1957 nach Artikel 6 der Verfassung der DDR (»Boykotthetze«) zu einer Haftstrafe von einem Jahr und fünf Monaten verurteilt, von der er elf Monate verbüßte.<sup>67</sup> Die vergleichsweise »milde« Bestrafung ist zum einen auf das in der ersten Jahreshälfte 1957 noch nicht völlig abgeklungene »Tauwetter« in der DDR-Justiz zurückzuführen.<sup>68</sup> Zum anderen hatte er seine inkriminierten Äußerungen stets nur im kleinen Kreis gemacht, eine echte »Staatsgefährdung« ging aus Sicht von MfS und Gericht von ihm daher nicht aus. Hätte die von Wilkens behauptete »SPD-Untergrundbewegung« tatsächlich existiert, wäre die Strafe sicherlich höher ausgefallen. Auch hielt das Gericht ihm seine bislang »positive gesellschaftliche Arbeit« zugute.<sup>69</sup>

Im dem hier skizzierten Fall vermischen sich ganz unterschiedliche Ebenen. Es handelte sich bei Wilkens offenkundig um einen ehrgeizigen und geltungssüchtigen Funktionär, dessen Privatleben aus dem Ruder gelaufen war und der Schwierigkeiten hatte, Privates, Berufliches und Politisches voneinander zu trennen. In seinen – augenscheinlich zumeist in angetrunkenem Zustand erfolgten – Ausfällen offenbarten sich neben seinen privaten Problemen einerseits Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, andererseits aber offensichtlich auch ideologische Restbestände seiner Sozialisation im Nationalsozialismus. Für die SED und das MfS war sein Verhalten – wie auch immer es motiviert war – nicht tolerierbar.

Spätestens die Eskalation in Ungarn hatte der Sowjetführung deutlich gemacht, dass zu weit gehende politische Zugeständnisse zu einem Auseinanderbrechen ihres Machtbereichs in Ostmitteleuropa führen konnten. Ulbricht, der im Gefolge des XX. Parteitags kaum zu Konsequenzen im eigenen Land bereit gewesen war und sich daher zwischenzeitlich in der Defensive befand, konnte sich nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands bestätigt sehen. Seine Position war gestärkt. Die Verhaftungen des Philosophen Wolfgang Harich (1923–1995) und des Verlegers Walter Janka (1914–1994) Ende 1956 als Mitglieder einer angeblich »konterrevolutionären Gruppe« markierten denn auch das Ende der reformkommunistischen Diskussion in der DDR.

HBi



> Walter Ulbricht im sozialistischen Musterdorf Trinwillershagen. 31.1.1953  
BArch, Bild 183-18231-0003, Fotograf: Pietsch

## 1952–1960

### »Wenn ich so etwas sehe, werde ich am liebsten wieder Einzelbauer« – Kollektivierung der Landwirtschaft

Zur ersten Nagelprobe für die Stasi im Bereich der Landwirtschaft geriet der Beginn der Kollektivierung im Zusammenhang mit der 2. Parteikonferenz der SED 1952. Hier beschloss die Partei den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« und auch die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Infolge der Bodenreform und der entschädigungslosen Enteignung von Großgrundbesitzern seit 1945 war die DDR klein- und mittelbäuerlich geprägt, hinzu kamen einige Großbauern. Nur sechs Prozent der Fläche bewirtschafteten volkseigene Güter (VEG). Ab 1952 begann eine verstärkte Drangsalierung der wirtschaftlich oft erfolgreichen Groß- und teilweise auch der Mittelbauern, um sie in die LPG zu pressen.

Eine freiwillige Aufnahme in die LPG suchten vor allem weniger ausgebildete Landarbeiter und Neubauern, deren Höfe zu klein waren, um wirtschaftlich zu sein. Die ersten Agrargenossenschaften blieben deshalb oft schwach. Wer sich öffentlich gegen die Produktionsgenossenschaften wandte, geriet in Gefahr, der »Boykotthetze« oder anderer vorgeschobener Vergehen beschuldigt, verfolgt und deswegen verurteilt zu werden. Der politische Gummiparagraf »Boykotthetze« war als Artikel 6 in die erste DDR-Verfassung aufgenommen worden, um alle Aktivitäten, die sich gegen die SED richteten, bestrafen zu können.

Die LPG »Rotes Banner« Trinwillershagen im Kreis Ribnitz-Damgarten war eine der ersten in der DDR und mit rund 1 000 Hektar Land auch eine der größten. In den umliegenden Bauerndörfern fand die LPG keinen großen Anklang, wie ein Vorfall vom 20. März 1953 verdeutlicht: Am Morgen dieses Tages versammelten sich zwischen 60 und 80 Bauern am Bahnhof





> »Beweismaterial« des MfS gegen einen Beteiligten an der Schlägerei mit Mitgliedern der LPG Trinwillershagen. 25.4.1953  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 47/53, GA, Bd. 4, Bl. 281

Altenwillershagen, um pflichtgemäß Vieh abzuliefern. Die Ablieferung zog sich über Stunden hin. Am frühen Nachmittag begannen jedoch Mitglieder der LPG »Rotes Banner« Trinwillershagen sich an der langen Wagenkolonne vorbeizuschleppen.<sup>70</sup> Der herbeigeeilte LPG-Vorsitzende verwies auf den Beschluss des Ministerrates der DDR, der eine Bevorzugung der Produktionsgenossenschaften vorsah. Die Diskussionen wurden hitziger und mündeten schließlich in eine Schlägerei. Tags darauf verhaftete die Stasi sieben beteiligte Einzelbauern – nicht wegen Körperverletzung, sondern unter dem politisch motivierten Vorwurf der »Boykotthetze«.<sup>71</sup> Das MfS durchsuchte ihre Gehöfte und sammelte vermeintliche Beweise für »Schädlingstätigkeit« und »reaktionäre Gesinnung«. Am 6. Juni 1953 legte es seinen Abschlussbericht vor und sprach sogar von einem »terroristischen Angriff« auf die LPG-Bauern,<sup>72</sup> womit langjährige Haftstrafen drohten. Dann jedoch machte der Volksaufstand vom Juni, der auf dem Lande auch ein Protest gegen die Kollektivierung war, dem MfS einen Strich durch die Rechnung. Die SED wollte nun Druck aus dem Kessel nehmen. Nur wenige Tage nach dem Scheitern des Aufstands stellte die Staatsanwalt-

schaft den Vorgang wegen Geringfügigkeit ein, indem sie das Vorkommnis nur noch als »kleine Schlägerei« einstuft und die Freilassung der Festgenommenen anordnete.<sup>73</sup>

Nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 kam die Kollektivierung fast gänzlich zum Erliegen. Die Partei sah sich gezwungen, den Bauern Zugeständnisse zu machen, um keine Versorgungskrise und keine weiteren Aufstände zu riskieren.

Die Verschnaufpause währte aber nur einige Jahre. Der neue Kurs kündigte sich schon 1956 an: Hier legte der profilierte SED-Agrarpolitiker und -wissenschaftler Kurt Vieweg (1911–1976) ein Agrarprogramm vor, das eine Koexistenz von einzelbäuerlicher und genossenschaftlicher Wirtschaft vorsah. Zu diesem Zeitpunkt war er Direktor des Instituts für Agrarökonomik an der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften in Neetzow (Kreis Anklam). Walter Ulbricht verurteilte das Programm als »Restauration des Kapitalismus in der Landwirtschaft«, weil Einzelbauern seiner Mei-

nung nach nicht mit dem Sozialismus vereinbar waren, und wies damit den Weg zu einem neuen Kollektivierungsschub. Daraufhin verlor Vieweg seine Ämter und die SED schloss ihn aus.<sup>74</sup>

Ab 1958 betrieb die SED zunächst verhalten eine neue Kampagne zur Kollektivierung, ab Dezember 1959 übte sie massiven Druck aus: Agitations- und Propagandabrigaden fuhren während des »sozialistischen Frühlings« im Jahr 1960 übers Land und warben dafür, eine LPG zu gründen oder ihr beizutreten. Das MfS beteiligte sich aktiv. Alfred Kraus (1910–2001), Leiter der Bezirksverwaltung Rostock, meldete MfS-Chef Erich Mielke im Februar 1960: »Alle Mitarbeiter der Kreisdienststellen, insbesondere die MTS-Sachbearbeiter [Maschinen-Traktoren-Station], haben selbst persönlich aktiv eingegriffen. Fast alle Kreisdienststellenleiter sind zum Teil mit den anderen Werbekommissionen offiziell als Büromitglieder aufgetreten.«

Die Leiter der MfS-Kreisdienststellen informierten die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen über die Stimmung in den Dörfern. Die Informationen erhielten



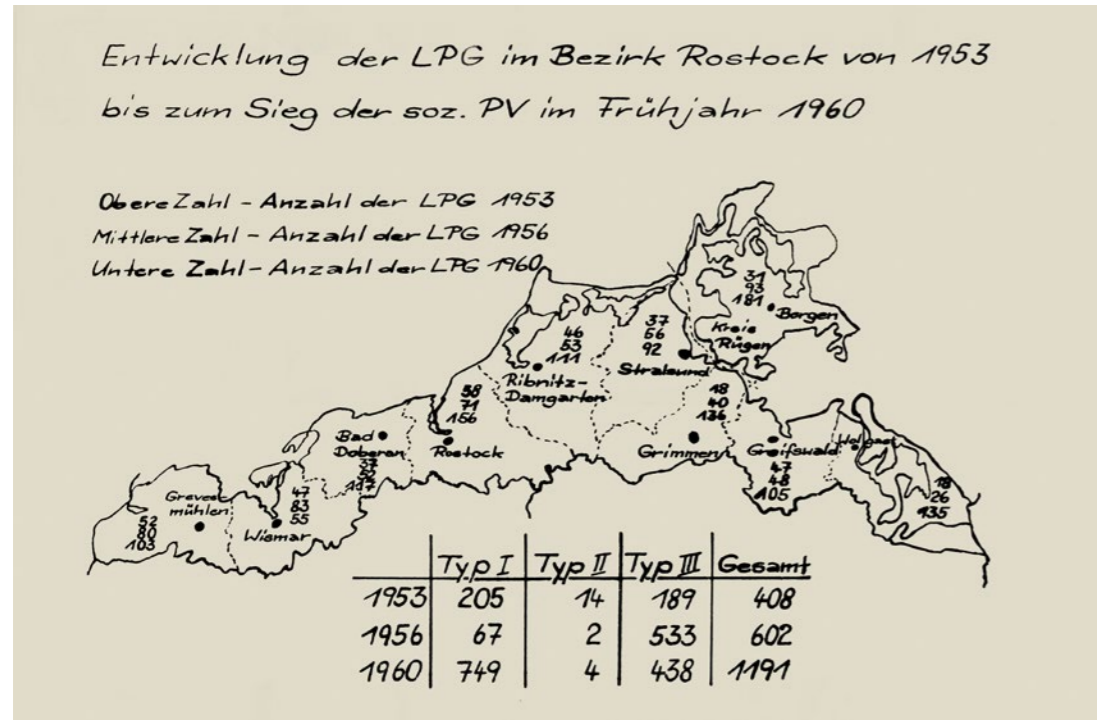
> Der SED-Agrarpolitiker Kurt Vieweg bei einer Rede in der Volkskammer. 1.11.1951  
BArch, Bild 183-12425-0024, Fotograf: Hans-Günter Quaschinsky

sie durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern oder aus der Postkontrolle. Bauern, die die Grüne Woche in West-Berlin besucht hatten, wurden mit ihrer Westreise zu einem LPG-Eintritt erpresst.<sup>75</sup> Sie hatten nämlich keine Genehmigung für ihre Fahrt nach West-Berlin und hätten wegen »Passvergehen« verurteilt werden können. Lautsprecherwagen fuhren bei renitenten Bauern vor und terrorisierten sie mit Parolen- und Musikbeschallung bis zur Aufgabe. Als erster Bezirk in der DDR konnte Rostock, wo es im Januar 1960 noch 16 000 Einzelbauern gegeben hatte, am 4. März die sogenannte »Vollgenossenschaftlichkeit« vermelden. Neubrandenburg folgte am 12. März, der Bezirk Schwerin am 28. März 1960.<sup>76</sup>

Aus Verzweiflung und Wut häuften sich Brandstiftungen und Suizide. Am 19. März fing das MfS in der Postkontrolle den Brief einer Frau aus dem Kreis Demmin an Verwandte in der Bundesrepublik ab.<sup>77</sup> Ihr Sohn Karl Schuck (1928–2006) war kurz zuvor unter Zwang als letzter Bauer aus Nossendorf in die LPG eingetreten. Im Brief hieß es über die Kollektivierung im Ort: »Alle Männer lassen die Köpfe hängen bis auf die Brust. So viele Tränen von den Männern hat die Welt wohl noch nicht gesehen.« Und weiter: »Wir alle hier beten und wissen, dass es noch einen Gott gibt, der uns hilft. Ihr müsst bedenken, viele Männer sind ins Irrenhaus gewandert.« Im Herbst 1960 trat Karl Schuck, wie auch zwei andere Bauern, aus der LPG aus, um wieder allein zu wirtschaften. Im August 1961 nahm allerdings ein neuer Bürgermeister sein Amt auf, der keine Einzelbauern im Dorf dulden wollte. Er lud ihn vor. Schuck nannte ihm gegenüber die Kollektivierung eine »Sabotage an der Volksernährung, einen Verrat am Wort Gottes und einen Verrat an den Bauern«. Der Bürgermeister meldete dies weiter. Das MfS nahm Schuck fest und das Bezirksgericht Neubrandenburg verurteilte ihn wegen »staatsgefährdender Hetze« schon im September 1961 zu einem Jahr und acht Monaten Haft.<sup>78</sup>

Die unter Druck gebildeten LPG blieben in der Anfangszeit häufig instabil, da viele Bauern zunächst nicht mehr arbeiteten, als sie unbedingt mussten. Viele andere taten es Karl Schuck gleich und verließen die Genossenschaften. Eine regelrechte Austrittswelle erfasste ab Mitte Juni 1960 die Ostseeküste. Bis zum 1. Juli traten 112 Bauern aus den Kreisen Grimmen, Greifswald, Stralsund und Wolgast aus den LPG aus.<sup>79</sup>





> Entwicklung der LPG im Bezirk Rostock von 1953 bis 1960 (PV = Produktionsverhältnisse).  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 44

Allein 24 Bauern verließen die LPG »Heimatland« Hinrichshagen im Kreis Greifswald.<sup>80</sup> Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Rostock Alfred Kraus entschied in Rücksprache mit der SED-Bezirksleitung im Juli 1960, zwei Bauern aus Hinrichshagen als angebliche Rädelsführer festzunehmen.<sup>81</sup> Das Gericht verurteilte sie im November nach § 19 Strafrechts-ergänzungsgesetz wegen »staatsgefährdender Hetze«<sup>82</sup> zu sechs Monaten Haft.<sup>83</sup> Der Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Rostock resümierte, »dass nach den Festnahmen in Hinrichshagen die Austrittserklärungen im Bezirk Rostock sofort zum Stehen kamen.«<sup>84</sup>

Solange die innerdeutsche Grenze noch durchlässig war, entschlossen sich viele Bauern zu einem Neuanfang im Westen. Teilweise flüchteten im Frühjahr 1960 halbe Dörfer. »Am 29. Mai 1961 wurde durch den Instrukteur der Kreisleitung, Gen. Fiedler, bekannt, dass sieben Familien mit insgesamt 20 Personen aus der Gemeinde Eixen die DDR illegal verlassen haben.«<sup>85</sup> Darunter war selbst der Vorsitzende der LPG »Eixen am See«, die bis dahin als eine der erfolgreichsten des Kreises Ribnitz-Damgarten gegolten hatte. Die Flucht der ehemaligen wirtschaftsstarken Groß- und Mittelbauern

traf die Gemeinde hart, weil damit dringend benötigte Agrarfachleute abwanderten. So äußerte ein Feldbau- brigadier der LPG: »Wenn ich so etwas sehe, werde ich am liebsten wieder Einzelbauer.« Das MfS beauftragte Genossenschaftsbauern, den Vorsitzenden per Brief zur Rückkehr zu bewegen, und intensivierte die Überwachung der Gemeinde durch inoffizielle Mitarbeiter.

Die Kollektivierung hinterließ ein verunsichertes Land. Nach der Bodenreform 1945 hatte ein weiteres Mal eine tiefgreifende Veränderung der ländlichen Eigentumsstrukturen stattgefunden. Manche Bauern folgten zwar der LPG-Bildung bereitwillig, da sie mit ihren kleinen Wirtschaften kaum lebensfähig, andere auch überfordert waren. Die meisten der stolzen Inhaberinnen und Inhaber der oft jahrhundertealten Mittel- und Großbauerngehöfte willigten aber nur unter Zwang in den LPG-Eintritt ein und trugen schwer am Verlust ihrer Selbstständigkeit. Viele Bauern antworteten mit Flucht aus der Landwirtschaft, häufig gar aus dem Land oder mit innerer Emigration. Um die erzwungene Anpassung zu sichern, musste die Stasi die Bauern langfristig unter Beobachtung und unter Druck halten.

MHe

## 1961

### »Wer weiß, wie lange wir noch hier sind« – Zwangsaussiedlungen im Norden

Die Grenze zur Bundesrepublik stand stets im Fokus der SED und ihres Sicherheitsapparats, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit. Mit umfangreichen Sperranlagen und rigiden Kontrollen sollte der SED-Staat vor dem »Feind« aus dem Westen geschützt und sein »negativer« Einfluss auf die ostdeutsche Bevölkerung unterbunden werden. Als die Massenflucht von DDR-Bewohnern trotzdem nicht nachließ und die Existenz des Regimes bedrohte, ließ die SED ab dem 13. August 1961 die Berliner Mauer errichten, um so auch das letzte Schlupfloch in den Westen zu beseitigen. Mit der vollständigen Abriegelung der Grenze einher ging die sogenannte Hinterlandsicherung. Sie sollte bis tief in die DDR hinein »feindliche« Einflüsse und Handlungen ausschalten. Dazu gehörte auch die Zwangsaussiedlung politisch unliebsamer Bewohner aus grenznahen Gebieten. Zwei DDR-weite derartige Aktionen führten Volkspolizei, Staatssicherheit und

Nationale Volksarmee (NVA) im Auftrag der SED-Führung durch: die Aktion »Ungeziefer« im Juni 1952 und die Aktion »Festigung« im Oktober 1961.

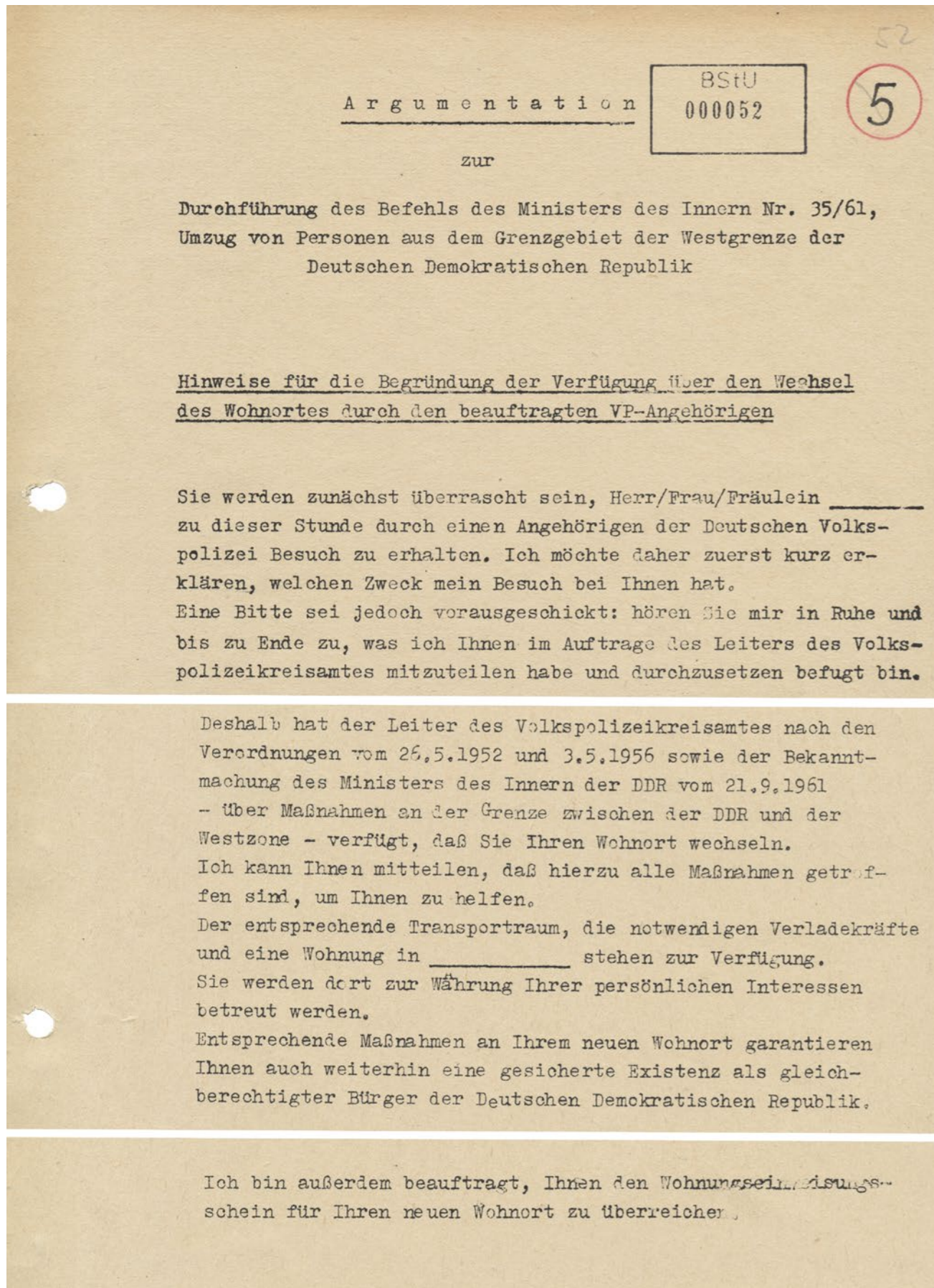
Eine sogenannte Handlungsgruppe stand um 6.00 Uhr am 3. Oktober 1961 vor der Tür der Familie Büchner in Heidhof (Kreis Ludwigslust). Herbert Büchner (1928–2015) und seiner Ehefrau Margarete (1926–2014) teilte man mit, dass sie mit den drei Kindern (zehn, sechs und vier Jahre alt) aus dem Sperrgebiet ausgewiesen würden und umgehend ihre Sachen zu packen hätten. Als Begründung wurden Sicherheitsgründe angegeben, da der Familienvater Verwandte in der Bundesrepublik habe. Die »Umsiedlung« aus dem kleinen Ort bei Dömitz betraf insgesamt 20 Personen.<sup>86</sup>

Die Stasi hatte Herbert Büchner schon seit geraumer Zeit im Visier. Aus einem abgefangenen Brief hatte sie erfahren, dass der ausgebildete Lehrer im Sommer 1961 vorhatte, aus der DDR zu fliehen – gehindert wurde er jedoch durch den Mauerbau am 13. August: »Noch mit Tränen in den Augen überlegen und grübeln wir nach einem Ausweg aus der Hölle [...] Wir hoffen auf



> Zwangsaussiedlung in Tripkau im Bezirk Schwerin (heute Niedersachsen). 3.10.1961  
Lori Seidel (privat) / Ch. Links Verlag





> Zur Verkündung der Aussiedlung las der zuständige Volkspolizist den betroffenen Anwohnern eine vorbereitete »Argumentation« vor. 1961  
BArch, MfS, BV Rostock, Nr. 242, Bl. 52-54 (Ausschnitt)

eine Änderung, wenn die westliche Welt sich damit nicht abfinden wird. Sollte sich nichts ändern und noch härtere Maßnahmen eingeleitet werden, müssen wir mit Lug und Trug einen Ausweg finden.«<sup>87</sup> Im Rahmen der DDR-Volkswahlen im September fiel der Lehrer dem MfS negativ auf. Der Bürgermeister beauftragte ihn, eine Elternversammlung zu organisieren, bei der er »den Unterschied der Wahlen in Westdeutschland und in der DDR sowie die Begriffe Freiheit und Demokratie«<sup>88</sup> zu erläutern habe. Büchner lehnte ab. Zudem flaggte er die Schule am Wahltag nicht und kritisierte die Wahlen als undemokratisch.<sup>89</sup> Die KD Ludwigslust (S. 153) zog zu diesem Zeitpunkt sogar eine Inhaftierung in Erwägung. Davon nahm sie jedoch Abstand, da Verwandte von Büchner im Verteidigungsministerium der DDR und in der Grenzaufklärung zum Teil leitende Funktionen bekleideten.<sup>90</sup>

*»Sie wäre nicht so aufgeregt,  
hätte man ihr eine menschenwürdige  
Unterkunft zugewiesen.«<sup>91</sup>*

Bei Familie Büchner spielten sich am 3. Oktober dramatische Szenen ab. Der Schock über die Vertreibung aus heiterem Himmel saß tief. Die Ankunft an ihrem neuen Wohnort in Warnow-Hof bei Crivitz verschlimmerte die Situation noch. Die Wohnung, in die sie einziehen sollten, war seit mehreren Jahren nicht mehr bewohnt und in einem desaströsen Zustand. Das hielt die Stasi sogar in einem Bericht fest: zerbrochene Fensterscheiben, Löcher im Boden und selbst eine Toilette fehlte.<sup>92</sup> Margarete beschrieb den Anblick in einem Brief: »Das Unkraut und Brennessel waren am Haus so hoch, dass die Fenster kaum zu sehen waren. Der Herd in der Küche war zum Zerfallen, überall Schmutz und Dreck.«<sup>93</sup> Beide waren so aufgebracht, dass sie beklagten, ihre Lage sei schlimmer als im KZ.<sup>94</sup> Im Affekt drohten Margarete und Herbert Büchner, Suizid zu begehen. Sie weigerten sich zunächst, ihre Habseligkeiten abzuladen.

Die Aussiedlung hatte für Herbert Büchner besonders negative Folgen. Er konnte seinen Lehrerberuf nie wieder ausüben – trotz Beschwerdebriefen. Die Büchners lebten von da an zurückgezogen. Über die Aussiedlung und die beruflichen Konsequenzen

durften sie sich öffentlich nicht äußern.<sup>95</sup> Erst 1965 schloss die BV Schwerin (S. 152) den Vorgang zur Familie Büchner ab. Sie resümierte, dass der Familienvater die Aussiedlung noch nicht überwunden habe und weiterhin eine kritische Haltung gegenüber dem Staat einnehme. Sie kam jedoch zum Ergebnis, dass sie keine ausreichenden Beweise für eine strafrechtliche Verfolgung besaß.<sup>96</sup>

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchsetzung der Zwangsaussiedlung war die SED, d. h. die 1. Sekretäre der Kreis- und Bezirksleitungen. An der Durchführung der Aussiedlungen waren nicht nur NVA, Volkspolizei und MfS, sondern auch freiwillige Helfer beteiligt. Die Entscheidung über die Durchführung von Zwangsaussiedlungen fiel drei Tage nach dem Mauerbau im Politbüro. Am 30. August 1961 fand die Aktion »Osten« im Bezirk Schwerin statt und galt für die Stasi als gelungener Probelauf für den kommenden Oktober.<sup>97</sup> Im Kreis Hagenow wurden an diesem Tag 26 Familien ausgesiedelt, »da sie als Unsicherheitsfaktoren im 5-km-Grenzgebiet anzusehen waren«.<sup>98</sup> Das MfS registrierte keinen Widerstand, der Schock saß für die meisten tief; ein Betroffener sagte: »Alles hätte ich euch zugetraut, nur dieses nicht.«<sup>99</sup>

Am 1. September 1961 erließ das Ministerium des Innern (Mdl) den Befehl für eine weitere Aussiedlung, die für Oktober geplant war. Die Aktion erhielt den Decknamen »Festigung« und wurde von den Sicherheitsorganen minutiös vorbereitet. Volkspolizei und MfS hatten Namenslisten mit Personen, die auszusiedeln waren, anzulegen. Dabei handelte es sich um Systemkritiker, vom MfS bereits überwachte Personen, sogenannte Rückkehrer, Erstzuziehende und Personen mit NS-Vergangenheit. Wer als staatsgefährdend galt, wurde ziemlich willkürlich entschieden. DDR-weit waren es insgesamt 3273 Personen, die auf den Listen standen.<sup>100</sup> Minister Erich Mielke persönlich schaltete sich bei der Planung der Aktion ein. Am 29. September bestellte er seine BV-Leiter in die MfS-Zentrale, um die letzten Anweisungen zu erteilen. Besondere Vorkommnisse am Aktionstag waren ihm direkt zu melden.

Am 3. Oktober wurden die meisten Auszusiedelnden in den frühen Morgenstunden aus dem Schlaf gerissen. Vor der Haustür stand jeweils eine sogenannte Handlungsguppe. Im Kreis Grevesmühlen waren insgesamt



1 350 »Genossen« (VP-Angehörigen, freiwillige Helfer und Kampfgruppen) mit 140 Kraftfahrzeugen im Einsatz. Sogar Schützenpanzerwagen waren angerückt.<sup>101</sup> Den betroffenen Anwohnern wurde eine vorbereitete »Argumentation« verlesen und der angewiesene neue Wohnort mitgeteilt. Im Bezirk Schwerin erhielten sie sogar eine »Wohnzuweisungsbescheinigung«.<sup>102</sup> Binnen weniger Stunden sollten sie ihr Hab und Gut verpacken, das anschließend auf einen Lastwagen verladen wurde.

### Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Bereits im Vorfeld der Aktion wurden in manchen Gemeinden wie in Gandow (Kreis Ludwigslust) Versammlungen abgehalten, bei denen mit Zwangsumsiedlung gedroht wurde. Gerüchte kursierten und Unsicherheit machte sich unter vielen Anwohnern des Grenzbereichs breit.<sup>103</sup> Die Reaktionen derjenigen, die es am 3. Oktober traf, waren zum Teil dramatisch. Nicht allein der Schockzustand prägte die Stimmung, sondern auch eine Überforderung mit der Situation, die viele an den Krieg erinnerte. Die Verzweiflung ist in vielen Briefen festgehalten, die von der Staatssicherheit abgefangen wurden: »Am 3.10. standen früh morgens plötzlich Wagen vor unserer Tür und wir bekamen den Befehl zu packen und wir wurden umquartiert. Bis 14.00 Uhr ungefähr waren wir fertig, allerdings nur das tote Inventar, das Viehzeug sollte nachkommen, alles sollte mitgenommen werden. Ich bekam einen Herzanfall und musste ins Krankenhaus, von wo aus ich schreibe.«<sup>104</sup> Auch bei denjenigen, die zuschauen mussten, war die Betroffenheit groß: »Alteingesessene Dassower und manche andere mussten Dassow verlassen. Wohnungen und Häuser stehen jetzt leer. Meine Hauswirtin weckte mich, gegen 6.00 Uhr früh, ich möchte aufstehen, auch bei mir stünden die Lastzüge vor der Tür. Wir wurden aber verschont, es war der Nachbar auf der anderen Seite.«<sup>105</sup> Die emotionale und aufgeladene Stimmung verunsicherte sogar einige Befehlsausführende: »Der VP-Angehörige Krüger trat während der Verlesung der Umquartierungsmitteilung unsicher auf, stotterte und verwechselte die Zeilen.«<sup>106</sup> In den Mittagsstunden waren die meisten bereits ausgesiedelt, um 17.00 Uhr war die Aktion weitgehend abgeschlossen.

Die ausgesiedelten Familien durften nicht zu mehreren an denselben Ort kommen, sondern wurden auf verschiedene Kreise verteilt. Sie mussten viel zurücklassen, und die Integration in der neuen, erzwungenen Heimat verlief aus mehreren Gründen sehr schwierig. Die zugewiesenen Unterkünfte waren größtenteils marode und renovierungsbedürftig. Auch der berufliche Einstieg war oft sehr frustrierend, da die Ausgesiedelten nicht die gleichen oder ähnlich qualifizierte Berufe ausüben konnten.<sup>107</sup> Im neuen Wohnort wurden sie nicht mit offenen Armen empfangen. Die meisten wurden skeptisch beäugt, weil man der Ansicht war, dass sie sich etwas hatten zuschulden kommen lassen.

Auch nach ihrer Aussiedlung standen die Betroffenen unter Beobachtung der Staatssicherheit. Die Kreisdienststelle, die für den neuen Wohnort zuständig war, übernahm die Überwachung. In der Regel war das MfS daran interessiert, ob und wie sich die Menschen zur Zwangsaussiedlung in der Öffentlichkeit äußerten, und beauftragte die IM, darüber zu berichten. Doch oft fiel es dem MfS schwer, Genaues zu erfahren, da die meisten extreme Zurückhaltung zeigten.

Im Herbst 1961 zogen sowohl die BV Schwerin als auch die BV Rostock (S. 151) des MfS eine positive Bilanz: »Mit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwallens durch die Maßnahmen der Partei und Regierung vom 13. August 1961 und den weiteren Ausbau der Grenzbefestigungen wurden dem Gegner die vielfältigen Möglichkeiten genommen, seine Feindtätigkeit und verbrecherischen Handlungen gegen die Deutsche Demokratische Republik in der altgewohnten Art und Weise fortzusetzen. Die Durchführung der Aktion »Festigung« schloss die 1. Phase der Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze West erfolgreich ab.«<sup>108</sup> Die Aktion hatte in der Tat Wirkung gezeigt. Viele Grenzanwohner fürchteten sich in den Tagen danach vor weiteren Aussiedlungen. Auch einige Bürger, die bis dato als renitent galten, bemühten sich um eine höhere Normerfüllung am Arbeitsplatz und zeigten mehr gesellschaftliches Engagement – nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus Angst, sie würden die Nächsten sein.<sup>109</sup>

ECa

## Sicherheit an der Staatsgrenze West

Die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag wird immer stärker. Die Bonner Kriegsbrandstifter antworten auf die Friedens- und Verständigungsvorschläge der Sowjetunion und der DDR mit neuen Kriegsdrohungen. Bonn hat schon mehr für die Aggressionspläne ausgegeben, als Hitler für die Finanzierung der Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigte.

Für Strauß ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Sein Ziel heißt: Umwandlung des kalten in einen heißen Krieg! Die Kriegspolitik der Bonner Ultras macht die Sicherung der Staatsgrenze West zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu gehörte auch der Wohnungswechsel einiger Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet in das Innere unseres Bezirkes, der sich vorgestern vollzog. Am selben Abend fanden in allen Dörfern und Städten entlang der Elbe Einwohnerversammlungen statt. Die Bevölkerung wurde von den Sicherungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und hat diese verstanden. Der Wohnungswechsel der Personen wurde begrüßt, weil sie die Sicherheit im Grenzgebiet und ihre eigene gefährdeten. Mit Ruhe, Besonnenheit und großer Exaktheit wurden diese Maßnahmen eingeleitet und verwirklicht. Durch die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung wurde diese Maßnahme unterstützt.

### Unzuverlässige Personen aus dem Grenzgebiet entfernt

Die Bevölkerung erkannte sehr schnell, welche Personen einen neuen Wohnraum zugewiesen bekamen. Das zeigte sich in den Einwohnerversammlungen. Aus dem Grenzgebiet wurden solche Personen entfernt, die durch ihre Vergangenheit und ihr gegenwärtiges Auftreten Unsicherheitsfaktoren darstellten. Diese Personen boten für Agenten und andere Feinde unserer Arbeiter- und Bauern-Macht Ansatzpunkte der Kontaktaufnahme zur Durchführung imperialistischer Aufträge.

In Lenzen und Dömitz wurden faschistische Literatur, Hetzflugblätter, Stichwaffen, SS-Ausweise u. a. in Ausstellungen gezeigt, die man bei den umziehenden Bürgern fand. Auch unmoralische Elemente, die durch ihren Lebenswandel versuchten, die bewaffneten Organe zu demoralisieren, bekamen einen neuen Wohnsitz zugewiesen. Unverbesserliche Elemente, oft mit den demokratischen Gesetzen in Konflikt gekommen, verließen das Grenzgebiet. Fast alle Personen hatten bei

ihren Nachbarn und in der Bevölkerung kein Ansehen. Die Bevölkerung hatte sich schon vorher von solchen Personen distanziert; sie wollten mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Trotzdem bezogen die aus dem Grenzgebiet entfernten Personen als gleichberechtigte Bürger der DDR an einem anderen Ort einen geeigneten Wohnraum und werden einer neuen friedlichen Arbeit nachgehen.

### Die Aktion ist abgeschlossen

Auf den außerordentlich gut besuchten Einwohnerversammlungen wurden viele Fragen der Bevölkerung beantwortet. Darunter auch die: »wer wird als nächster seinen Wohnraum wechseln?« Die Maßnahmen zum Wohnungswechsel aus dem Grenzgebiet sind abgeschlossen. Es ist nicht vorgeesehen, auf diesem Gebiet weitere Maßnahmen durchzuführen. Partei und Regierung sind davon überzeugt, daß die Einwohner, die jetzt im Grenzgebiet wohnen und arbeiten, alles tun werden, um unsere Staatsgrenze West im Interesse der Erhaltung des Friedens zu sichern. Der Kampf um die Sicherung des Friedens und die Niederringung des deutschen Militarismus erfordern ernste und wirkungsvolle Maßnahmen. Das ist in den letzten Tagen von vielen Einwohnern entlang der Elbe begriffen worden.

### Den Frieden noch mehr stärken

Der Ernst der Maßnahmen entspricht der Härte des Kampfes um den Frieden in der gegenwärtigen Periode. Jetzt kommt es darauf an, durch unsere Arbeit unseren Arbeiter- und Bauern-Staat zu stärken, denn je stärker die Deutsche Demokratische Republik ist, desto sicherer ist der Frieden. Die Bevölkerung im Grenzgebiet wird aufgefordert, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Umtrieben zu erhöhen, denn jede Unruhe, Unsicherheit und vom Feind hineingetragene Panikmacherei stört die friedliche Arbeit und liegt nicht im Interesse der Einwohner des Grenzgebietes. Im Interesse eines jeden einzelnen und der gesamten Bevölkerung liegt es, der täglichen Arbeit diszipliniert und bewußt nachzugehen. Es kommt darauf an, die Produktionsaufgebote in der Industrie und in der Landwirtschaft zu verwirklichen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind rasch zu festigen, die Hackfrüchte so schnell wie möglich zu bergen, die Winterfurche zu ziehen und alles zu tun, um die Pläne zu erfüllen.





> Gläsel fotografierte selbst die Ereignisse in Prag, August 1968  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 3, Bl. 299

## 1968

### »Okkupanten raus« – ein Altwarper Soldat und der Prager Frühling

Der junge Berliner Wilfried Gläsel (1950–1975) und zwei Freunde wollten im Sommer 1968 in Plauen gemeinsam Urlaub machen, fanden dort jedoch keine Unterkunft. Die Mutter des einen Freundes schlug die »sozialistischen Länder« als Alternative vor. Die Urlauber entschieden sich für die ČSSR. Am 14. August trafen sie in Prag ein. Als die sowjetischen Panzer eine Woche später auf den Wenzelsplatz rollten, standen Wilfried Gläsel und seine Reisegefährten mitten im Geschehen. Gläsel beteiligte sich am Protest gegen den Einmarsch. Er fotografierte in Prag die Demonstranten und das Militär und dokumentierte die Losungen, die sich gegen die Sowjetunion richteten. Er war der Ansicht, dass andere seine Schilderungen ohne »solche Beweise« nicht glauben würden. In der Prager Innenstadt half er auch beim Anbringen eines Plakats mit der Aufschrift

»Okkupanten raus« und unterzeichnete eine Petition. Die Erlebnisse und Erfahrungen in Prag bedeuteten für sein Leben einen tiefen Einschnitt.<sup>110</sup>

Nach seiner Rückkehr in die DDR hingte er als Zeichen seines Protests ein Plakat mit der Losung »Freiheit, Souveränität, Demokratie und Sozialismus« auf Tschechisch und einen Wimpel der ČSSR – beides hatte er aus Prag mitgebracht – in seinem Zimmer auf. Er trat aus der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aus. Er überlegte sogar, eine eigene Partei zu gründen. Einen Namen dafür hatte er schon: die »Liberale Deutsche Jugend«.<sup>111</sup> Auch den Jugendlichen, mit denen er nach Feierabend in seinem Ausbildungsort Oranienburg ausging, erzählte er von seinen Erlebnissen in Prag. Dabei übte er scharfe Kritik am Einmarsch und zeigte seine Fotos vom Aufstand.<sup>112</sup> Dennoch blieb er zunächst unbehelligt.

Im Mai 1969 wurde Wilfried Gläsel zur NVA einberufen. Seinen Grundwehrdienst absolvierte er als Funkorter in einer Kaserne in Altwarp am Stettiner Haff. Schon

einige Wochen später äußerte er seine Kritik beim Zirkel der »Jungen Sozialisten« – eine Veranstaltung, die sowohl seine Kameraden als auch Vorgesetzten besuchten. In der Wäscherei der Kaserne fand man im August dann auch noch bei der Reinigung der Uniform ein Gedicht von Gläsel, das sich gegen den Mauerbau richtete.<sup>113</sup> Nun bekam er Konsequenzen zu spüren: Am 8. Januar 1970 verhaftete ihn die Stasi. Er kam in die MfS-Untersuchungshaftanstalt in Neustrelitz. Das MfS bescheinigte ihm, dass »er fortgesetzt durch Wort, Schrift und Bild gegenüber Angehörigen der NVA und Zivilpersonen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR sowie die Hilfsmaßnahmen der fünf sozialistischen Länder vom 21. August 1968 diffamierte und diskriminierte«.<sup>114</sup>

Die Staatssicherheit war bereits im September 1968 auf Gläsel aufmerksam geworden: Die Berliner Zentrale fing einen Brief an eine Freundin in der ČSSR ab, in dem er schrieb, dass er sich für die DDR schäme.<sup>115</sup> Die Kriminalpolizei führte ebenfalls Ermittlungen durch. Letztlich sammelte die Hauptabteilung I des MfS, zuständig für die Überwachung der Armee, die entscheidenden Hinweise. Sie setzte auch IM auf Gläsel an.

Der Prozess gegen Gläsel fand im Juni 1970 unter Ausschluss der Öffentlichkeit am Militärgericht in Neubrandenburg statt. Hier wurde Gläsel zusätzlich der Preisgabe militärischer Geheimnisse beschuldigt:

Er hatte aus der Kaserne Briefe an seine Freundin geschickt, in denen er Angaben zu seiner Ausbildung und seinem Bataillon machte. Schon das bloße Nennen des Ortes, an dem die Soldaten ihren Grundwehrdienst absolvierten, konnte in der DDR als Militärverrat geahndet werden. Gläsel kam vor das Militärtribunal und wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.<sup>116</sup> Er verbüßte seine Strafe im Strafvollzug in Cottbus. Ab Februar 1971 stellte er mehrmals einen Antrag auf Entlassung in die Bundesrepublik. Dabei berief er sich auf seine oppositionelle Haltung und schrieb: »Ich lehne jede Art von Diktatur ab, auch die sogenannte Diktatur des Proletariats, da diese unvereinbar mit meiner demokratischen Gesinnung und meinen Vorstellungen über ein demokratisches System ist.«<sup>117</sup> Im Oktober setzte das Militärgericht die Strafe zur Bewährung aus, Wilfried Gläsel wurde freigekauft und in die Bundesrepublik entlassen.<sup>118</sup>

Seit Anfang 1968 wehte mit der Wahl des neuen 1. Sekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Alexander Dubček (1921–1992), ein Wind der Reform in der ČSSR. Dubček verkörperte eine neue Generation, die an die Modernisierung und Demokratisierung des Kommunismus glaubte – an einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Dieser neue Parteikurs ließ auch in der DDR-Bevölkerung Hoffnung aufkeimen, stieß aber bei der SED auf Ablehnung:



> Wilfried Gläsel bei seiner Verhaftung, 8.1.1969  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 2, Bl. 328



Sie sah in ihm »konterrevolutionäre Bestrebungen«. Seit dem Frühjahr 1968 wurden diese Erscheinungen auch von der Staatssicherheit intensiv beobachtet: Reaktionen in der Bevölkerung der DDR und Sympathiebekundungen mit der ČSSR protokollierte sie genau.

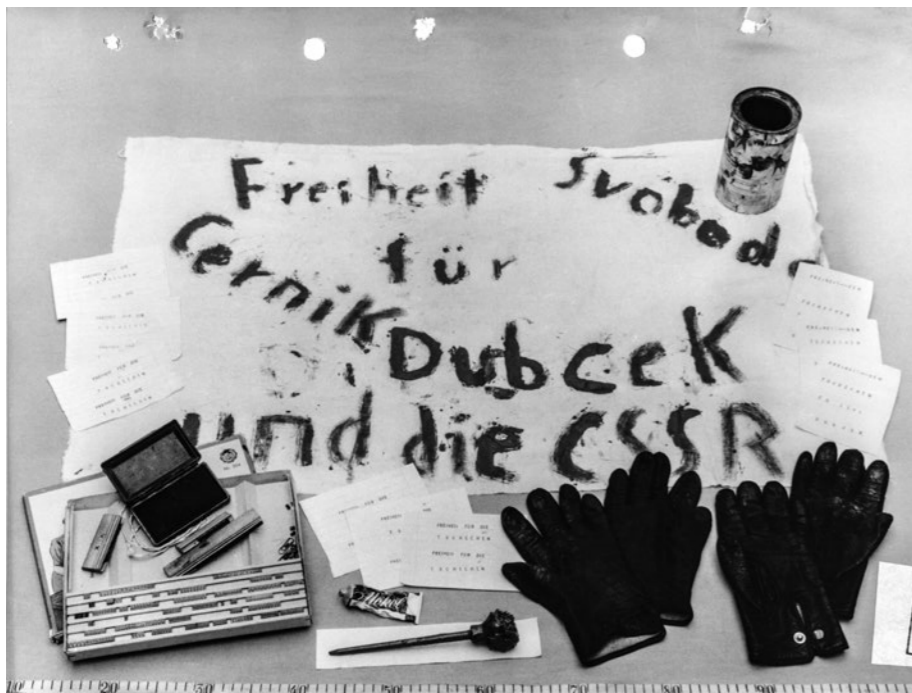
Am 21. August 1968 rückten Streitkräfte der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens mit 27 Divisionen auf das Territorium der ČSSR vor. Die NVA beteiligte sich nur indirekt an der Okkupation, im Süden der DDR hielten sich Panzertruppen als Reserve bereit. Alle Grenzübergangsstellen der DDR wurden für den zivilen Verkehr geschlossen und private Kontakte zum sozialistischen Nachbarland unterbunden.<sup>119</sup> Mehrmals am Tag stellte die Stasi Berichte und Analysen zur Stimmung in der Bevölkerung und zur Sicherheitslage zusammen.

Im August 1968 befanden sich nicht nur viele DDR-Bürger im Urlaub an der Ostseeküste, sondern auch mehr als 1 000 Bürger der ČSSR, die zunächst in der DDR feststeckten, da die Grenze zur ČSSR abgeriegelt war. Das MfS fürchtete Unruhen, Diskussionen

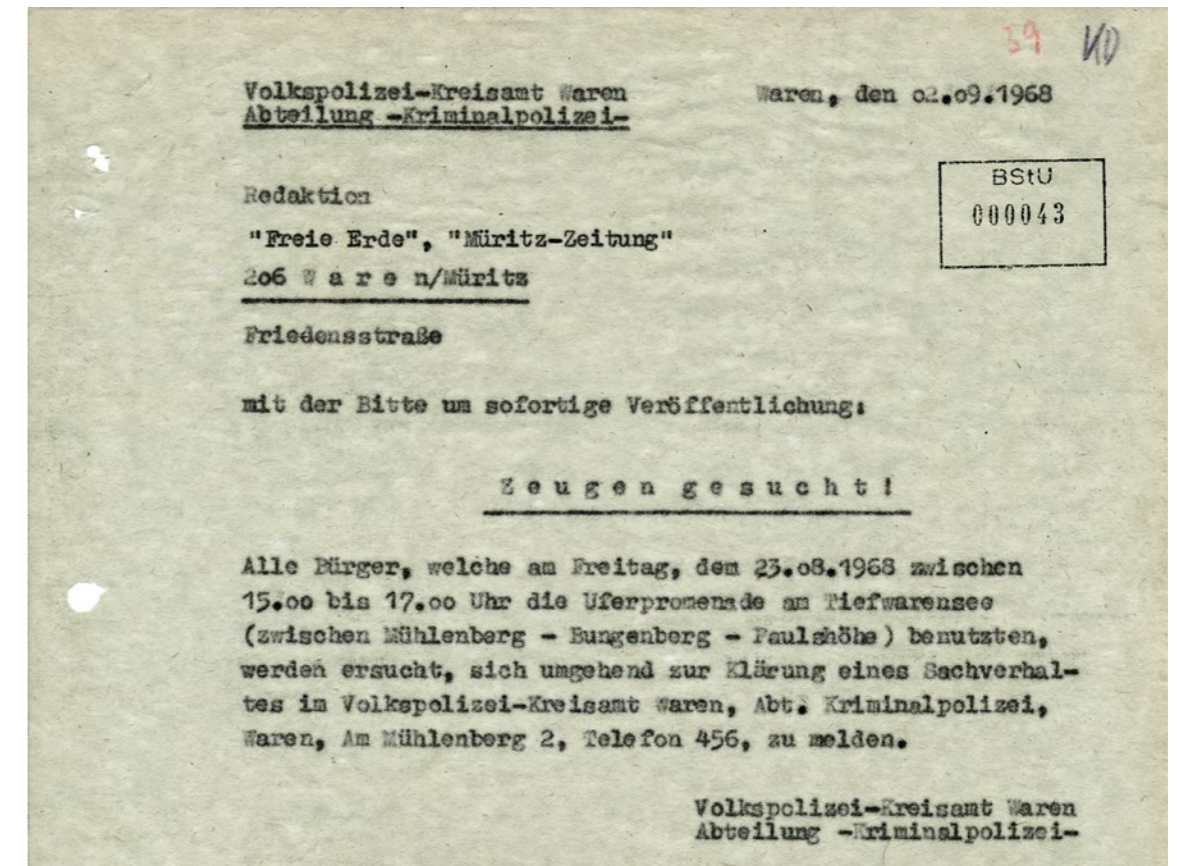
und Protestaktionen an den frequentierten Urlaubsorten – und dies zu Recht. »Hände weg von der ČSSR«, stand z. B. auf einem Transparent auf einem Zeltplatz in Rügen. In Kühlungsborn zogen am 23. August vier tschechische Studenten mit einem Transparent durch die Stadt. Dieser Protest bedeutete für die Gaststudenten das Ende ihres DDR-Aufenthalts, sie wurden ausgewiesen.<sup>120</sup>

### Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Die SED reagierte mit einer Gegenkampagne. In den Zeitungen und Radiosendungen wurde für den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR geworben und die militärische Aktion als notwendig beschrieben. Das »Neue Deutschland« druckte den Wortlaut der TASS-Meldung: »Sowjetische Militäreinheiten haben gemeinsam mit Militäreinheiten der genannten verbündeten Länder am 21. August 1968 das Territorium der Tschechoslowakei betreten.



> In Waren organisierten Jugendliche eine Flugblattaktion. Die Stasi fotografierte bei den Hausdurchsuchungen das Beweismaterial. September 1968  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 443/69, Bd. 1, Bl. 246



> Um die »Täter« der Flugblattaktion ausfindig zu machen, publizierte die Volkspolizei sogar einen Zeugenaufruf in der »Freien Erde« und der »Müritz-Zeitung«. 2.9.1968  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AOP 1039/68, Bd. 1, Bl. 43

Sie werden sofort aus der ČSSR herausgeführt, sobald die Gefahr für die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die Gefahr für die Sicherheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft beseitigt ist, sobald die rechtmäßige Staatsmacht die Meinung vertritt, dass für einen weiteren Aufenthalt dieser militärischen Einheiten in der ČSSR keine Notwendigkeit mehr besteht.«<sup>121</sup> Zweifel am sowjetischen Vorgehen ließ die Partei nicht zu. In Betrieben, Schulen, Universitäten und in Militäreinheiten wurden schriftliche Zustimmungserklärungen abgefordert. Eine Verweigerung der Unterschrift konnte gravierende Folgen haben und kostete junge Menschen das Abitur oder den Studienplatz.<sup>122</sup> Aus Angst und unter Druck unterschrieben viele. Doch die Kritik am Einmarsch konnten weder SED noch Staatssicherheit ganz unterdrücken. In Wismar hatten beispielsweise zwei Elektriker aus der Mathias-Thesen-Werft im Betrieb ihre Haltung gegen den Einmarsch öffentlich kundgetan. Sie wurden verhaftet und zu zwei bzw. drei Jahren Haft verurteilt.<sup>123</sup>

In ganz Mecklenburg-Vorpommern gab es spontane Protestaktionen, die verschiedene Formen annahmen: von mündlicher Kritik bis hin zu Losungen auf Wän-

den und Straßen sowie Flugblättern. Die Staatssicherheit verschärfte ihre Überwachung. Sie registrierte die Vorfälle, ermittelte und nahm Verhaftungen vor, wobei sie bei Weitem nicht alle »Delikte« aufklären konnte. Ein Teil des Protests stammte aus der jüngeren Generation. In Waren fertigten vier Jugendliche mithilfe eines Kinderstempelspiels an die 200 Flugblätter, auf denen »Freiheit für die Tschechen« stand. Die 15- und 16-Jährigen kamen in Haft und wurden zu Strafen bis zu einem Jahr und 10 Monaten verurteilt.<sup>124</sup> Sie wurden im Dezember 1968 unter Auflagen amnestiert.

Der Protest im Jahre 1968 in der DDR war jedoch für das politische System nicht existenzgefährdend. Die Stasi stellte Anfang Oktober fest: »Die innere Ordnung und Sicherheit in der DDR war jederzeit gewährleistet.«<sup>125</sup> Der Einmarsch in Prag hatte in weiten Teilen der Bevölkerung Erinnerungen an das Scheitern des Aufstands am 17. Juni 1953 geweckt und die Hoffnung auf eine Vereinbarkeit von Sozialismus mit Demokratie und Freiheit in weite Ferne gerückt.

ECa



1976

## Biermann hat »doch nur die Wahrheit gesagt« – Parchimer Protest

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Wolf Biermann (Jg. 1936) sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden. Der freischaffende Autor und Liedermacher war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden sozialistischen Systems in der DDR glaubte. Im November 1976 erhielt er die Genehmigung zu einer Konzertreise nach Köln. Mit der Begründung, dass er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat »bewusst und ständig grob« verletzt habe, verwehrte ihm die SED die Heimkehr.<sup>126</sup>

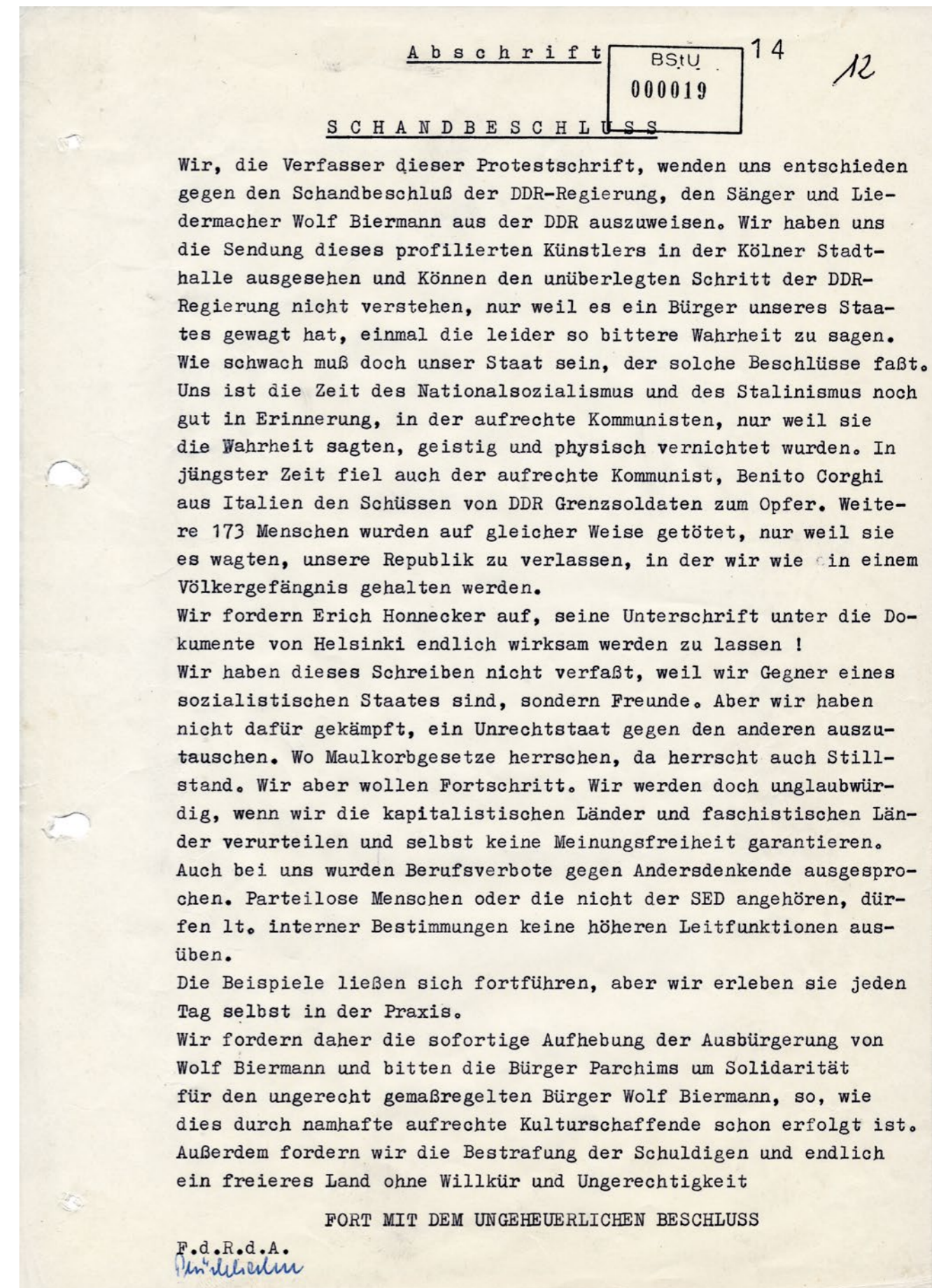
Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 galt für den Liedermacher ein totales Berufsverbot. Eine Ausnahme bildete ein Auftritt im Bezirk Neubrandenburg kurz vor seiner Ausbürgerung: Am 11. September 1976 machte sich Biermann auf den Weg nach Prenzlau. Obwohl sein Name nicht im Programm des X. Uckermärkischen Kirchentages erschien, trat er an diesem Abend in der vollen St.-Nikolai-Kirche auf. Die Mund-zu-Mund-Propaganda hatte in den kirchlichen Kreisen gut funktioniert. Diese Information blieb der Stasi aber verborgen. Sie war zwar bei jeder kirchlichen Veranstaltung vor Ort, jedoch in relativ kleiner Besetzung. Die Überraschung, als Wolf Biermann auf der Bühne erschien, war groß.<sup>127</sup> Tatsächlich war der geplante Auftritt trotz der Mundpropaganda im Kirchenkreis dem MfS bis dahin verborgen geblieben. Vielleicht deshalb, weil Biermann einen Namensvetter hatte, der in der Kirchengemeinde als Kaplan tätig war. Im Nachhinein versuchte die Stasi, ihr Versagen durch das Sammeln möglichst vieler Informationen über die Veranstaltung wettzumachen.<sup>128</sup>

Jahrelang unterlag Wolf Biermann einer überaus intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die das Leben des Liedermachers rund um die Uhr dokumentierte. Im Vorgang mit dem Decknamen »Lyriker« traf sie Maßnahmen der sogenannten Zersetzung, die von Rufschädigung und Schikanen bis hin zu dem Versuch

reichten, persönliche Beziehungen zu zerstören, und zu seiner beinahe kompletten Isolierung führten. Biermann sollte nicht nur jeder öffentlichen Wirkungsmöglichkeit beraubt, sondern auch psychisch zermürbt werden.<sup>129</sup> Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unlieb-samen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war. Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste jedoch eine Welle von Protesten in intellektuellen Kreisen der DDR aus. Schon am Tag danach veröffentlichten zwölf Schriftstellerinnen und Schriftsteller, unter ihnen die bekannte Autorin Christa Wolf, eine Erklärung: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«<sup>130</sup> Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform galten, unterschrieben. Dieser Protest kam für Partei und Staatssicherheit überraschend und löste Nervosität und Verunsicherung aus. Die SED reagierte mit Propaganda gegen die Unterzeichner und initiierte öffentliche Stellungnahmen von Befürwortern der Ausbürgerung. Auf die Unterzeichner wurde Druck ausgeübt, es kam zu Parteiausschlüssen. Publikations- und Auftrittsverbote und andere Drangsalierungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.<sup>131</sup>

### Das MfS verfügte 1976 über 62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.

Der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns war nicht auf intellektuelle Kreise begrenzt, sondern sorgte auch für Diskussion innerhalb der Arbeiterschaft. Ein Schlosser aus dem Greifswalder Kernkraftwerk sagte z. B. im Betrieb: »Endlich hat sich einer gefunden, der in aller Öffentlichkeit die Wahrheit über die DDR sagt. Doch die Wahrheit können die Organe der DDR nicht ab.«<sup>132</sup> 1976 war Wolf Biermann, nach elf Jahren Berufsverbot, den meisten DDR-Bürgern nicht oder nicht mehr bekannt. Erst die Meldung über die Ausbürgerung und die ARD-Ausstrahlung seines Konzertes am 19. November – an dem Abend saßen Millionen Menschen in Ost und West vor dem Fernseher – machte ihn besonders bei der jüngeren Generation populär.<sup>133</sup>



> Das MfS nahm eine Abschrift des Flugblatts, welches Helmuth Schmidt in Parchim verteilt hatte, zu den Akten. 20.11.1976  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 468/77, Bl. 19



## Der Künstler muß mit seinen Waffen seiner Klasse dienen

Wir, die Kulturschaffenden des Landestheaters Parchim, sind auf tiefste empört über das Auftreten Wolf Biermanns in der BRD und seine antisozialistische Haltung.

Wir stehen voll und ganz hinter dem Beschluß unseres Staates, der Wolf Biermann das Recht auf weiteren Aufenthalt in der DDR entzogen und die Staatsbürgerschaft aberkannt hat. Wir sind der Meinung, daß gerade der Künstler mit den Mitteln seiner Kunst, mit seinen Waffen bedingungslos, parteilich und klassenbewußt in der großen Auseinandersetzung unserer Zeit Stellung beziehen muß.

Wir sind der Meinung, daß jedes Auftreten eines Künstlers in der Öffentlichkeit, gleich, ob auf der Bühne oder im scheinbar privaten Gespräch, Klassenkampf ist, der

mit allen Mitteln der Überzeugungskraft und Begeisterungsfähigkeit für die Ziele zu führen ist, die uns ganz besonders der IX. Parteitag der SED gestellt hat.

Wir halten es für beleidigend und primitiv, unwürdig für einen Künstler unserer Republik, wenn er mit gezielten Pointen gegen diese hohen und edlen Ziele auftritt. Wir sehen in diesem unwürdigen Auftreten W. Biermanns einen Anlaß, unsere eigene Arbeit und unsere eigene parteiliche Haltung zu überprüfen und konsequent für die Sache des wissenschaftlichen Sozialismus einzutreten.

**Hans Reupert, Intendant,  
und das Kollektiv des  
Landestheaters Parchim**

> Neben den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Proteste fanden sich auch viele staatstreue Befürworter der Ausbürgerung Biermanns wie hier am Landestheater Parchim. Schweriner Volkszeitung. 22.11.1976  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 578/77, Bl. 227

Am 15. Dezember 1976 hielt die Staatssicherheit in einer landesweiten Statistik die einzelnen spontanen Protestaktionen der vergangenen Wochen fest. Sie ermittelte insgesamt 457 Vorkommnisse, von denen sie ein Viertel aufklären konnte.<sup>134</sup> Am 22. Dezember 1976 forderte Mielke in einem Schreiben an alle Dienststellen, dass »durch politisch-operative Maßnahmen die Herausbildung feindlich-negativer Gruppen und Gruppierungen zu zersetzen und zu zerschlagen« sei.<sup>135</sup> Das bedeutete für die Stasi: ermitteln, festnehmen und inhaftieren. Alle IM, die über Äußerungen von Biermann-Sympathisanten berichten und Hinweise auf die Verfasser von Protestlosungen liefern konnten, sollten mobilisiert werden. Im Bezirk Neubrandenburg (S. 147) erließ Stasi-Chef Böhm (1913–1982) nach der Ausbürgerung Biermanns umgehend die Anweisung an alle seine Dienststellen, bis auf Widerruf täglich bis 15.00 Uhr über die Lage Rapport zu erstatten.<sup>136</sup>

Am 22. November 1976 erhielt die Abteilung 32 der Stasi-Zentrale in Berlin, zuständig für kriminaltechnische Untersuchungen, den Auftrag, den Verfasser einer »Hetzschrift« zu ermitteln. Am Tag zuvor waren in Parchim an vier verschiedenen Stellen Flugblätter angebracht worden, um mit dem Aufruf, »Solidarität für den ungerecht gemaßregelten Bürger Wolf Biermann« zu zeigen. Die DDR bezeichnete der anonyme Autor als »Völkergefängnis« und »Unrechtsstaat«.<sup>137</sup>

Volkspolizei und Staatssicherheit hatten die »Tatorte« bereits fotografisch dokumentiert, Fingerabdrücke gesichert und eine Geruchsprobe des Schriftstückes genommen.<sup>138</sup> Die Aufgabe der Ermittler der Abteilung 32 war es nun, die »Tatschreibmaschine«, den verwendeten Klebstoff sowie die Papierart zu ermitteln. Durch dieses Vorgehen versprach sich die Stasi,

dem Urheber auf die Spur zu kommen.<sup>139</sup> Gleichzeitig machten Mitarbeiter der KD Parchim (S. 153) Augenzeugen ausfindig und befragten sie. Außerdem bestellten sie die im Umkreis für die Stasi arbeitenden inoffiziellen Mitarbeiter zu Befragungen ein.

Die Stasi hatte noch weitere Protestaktionen registriert. So erhielt der Intendant des Parchimer Landestheaters, der die Ausbürgerung Biermanns öffentlich befürwortet hatte, am 22. November den Anruf eines angeblichen Angestellten des Hydraulikwerks in Parchim, der sich über die Entlassung Biermanns aus der Staatsbürgerschaft empörte. Der Intendant meldete den Vorfall an das MfS weiter und gab an, dass der Anrufer vermutlich zwischen 30 und 40 Jahren alt sei und mit starkem rheinischem Dialekt gesprochen habe.<sup>140</sup> Die Stasi befragte mit dieser Personenbeschreibung gezielt ihre IM. Und tatsächlich gab IM »Walter Schröder« einen Tag später den entscheidenden Hinweis. Er konnte zwar nicht den Verfasser des Flugblatts nennen, aber er kannte jemanden, der mit rheinischem Dialekt sprach: Es handelte sich um den Bauleiter Helmuth Schmidt (1932–2012), gebürtig in Westfalen.<sup>141</sup>

Zunächst schien für die Stasi noch nicht alles zusammenzupassen. Laut Gutachten der Kriminaltechniker – die Stasi hatte von allen in Frage kommenden Schreibmaschinen Schriftproben besorgt –, handelte es sich

bei der Schreibmaschine um eine »Olympia« mit der Modellnummer 21 22 26.<sup>142</sup> In Schmidts Büro jedoch war kein solches Modell zu finden – er hatte die Maschine versteckt und durch eine andere ausgetauscht. Erst nach seiner Festnahme am 26. November und der anschließenden akribischen Durchsuchung seines Arbeitsplatzes wurde die »Olympia« entdeckt.

Viele seiner Kollegen zeigten sich überrascht, dass Schmidt der Verfasser der Flugblätter war: Helmuth Schmidt war in den 1950er-Jahren aus politischer Überzeugung in die DDR gegangen, um am Aufbau des Sozialismus mitzuarbeiten.<sup>143</sup> Allerdings zweifelte er schon seit einiger Zeit an der Politik des SED-Regimes. Seine innere Distanzierung hatte im Juni 1976 ihren Anfang genommen. Schmidt hatte noch regelmäßig Kontakt zu seinen Verwandten in der Bundesrepublik und wollte seine kranke Mutter in der Bundesrepublik besuchen, hatte aber keine Reiseerlaubnis erhalten, was ihn maßlos erzürnte. Wenige Monate später folgte eine weitere Zäsur: Als er am späten Abend des 19. Novembers die Wiederholung des Kölner Biermann-Konzerts im ZDF sah, fasste Schmidt den Entschluss, seinen Protest gegen die SED-Regierung öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Er schrieb Flugblätter und verteilte sie am darauffolgenden Sonntag nach Einbruch der Dunkelheit in der Stadt.<sup>144</sup>

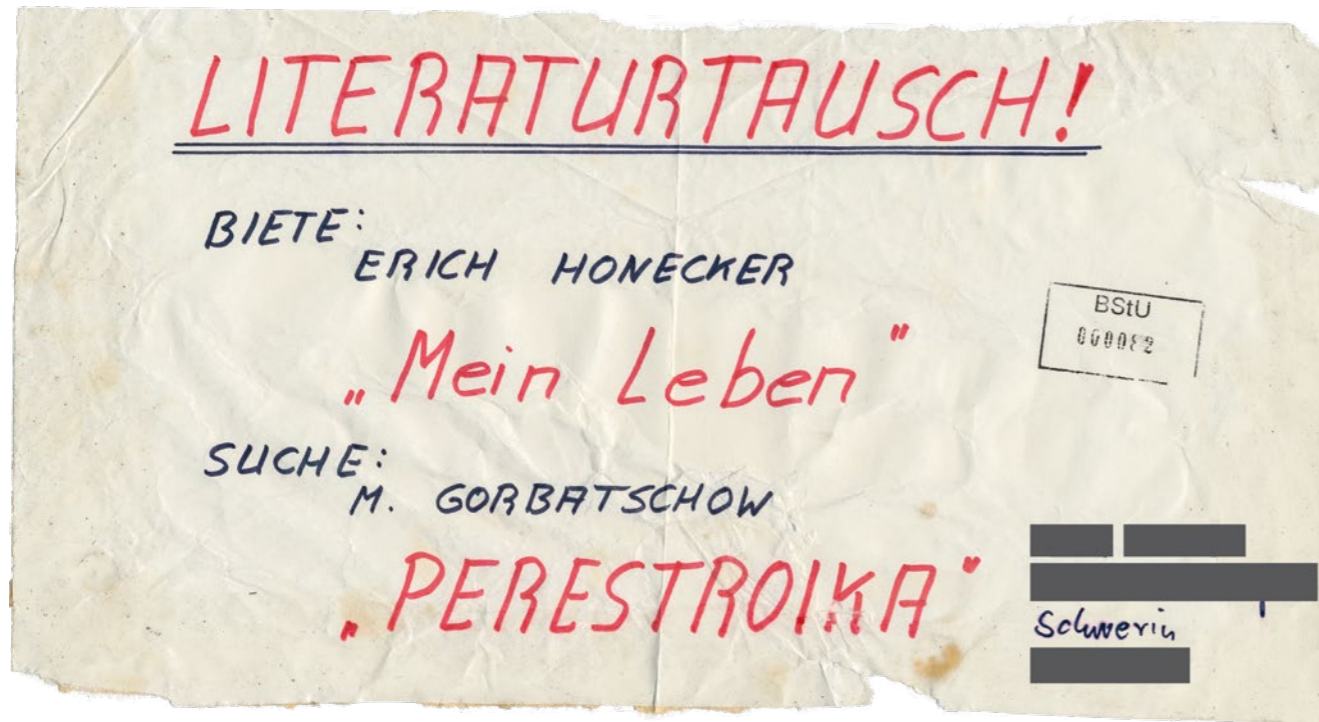
Helmuth Schmidt wurde wegen »staatsfeindlicher Hetze« angeklagt. Am 18. Februar 1977 fällte das Bezirksgericht Schwerin sein Urteil: Es lautete auf vier Jahre Haft. Schmidt ging in Berufung: Er forderte, sein früheres Engagement für den Sozialismus müsse berücksichtigt werden. Überraschenderweise verkürzte das Oberste Gericht der DDR in Ost-Berlin daraufhin die Haftzeit auf drei Jahre. Zum 20. Juni 1978 wurde seine Freiheitsstrafe schließlich auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Helmuth Schmidt wurde von der Bundesrepublik freigekauft und aus der DDR-Haft in den Westen entlassen. Nach dem Aufnahmeverfahren in Gießen konnte er in seinen Geburtsort Heessen in Nordrhein-Westfalen zurückkehren. Seine Familie durfte im September 1978 aus der DDR ausreisen.<sup>145</sup>

ECa/KSo



> Helmuth Schmidt bei seiner Verhaftung. 26.11.1976  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 468/77, Bl. 288





> Wolfgang Brendls Aushang zur Suche nach Gorbatschows Buch »Perestroika«. 2.4.1988  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1124/88, Bl. 82

## 1985–1989 Glasnost und »Sputnik«-Verbot: Die Angst der SED vor Veränderungen

Am 11. März 1985 wurde Michael Gorbatschow (Jg. 1931) zum neuen Parteichef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt. Bereits einen Monat später verkündete er sein Reformprogramm der Perestroika, des Umbaus, der zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion führen und die innenpolitischen Missstände beseitigen sollte. Für Gorbatschow war es unabdingbar, dass dieser Prozess durch die Politik der Glasnost, der Offenheit und Transparenz, begleitet wurde.<sup>146</sup> Viele DDR-Bürger waren von seiner Politik begeistert und hofften, dass es auch in der DDR zu Veränderungen kommen würde.

Am 1. November 1987 veröffentlichte Gorbatschow sein Buch »Perestroika. Die zweite russische Revolution – Eine neue Politik für Europa und die Welt«, in dem er sein politisches Programm darlegte. Wolfgang Brendl (Jg. 1955) aus Gottesgabe wollte dieses Buch lesen.<sup>147</sup> Doch das Buch war nur über den westdeutschen

Buchhandel zu beziehen und somit eine Rarität. So hoffte Brendl, durch Aushänge ein Exemplar zu finden. Er schrieb auf mehrere 20 × 21 cm große Zettel sein Angebot: »Literaturtausch: Biete Erich Honecker – Mein Leben, Suche: Gorbatschow – Perestroika«.<sup>148</sup>

Offiziell war gegen dieses Tauschangebot kein Einwand vorzubringen. Aber jedem Leser dieser Zettel war die politische Dimension bewusst. Denn diejenigen, die Gorbatschows Buch besaßen, hätten es nicht eingetauscht und vor allem nicht gegen die Lebenserinnerungen Erich Honeckers. Viel eher ist zu vermuten, dass, neben dem Wunsch, das Buch zu lesen, die Aushänge als Protest zu verstehen sind.

Die Aushänge verteilte er mithilfe seines Freundes Heinz Neuber (Jg. 1963) am Abend des 29. Januar 1988 in verschiedenen Kaufhallen in Schwerin,<sup>149</sup> u. a. auf dem Großen Dreesch und in Lankow. Da Brendls Adresse in der Anzeige angegeben war, wusste die Stasi sofort, von wem die Aushänge stammten. Weil Brendl und Neuber seit mehreren Jahren in die Bundesrepublik übersiedeln wollten und entsprechende Anträge beim Rat des Bezirks in Schwerin gestellt hatten, beobachtete die Abteilung IX (S. 149) des MfS die Beiden bereits seit Längerem.<sup>150</sup> Sie bestellte Brendl und Neuber nun zur

Befragung ein und forderte sie auf, die Suche einzustellen. Obwohl beide die geforderte Unterlassungserklärung nicht unterschrieben, durften sie gehen.<sup>151</sup>

Weil auch nach zwei Monaten kein Tausch zustande gekommen war, entschlossen sie sich, am 30. März 1988 in Schwerin erneut Zettel aufzuhängen. Daraufhin schlug die Stasi zunächst eine härtere Gangart gegenüber Brendl und Neuber ein. Sie vermutete richtig, dass Brendl schon länger mit der DDR abgeschlossen hatte.<sup>152</sup> Aus Sicht der Stasi waren alle Versuche der »Rückgewinnung« gescheitert. Sie befürchtete, er würde mit weiteren »demonstrativen Handlungen« versuchen, auch andere Antragsteller für öffentliche Aktionen zu gewinnen. So durfte er zusammen mit Frau und Tochter vier Wochen später ausreisen. Anders erging es Heinz Neuber. Bei ihm sah die Stasi noch die Chance, ihn davon zu überzeugen, in der DDR zu bleiben.

*Durch »das Verbot des Sputniks stelle  
die Partei- und Staatsführung [...]  
offenkundig ihr Misstrauen gegenüber  
der Bevölkerung« dar.<sup>153</sup>*

Am Abend des 1. April 1988, es war der Karfreitag, wollte Heinz Neuber nach Schwerin fahren. Bei der Stasi gab er zu Protokoll, dass sein Auto defekt war und er sich deshalb den Wagen seines Freundes Brendl auslieh. Als er losfuhr, entdeckte er auf der Rückbank noch einige Aushang-Zettel und entschloss sich, sie dieses Mal alleine zu verteilen. Er hoffte, seinem Freund Wolfgang so ein Ostergeschenk machen zu können. Um die Chancen, das Buch zu bekommen, zu erhöhen, erweiterte er den Suchradius. Am Karsamstag nach Dienstschluss hängte Heinz Neuber erneut Zettel auf, dieses Mal in Wismar. Am Abend des Ostermontags saß Neuber schon bei der Stasi und wurde aufgefordert, sein Vorgehen nicht zu wiederholen, da ihm sonst eine Ordnungsstrafe drohe. Erneut verweigerte er die Unterschrift unter diese Anweisung.<sup>154</sup>

Da er bereits drei Jahre vergeblich auf seine Ausreisegenehmigung wartete, entschied er sich, aus der DDR zu flüchten.<sup>155</sup> Am Morgen des 6. Aprils 1988 bestieg er den Interzonenzug D 226 von Wismar nach Hamburg-

Altona und hoffte, unbemerkt in die Bundesrepublik zu gelangen. Kurz vor Einfahrt in den Bahnhof Hagenow versteckte er sich auf der Zugtoilette. Dort entdeckte ihn jedoch die Transportpolizei – getarnte Stasi-Mitarbeiter – und nahm ihn fest. Neuber wurde nach § 213 (ungesetzlicher Grenzübertritt) zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach drei Monaten Haft wurde seine Strafe auf Bewährung ausgesetzt. Am 3. August 1988 durfte er in die Bundesrepublik ausreisen.<sup>156</sup>

Für die SED stellte die neue Politik Gorbatschows ein Problem dar. Sie hatte sich traditionell eng an der Politik der sowjetischen Schwesterpartei KPdSU orientiert; Perestroika und Glasnost aber, so befürchtete die SED, würden die DDR destabilisieren.<sup>157</sup> Es galt einen Ausweg zu finden, den neuen Kurs nicht übernehmen zu müssen, ohne die Sowjetunion zu kritisieren. Die SED entschloss sich daher, die Ansicht zu vertreten, dass die neue Politik Gorbatschows ausschließlich eine innere Angelegenheit der Sowjetunion sei. Zudem wurde in der DDR so wenig wie möglich über die anstehenden sowjetischen Veränderungen berichtet und wenn, dann im berichtenden Stil ohne jegliche politische Einordnung.

Dies störte viele Bürger, die hohe Erwartungen an die Neuerungen in Moskau knüpften. So meldete die Bezirksverwaltung Schwerin, dass die Mehrheit der Bürger die Berichterstattung über die Ereignisse in der Sowjetunion, Polen und Ungarn als unzureichend empfand und der Ansicht war, die Position der DDR werde nicht eindeutig dargestellt. Die Stasi konstatierte, dass die Menschen aus diesem Grund stärker denn je die Berichterstattung der westlichen Medien heranzogen.<sup>158</sup> Die Kreisdienststelle Wismar (S. 152) meldete, dass auch ein Großteil der Jugendlichen die sowjetischen Umgestaltungsprozesse mit großer Aufmerksamkeit verfolge und die Meinung vertrete, dass »auch die DDR Glasnost und Perestroika nötig hätte«.<sup>159</sup>

Vom XI. Parteitag der SED im April 1986 erhofften sich die Menschen, dass der neue Kurs der Sowjetunion auch in ihrem Land eingeschlagen würde. Dass Michael Gorbatschow als Ehrengast auf dem Parteitag sprach, werteten viele als ein gutes Zeichen. In seiner Rede betonte Gorbatschow, dass Selbstkritik für den Erfolg einer revolutionären Partei unerlässlich sei. Aber Honecker und die SED lehnten Reformen ab. Die Berichterstat-





> Erich Honecker dankt Michael Gorbatschow für seine Rede auf dem XI. Parteitag der SED, Ost-Berlin. 18.4.1986  
BArch, Bild 183-1986-0418-042, Fotograf: Rainer Mittelstädt

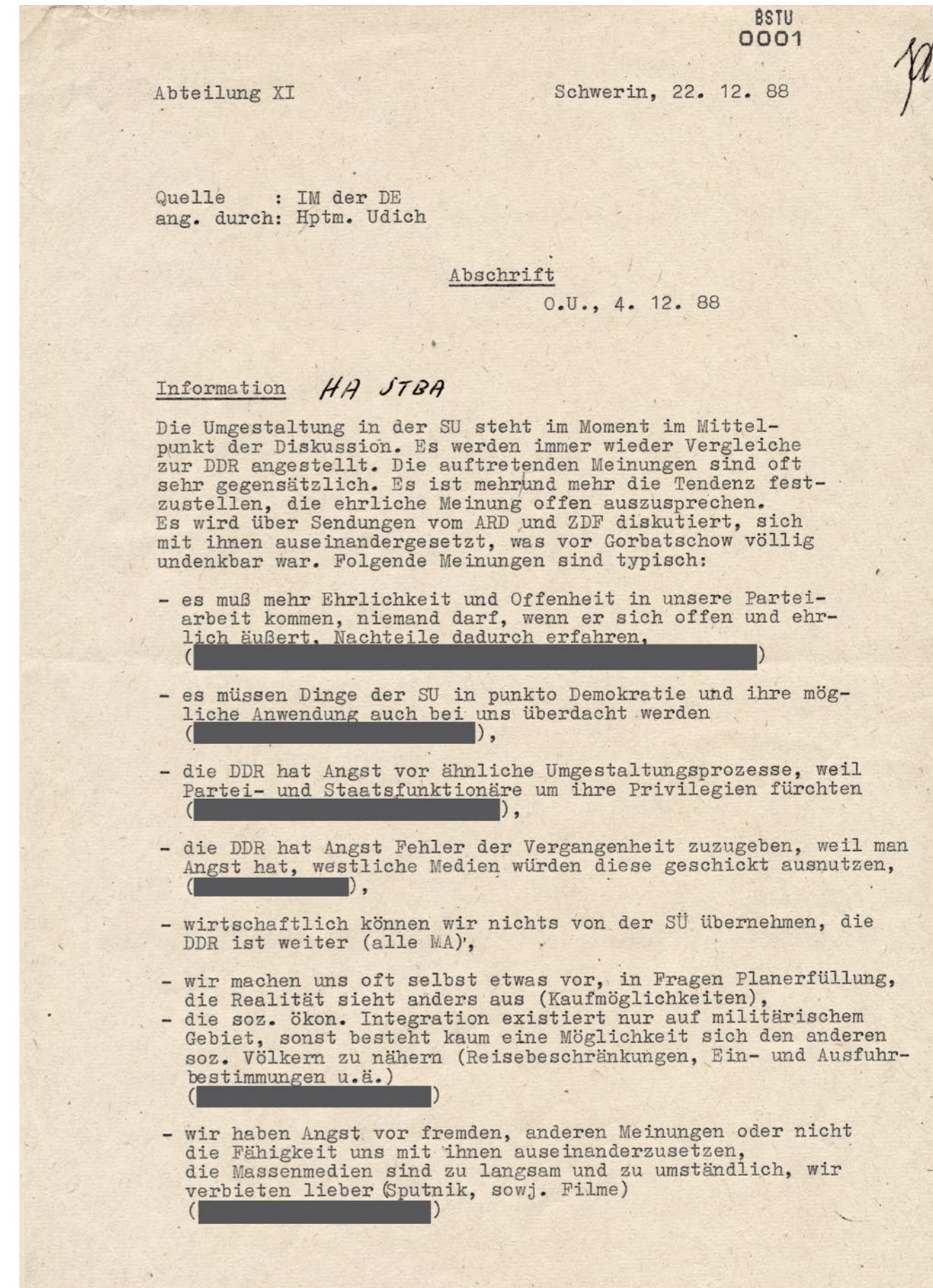
tung über die sowjetischen Veränderungen und die Reden Gorbatschows blieb weiterhin eingeschränkt. Das verstärkte die Kritik in der DDR. Die BV Schwerin (S. 152) stellte in einer internen Information fest, dass weite Teile der Bevölkerung Gorbatschow »als einen echten Verfechter konstruktiver Schritte [...] und einen flexibel agierenden Politiker«<sup>160</sup> wahrnahmen.

Den Höhepunkt der medialen Abschottung stellte das »Sputnik«-Verbot Mitte November 1988 dar. Die SED hatte die deutsche Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift vom Postzeitungsvertrieb ausgeschlossen – das kam einem Verbot gleich. Der »Sputnik« hatte sich kritisch mit der Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg und den stalinistischen Verbrechen auseinandergesetzt. Sein Verbot und das Verbot von fünf sowjetischen Filmen lösten umfangreiche Proteste in der DDR-Bevölkerung aus. Aus diesem Grund ordnete der Stellvertretende Leiter Operativ der BV Neubrandenburg (S. 147) am 25. November 1988 – eine Woche nach dem Verbot – an, dass ab sofort unter Erarbeitung inoffizieller Informationen und »Abschöpfung der operativen Mitarbeiter sowie deren Umfeld«<sup>161</sup> die Reaktion der Bevölkerung auf diese Maßnahme zu ermitteln sei. Er gab damit eine Vorgabe aus Berlin weiter, die in der Region umgesetzt werden musste. Bereits wenige Tage später meldete die BV Neubrandenburg für ihren Bezirk, dass es zu »massiven Reaktionen unter Teilen der Bevölkerung« komme.<sup>162</sup> Dabei verstanden die Menschen nicht nur das »Sputnik«-Verbot als Entmündigung, sondern diskutierten in diesem Zusammenhang auch über grundlegende Probleme der DDR.

Aus der KD Parchim (S. 153) meldete der IM »Seemann«, dass es in einer Seminargruppe der Ingenieurschule für Maschinenbau Schwerin am 23. November 1988 zu verstärkten Diskussionen über das Verbot der Zeitschrift gekommen sei. Die Studenten beschlossen eine Unterschriftensammlung gegen die Zensur: »Mit diesen Unterschriften setzen wir uns beim Presseamt in Berlin für den weiteren Vertrieb des »Sputnik« ein.«<sup>163</sup> Nachdem wenige Tage später bereits fast 80 Prozent der Seminargruppen unterschrieben hatten, sollten die verantwortlichen Parteigenossen der Ingenieurschule die Initiatoren aufdecken. Doch die Listen waren bereits vernichtet worden.

Mit einem so massiven Unmut der Menschen hatte die SED nicht gerechnet. Schließlich sah sich Honecker veranlasst, den abweichenden Kurs der SED zu rechtfertigen. In seiner Rede zum 70. Gründungstag der KPD sprach er davon, dass der »Sozialismus in den Farben der DDR« gestaltet werden müsse.<sup>164</sup> Doch dieser »Sonderweg« der DDR einerseits und die damit verbundene offensichtliche Zensur stießen auf Ablehnung bei weiten Teilen der Bevölkerung. Das Verbot des »Sputnik« wurde für die Menschen zu einem Katalysator, die eigene Meinung mehr und mehr zu äußern. Die Distanz zwischen politischer Führung und Bevölkerung wurde unübersehbar – und im Herbst 1989 schließlich unüberbrückbar.

KSo



> IM-Bericht aus der Abteilung IX über die Meinungen von Bahnangestellten zur Politik Gorbatschows. 22.12.1988  
BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. XIX, Nr. 10584, Bl. 1





# Der Apparat

---

> Der Rostocker BV-Chef Rudolf Mittag bei der Namensverleihung »Alfred Scholz« an die Wach- und Sicherungseinheit des MfS in Waldeck. 6.2.1980  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 863, Bl. 6/11 (Ausschnitt)





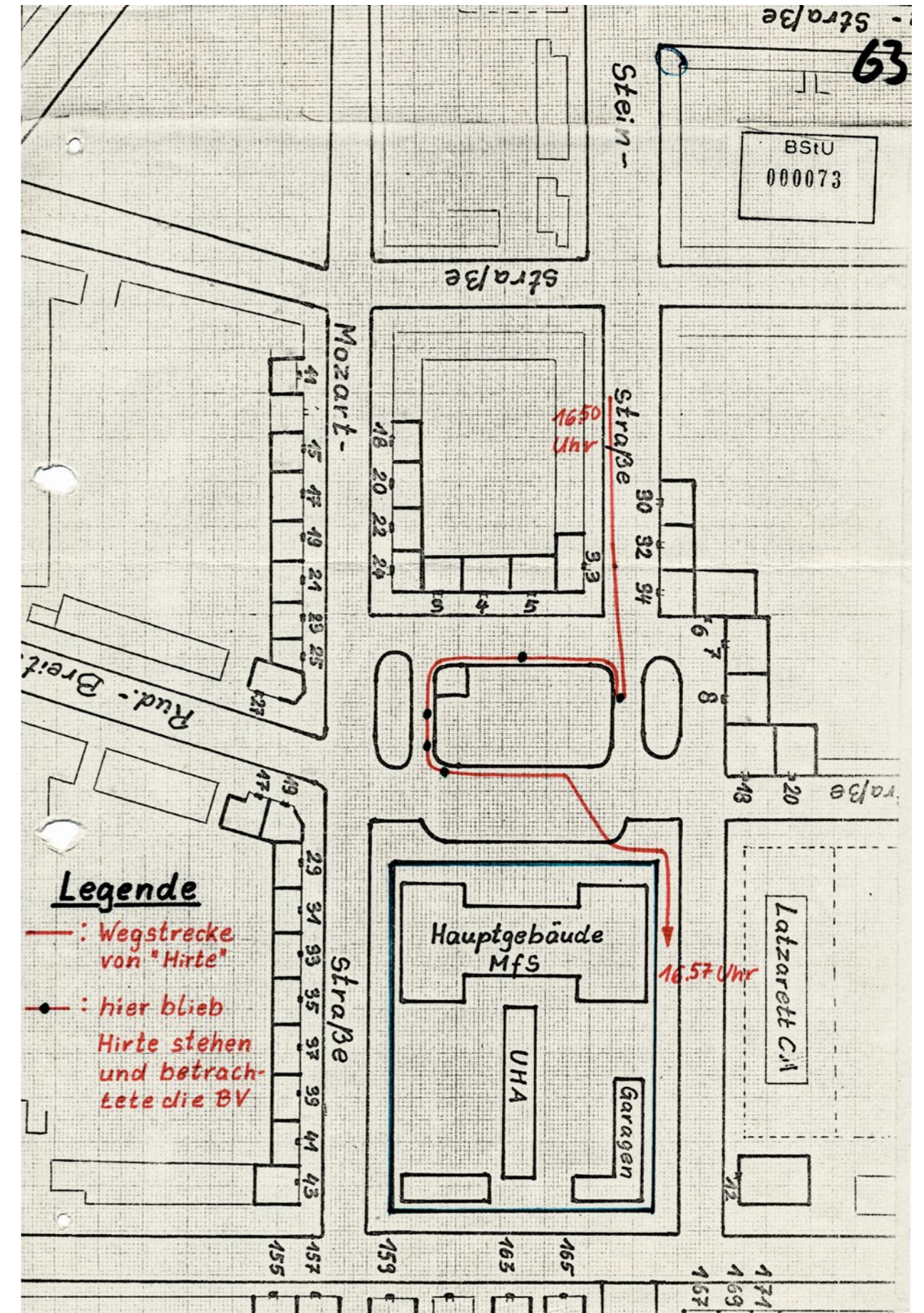
> Beobachtungsfoto von »Hirte« und Hund Tobbi. 22.8.1984  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 247/87, Bd. 1, Bl. 104, Bild 2

## Erhöhte Wachsamkeit – der Demmlerplatz in Schwerin

Im Jahre 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit 15 Bezirksverwaltungen. Sie waren analog zur Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgebaut. Die Struktur der Bezirksverwaltungen folgte dem sogenannten Linienprinzip.<sup>165</sup> Aufgaben wurden intern nach Abteilungen aufgeteilt und nach gleichen Prinzipien auf zentraler wie auf Bezirksebene bearbeitet. Die Überwachung von Kirche, Kunst und Kultur war beispielsweise bei der Hauptabteilung XX in Berlin und in den Abteilungen XX der BV Neubrandenburg, Rostock und Schwerin angesiedelt. In Greifswald befand sich eine der DDR-weit sieben Objektdienststellen, die für die Überwachung des Kernkraftwerkes zuständig war. Die BV Neubrandenburg zählte zuletzt knapp 2 000 hauptamtliche Mitarbeiter und über 3 500 IM. Die BV Rostock war im Norden die personell

stärkste BV mit über 3 800 hauptamtlichen und über 8 200 inoffiziellen Mitarbeitern. Schließlich verfügte die BV Schwerin über 2 200 hauptamtliche Mitarbeiter und über 6 500 IM.<sup>166</sup>

Im Dezember 1983 läuteten die Alarmglocken am Demmlerplatz, dem Hauptsitz der BV Schwerin. Die Sicherungsposten hatten festgestellt, dass sich ein Mann des Öfteren in der Nähe des Dienstobjektes aufhielt. Die Abteilung II (S. 149) – zuständig für die Aufdeckung von Spionage – nahm Ermittlungen auf. Knapp ein halbes Jahr später legte sie die Operative Personenkontrolle (OPK) »Hirte« an. Der Deckname lag nah: Der Mann trug einen Hut und führte einen schwarzen Berghund aus. Der Stasi kam der Mann verdächtig vor, weil er in circa drei Monaten 19 Mal vor dem Gebäude stand und sich auffällig verhielt: »Bei allen Bewegungsabläufen am Demmlerplatz wurden sol-



> Die Stasi zeichnete die Wegstrecken der täglichen Spaziergänge auf Stadtplänen genau nach. 1984  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 247/87, Bd. 1, Bl. 73



che Verhaltensweisen festgestellt wie ständiges visuelles Interesse für das Gebäude, für abgeparkte Kraftfahrzeuge und die Personenbewegung vor dem Haus.«<sup>167</sup> Ab Januar 1985 verschärfte die Stasi ihre Überwachung und stufte den Fall »Hirte« sogar als Operativen Vorgang (OV) ein. Ermittelt wurde nach §97 des DDR-Strafgesetzbuchs: Preisgabe von Staatsgeheimnissen.

**»Zur Legendierung seiner  
Bewegungsabläufe [...] nutzt »Hirte«  
das Ausführen seines Hundes.«<sup>168</sup>**

Die Staatssicherheit verfügte über ein umfangreiches Repertoire an Kontrollmaßnahmen, um den Verdächtigen zu »enttarnen«. Sie überwachte »Hirtens« Post, um herauszufinden, ob er Kontakte zu westdeutschen Geheimdiensten hatte. Die Abteilung VIII (S. 149) – zuständig für Observierung – führte nachts eine sogenannte konspirative Durchsuchung der Garage von »Hirte« durch.<sup>169</sup> Sie baute Wanzen in seiner Wohnung ein. Da »Hirte« mit seinem Hund Tobbi sprach, wussten die Stasi-Mitarbeiter immer im Voraus, wann er sich auf den Weg machte. In der BV standen dann die MfS-Fotografen hinter den Fenstern bereit und eine »mobile Beobachtergruppe« übernahm die Überwachung im Außenbereich. »Hirte« und Hund wurden auf Schritt und Tritt bei ihren täglichen Spaziergängen verfolgt und observiert: »Das Objekt bewegte sich in langsamer, bedächtiger Gangart durch die genannten Straßen. Es beschäftigte sich viel mit dem Hund und ließ diesem dem Anschein nach freien Willen. Häufig blieb das Objekt kurz stehen. Hierbei beobachtete es aufmerksam seine Umgebung. Gezieltes Interesse für bestimmte Vorgänge und Personen war jedoch nicht feststellbar.«<sup>170</sup> Die Wegstrecken von »Hirte« zeichnete die Staatssicherheit auf Stadtplänen ein. Die Beobachter folgten dem Mann bis zum Friedhof. Sie vermuteten, dass er ein Grab als Versteck für den Austausch mit einem westlichen Geheimdienst nutzte. Die Stasi prüfte sogar, ob die Papierkörbe neben den Bänken, auf denen »Hirte« öfter am Platz der Opfer des Faschismus saß, sondergeleert werden könnten.<sup>171</sup>

Nach knapp drei Jahren Ermittlungsarbeit und nahezu 1 000 Seiten Berichte erhielt die Schweriner Bezirksverwaltung – nach einer Konsultation mit der Berliner

Zentrale – die Anweisung, den Vorgang aufgrund »des zu hohen Alters der Person und des Gesundheitszustandes« abzuschließen.<sup>172</sup> »Hirte« war zu diesem Zeitpunkt 77 Jahre alt. Bereits zu Beginn der Ermittlungen beschrieb ein IM ihn so, dass man kaum einen Spion hinter dem Rentner vermuten konnte: »Der [Name] wurde als absoluter Einzelgänger charakterisiert [...] Seine Interessen beschränken sich auf seinen Hund und auf den Pkw Wartburg.«<sup>173</sup> Dass der Hundehalter die Route über den Demmlerplatz wählte, weil seine Wohnung nur sechs Minuten entfernt lag, spielte im Denken der Stasi keine Rolle – obwohl schnell feststand, dass von »Hirte« keine Gefahr für das MfS ausging. Die Vorgehensweise der Stasi zeigt, wie groß ihre Angst vor einem »Angriff« auf das Gebäude der Bezirksverwaltung war.

Die Schweriner Bezirksverwaltung befand sich in einem Gebäude, das 1914 bis 1916 als Gericht mit einem Gefängnisstrakt erbaut worden war. Als Ort der Rechtsprechung konzipiert, wurde der Demmlerplatz zum Synonym für Angst und Terror. Während der NS-Zeit wurden hier zahlreiche Menschen zu Unrecht verurteilt und politische Häftlinge eingesperrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude Sitz des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und ab 1947 des Sowjetischen Militärtribunals, das für Mecklenburg und Vorpommern zuständig war. Tausende wurden zu Opfern der sowjetischen Repressionspraxis, viele von ihnen zum Tode oder zu 15 bis 25 Jahren Arbeitslager verurteilt.<sup>174</sup> Eduard Lindhammer (Jg. 1932), der dort zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, sagte 1999 rückblickend: »Jeder in Schwerin wusste, dass der Demmlerplatz ein verfluchter Ort war«<sup>175</sup>.

1953 bezog das Ministerium für Staatssicherheit das Justizgebäude. Bis zum Untergang der DDR hatte hier die BV Schwerin ihren Sitz und im Gefängnis ihre Untersuchungshaftanstalt. Das historische Gebäude mitten in der Innenstadt zog durchaus die Aufmerksamkeit von Passanten und Touristen auf sich und war ein beliebtes Bildmotiv. Fotos und Videoaufnahmen waren jedoch tabu. Personen, die das Gebäude fotografierten, wurden kurzerhand festgenommen, verhört und belehrt. Oft behielt die Stasi den Film ein. Am 19. August 1980 wurde z. B. ein Ehepaar »zugeführt« und von der Abteilung IX (Untersuchungsorgan des MfS) befragt. Das Ehepaar gab an, sich für Schlösser,



> Im historischen Justizgebäude saß die BV bis 1989. Um 1955 BArch, MfS, BV Schwerin, AU 42/55, Bd. 1, Bl. 122

Museen und alte Gebäude zu interessieren. Der Offizier hielt fest: »Obwohl beide Personen wussten, dass es sich bei dem Gebäude um die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit handelt, sei ihnen nach ihren Aussagen nicht bekannt gewesen, dass das Fotografieren dieses Gebäudes nicht erlaubt ist.«<sup>176</sup>

Auch der nahe liegende Spielplatz sorgte bei der Stasi regelmäßig für Unruhe, da er ein beliebter Treffpunkt von Jugendlichen war. Im April 1987 provozierten einige Jugendliche unter Alkoholeinfluss den Wach- und Sicherheitsdienst der BV und sangen dabei Lieder wie:

»Fünfzehn Meter im Quadrat,  
ringsherum ist Stacheldraht,  
Nun wisst ihr, wo ich wohne,  
ich wohne in der Zone.«

und

»Die Stasi ist für uns tabu,  
den hauen wir die Lichter zu,  
solange noch die Menschen  
hinter Gitterstäben sind.«<sup>177</sup>

Die MfS-Mitarbeiter fotografierten die Jugendlichen, um sie zu identifizieren. Einige von ihnen erhielten ein Bußgeld von 300 Mark. Ein Jahr später gingen sie gegen einen »Wiederholungstäter« drastischer vor. Sie verhafteten einen 19-jährigen, er erhielt in einem Schnellverfahren eine Haftstrafe von vier Monaten.<sup>178</sup>

Wo genau die Stasi saß, war zumeist bekannt. Was sich hinter den vergitterten Fenstern abspielte, blieb hingegen verborgen. Durch Wach- und Kontrollposten wurde jedes Betreten der Areale streng kontrolliert. Der Umgang mit Besuchern war genau geregelt. Es gab vielfältige Gründe, die Staatssicherheit freiwillig aufzusuchen. Einige Besucher kamen, um über die Schwierigkeiten bei der Arbeits- oder Wohnungssuche zu klagen. Manche Bürger beschwerten sich, dass ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt wurde. Meist erklärten die Stasi-Mitarbeiter, dass das MfS für solche Klagen nicht zuständig sei. Dennoch fertigte der zuständige MfS-Mitarbeiter über jeden Besuch von Bürgern einen Aktenvermerk.<sup>179</sup>

Auch Handwerker, die in den Dienstobjekten des MfS Reparaturarbeiten durchführten, standen unter ständiger Aufsicht. In der BV Rostock (S. 148), die ihren Sitz in der August-Bebel-Straße hatte, wurde über jeden Handwerker eine Karteikarte angelegt, die Informationen wie Name, Geburtsdatum, Beruf und Betrieb enthielt sowie darüber, wann und wo genau sich der Handwerker aufhielt.<sup>180</sup> Eine lückenlose Kontrolle konnte jedoch nicht immer stattfinden. Auch beim Bau der neuen BV im Stadtteil Lindenberg in Neubrandenburg (S. 147) ab 1977 musste die Stasi zugeben, dass sie Zugeständnisse bei den Überprüfungen machen musste, um einen kontinuierlichen Bauablauf zu gewährleisten.<sup>181</sup>

ECa



## Die Stasi mit an Bord – die Überwachung des Rostocker Hafens

Am 9. Januar 1972 verließ die MS »Eichsfeld« auf ihrer Ostafrika-Route, die über Antwerpen, Mombasa bis ins Rote Meer führte, den Rostocker Überseehafen. Als das Schiff gegen 10.00 Uhr im Nord-Ostsee-Kanal die Schleuse Kiel-Holtenau erreichte, ließ der Kapitän die Schleuse vorbereiten. Die Landungsbrücken sollten herabgelassen, ihre Sicherung durch den II. und III. Offizier der »Eichsfeld« vorgenommen werden. Paul Runge (Jg. 1943), III. Technischer Offizier an Bord, tat, als wolle er seine Kollegen bei der Bewachung der Gangway unterstützen und verwickelte sie in ein Gespräch.<sup>182</sup> Plötzlich stieß er sie zur Seite, sprang auf die Gangway und lief an Land.<sup>183</sup>

Dort sprach er zwei bundesdeutsche Wasserschutzpolizisten an und bat sie, seine Frau und seine fast zweijährige Tochter, die noch auf dem Schiff waren, von Bord zu holen. Die Polizisten betraten gemäß der Genfer Seerechtskonvention die »Eichsfeld« und forderten die Freigabe der Angehörigen Paul Runges. Als der Kapitän dies verweigerte, verließen die Wasserschutzpolizisten zunächst das Schiff, um wenige Minuten später mit einem Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) zurückzukehren. Nach weiteren Diskussionen und unter der Auflage, dass der BGS-Beamte einen entsprechenden Eintrag im Schiffstagebuch bestätigte, ließ der Kapitän Ehefrau und Tochter schließlich von Bord gehen. Gegen 11.00 Uhr setzte die MS »Eichsfeld« ihre Fahrt Richtung Hamburg fort, die Familie blieb vereint zurück.

Die Fluchtmöglichkeit für Familie Runge hatte sich sehr kurzfristig ergeben. Da ein geplanter Lehrgang an der Ingenieurhochschule für Seefahrt in Warnemünde ausfiel, war Paul Runge, der als zuverlässig galt, kurz vor Abfahrt der »Eichsfeld« als III. Technischer Offizier auf das Schiff abkommandiert worden. Am 7. Januar trat er seinen Dienst an. Bis zum Ablegen des Schiffs durften seine Frau und seine Tochter an Bord sein. Dann täuschte Paul Runge durch einen fingierten Eintrag im Landungsbuch vor, dass sie von Bord gegangen seien. Er versteckte die beiden im unteren Kielraum des Schiffsrumpfes, den er zuvor mit Holzbrettern und Putzlappen ausgekleidet hatte. Dieser Raum wurde vor

dem Auslaufen des Schiffs nicht kontrolliert, da in ihm Öl stand. Die Schiffsmaschine nebenan bot einen guten Schutz, weil sie etwaige Geräusche aus dem Kielraum übertönte.<sup>184</sup>

Im Nachhinein ermittelte die MfS-Abteilung Hafen, dass Runge und seine Ehefrau schon seit Monaten mit ihren Lebensbedingungen in der DDR sehr unzufrieden waren. Sie erhielten keine Wohnungszuweisung, obwohl sie zu dritt ein 12 m<sup>2</sup>-Zimmer bewohnten. Um ihren Unmut auszudrücken, planten sie, sich nicht an den Bezirkstags- und Volkskammerwahlen 1971 zu beteiligen. Erst durch mehrere »Aussprachen« mit ihren Vorgesetzten ließ sich das Ehepaar zur Teilnahme an den Wahlen umstimmen.

Wie die Staatssicherheit herausfand, begann die Familie unmittelbar nach der Abkommandierung Paul Runges auf die MS »Eichsfeld« ihre Flucht vorzubereiten. Eine Nachbarin sagte aus, Paul Runge habe mit

einem Handwagen größere Pakete zur Post gebracht, außerdem hätten zwei gepackte Koffer im Hausflur gestanden.<sup>185</sup> Bei der Hausdurchsuchung stellte die Stasi außerdem fest, dass das Ehepaar einen Brief mit der Aufschrift »unbedingt öffnen« hinterlassen hatte. Der Umschlag enthielt Geld sowie die Bitte, die noch ausstehenden Raten für den Fernseher und die Beiträge für das Essen in der Kinderkrippe zu bezahlen.

Im April 1973 beendete die Abteilung Hafen ihre Ermittlungen gegen das Ehepaar Runge. Die Stasi konnte zwar noch die neue Anschrift der Familie in Westdeutschland und die neuen Arbeitgeber des Ehepaars herausfinden, sah aber keine Möglichkeit für eine »Rückgewinnung«.

In den DDR-Häfen war die Präsenz der Staatssicherheit kaum zu übersehen, jedoch wussten nur wenige, dass es in der MfS-Bezirksverwaltung Rostock eine eigene

personalstarke Abteilung (S. 148) zur »Absicherung« der Häfen und Schifffahrt gab. Bereits der Zutritt zu den Häfen erfolgte über gesonderte, von der Stasi kontrollierte Sicherheitsschleusen. Das Gelände selbst galt als Grenzgebiet. Wer hier ohne die entsprechende Legitimation angetroffen wurde, wurde als Fluchtverdächtiger betrachtet. An den Liegeplätzen der Schiffe aus den nichtsozialistischen Ländern kontrollierte ein »Posten vor Schiff« der MfS-Wach- und Sicherungseinheit rund um die Uhr alle Personenbewegungen.

Die Häfen bildeten keine Betriebseinheit im herkömmlichen Sinne, sondern umfassten verschiedenste Firmen, Reedereien und Speditionen. Um dieses Konglomerat unter Kontrolle zu halten, hatte die Staatssicherheit die »Abteilung Hafen« in der Stasi-Bezirksverwaltung Rostock eingerichtet. Ein Blick auf das Gründungsdokument von 1956 – Befehl 400/56 des damaligen Stasi-Chefs Ernst Wollweber – zeigt, dass es der Stasi keinesfalls nur darum ging, Unbefugten den



> Der Überseehafen Rostock. Um 1970  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 847, Bl. 106





> FDGB-Urlaubsschiff MS »Arkona«. Vor 1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 847, Bl. 63

Zutritt zu verweigern oder allzu neugierige Besucher, die auf Westschiffen mitfahren, zu überwachen.<sup>186</sup> Vielmehr verfolgte das MfS auch nachrichtendienstliche Ziele. Im Fokus standen dabei insbesondere die Hafenanlagen in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten sowie die dortigen Marinestützpunkte.<sup>187</sup> Dem Linienprinzip des MfS folgend unterstand die Abteilung Hafen der Hauptabteilung XIX, die für das Verkehrswesen zuständig war.<sup>188</sup>

Ein besonderes Merkmal der Abteilung Hafen war, dass ihre Aktivitäten nicht auf das Festland beschränkt waren, sondern dass sie auch für die »Hochseeflotte« verantwortlich war. So war die Stasi auf allen DDR-Handelsschiffen stets mit an Bord. Auf den Urlauberschiffen wie der »Völkerfreundschaft« reisten im Bedarfsfall hauptamtliche Mitarbeiter als Urlauber getarnt mit. Sie waren Ansprechpartner für die an Bord eingesetzten Spitzel, nahmen deren Beobachtungen und Einschätzungen entgegen und verfassten noch

während der Fahrt ihre Berichte.<sup>189</sup> In der Regel versah diese Aufgabe ein MfS-Offizier im besonderen Einsatz, für den – wie auf dem Kreuzfahrtschiff »MS Arkona« – eigens eine Stelle als Offizier für Schiffssicherheit geschaffen worden war.<sup>190</sup>

Bei der Kontrolle der Häfen und des Seeverkehrs stützte sich die Abteilung Hafen im Wesentlichen auf zwei Methoden. Um an Informationen zu gelangen, bediente sie sich inoffizieller Mitarbeiter, deren Zahl mit 690<sup>191</sup> ungefähr der IM-Größe der Abteilung XX der BV Rostock entsprach, die für die Bekämpfung politisch abweichenden Verhaltens zuständig war.<sup>192</sup> In den Überseehäfen berichteten viele IM über die Crewmitglieder, Schiffsabläufe und Sicherheitsvorkehrungen im Ausland sowie die Landgänge vor Ort – zumeist eine bunte Mischung aus verschiedenen Informationen, aus denen sich das MfS dann die für es wichtigen Informationen herausfilterte. So berichtete beispielsweise IM »Ulrich« im Oktober 1975 über die

Abteilung Hafen MIS/BV Rostock Rostock, 11. April 1989

Dat. 19 APR 1989  
Sichtvermerk 1  
NICHT  
EINVERSTANDEN

BSU  
000002

**Entscheidungsvorschlag**  
gemäß Befehl 20/85 des Genossen Minister – "Leuchtturm"

Auf der Grundlage des vorliegenden Auskunftsberichtes/Aufklärungsergebnisses der durchgeführten Sicherheitsüberprüfung zu

Name: [REDACTED] Vorname: [REDACTED] PKZ: [REDACTED]  
Tätigkeit: Schüler

wird zum Antrag auf Aushändigung eines SFB/Erteilung eines Sichtvermerkes für  
Fifa. Sapowitz, Lehrlg. 1990

Zustimmung/Nichtzustimmung vorgeschlagen.

Begründung/operativ zu beachtende Hinweise:

- charakteristische Unreife, spontan, leicht beeinflussbar.
- Vorherige Vermerke. 1967, 72, 74 und 1981 wegen Diebstahl und Körperverletzung vorbehalten
- Mitten März 1988 AR BRD – nicht ausgegeben.
- Schwester 1985 ÜSE, 1986 zurückgezogen. Unvollständige Ausreise, sicherheitspol. Gründe SFB nicht geeignet

Leiter des Referates [Signature] Mitarbeiter [Signature]

Von mir wird die Entscheidung Zustimmung/Nichtzustimmung getroffen.

Leiter der Abteilung [Signature]

Festlegungen:

> »Entscheidungsvorschlag gemäß dem Befehl 20/85 des Genossen Minister – Leuchtturm« der Abteilung Hafen über die Ablehnung eines Seefahrtbuchs (AR = Ausreise; ÜSE = Übersiedlungersuchen; SFB = Schifffahrtbuch), Rostock. 11.4.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 415, Bl. 2



Kontrollen im Bostoner Hafen und beschrieb das dortige Konsumangebot.<sup>193</sup> Oder IM »Ralf« berichtete über den Hafendurchlauf an der amerikanischen Ostküste in Newport sowie die dortigen Zollabfertigungen.<sup>194</sup> Des Weiteren war die Abteilung dafür zuständig, im großen Maßstab verdeckte Sicherheitsüberprüfungen in sicherheitssensiblen Bereichen wie dem Ölhafen durchzuführen.

Einer Sicherungsüberprüfung unterlagen alle, die ein Seefahrtsbuch beantragten – ohne ein solches Seefahrtsbuch konnte kein Seemann auf einem Schiff anheuern. Die BV Rostock führte hierzu eine Seemanns-Kartei.<sup>195</sup> Im Rahmen der dauerhaften Aktion »Leuchtturm« folgten weitere interne Überprüfungen. Denn in den Augen der Stasi gab es ausreichend Anlass zur Besorgnis: Immerhin war gut jeder Zehnte, der die DDR »ungesetzlich« verließ, Inhaber eines Seefahrtsbuchs, rein rechnerisch wechselte jährlich rund eine ganze Schiffsbesatzung von Ost nach West.<sup>196</sup> Die Kontrollen waren scharf und engmaschig. Einem Schüler aus Wolgast wurde im April 1989 die Ausstellung des Seefahrtsbuch verweigert, da er Westkontakte hatte und ihn die Abteilung Hafen als charakterlich »unreif«<sup>197</sup> einstufte.

Die Abteilung Hafen war auch verantwortlich für die Überwachung des »Internationalen Klubs der Seeleute« in Stralsund, Wismar und Rostock. Der Klub sollte ausländischen Seeleuten ein »reales Bild über die DDR« vermitteln und zugleich operativ interessante Informationen abschöpfen. 1985 ging die Zuständigkeit an die Abteilung II über, da sich der Klub nach ihren Angaben unter Leitung der Abteilung Hafen zu einem Ort illegalen Devisenhandels und unkontrollierter Prostitution entwickelt habe, an dem es keine systematische Informationsgewinnung gebe.<sup>198</sup>

Neben der Spezialabteilung Hafen waren noch weitere MfS-Dienstleistungen in den Häfen tätig. Dem Befehl 400/56 von 1956 und der Arbeitsrichtlinie über die »operative Arbeit der Abteilung Hafen/Rostock in den Seehäfen und der Hochseeflotte der DDR« zufolge sollten ihre Einsätze nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Leiter der Abteilung Hafen erfolgen, wobei in der Regel schon allein aufgabenbedingt enge Kooperationsbeziehungen zwischen den einzelnen Dienstleistungen und der Abteilung Hafen bestanden. Insbesondere die Passkontrolleinheit (PKE) der Abteilung VI arbeitete eng mit der Abteilung Hafen zusammen. Die PKE legte über jedes ausländische Schiff, das einen DDR-Hafen anlief, eine Schiffsakte an und führte eine spezielle Seeleute-Kartei, in der sie alle westlichen Seeleute erfasste, die ihr auffällig erschienen.<sup>199</sup> Die im Hafen ebenfalls vertretene Spionageabwehr und die Auslandsspionage versorgten die Abteilung Hafen ihrerseits mit Hinweisen über auswärtige Seeleute.

ChrHa/KSo



> Bildbericht zum »ungesetzlichen Verlassen der DDR« von Carsten Engler. Der rote Pfeil weist auf den Lkw mit angekoppelter Fugengussmaschine auf dem Gebiet der Bundesrepublik. 7.12.1981  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1122/87, Bd. 1, Bl. 131, Bild 6

## Auf dem platten Land an der deutsch-deutschen Grenze: die Kreisdienststelle Hagenow

Am 7. Dezember 1981 um 13.45 Uhr durchbrach der Maurer Carsten Engler (Jg. 1955) an der DDR-Grenzübergangsstelle Zarrentin in Richtung Bundesrepublik mit einem Kiplaster vom Typ Tatra 138 und einer angekoppelten Fugengussmaschine die Staatsgrenze der DDR.<sup>200</sup> Der letzte Abschnitt der Transitautobahn A 24 zwischen Hamburg und Berlin befand sich sowohl auf west- wie auf ostdeutscher Seite im Bau.<sup>201</sup> Für die Bauarbeiten direkt an der Grenze hatten sich beide Seiten auf ein »Nutzungsgebiet« geeinigt. Hier arbeiteten bundesdeutsche und DDR-Bauarbeiter an der Fertigstellung der Transitautobahn. Bauzäune in jeweils 80 Metern Entfernung vom eigentlichen Grenzverlauf wurden als provisorische Abgrenzung geschaffen, um diesen Bereich zu sichern.

Obwohl der Arbeitseinsatz Englers auf der Baustelle im unmittelbaren Sperrgebiet der Grenze bereits am 23. November 1981 beendet war, sollte er am 7. Dezember kurzfristig das Ausstemmen und Verfugen von zwei Abflussschächten übernehmen.<sup>202</sup> Um 13.35 Uhr hatten Carsten Engler und sein Kollege Horst Pfahl die letzte Kontrollstelle passiert. Sie befanden sich nun direkt an der Staatsgrenze und besprachen die Arbeiten. Beide beschlossen, zunächst den Schacht auf der bundesdeutschen Seite zu verfugen und anschließend den zweiten auf dem Gebiet der DDR. Um optimal mit der Fugengussmaschine am Abflussschacht arbeiten zu können, wies Pfahl Engler an, mit dem Lkw vorzufahren und zu wenden. Nachdem Engler den Lkw bestiegen hatte, lenkte er kurz nach rechts, um eine Wendung einzuleiten, beschleunigte dann jedoch den Lkw und durchbrach den in einigen Metern Entfernung befindlichen Bauzaun und überfuhr die innerdeutsche Grenze. Nach weiteren 300 Metern brachte Engler den Lkw zum Stehen und stieg aus.<sup>203</sup> Um 13.55 Uhr erschienen der Bundesgrenzschutz und der Grenzzolldienst am Grenzdurchbruch.



Unmittelbar nach der Flucht fotografierten Stasi-Mitarbeiter der Kreisdienststelle Hagenow (S. 153) den Grenzdurchbruch und begannen noch am Grenzübergang mit der Befragung der Arbeitskollegen. Gegen 17.30 Uhr suchten sie Englers Frau auf und befragten sie nach ihrem Ehemann.<sup>204</sup> Erst auf Nachfrage teilten ihr die Stasi-Mitarbeiter mit, dass ihr Mann die DDR »ungesetzlich« verlassen habe. Ute Engler brach in Tränen aus und konnte über längere Zeit keine Fragen mehr beantworten. Es erschien ihr unerklärlich, dass ihr Mann sie und ihren zweijährigen Sohn verlassen haben sollte. Noch kurz zuvor hatte sich das Ehepaar ein zweites Kind gewünscht und den Kauf eines Hauses in der näheren Umgebung von Wittstock geplant.

Für die Stasi stand fest: Carsten Engler sollte in die DDR zurückkehren. Seine Familie spielte bei diesem Plan eine entscheidende Rolle.<sup>205</sup> Englers Ehefrau sagte zu, ihn am nächsten Tag anzurufen, um ihn zur Heimreise zu bewegen. In den folgenden Tagen erfuhr Ute Engler allerdings nur, dass sich ihr Mann zunächst im Erstaufnahmelaager Unna bei Dortmund befand und dann später bei Verwandten in Bochum.

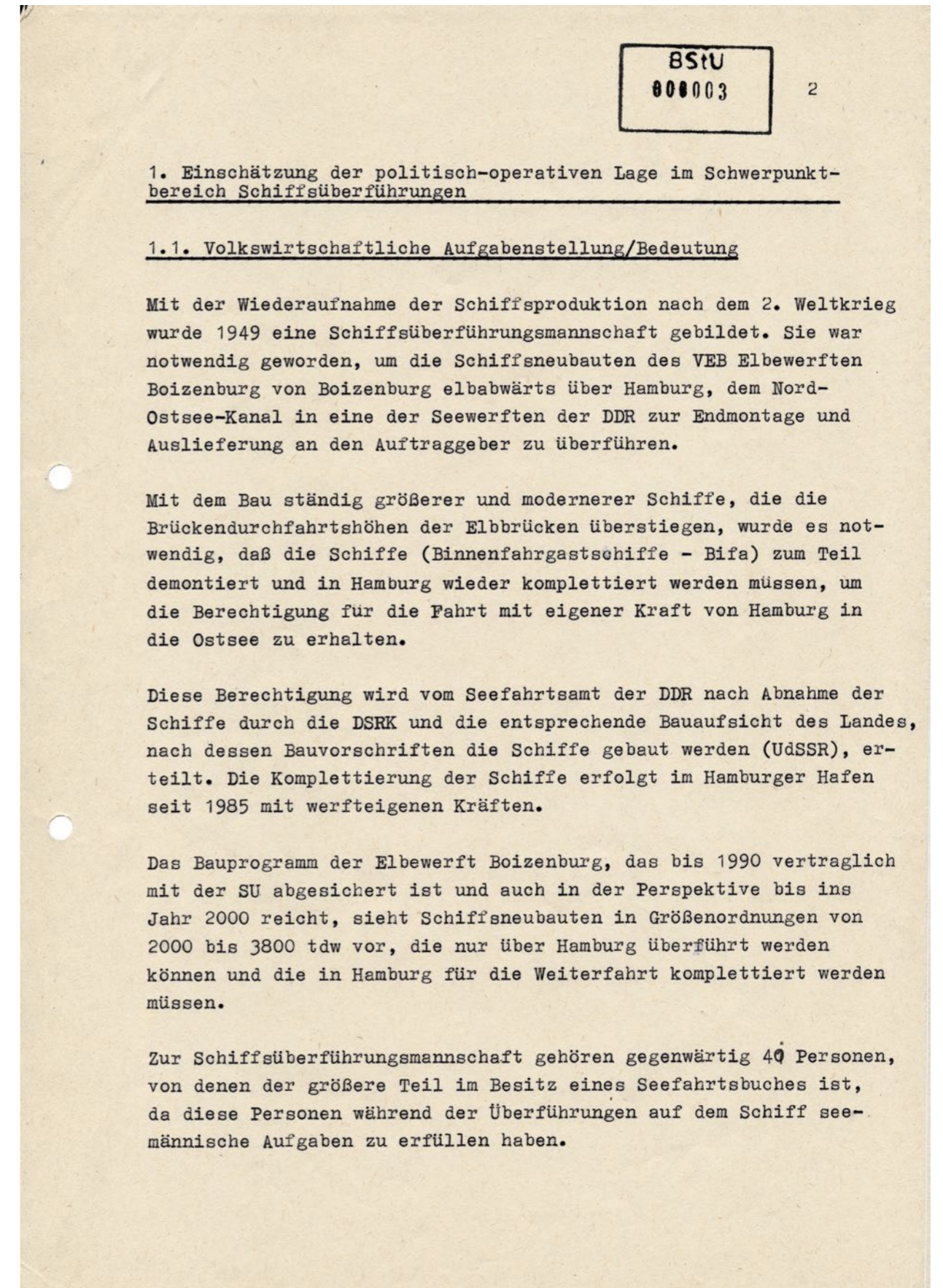
Am 15. Dezember legte die Stasi offiziell den Vorgang »Verblendung« an. Sie wollte die Motive sowie die fluchtbegünstigenden Bedingungen ermitteln und eine »Rückführung« erwirken.<sup>206</sup> Zu diesem Zweck erlaubte das MfS sogar der Mutter von Engler die Ausreise in die Bundesrepublik. Sie sollte sich mit ihrem Sohn in Bochum treffen und ihn zur Rückkehr überreden. Doch Carsten Engler fürchtete, in der DDR verhaftet zu werden, und wollte stattdessen über eine Familienzusammenführung seine Frau und seinen Sohn in die Bundesrepublik nachholen. Das sagte er auch seiner Frau, als er am 19. Dezember, zum ersten Mal nach seiner Flucht, mit ihr telefonierte. Ute Engler lehnte dies allerdings ab, blieb aber in brieflichem und telefonschem Kontakt mit ihrem Mann – akribisch überwacht von der Stasi.

Am 30. Dezember 1981 erließ die Stasi schließlich einen Haftbefehl gegen Carsten Engler wegen »ungesetzlichen Grenzübertritts« (§ 213 StGB). Da sich jedoch abzeichnete, dass Carsten Engler aus der Bundesrepublik nicht zurückkehren würde, stellte die Stasi das Ermittlungsverfahren bereits am 25. Januar 1982 vorläufig ein. Am 7. Juni 1982 entschied sich Frau Engler, einen Antrag auf Ausreise zu ihrem Ehemann zu

stellen.<sup>207</sup> Da sie mittlerweile zu ihren Eltern gezogen war, übernahm die KD Kyritz die Ermittlungen und setzte einen IM auf sie an. Im Frühjahr 1984 schließlich durfte sie mit ihrem Sohn in die Bundesrepublik ausreisen.

Die Kreisdienststellen waren für das Überwachungssystem des MfS von unerlässlicher Bedeutung. Sie sicherten in den Bezirken die flächendeckende Kontrolle. Die konkreten Aufgaben und die innere Organisation richteten sich nach der wirtschaftlichen Struktur des einzelnen Kreises. Es galt, die Wirtschaft, das Verkehrswesen und den lokalen Staatsapparat zu überwachen. Durch Stimmungs- und Lageberichte wurden die Bezirksverwaltungen über die regionalen Geschehnisse informiert.<sup>208</sup> Zu den Aufgaben einer Kreisdienststelle zählten Sicherheitsüberprüfungen und Genehmigungsverfahren für private und dienstliche Auslandsreisen. Es sollte die loyale Einstellung der Antragstellenden zur DDR überprüft werden. Die Kreisdienststellen führten 50 Prozent der IM und bearbeiteten 60 Prozent aller operativen Vorgänge der Stasi. Die Leiter der Kreisdienststellen wurden direkt vom Minister für Staatssicherheit eingesetzt. Der Leiter der Kreisdienststelle in Hagenow war von 1983 bis 1989 Frank Eichhorn (Jg. 1935). Im Mai 1984 führten die hauptamtlichen Mitarbeiter der KD Hagenow mindestens 426 IM.<sup>209</sup>

1989 lebten im Kreis Hagenow 71 614 Einwohner.<sup>210</sup> Er war der größte Agrarkreis der DDR und gleichzeitig Grenzkreis. So galten für die Stasi-Kreisdienststelle Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft als Schwerpunktbereiche. Die 115 Kilometer lange Grenze und der sich anschließende grenznahe Raum waren ebenfalls zu kontrollieren.<sup>211</sup> Zudem überwachte die Stasi in Hagenow den grenzüberschreitenden Tourismus, um gegen die mögliche »feindliche Kontaktpolitik«<sup>212</sup> westdeutscher Reisender vorzugehen. Einerseits befürwortete die SED die steigende Anzahl offizieller Besuche bundesdeutscher Politiker, Verbände und Organisationen als Nachweis für die politische Akzeptanz der DDR. Andererseits empfand sie die daraus resultierenden Kontakte zur Bevölkerung als Gefahr für die Stabilität der eigenen Herrschaft. Zur Überwachung des sogenannten Politourismus zählte auch die Observation von Reisegruppen, wie sie beispielsweise von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurden.



> Auszug aus der »Sicherungskonzeption« der KD Hagenow für Schiffsüberführungen der VEB Elbewerft Boizenburg/Roßlau. 17.2.1987  
BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5294, Bl. 3



Von 1984 bis 1989 observierten und fotografierten die Mitarbeiter der Kreisdienststelle die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und verzeichneten, wo diese sich aufhielten und mit wem sie ins Gespräch kamen.<sup>213</sup> Im Fokus der Stasi standen besonders die jeweiligen Reiseleiter. Sie wurden in der Aktion »Fichte« bespitzelt.

Neben dem Grenzverkehr zu Lande sollte jener zu Wasser – auf der Elbe und dem Schaalsee – kontrolliert werden. Da sich die Elbwerft Boizenburg/Roßlau unmittelbar an der Grenze auf DDR-Gebiet befand, hatte die Stasi ein sehr wachsames Auge auf sie.



> Stapellauf eines Schiffes in der Elbwerft Boizenburg. Vor 1989  
LHA Schwerin, 13.32, Bl. 146

Die Werft überführte mehrmals im Jahr Schiffe in den Hamburger Hafen, wo sich die Besatzungen für die Endmontage drei bis vier Tage aufhielten. Die jeweilige Mannschaft wurde in der Operativen Personenkontrolle »Fahrt« überwacht. Da die Überführungen für die Stasi ein besonders großes Sicherheitsrisiko darstellten, war sie stets bemüht, eine hohe Anzahl von inoffiziellen Mitarbeitern während dieser Fahrten an Bord zu haben. So waren 1987 von der 41-köpfigen Crew allein 22 Mitglieder Spitzel. In einem weiteren operativen Vorgang – Deckname »Maschine« – ging die KD allen »Störungen« und »Havarien« auf der Werft nach, die ihrer Ansicht nach bewusst herbeiführt worden waren, um der Wirtschaft der DDR zu schaden.<sup>214</sup>

Auf dem X. Parteitag der SED 1981 beschloss die Partei, der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eine hohe Priorität beizumessen. Der Beitrag Hagenows

als größter Agrarkreis war dabei besonders wichtig. Die Stasi war dafür zuständig, jeglicher Form von »Produktionshemmnissen« vorzubeugen und Missständen nachzugehen.<sup>215</sup> Mitte 1989 informierte IM »Udo Stein« die Stasi-Mitarbeiter der KD, dass auf dem Gelände der LPG Teldau große private Tierhaltungen zugelassen wurden.<sup>216</sup> Vier Mitarbeiter nutzten ohne Bezahlung LPG-Technik sowie Futtermittel und erhielten Freistellungen und unbezahlten Urlaub, um ihre eigenen Tiere zu versorgen. Die Stasi ermittelte. Gleichzeitig wusste das MfS, dass sich die Versorgungslage keineswegs verbessert hatte. Die Menschen im Grenzgebiet und im grenznahen Raum beklagten eine schlechte Versorgung mit Konsumgütern und Ersatzteilen.

### Die »Rolle der Kreisdienststellen im MfS, der Basiseinheit, als Rückgrat der Abwehrarbeit des MfS«<sup>217</sup>

Bereits seit 1987 stand die KD vor der Herausforderung, dass 50 Prozent der »Grenzstraftäter«, also Personen, die die innerdeutsche Grenze zu überwinden versuchten, direkt aus dem Kreis Hagenow kamen. Aufgrund der sehr guten Ortskenntnisse gelang ihnen häufig die Flucht.<sup>218</sup> Die vorbeugende Bekämpfung von Fluchtversuchen erhielt einen deutlichen Dämpfer, als ab 1989 viele inoffizielle Mitarbeiter ihren Aufträgen nicht mehr nachkamen oder ihre Zusammenarbeit aus Angst, dass diese öffentlich würde, aufkündigten. Viele dieser Spitzel forderten die Vernichtung ihrer Verpflichtungserklärungen.<sup>219</sup>

Die letzte große Herausforderung für die Mitarbeiter der KD Hagenow unmittelbar vor dem Untergang des Regimes war die Überwachung des »Neuen Forums« und seiner Veranstaltungen und Demonstrationen. Am 4. Dezember gelang es den Mitgliedern des »Neuen Forums« die Aktenvernichtung zu stoppen, die Erich Mielke am 6. November 1989 durch einen zentralen Befehl angeordnet hatte. In den folgenden Wochen kam es zur endgültigen Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und die KD Hagenow wurde am 15. Dezember 1989 geschlossen.

KSö



> Von der Blockwarte wurde der Kraftwerksbetrieb überwacht und gesteuert. 1988  
BArch, MfS, HA XXII, Fo, Nr. 217, Bild 11

## Die Stasi im Kernkraftwerk Greifswald und der Fall Manfred Haferburg

1969 begann in der Nähe der Gemeinde Lubmin am Greifswalder Bodden, keine 20 Kilometer von der Kreisstadt Greifswald entfernt, der Bau eines großen Kernkraftwerks. Mithilfe der Sowjetunion plante die DDR, hier bis Anfang der 1980er-Jahre einen der größten nuklearen Standorte Europas zu errichten. Acht 440-Megawatt-Reaktoren sollten einmal 3 520 Megawatt Strom produzieren, um Tausende Privathaushalte in den Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg zu versorgen. Zwischen 1973 und 1979 gingen die ersten vier Reaktoren in Betrieb. Seit September 1980 hatte bei Greifswald auch der Stammbetrieb des

Kernkraftwerkskombinates »Bruno Leuschner« seinen Sitz. Das Kombinat vereinte ostdeutsche Kernkraftwerke, Forschungseinrichtungen und ein Endlager für radioaktive Abfälle. Die Umsetzung der anspruchsvollen Kraftwerkspläne geriet allerdings ins Stocken. Wegen ungelöster technischer Herausforderungen und wirtschaftlicher Verwerfungen konnte bis zuletzt kein weiterer Reaktor in den Dauerbetrieb überführt werden. Die Errichtungskosten galoppierten unterdessen von anfangs 800 Millionen Mark auf zuletzt veranschlagte 3,6 Milliarden Mark pro Reaktor.

Die Stasi hatte im Kernkraftwerk bei Greifswald zweierlei zu überwachen: einen wichtigen Stromproduzenten und eine teure Großbaustelle samt mehrerer Tausend Arbeiter und Angestellter. Dafür



richtete die SED-Geheimpolizei in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre eine Operativgruppe »KKW Nord« bei der Stasi-Kreisdienststelle Greifswald (S. 151) ein. Auf die Bildung des Kernkraftwerkskombinates »Bruno Leuschner« reagierte die Geheimpolizei per Ministerbefehl von Erich Mielke mit der Einrichtung einer Objektdienststelle »Kernkraftwerk« zum Mai 1981 (S. 152).<sup>220</sup> Objektdienststellen als eigenständige Dienstseinheiten unterhielt die Stasi in politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich bedeutsamen Einrichtungen, die sie als besonders sicherungsbedürftig betrachtete. Solche Objektdienststellen gab es z. B. in den Kombinat Leuna, Buna, Carl Zeiss Jena und an der Technischen Universität Dresden. Nördlich von Berlin existierte nur eine einzige solche Dienstseinheit – im Stammbetrieb des Kernkraftwerkskombinates bei Greifswald. Ihr Leiter war von 1981 bis zur Auflösung im Dezember 1989 Oberstleutnant Hans-Heinrich Hanke (Jg. 1941). Ihm unterstanden zuletzt 23 Stasi-Offiziere.<sup>221</sup> Von diesen gingen 13 der operativen Geheimpolizeiarbeit nach. Sie führten Informanten, tauschten sich mit der Kraftwerksleitung aus und bearbeiteten u. a. Sicherheitsüberprüfungen, operative Personenkontrollen und operative Vorgänge. Zuletzt wurden sie von knapp 170 inoffiziellen Mitarbeitern, 50 gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und vier Offizieren im besonderen Einsatz unterstützt. Informationen und praktische Hilfe erhielt die SED-Geheimpolizei u. a. auch von der staatlichen Betriebsleitung – in der Stasi-Sprache »politisch-operatives Zusammenwirken« genannt. Zunächst nutzten die Stasi-Offiziere für ihre Arbeit Räumlichkeiten im zentralen Verwaltungsgebäude des Kernkraftwerkes; mit Einrichtung der Objektdienststelle bezogen sie 1981 ein eigenes Gebäude am Rande des weitläufigen Betriebsgeländes. Viele Arbeiter und Angestellte wussten um die Präsenz der Stasi im Kernkraftwerk. Das lag nicht nur wegen der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Betriebes nahe, sondern war auch offensichtlich durch die Öffentlichkeitsarbeit der SED-Geheimpolizei, die eigens Filmvorführungen und Ausstellungen zu ihrer Tätigkeit veranstaltete und mit einer Betriebsschicht sogar eine Partnerschaft einging. Solche Aktionen sollten ein gutes Licht auf die Stasi werfen und ihrem Nimbus vorgeblicher Allgegenwart und Allmacht dienen. Auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erlitt die Geheimpolizei im Kernkraftwerk und auf der angrenzenden Großbaustelle nichtsdestotrotz immer

wieder Misserfolge. Es gelang ihr weder, schwere Störfälle zu verhindern und zur Fertigstellung der Reaktoren effektiv beizutragen, noch ein lückenloses Informantennetz aufzubauen, Fluchtwillige und Ausreiseartragsteller durchgehend zu überwachen sowie eigensinniges Verhalten und politischen Protest der Kernkraftwerker zu unterbinden. Damit stellte die Stasi im Kernkraftwerk bei Greifswald in ihrem politischen Generalauftrag zur Sicherung der SED-Herrschaft, ihrer militärischen Struktur und ihrer praktischen Tätigkeit ein Spiegelbild der Geheimpolizei insgesamt dar. Als zweifelhafte Leistung blieb ihre Mithilfe bei der Geheimhaltung des nuklearen Risikos gegenüber der Bevölkerung.

Einer derjenigen im Kernkraftwerk, die sich wegen innerer Konflikte mit Partei und Staat für einen Weggang aus der DDR entschieden, war Manfred Haferburg. Nach seinem Studium an der Technischen Universität Dresden kam Haferburg nach Greifswald und wurde Reaktoroberoperator. Haferburg konzentrierte sich auf seine Arbeit und ging der Politik so weit wie möglich aus dem Weg. 1976 wurde der damals nicht einmal 30-jährige Blockleiter und ab 1978 diensthabender Ingenieur; er arbeitete nun in einer mittleren Leitungsposition mit Personalverantwortung. Im Kraftwerk genoss er wegen seiner guten Arbeit Anerkennung. Zulassungsprüfungen legte er als einer der Besten ab. In schwierigen Situationen zeigte er beispielhaften Einsatz und erhielt dafür die hohe staatliche Auszeichnung »Verdienter Aktivist der sozialistischen Arbeit«.

Zum Bruch in seiner Biografie kam es, weil sich Haferburg mehrfach der Werbung als SED-Mitglied verweigerte und weil er Anfang der 1980er-Jahre den Mut aufbrachte, der Geheimpolizei zu widerstehen. Die Stasi wollte ihn als Informanten unter dem Leitungspersonal des Kraftwerkes anwerben. Zum Verhängnis wurde Manfred Haferburg letztlich, dass er gegenüber einem Freund die Kontaktversuche der Stasi-Offiziere offenbarte. Der vermeintliche Freund trug das an die Geheimpolizei weiter. Der Denunziant versah seinen Verrat mit den Hinweisen, Haferburg schätze die Musik von Wolf Biermann, betrachte die Ereignisse in Polen Anfang der 1980er-Jahre als legitimes Aufbegehren des Volkes gegen eine Diktatur und nur private Gründe würden ihn von einem

102750 76/81

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
Ministerium für Staatssicherheit  
Der Minister

Berlin, 28. April 1981

**BStU**  
000002

Vertrauliche Verschlusssache  
MfS 0008 Nr. 17/81  
23 Ausf. 1 Blatt

B e f e h l Nr. 6/81

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei- und Staatsführung zur Bildung von Kombinat im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie wurde mit Wirkung vom 1. 10. 1980 in Greifswald, Bezirk Rostock, das Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" gebildet. Damit wird der perspektivischen volkswirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen.

Die ökonomische Zielstellung dieses Kombinates, seine Bedeutung bei der Energieversorgung unserer Volkswirtschaft erfordern eine wesentliche qualitative Steigerung der Organisation, Planung, Leitung und Durchsetzung der politisch-operativen Sicherungsaufgaben. Zur allseitigen und umfassenden politisch-operativen Sicherung dieses Schwerpunktgebietes

b e f e h l e i c h :

1. Mit Wirkung vom 1. 5. 1981 wird das Referat Kernkraftwerk aus der KD Greifswald herausgelöst und die OD Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald gebildet.

**BStU**  
000003

- 2 -

4. Der Leiter der BV Rostock hat die sich aus der Bildung der OD Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald ergebenden Maßnahmen für die materiell-technische Sicherstellung in eigener Zuständigkeit zu realisieren.
5. Für die Besetzung der Planstelle des Leiters der Objektdienststelle Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald ist mir über den Leiter der HA Kader und Schulung bis 30. 4. 1981 ein geeigneter Vorschlag zu unterbreiten.
6. Über die Durchführung dieses Befehls hat mir der Leiter der BV Rostock bis 30. 6. 1981 Vollzug zu melden.

*Mielke*  
Armeegeneral

> Befehl des Stasi-Chefs Erich Mielke zur Gründung der Objektdienststelle, zuständig für die Überwachung des Kernkraftwerkes in Lubmin. 28.4.1981  
BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 7393, Bl. 2 f. (Ausschnitt)



Ausreiseantrag gen Westen abhalten. Und der Denunziant unterstellte seinem »Freund«, er könne eventuell Sabotageakte ausüben. Deutlicher konnte man kaum ans Messer der Geheimpolizei geliefert werden. Die Stasi verfügte nun über ein ganzes Bündel an Gründen, um aktiv zu werden. Ende 1980 legte sie eine operative Personenkontrolle an, in der Haferburg der »ungesetzliche Grenzübertritt« als strafrechtliches Vergehen nach §213 des DDR-Strafgesetzbuches nachgewiesen werden sollte. Allein der Versuch konnte eine Verurteilung von bis zu acht Jahren Haft bedeuten. Wenigstens drei inoffizielle Mitarbeiter setzte die Stasi auf Haferburg an. Und bereits vor dem Ende der Ermittlungen stand ihr Ziel fest: Haferburg aus seiner Funktion im Kraftwerk zu verdrängen.<sup>222</sup>

Länger als zwei Jahre setzte die Geheimpolizei hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter gegen Manfred Haferburg ein. Sie bespitzelte ihn und seine Familie am Arbeitsplatz und in der Freizeit. Offiziere der Stasi-Bezirksverwaltung Rostock observierten ihn tagelang rund um die Uhr. Dennoch konnte ihm die Geheimpolizei kein strafrechtliches Verhalten nachweisen, musste ihm vielmehr eine gute fachliche Arbeit bescheinigen. Ihr folgenschwerer Vorwurf lautete jedoch, die politische Einstellung von Manfred Haferburg werde einer mittleren Leitungsfunktion in einem Kernkraftwerk nicht gerecht. An ihrem Ziel hielt die Stasi darum fest und verdrängte Haferburg mithilfe der staatlichen Kraftwerksleitung von seinem bisherigen Arbeitsplatz. Und auch wenn Haferburg



> Manfred Haferburg (im Pkw) auf einem verdeckt aufgenommenen Foto der Staatssicherheit. 1981  
BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald, ZMA, Nr. 3511, Bild 57/24

spürte, dass der Druck auf ihn im Kernkraftwerk immer größer wurde, wusste er nichts von dem Vorgehen der Staatssicherheit gegen ihn.

Unabhängig davon ließen schwere Unfälle Haferburg zunehmend an dem Kernkraftwerksprojekt bei Greifswald zweifeln. Das Stillhalten und das Schweigen zugunsten der Karriere und wegen der Familie, später auch die berufliche Degradierung stürzten ihn in Selbstzweifel. Freunde und Bekannte begannen ihn zu meiden. Nach anfänglicher Niedergeschlagenheit richtete sich Haferburg in seiner Situation ein, verhielt sich aber fortan widerborstig. Bis Ende 1988 reifte in ihm der Entschluss, seine Heimat zu verlassen. Nach wie vor war er unzufrieden mit der politischen Situation im ostdeutschen Staat. Seine private und berufliche Situation bewirkte ein Übriges. Mittlerweile war er im Kernkraftwerk als Simulatorinstructor und Ausbildungsleiter eingesetzt, hatte sich immerhin wieder eine Leitungsposition erarbeitet und war häufig auf Dienstreisen in der Tschechoslowakei.

Im Sommer 1989 sollte es so weit sein: Ausgestattet mit einem verfälschten niederländischen Reisepass wollte er unerkannt mit dem Schnellzug Prag-München von der Tschechoslowakei aus in die Bundesrepublik gelangen. Doch der Plan scheiterte und anstatt in der Freiheit landete Manfred Haferburg im Juli 1989 in tschechoslowakischer Untersuchungshaft. Zwei Monate später lieferten ihn die dortigen Sicherheitskräfte an die Stasi aus. Unmittelbar vor dem 40. Jahrestag der DDR wurde Haferburg in die zentrale Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen eingesperrt und ein Ermittlungsverfahren wegen des Fluchtversuchs gegen ihn eröffnet. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands kam er ins Haftkrankenhaus. Seit seiner Inhaftierung hatte er zehn Kilogramm Gewicht verloren und einen Magendurchbruch erlitten. Dennoch verhörten ihn regelmäßig zwei Stasi-Offiziere. Als er sich stabilisiert hatte und erfuhr, dass Tausende DDR-Botschaftsflüchtlinge in Prag und Warschau mittlerweile in die Bundesrepublik ausreisen durften, kündigte er aus Protest gegen seine fortdauernde Haft einen Hungerstreik an. Erst im Zuge einer Generalamnestie des DDR-Staatsrats entließ die Stasi Manfred Haferburg am 30. Oktober 1989. Nach seiner Erinnerung warfen ihn Geheimpolizisten in Berlin-Köpenick mit verbundenen Augen aus einem fahrenden Auto auf die Straße.

Als er Anfang November nach Greifswald zurückkam, war die Stadt nicht mehr dieselbe wie bei seinem Weggang im Sommer. Wie vielerorts in der DDR hatten sich hier mittlerweile eine öffentliche Protestbewegung und Dialogveranstaltungen etabliert. Unmittelbar vor Öffnung der Berliner Mauer war die Friedliche Revolution auf ihrem Höhepunkt angelangt. In dieser Situation schien Haferburg zu belegen, was viele Greifswalder bis dahin höchstens vom Hörensagen kannten: Abgemagert und ergraut stand er leibhaftig für die Untaten der SED-Diktatur. Sein schlechter Gesundheitszustand erschütterte seine Arbeitskollegen. Mehrere SED-Mitglieder im Kernkraftwerk sahen darin den ausschlaggebenden Grund, ihre langjährigen Parteimitgliedschaften aufzukündigen.<sup>223</sup>

»Die ökonomische Zielstellung dieses Kombimates, [...] erforder[t] eine wesentliche qualitative Steigerung der Organisation, Planung, Leitung und Durchsetzung der politisch-operativen Sicherungsaufgaben.«<sup>224</sup>

Der Fall Manfred Haferburg zeigt beispielhaft, dass die Stasi ihrer politischen Aufgabenstellung gegenüber den wirtschaftlichen Interessen des Kernkraftwerk-kombimates und erst recht gegenüber den Interessen der Arbeiter und Angestellten im Kernkraftwerk Vorrang einräumte. Den Preis dafür hatten das Kernkraftwerk, das einen Fachmann verlor, und vor allem Manfred Haferburg selbst zu zahlen. Sein Leben wurde zum Spielball der DDR-Geheimpolizei. Nach 1990 machte der Kernenergiefachmann dann erneut Karriere – diesmal im Westen.

SSt



## »Eine gute Einstellung zur Kritik und Selbstkritik« – die hauptamtlichen Mitarbeiter

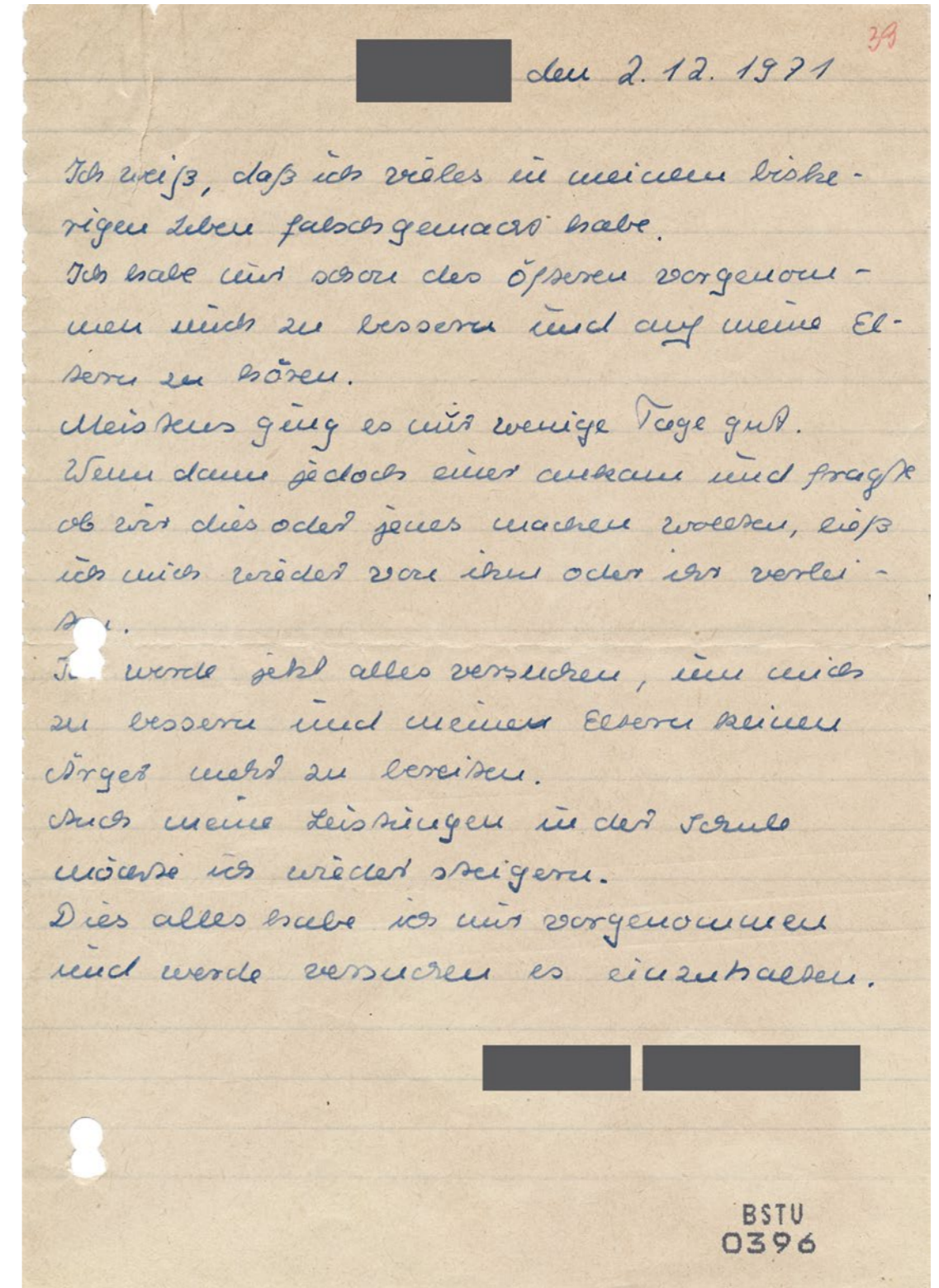
Hartmut Schiefer (Jg. 1936), seit 1957 Mitglied der SED, wurde 1968 im Norden des Bezirks Neubrandenburg zum stellvertretenden KD-Leiter ernannt.<sup>225</sup> Seine inoffizielle Tätigkeit als IM »Pfeil« hatte er bereits im Dezember 1959 begonnen. In seinem Bereich galt er schon wenige Monate später als bester IM. Neben der gewissenhaften und pünktlichen Arbeit hob der zuständige Unterleutnant seine Ehrlichkeit hervor. Er habe die Fluchtvorbereitungen einer Verwandten aus Altentreptow gemeldet und so einen »ungesetzlichen Grenzübertritt« verhindert. 1961 bot ihm das Ministerium für Staatssicherheit aufgrund seiner guten inoffiziellen Arbeit an, ihn als hauptamtlichen Mitarbeiter (HM) einzustellen.

Der staatlich geprüfte Landwirt arbeitete in einer ländlich geprägten KD im Norden Neubrandenburgs zunächst im LPG-Bereich. Zu seinen Aufgaben gehörten der Aufbau eines eigenen IM-Netztes und die Mitarbeit an operativen Vorgängen, daneben bildete er sich im Fernstudium in Rostock zum Diplom-Landwirt weiter.<sup>226</sup> Nachdem er sich vom Hilfsfachbearbeiter zum Arbeitsgruppenleiter hochgearbeitet hatte, stieg er 1968 zum stellvertretenden Leiter auf.

Doch als am 10. Oktober 1970 zwei seiner fünf Kinder gemeinsam mit Freunden einen Fluchtversuch unternahm, hatte dies für den Oberleutnant direkte berufliche Konsequenzen.<sup>227</sup> In der folgenden Leitungssitzung der Partei am 28. Oktober 1970 wurde der »versuchte Grenzdurchbruch« der Kinder analysiert. Als unmittelbare Folge wurde Schiefer zum 1. Dezember 1970 zum Arbeitsgruppenleiter herabgestuft und in eine KD im Süden Neubrandenburgs



> Rudolf Mittag, Leiter der BV Rostock, bei der Feier zum 40-jährigen Bestehen der DDR. 7.10.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 863, Bl. 2, Bild 14



> Entschuldigungsbrief der Tochter für ihr »Fehlverhalten« in den letzten Monaten. 2.12.1971  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. KuSch, Nr. 319, Bl. 396



versetzt.<sup>228</sup> Die Disziplinarmaßnahme gegen ihn führte jedoch nicht dazu, dass sich seine Kinder stärker am MfS-Erziehungsideal orientierten, um dem Vater nicht weitere Probleme zu bereiten. Sie hörten nach wie vor westliche Musik, tranken Alkohol oder wurden beim Diebstahl zweier Schachteln Zigaretten erwischt. Nach weiteren Vorfällen im Juni 1972 wies das MfS in einer Aussprache mit den Eltern darauf hin, dass Hartmut Schiefer »bei Nichtüberwindung der Erziehungsprobleme«<sup>229</sup> aus dem Dienst des MfS entlassen werde. Mit Zustimmung der Eltern wurde die älteste Tochter im Sommer 1972 in ein Heim eingewiesen.<sup>230</sup>

Dieses Mal hatte die Intervention der Stasi die gewünschte Folge: Die Kinder verhielten sich unauffällig. Hartmut Schiefer wurde am 1. November 1973 wieder zum stellvertretenden Leiter ernannt.<sup>231</sup> Er war u. a. für die Kontrolle und Anleitung der operativen Mitarbeiter in den Bereichen Volkswirtschaft, Volksbildung und

Gesundheitswesen zuständig. Bis 1976 schrieb das MfS Schiefer aufgrund der »Verfehlungen« seiner Kinder nur eine »eingeschränkte Überzeugungskraft« gegenüber seinen Kollegen zu. In seinen Beurteilungen findet sich der Verweis auf die Kinder bis 1989.

*Er »ist zu Hause der gleiche Genosse wie im Kollektiv der Dienstlichkeit.«<sup>232</sup>*

Über seine gesamte Dienstzeit hinweg blieb das MfS bei der Einschätzung, dass Schiefer zwar sehr gute Ergebnisse in der Anwerbung und Zusammenarbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern erziele, jedoch seine »Anleitungsverantwortung« nicht vollständig wahrnehme. Die Stasi forderte ihn zu einer konsequenteren Leitungstätigkeit auf, da er unter Zeitdruck dazu neige,



> Feierstunde in der Kreisdienststelle Röbel zum Gründungstag der Pionierorganisation »Ernst Thälmann«. 15.12.1989  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Röbel, Nr. 329, Bl. 20

Aufgaben selbst zu erledigen, statt die Mitarbeiter beharrlich zur Umsetzung der Befehle anzuhalten.<sup>233</sup> Im April 1989 wurde Schiefer schließlich zum Leiter des MfS-Ferienheims »Buchheide« ernannt. Dies stellte zwar eine Beförderung dar, praktisch wurde er damit aber von der operativen Arbeit abgezogen.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi bildeten einen wichtigen Stützpfiler für das SED-Regime. Aus diesem Grund kam der Personalpolitik eine besondere Bedeutung zu. 1989 arbeiteten in den Nordbezirken der DDR 8 021 hauptamtliche Mitarbeiter.<sup>234</sup>

Bevor die Stasi Kontakt mit dem potenziellen Mitarbeiter aufnahm, erfolgte eine vollständige Überprüfung. Zunächst wurde ermittelt, ob der Kandidat oder seine Verwandten ersten Grades beim MfS bereits aktenkundig geworden waren.<sup>235</sup> Zusätzlich holte die Stasi Beurteilungen aus dem engeren Umfeld ein. Zu den Hauptkriterien des MfS für eine Einstellung zählten politische Zuverlässigkeit und langjährige Berufserfahrung. Wichtig war zudem, dass der Kandidat keine Westverwandtschaft hatte beziehungsweise bereit war, den Kontakt unverzüglich unter Wahrung der Konspiration zu beenden. Es sollte jeder »feindlichen Infiltration« vorgebeugt werden.<sup>236</sup> Bewerbern, die sich selbst für eine Zusammenarbeit anboten, wurde grundsätzlich misstraut – stand doch die Vermutung im Raum, dass sie im Auftrag eines fremden Geheimdienstes tätig seien.

In den 1950er-Jahren wurden vor allem verdiente »Altkommunisten«<sup>237</sup> und Kinder aus Arbeiterfamilien zu hauptamtlichen Mitarbeitern. Letztere verfügten oft nur über eine einfache Volksschulbildung, sodass die Stasi mit Schulungen und Ausbildungen an den internen MfS-Hochschulen Weiterbildungsmöglichkeiten schuf. Dies jedoch nicht aus Fürsorge, sondern weil es grundlegende Defizite in der Bildung gab und die Qualität der operativen Arbeit verbessert werden musste. Seit den 1960er-Jahren rekrutierte die Stasi 50 Prozent ihres Personals aus Elternhäusern der »sozialistischen Dienstklasse« von MfS, NVA oder DVP und dem SED-Parteiapparat.<sup>238</sup> Auf die »normgerechte Entwicklung« der Kinder wurde besonders großer Wert gelegt, stellten sie doch die Zukunft des MfS dar. Dadurch bildeten die HM immer mehr eine generationsübergreifende »geschlossene Gemeinschaft«. In der

BV Neubrandenburg, wie in allen Bezirksverwaltungen, mussten die Mitarbeiter Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse unmittelbar der Stasi mitteilen. Die KD Templin führte darüber monatliche Listen, sei es über die Geburt eines Kindes, die Eheschließung des Schwagers, den Schulabschluss der Nichte oder die Neuausstellung eines Personalausweises.

Mit Eintritt in den Dienst schwor jeder Mitarbeiter den Eid auf die Fahne der DDR und die Dienstflagge des MfS. Es galt, auch unter Einsatz des eigenen Lebens, die DDR »gegen jeden Feind zu schützen«. Zudem akzeptierten die hauptamtlichen Mitarbeiter bei Fehlverhalten schwerste Bestrafungen bis hin zur Todesstrafe. Nur in Einzelfällen kam dies zur Anwendung. Zuletzt wurde 1981 der Stasi-Offizier Werner Teske hingerichtet, weil er einige Zeit zuvor über Fluchtabsichten nachgedacht und im Vorfeld geheime Unterlagen entwendet hatte. In der Regel kam es aber zu Versetzungen. Die Verhaltensregeln bezogen sich nicht nur auf disziplinarische Vergehen, sondern auch auf zwischenmenschliche Beziehungen und galten gleichermaßen für Mitarbeiter und Angehörige. So entschied das MfS über Eheschließungen und Scheidungen mit.

Wurden die Verhaltensregeln nicht eingehalten, kam es zu »parteiizerzieherischen Maßnahmen«. In der KD Ueckermünde (S. 151) wurde Ende der 1980er-Jahre beispielsweise in mehreren Parteileitungssitzungen über das Fehlverhalten von Mitarbeitern beraten – sei es über eine unbefriedigende Zusammenarbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern oder die Überziehung des privaten Kontos. Jeder der anwesenden Mitarbeiter musste das Verhalten des Kollegen verurteilen und auf eine Verbesserung bestehen. Sowohl im Dienst als auch im Privaten galt es, dem Ansehen der SED nicht zu schaden.<sup>239</sup>

In einer mehrseitigen Erklärung verpflichteten sich die Mitarbeiter, Stillschweigen über ihre Arbeit zu wahren, die militärische Disziplin einzuhalten und auf ein Kündigungsrecht zu verzichten, sodass das Dienstverhältnis nur durch die Stasi beendet werden konnte. Spätestens mit Diensteintritt mussten die Mitarbeiter ihre Mitgliedschaft in der SED erklären. Die Motivation der Mitarbeiter war vor allem durch zwei Aspekte gekennzeichnet: die Übereinstimmung mit den Werten von SED und MfS sowie die Sicherheits- und Wohlstandsorientierung.



Der Anteil der Frauen, die als hauptamtliche Mitarbeiterinnen für das MfS arbeiteten, lag durchschnittlich bei 16 Prozent.<sup>240</sup> Sie arbeiteten meist in schlechter bezahlten Positionen, kümmerten sich oft zusätzlich um den eigenen Haushalt und die Erziehung der Kinder. Auch in der BV Neubrandenburg (S. 147) waren die Mitarbeiterinnen im Sinne der klassischen Rollenverteilung vor allem im Putzdienst, als Sekretärinnen, Köchinnen und Krankenschwestern eingesetzt. Hier war ihr Anteil überdurchschnittlich hoch. In der BV gelang es nur wenigen, den Dienstrang einer Offizierin oder stellvertretenden Ableitungsleiterin zu erreichen.

Aus dem Dienst schieden die HM meistens nur aufgrund größter Pflichtverletzungen oder wegen des Erreichens des Rentenalters aus. Durch die Friedliche Revolution änderten sich jedoch innerhalb weniger Wochen die Zukunftsperspektiven der Mitarbeiter mehrfach radikal.<sup>241</sup> Von einer sichergeglaubten Karriere über die Möglichkeit eines Neuanfangs im Amt für Nationale Sicherheit bis zur ungewollten Entlassung

ins zivile Leben. Das Arbeitsbuch eines Mitarbeiters der KD Templin beschreibt für den Zeitraum von Oktober 1988 bis November 1989 detailliert diese Herausforderungen.<sup>242</sup> So wurde auf der Dienstversammlung am 30. November 1989 die Forderung aufgestellt, dass die »politische Krise« nicht zu »Planlosigkeit« führen dürfe. Es gelte, Missstände zu beseitigen und in einen ehrlichen Dialog mit den Bürgern zu treten. Das schlechte Ansehen sollte verbessert werden.

Spätestens seit November 1989 begann die Stasi, Vorsorge für ihre Mitarbeiter für die Zeit nach der Auflösung des MfS zu treffen. Sie entließ Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand<sup>243</sup> und gewährte großzügige »Übergangsbeihilfen«. Die BV Neubrandenburg zahlte je nach Dienstalder und Dienstverhältnis zwischen 1050 und 10500 Mark aus.<sup>244</sup> Die hauptamtlichen Mitarbeiter fanden sich nun im einst bekämpften »Feindesland« wieder. Der Staat, den sie hatten schützen sollen, existierte nicht mehr.

KSo

Dienst Einheit	Beleg-Nr.	Sachkonto	Kostenstelle	Mark
037800	000571	2532		4.045.900,00 -
<b>Auszahlungs-Anordnung</b>				<u>4.045.900,00</u>
in Worten: <u>Vier Millionen fünfhundert vierzigtausendneinhundert</u>				
An (Empfänger) <u>diverse</u>				
Begründung der Anordnung				BSTU 0001
<u>Übergangsgelb.</u>				
Sachlich und rechnerisch richtig	Zur Zahlung angewiesen	Betrag erhalten		
<u>Mbg.</u>	<u>30. 1. 90</u>			
<u>Siehe</u>	<u>Au Lage belege</u>			

Fin. 201

> Auszahlungsbeleg über 4 Millionen DDR-Mark an Übergangsgeldern an die hauptamtlichen Mitarbeiter der BV Neubrandenburg. 30.1.1990  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. Fin, Nr. 128, Bl. 1



> Als Wahrzeichen am Warnemünder Strand war das Hotel »Neptun« auch »Schwerpunktbereich« der Staatssicherheit. Vor 1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 847, Bl. 62

## Die Stasi am Tresen – das MfS im Hotel »Neptun«

1971 bekam der Warnemünder Strand ein neues Wahrzeichen: das Fünf-Sterne-Hotel »Neptun«. Der Betonriese erstreckte sich über 19 Etagen mit fast 350 Zimmern samt Balkon und Meeresblick. Das Luxus-hotel bot seinen Gästen Highlights wie ein Meerwasser-Schwimmbaden mit Wellenanlage oder die Sky-Bar, in der Cocktails unter freiem Himmel serviert wurden.<sup>245</sup> Das neue Feriendomizil sollte nicht nur konkurrenzfähig gegenüber den westdeutschen Strandhotels sein, sondern durch hohe Deviseneinnahmen auch ein Motor für die DDR-Wirtschaft.

Eine weitere Besonderheit des Hotels bestand darin, dass hier Besucher aus der Bundesrepublik und der DDR gleichermaßen eincheckten. Das »Neptun« war

nicht wie üblich Interhotel – also nur für Gäste aus der Bundesrepublik und dem Ausland zugänglich –, sondern auch Ferienheim des FDGB. An dem dadurch entstehenden alltäglichen Austausch zwischen Ost- und Westbürgern hatte die Staatssicherheit großes Interesse. Sie entfaltete eine omnipräsente Überwachung im Hotel, die kaum verborgen blieb.

Die Abteilung VI der Rostocker Bezirksverwaltung (S. 148) war für die Kontrolle des Hotels zuständig. Für sie galt es zum einen, westliche Spionage zu verhindern. Zum anderen sollte sie die Angestellten und Gäste des Hotels durchleuchten. Dazu mussten nicht nur Informationen durch offizielle Kontakte und Gespräche beschafft, sondern auch auf technische Mittel, wie den illegalen Einbau von Wanzen in den Zimmern, und vor allem auf inoffizielle Mitarbeiter zurückgegriffen werden.<sup>246</sup>



Im »Neptun« knüpften die Stasi-Offiziere ein umfangreiches Netz an Informanten, das sich über die gesamte Hotelhierarchie erstreckte. Die Zusammenarbeit mit IM in sogenannten Schlüsselpositionen auf der Leitungsebene ermöglichte dem MfS nicht nur einen Zugang zu den Personalunterlagen, es konnte auch Personalentscheidungen lenken. Das »Neptun« war hierbei kein Einzelfall. Die Stasi versuchte, systematisch Führungspositionen in Hotels mit zuverlässigen Informanten zu besetzen. So auch im Hotel »Vier Tore« in Neubrandenburg, wo 1980 der Chefposten frei geworden war. Das MfS platzierte einen IM an der Hotelspitze.<sup>247</sup>

Empfangschefs oder Disponenten im Hotel fungierten meist als inoffizielle Zuträger und vergaben beispielsweise auf Anweisung des MfS bestimmte Zimmer an zu beobachtende Gäste.<sup>248</sup> Die Überwachung des Bereichs Gastronomie bildete einen weiteren Schwerpunkt. Zum Hotel »Neptun« gehörten mehrere Bars und Restaurants und die Diskothek »Da Capo«. Hier wollte die Stasi inoffizielle Quellen rekrutieren, um z. B. möglichst viel über die Stammgäste zu erfahren – Bundesbürger, die regelmäßig im Hotel übernachteten.<sup>249</sup>

Das MfS setzte insbesondere auf die Anwerbung von Hotelangestellten in der Gastronomie. So rekrutierte die zuständige Abteilung VI im Sommer 1979 eine junge Bardame (Jg. 1955). Die Anwerbung folgte den üblichen Verfahren des MfS. Der Führungsoffizier überprüfte die Charaktereigenschaften und Zuverlässigkeit der »IM-Kandidatin« sowie ihr privates und berufliches Umfeld. Erst dann führte er mit ihr mehrere sogenannte Kontaktgespräche. Dabei gab sie bereitwillig Auskunft über Kollegen und Hotelgäste. Nur zwei Monate nach dem ersten Gespräch wurde die Zusammenarbeit durch eine schriftliche Verpflichtungserklärung besiegelt, bei der sich die Kandidatin selbst den Decknamen »Wera« aussuchte, mit dem sie ihre Berichte von nun an unterschrieb. Das oberste Gebot war stets die »Wahrung der Konspiration«. Ihre Tätigkeit für die Staatssicherheit musste »Wera« gegenüber Dritten konsequent geheim halten.<sup>250</sup>

Warum hatte die Staatssicherheit so ein ausgeprägtes Interesse an »Wera«? Die Barkeeperin war seit ihrer Ausbildung im Hotel »Neptun« beschäftigt und deshalb bestens mit Betrieb, Kollegen und Gästen vertraut.

Zudem war das MfS auf der Suche nach jungen und hübschen Mitarbeiterinnen: »Ausgehend von der Tatsache, dass es sich bei den operativ bedeutsamen Hotelgästen überwiegend um männliche Personen handelt, ist es günstig, wenn die IM attraktive, junge Bürgerinnen der DDR sind, die jedoch nicht der Gruppe der HWG-Personen angehören.«<sup>251</sup> HWG war die MfS-Abkürzung für »Person mit häufig wechselndem Geschlechtspartner«, oft waren Prostituierte gemeint. Die IM entsprach dem geforderten Bild des MfS, da sie laut Führungsoffizier über ein »anziehendes Äußeres« verfügte.<sup>252</sup>

**»Fähigkeiten in der operativen Arbeit:  
intelligent, redegewandt, attraktiv,  
kontaktfreudig.«<sup>253</sup>**

Die Treffen zwischen »Wera« und der Stasi fanden ein- bis zweimal pro Monat statt. Dabei wurden mündliche Informationen der IM auf Tonband aufgezeichnet. Der Führungsoffizier nahm die schriftlichen Berichte entgegen und erteilte neue Aufträge. »Weras« Aufgabenfeld war breit gefächert. Sie verriet dem MfS Informationen und private Details über Kollegen und vor allem über ihren Kontakt oder ihr Verhältnis zu bundesdeutschen Hotelgästen. Sie war Auge und Ohr des MfS am Bartresen. Teilweise beurteilte sie auch die Arbeitsleistungen der Mitangestellten. So äußerte sie sich z. B. über eine Kollegin: »[Sie] wirkte auf mich wie ein Mensch, der ohne Rücksicht auf andere [ihre] persönliche Karriere unter Zuhilfenahme aller sich bietenden Möglichkeiten machen will.«<sup>254</sup> Und vielleicht noch gravierender: »Wera« teilte dem MfS auch Fluchtabsichten von DDR-Bürgern bereitwillig mit, ohne dass die Stasi sie dezidiert damit beauftragt hatte.

Das MfS setzte seine inoffizielle Mitarbeiterin gezielt auf westdeutsche und ausländische Gäste an. »Wera« übermittelte Grunddaten wie Namen, Arbeitsstelle oder Aufenthaltsdauer an ihren Führungsoffizier. Auf Anweisung der Stasi baute sie zu bestimmten Männern Kontakte auf. Auch bekam sie Geldbeträge, um Telefonate mit einem französischen Händler zu führen und so die Verbindung außerhalb des Hotels aufrechtzuerhalten. Ihre Gegenüber waren jedoch manchmal misstrauisch: »Daraufhin erwiderte [Name], dass er



> Ein Highlight im »Neptun«: das Meereswasser-Schwimmbecken mit Wellenanlage. Vor 1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 736, Bl. 13



> Ansichtskarte der Sky-Bar. Vor 1989  
Stadtarchiv Rostock, 3.05., 9.4.6., Inv.-Nr. 5459



000073

Verpflichtung

Hiermit erkläre ich, [REDACTED], geboren am [REDACTED] 1955 in Rostock, wohnhaft in [REDACTED] Rostock, [REDACTED] mich bereit, das MfS in seinem Kampf gegen alle Feinde der DDR bzw. anderer sozialistischer Staaten, entsprechend meinen persönlichen Möglichkeiten, aktiv zu unterstützen.

Ich verpflichte mich, alle mir bekanntwerdenden Hinweise auf negative oder feindliche Handlungen schriftlich bzw. in mündlicher Form an den zuständigen Mitarbeiter des MfS zu übergeben.

Zum Zwecke der Geheimhaltung und Wahrung der Konspiration verwende ich weiterhin den bereits gewählten Decknamen »Wera«. Über die Einhaltung der Konspiration wurde ich belehrt.

Mir ist bewusst, daß ich bei Verletzung dieser entsprechend den zutreffenden Gesetzen der DDR zur Verantwortung gezogen werden kann.

Über die Zusammenarbeit mit dem MfS werde ich gegenüber jeder dritten Person strengstes Stillschweigen bewahren.

15.06.79 [REDACTED]

> Die Barkeeperin »Wera« sagte der Stasi ihre Mitarbeit zu und verfasste eine Verpflichtungserklärung. 15.6.1979  
BArch, MfS, BV Rostock, AIM 3962/90, Teil 1, Bl. 73

seine Adresse nicht jedem geben kann. Ich könnte ja auch bei der »Stasi« oder »Doppelagent« sein. Dies stellte ich als lächerlichen Vorwurf hin und ließ nebenbei die Bemerkung fallen »Dann kann ich das Tonband abstellen« und wies gleichzeitig auf meinen mitgeführten Beutel mit persönlichen Sachen.«<sup>255</sup> Die Zusammenarbeit mit der Stasi ging schließlich so weit, dass »Wera« in Absprache mit dem Führungsoffizier intime Verhältnisse mit Hotelgästen einging.

Auch in ihrer Freizeit arbeitete »Wera« für das MfS und beschaffte Informationen über andere gastronomische Einrichtungen der Stadt. Sie war z. B. öfter Gast im Hotel »Warnow«, in dem sie einen festen Bekanntenkreis hatte.<sup>256</sup> Insgesamt schätzte die Stasi den Beitrag ihrer IM als sehr positiv ein: »Die übertragenen Aufträge werden überwiegend gewissenhaft realisiert. Beim IMS [inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches] liegt vorbehaltlos die Bereitschaft zur schriftlichen Dokumentierung der erreichten operativen Ergebnisse vor.«<sup>257</sup> Bis in den Herbst 1989 hinein arbeitete »Wera« mit der Staatssicherheit zusammen. Beim letzten dokumentierten Treffen am 14. November 1989 lieferte sie Informationen zum »Strandhotel Warnemünde«, wo sie seit zwei Jahren tätig war.<sup>258</sup>

Die inoffiziellen Mitarbeiter waren ein überaus wichtiges Instrument der Staatssicherheit zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche sowie zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen. Der Einsatz von »Wera« zeigt eine effektive Zusammenarbeit zwischen IM und MfS. Es gab jedoch nicht den typischen IM; die Mitarbeit unterschied sich oft nicht nur in der Menge der gelieferten Informationen, sondern auch in ihrer Qualität. Mit anderen Informantinnen aus dem Hotel »Neptun« lief die Zusammenarbeit des MfS nicht so reibungslos. So monierte der Führungsoffizier, dass IM »Ilona Müller« zwar keine Hemmungen besäße, Personen zu belasten, jedoch nicht über eine ausreichende politische Bildung verfügte und nur lückenhaft berichtete.<sup>259</sup> Es gab insgesamt eine breite Palette an IM, die die Stasi mit den verschiedensten Aufgaben betraute.

Die Motive für eine inoffizielle Tätigkeit waren sehr unterschiedlich. Loyalität gegenüber dem Staat und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu

tun, spielten eine wesentliche Rolle. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen Verpflichtungserklärungen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend. Es gab auch Fälle, in denen IM durch die Staatssicherheit zur Mitarbeit erpresst wurden. Dieses Vorgehen war in den 1950er-Jahren üblich und wurde später selten praktiziert, da ein zur Mitarbeit gezwungener IM häufig nicht mit der gewünschten Effektivität und Zuverlässigkeit arbeitete.<sup>260</sup> Die Motivation von »Wera« ist in ihrer Akte nicht deutlich festgehalten. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Gemengelage verschiedener Motive. Das Spektrum an Aufträgen, die ihr die Staatssicherheit erteilte, war breit und überstieg mit dem Auftrag das gewöhnliche Aufgabenfeld des Bespitzelns, wenn sie im Auftrag des MfS in Affären mit Hotelgästen einwilligte.

Die Zusammenarbeit von MfS und IM konnte wenige Monate andauern oder sich über Jahrzehnte erstrecken. Die Beendigung der Mitarbeit hatte oft rein pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel oder eine Erkrankung. Auch eine zurückhaltende und aus der Sicht der Stasi ineffektive Berichterstattung konnte ein Grund für die Beendigung der Zusammenarbeit sein. Es gab aber auch Fälle, bei denen der IM selbst die Zusammenarbeit abbrach oder sich dieser peu à peu entzog. Seine IM-Tätigkeit gegenüber Dritten offenzulegen, war ein möglicher Weg, sich der Mitarbeit zu entziehen: Ein Spitzel, der sich auf diese Weise »dekonspirierte« hatte, war für die Stasi wertlos.

ECa





# Die Methoden und ihr Einsatz

---

> Vor dem Hotel »Zur Sonne« in der Innenstadt von Wismar: Die Stasi machte heimlich Aufnahmen bei der Beobachtung von Besatzungsmitgliedern westdeutscher Küstenschiffe. 1988  
 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VII, Nr. 34, Bl. 180 (Ausschnitt)





> Bausoldaten bei Arbeiten im Hafen Mukran. Vor 1984  
Archiv PRORA-ZENTRUM, Bestand Peter Lehnert

## »Wir sind der letzte Dreck« – die Bausoldaten in Prora

Ab 1962 hatten alle jungen Männer in der DDR Wehrdienst zu leisten. Die Verweigerung des Dienstes an der Waffe war nicht vorgesehen und stand unter Strafe. Dies änderte sich 1964, als das SED-Regime auf Druck der Kirchen und vor dem Hintergrund des westdeutschen Zivildienstes einen Wehersatzdienst einführte. Aus religiösen und ethischen Gründen konnten die Wehrpflichtigen nun den Dienst an der Waffe verweigern. Sie konnten ihre Bedenken dem Wehrkreiskommando vortragen und wurden »Bausoldaten«, wenn es ihrem Antrag stattgab. Da diese Verfahren intransparent waren, konnten die Antragsteller die Gründe für Genehmigung oder Ablehnung nicht nachvollziehen. So verhinderte das Regime, dass die Verweigerer des Waffendienstes sich gegenseitig darüber informierten, wie der Antrag erfolgreich gestellt werden konnte.

Die auch »Spatensoldaten« genannte Truppe war ein Teil der NVA. Die Rekruten mussten sich der militärischen Disziplin unterwerfen und dem Regime Treue geloben. Der einzige Unterschied war, dass sie keine Waffen trugen und stattdessen für Arbeitseinsätze herangezogen wurden. Dabei waren sie dem gleichen Drill und den gleichen harten Bedingungen ausgesetzt wie ihre bewaffneten Schicksalsgenossen. Die NVA setzte sie zunächst vor allem für Baumaßnahmen an militärischen Anlagen ein, später auch für Transportarbeiten oder in Objekten wie dem NVA-Erholungsheim in Prora, wo sie u. a. als Heizer oder Hausmeister tätig waren.

Als die Zahl der Wehrdienstverweigerer Anfang der 1980er-Jahre stieg, entschied das Verteidigungsministerium, Bausoldaten verstärkt bei zivilen Projekten einzusetzen. In Prora auf Rügen wurde Ende 1982 ein neues Pionierbaubataillon für den groß angelegten Ausbau des Fährhafens von Mukran, der zukünftig den

Schiffsverkehr in die UdSSR gewährleisten sollte, eingerichtet. Die Proraer Bausoldaten bildeten zeitweise die größte Gruppe von Bausoldaten in der DDR. Bereits im ersten Jahr wurden 150 junge Männer aus allen Teilen der DDR zu der neuen Einheit einberufen. Im August 1984 bildeten die 355 für die Hafendarbeiten in Prora stationierten Bausoldaten die mit Abstand größte »Spatensoldaten-Einheit« – ein Drittel der damals 1098 Bausoldaten. Ende 1986 waren von 1813 DDR-Bausoldaten 406 der Baustelle in Mukran zugeteilt; zeitweise wurden zusätzlich Bausoldaten aus Neuseddin dort eingesetzt.<sup>261</sup>

Das MfS begegnete den Bausoldaten grundsätzlich mit Misstrauen. Es unterstellte ihnen eine »politisch-negative« Haltung gegenüber der DDR und ging davon aus, dass die meisten Bausoldaten religiöse Gründe für die Verweigerung des Wehrdienstes nur vorschützten, um oppositionelle, pazifistische oder antikommunistische Motive zu verschleiern.

Aufgrund der hohen Zahl von Bausoldaten in Prora maß die für die DDR-Streitkräfte zuständige Stasi-Hauptabteilung I der Überwachung dieses Standortes eine besonders hohe Bedeutung bei. Sie befürchtete,

dass »gegnerische Kräfte versuchen, Einfluss auf der Grundlage ihrer politisch-negativen Zielstellung auf die Bausoldaten zu nehmen.«<sup>262</sup> Als feindliche Kräfte betrachtete die Staatssicherheit in diesem Zusammenhang westliche Massenmedien, vor allem aber »reaktionäre« kirchliche Kreise, d. h. gesellschaftskritische, oft pazifistisch ausgerichtete Gruppen innerhalb der DDR-Kirchen. Das Ziel der Staatssicherheit bestand vor allem darin, die Bausoldaten zu überwachen und alle kritischen Aktivitäten zu unterbinden. Dazu gehörten die als lästig empfundenen Eingaben über Missstände in der Armee, die Verbreitung religiös-pazifistischer Gedanken, Befehls- bzw. Arbeitsverweigerungen, aber auch Zusammenkünfte von Bausoldaten in der Kaserne, bei denen diese über ihre Lage diskutierten. Das MfS versuchte auch zu verhindern, dass ehemalige bzw. aktive Bausoldaten Seminare zur Vorbereitung auf den waffenlosen Dienst in der Armee für Jugendliche organisierten.<sup>263</sup>

Ralf Hirsch (Jg. 1960) geriet nicht erst dadurch, dass er sich für den Dienst als Bausoldat entschied, in das Visier der Staatssicherheit. Das MfS hatte den jungen Berliner bereits zuvor wegen seines Engagements im



> Ralf Hirsch an der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße in Berlin. 6.3.1988  
BArch, MfS, HA VI, Nr. 5795, Bl. 41, Bild 2



Umfeld von Pfarrer Rainer Eppelmann beobachtet. Hirsch initiierte die Arbeitsgruppe »Friedensstifter«, bereitete Bluesmessen vor und verfasste zahlreiche pazifistische Eingaben an staatliche Institutionen. Zudem war er ein Verbreiter des »Berliner Appells«, wofür er zu einer Ordnungsstrafe verurteilt wurde. Die Einberufung zur NVA sollte u. a. dazu dienen, seine Aktivitäten in Berlin zu unterbinden. Während seiner Stationierung in Prora setzte die HA I die Beobachtung Hirschs Anfang 1983 auf Wunsch der BV Berlin im OV »Blauvogel« fort mit dem Ziel einer »Verhinderung feindlich negativer Handlungen unter den Bausoldaten [...] sowie der Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Handlungen im Bereich der Baustelle.«<sup>264</sup>

»Hirsch [beabsichtigt,] nach seiner Entlassung aus der NVA noch einiges zu tun, um auf die sogenannten »Schikanen«, denen die Bausoldaten ausgesetzt sind, aufmerksam zu machen.«<sup>265</sup>

Dem MfS gelang es allerdings nicht, Hirsch zum Schweigen zu bringen: Zu keiner Zeit verhehlte er seine ablehnende Haltung gegenüber dem Wehrdienst und der DDR-Verteidigungspolitik. Von Anfang an kritisierte er die militärische Ordnung, der die Bausoldaten unterworfen waren, wofür er mehrfach von seinen Vorgesetzten – nicht selten in Abstimmung mit dem MfS – bestraft wurde, u. a. mit Arrest und Urlaubsentzug. Der junge Mann pflegte weiterhin Kontakte zur Friedensbewegung in Berlin und zu westlichen Journalisten, an die er seine Erfahrungen aus Prora weitergab. Seine Informationen bildeten die Grundlage für den im Mai 1983 im »Stern« veröffentlichten Artikel »Wir sind der letzte Dreck« über DDR-Bausoldaten.<sup>266</sup> Darüber hinaus war er während seiner Urlaubsaufenthalte in Berlin politisch aktiv und demonstrierte z. B. gegen Kriegsspielzeug. Er verfasste auch zahlreiche Eingaben an Vorgesetzte und staatliche Institutionen über Missstände in Prora, auch wegen der Urlaubsregelungen für Bausoldaten. Im Sommer 1983 verweigerte er zusammen mit fünf Kameraden die Sonntagsarbeit, da sie sich dadurch in ihrer Glaubensfreiheit eingeschränkt fühlten. Das MfS registrierte mit Sorge, dass Hirschs

Einfluss auf andere Bausoldaten stärker wurde und er seine Erfahrungen in Prora an Jugendliche weitergab, die sich dadurch besser auf den Dienst als Bausoldaten vorbereiten konnten.<sup>267</sup> Zum Ende seiner Dienstzeit im Frühjahr 1984 versuchte die Staatssicherheit, Hirsch zu diskreditieren, indem sie über einen Vorgesetzten das Gerücht verbreitete, er sei ein inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Sie wollte damit »unter den Bausoldaten in Prora Enttäuschung und Verachtung zu Hirsch [wecken], um ihn in beabsichtigter feindlich negativer Wirksamkeit nach seiner Entlassung einzuschränken.«<sup>268</sup>

Die HA I zog nach Hirschs Entlassung aus der NVA im Mai 1984 das Resümee, dass er bis zum Ende seiner Dienstzeit mit einer »feindlich-negativen Haltung gegen den Wehrdienst [aufgetreten sei], was durch provokatives Auftreten gegen Vorgesetzte und bewusste Verstöße gegen die militärische Ordnung und Disziplin zum Ausdruck kam.«<sup>269</sup> Das MfS behielt Ralf Hirsch nach seiner Dienstzeit im Blick, da er sich auch die folgenden Jahre in der Friedensbewegung engagierte und sich für die Belange von Bausoldaten einsetzte. Der Staatssicherheit war es nicht gelungen, ihn von den anderen Bausoldaten zu separieren. So richtete er im Juni 1984 mit sieben anderen ehemaligen Proraer Bausoldaten einen offenen Brief an Erich Honecker, in dem sie sich gegen das Wettrüsten und für einen sozialen Friedensdienst aussprachen, eine zivile Alternative zum Wehrdienst. Schließlich wurde er im Januar 1988 im Zuge der Rosa-Luxemburg-Demonstration in Berlin festgenommen und aus der DDR ausgewiesen. Von West-Berlin aus unterstützte er aber weiterhin die DDR-Opposition.<sup>270</sup>

Schon zur Einberufung wurde den jungen Männern in Prora der militärische Charakter ihres Dienstes deutlich gemacht: Armeeangehörige führten sie an Stacheldrahtzäunen entlang zu ihren Unterkünften in Block 5. Sie mussten an »militärischer Körperertüchtigung« teilnehmen, »ordentlich zu marschieren«<sup>271</sup> üben und militärische Dienstvorschriften lernen. Beim Gelöbnis sollten die Bausoldaten versprechen, ihre Kraft »für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft einzusetzen«<sup>272</sup> und unbedingten Gehorsam gegenüber ihren Vorgesetzten schwören. Das kollidierte mit den religiösen und pazifistischen Überzeugungen der Männer. Einige verweigerten sich deshalb der Zeremonie, so



> Die Stasi konfiszierte die selbstgefertigte Karikatur eines Bausoldaten. Nach Meinung des zuständigen hauptamtlichen MfS-Mitarbeiters bestätigte die Karikatur den Hang des Dargestellten zum Terrorismus. Dezember 1986  
BArch, MfS, HA I, Nr. 40, Bl. 898



z. B. 1986 in Prora oder 1987 in Neuseddin, wo mehrere Bausoldaten das Gelöbnis als »seelische Vergewaltigung«<sup>273</sup> bezeichneten.

Die Bausoldaten unterstanden, auch wenn sie nicht in einem Armee-Projekt arbeiteten, der militärischen Hierarchie – und damit auch hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit, die als Verbindungsoffiziere die »Bearbeitung« der Bausoldaten organisierten. Diese konnten z. B. beeinflussen, wer wo eingesetzt wurde, Urlaubssperren anweisen, Abhörmaßnahmen und Beobachtungen beauftragen sowie Inhaftierungen und andere Zersetzungsmaßnahmen in die Wege leiten.

Nicht wenige NVA-Vorgesetzte sowie manche Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte in Prora zählten zu den Informanten des MfS. Unter den Bausoldaten selbst gab es hingegen nur wenige inoffizielle Mitarbeiter. Für die Staatssicherheit war deren Anwerbung aufgrund ihrer oft kritischen Haltung äußerst schwierig, sodass »operativ-technische Mittel« – also Kameras und Wanzen – zum Einsatz kamen. Um direkte Informationen aus dem Kreis der Bausoldaten zu erhalten, bereitete das MfS vereinzelt hauptamtliche IM (HIM) langfristig auf einen Einsatz in den Baueinheiten vor: Diese Spitzel mussten bereits vor ihrem Wehrdienst Kontakte zu Kreisen knüpfen, aus denen Bausoldaten kamen, und dort Informationen sammeln. Sie selbst wurden dann offiziell als Bausoldaten einberufen. In Mukran waren 1984 bis 1985 zwei solcher MfS-Mitarbeiter im Einsatz.

Da die meisten Bausoldaten davon ausgingen, vom MfS überwacht zu werden, verhielten sie sich generell vorsichtig. So verschickten z. B. viele ihre Post nicht selbst, sondern gaben ihre Briefe zivilen Bauarbeitern zum Versand mit. Aus Furcht vor Abhöraktionen flüsternten manche Bausoldaten bei Unterhaltungen in ihren Stuben oder sprachen absichtlich durcheinander. Trotz der MfS-Überwachung gelang es 1985 einigen Proraer Bausoldaten, ein Vorbereitungsseminar für Jugendliche an einem Wochenende in Freital zu organisieren: Gegen sie selbst wurden zwar Urlaubssperren verhängt, aber jeder von ihnen hatte einen Ersatzmann zur Abhaltung der Veranstaltung organisiert. Die Bausoldaten verstanden sich als Gemeinschaft, fürchteten aber gleichwohl Spitzel in den eigenen Reihen. Trotz drohender Strafen engagierten sich viele Bausoldaten: Ihr Einsatz reichte vom Kampf für konkrete Verbes-

serungen z. B. gegen restriktive Ausgangsregeln oder für die Berücksichtigung religiöser Rechte, über selbst organisierte kulturelle oder religiöse Veranstaltungen, Spendensammlungen für kirchliche Zwecke bis hin zur Forderung eines Zivildienstes oder der Abschaffung des Wehrdienstes. Am Ende ihrer Dienstzeit verspürten die meisten Bausoldaten Erleichterung, gleichzeitig aber teilweise auch Wut angesichts ihrer Erfahrungen. In Prora zeigte sich dies 1984, als 20 von ihnen unmittelbar nach dem Entlassungsappell ihre Reservistenabzeichen demonstrativ wegwarfen.

Manche der aus allen Teilen der DDR stammenden Proraer Bausoldaten setzten ihre Aktivitäten auch nach Ende des Wehrdienstes fort. So stellte das MfS 1986 fest, dass in über zehn Städten Regionalgruppen ehemaliger Bausoldaten aufgebaut worden waren, die junge Männer auf den Dienst als Bausoldaten vorbereiteten und sie während des Dienstes betreuten: »Als Leiter fungieren ehemalige Bausoldaten, die in der Regel in der Baueinheit Mukran dienten, sich dort negativ betätigt hatten und jetzt in den kirchlichen Apparat [...] integriert sind.«<sup>274</sup> Solche Personen behielt die Staatssicherheit der jeweiligen Bezirke weiterhin im Blick, da sie von ihnen auch zukünftig »politisch-negatives« Verhalten erwartete.

SSc



> Motorboot von Klaus Ebeling mit eingedrückter Windschutzscheibe. August 1986  
BArch, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 26

## Mit dem Motorboot über das Meer: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier

Eberswalde im DDR-Bezirk Frankfurt (Oder), 10. August 1986. Es ist 22.00 Uhr. Klaus Ebeling (Jg. 1942) steigt mit einem seiner Söhne in den Trabant. Auf dem Anhänger liegt ein DDR-Motorboot mit einem aus dem Westen in die DDR geschmuggelten Yamaha-Motor. Sein zweiter Sohn fährt auf einem Motorrad hinterher. Ihr Ziel ist die Ostseeküste bei Zingst. Von dort wollen sie über die Grenze zur dänischen Insel Falster fliehen. Im Kopf jagen sich die Gedanken.

Familienvater Klaus Ebeling war Kraftfahrer mit Freude am Beruf. 1979 durfte er das erste Mal als Fernfahrer in den Westen. Von dort zurückgekehrt, empfand er die DDR als klein und trist. 1980 wurde es schwierig: Die Stasi wollte ihn als inoffiziellen Mitarbeiter anwerben. Er sollte Kollegen überwachen und Aufträge im Westen erledigen. Er lehnte ab, auch als man ihm Gefängnis androhte. Doch die Stasi gab

nicht auf, ließ ihn zunächst weiter in den Westen fahren und versuchte immer wieder, ihn doch noch zu ködern. Er ahnte nicht, dass er bereits umfassend überwacht wurde, auch im Westen. 1983 wurde ihm ein Abstecher in Hamburg zu einem geflüchteten Bekannten zum Verhängnis. Zurück in seinem Betrieb in Eberswalde musste er sofort zum Betriebsleiter. Dort wartete ein Stasi-Mann auf ihn und stellte ihn wegen dieses Besuchs in Hamburg zur Rede. Seinen Pass musste er umgehend abgeben. Seine Fahrten in den Westen waren vorbei. Zunächst durfte er aber noch ins sozialistische Ausland. Doch auch seine Sympathie für die neue polnische Solidarność-Bewegung blieb nicht unbemerkt. Ab 1984 durfte er schließlich gar nicht mehr als Fahrer arbeiten und musste u. a. Hofarbeiten verrichten.

Mit politischen Äußerungen hielt sich Klaus Ebeling fortan zurück. Doch im Verborgenen schmiedete er Fluchtpläne, beschaffte sich ein DDR-Boot und in Einzelteilen peu à peu einen Yamaha-Motor aus dem Westen. Im April 1986 durfte seine Frau überraschend zur Beerdigung ihres Vaters in den Westen reisen.





> Der Trabant von Klaus Ebeling am Strand. August 1986  
BArch, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 23

Klaus Ebeling beschwor sie, dort zu bleiben, und versprach, mit den beiden Söhnen noch im August über die Ostsee zu fliehen. So machten sie sich in der Nacht vom 10. zum 11. August 1986 auf den Weg. Gegen 4.00 Uhr erreichten sie endlich Zingst und hatten Glück: Am Strandaufgang lag für Fischer eine Gummimatte, über die sie mit Trabi und Anhänger direkt ans Wasser gelangten.

Doch einer der Fischer, ein freiwilliger Helfer der Volkspolizei, bemerkte sie und versuchte, sie mit seinem Boot aufzuhalten. Sie konnten ausweichen

und volle Fahrt Kurs auf Dänemark, Richtung Freiheit aufnehmen. Alarmiert durch den Fischer begann die Verfolgung durch die Volksmarine und die 6. Grenzbrigade »Küste« mit mehreren DDR-Militär-Schiffen, einem sowjetischen und einem Volksmarine-Hubschrauber. Weil das Motorboot schnell war, dauerte die Hatz vier Stunden. Zwei Seemeilen außerhalb der DDR-Territorialgewässer ging einer der Hubschrauber so weit in den Sinkflug, dass er die Windschutzscheibe des Bootes eindrückte und die Ebelings in die Mündung von Maschinengewehren schauten. Aus Angst um das Leben seiner Söhne gab Klaus Ebeling auf. Nach mehreren Monaten Stasi-U-Haft verurteilte man ihn zu zwei Jahren und acht Monaten Haft.<sup>275</sup>

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 versuchten zahlreiche Menschen aus der SBZ und der DDR zu fliehen, oft scheiterten sie. Überall gab es diejenigen, die wegen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der stalinistischen Diktatur oder einfach wegen anderer Lebenspläne weg wollten. Diese massenhafte »Abstimmung mit den Füßen« war von Anfang an ein Kernproblem der SED. Allein in den zwölf Jahren zwischen der Gründung der DDR 1949 und dem Mauerbau 1961 flohen fast 2,7 Millionen Menschen. Unter weit gefährlicheren Bedingungen



> Flüchtling mit Faltboot in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Rostock (nachgestellte Szene). 16.9.1987  
BArch, MfS, BV, Rostock, Abt. IX, Nr. 200, Bl. 10

5. Der Befehl Nr. 301/61 des Genossen Minister, in dem es u. a. heisst,

" Die politisch-operative Arbeit zur Vorbeugung oder Verhinderung von Republikfluchten auf allen Linien des MfS ist mit grösster Initiative und Verantwortlichkeit zu führen.

Die Leiter aller Diensteinheiten sind für ihre Aufgabenbereiche gemäß den bisherigen Befehlen und Anweisungen für die allseitige Erfassung und Bearbeitung der Republikfluchten voll verantwortlich, "

ist auch weiterhin Grundlage der operativen Arbeit zur Verstärkung der Abwehrtätigkeit gegen den Menschenhandel.

Die Kreisdienststellen und Abteilungen haben entsprechend dieses Befehls, unter Beachtung der neuen Lage, der Struktur des Kreises bzw. der Aufgabenstellung der Abteilungen, die operativen Maßnahmen festzulegen.

> Auszug aus der Quartalsberichterstattung über Republikfluchten. 27.1.1962  
BArch, MfS, BV Rostock, BdL, Nr. 402, Bl. 4 (Ausschnitt)

kamen von 1961 bis zum Mauerfall 1989 noch einmal fast eine halbe Million hinzu. Um diesen Exodus zu stoppen, ließ die SED ein beispielloses, nach innen, gegen die eigene Bevölkerung gewandtes Grenzsperrsystem errichten. Auch an der Ostseeküste versuchte sie, die Grenze unüberwindlich zu machen.

Anders als in Berlin und an der Landgrenze zur Bundesrepublik konnte man die Ostseeküste mit ihren langen Buchten, Haffs und Stränden nicht einfach absperren. Auch deshalb nicht, weil diese Region das größte Urlaubsgebiet für die »eingemauerte« Bevölkerung war. 59 Zeltplätze und 37 Bootshäfen lagen im sogenannten Grenzgebiet. Millionen Touristen aus der DDR und dem Ausland pilgerten jährlich zu Wasser, Strand und Sonnenschein.

Angesichts dieser besonderen Lage installierte der SED-Staat auf und an der Ostsee ein engmaschiges, bis tief ins Landesinnere gestaffeltes »vorbeugendes« System der Grenzüberwachung. Auf See patrouillierten zuletzt 34 Schiffe der 6. Grenzbrigade »Küste«, diverse Verbände der Volksmarine und manches zivile Boot

wie z. B. Fischereikutter. Landseitig agierten im fünf Kilometer breiten Küstenstreifen vor allem die Volkspolizei und die Landkräfte der 6. Grenzbrigade »Küste«. Neben den permanenten Fuß- und Fahrzeug-Patrouillen sollten auch Beobachtungstürme eine lückenlose Überwachung sicherstellen.<sup>276</sup> Hinzu kam eine Vielzahl freiwilliger ziviler Helfer nicht nur der Stasi, sondern gerade auch von Armee und Polizei.

Wegen des Stacheldrahts, der Bodenminen und der Selbstschussanlagen an der Berliner Mauer und der Westgrenze schien vielen Fluchtwilligen der Weg über das Meer vergleichsweise ungefährlich – ein oft tragischer Irrtum. Sie starteten waghalsige Unternehmungen mit Falt-, Schlauch- und Segelbooten, Surfbrettern oder Luftmatratzen. Manche entwickelten sogar Mini-U-Boote und Aqua-Scooter oder schwammen gar ihrem Traum von Freiheit und selbstbestimmtem Leben entgegen.

Die DDR-Kreise Grevesmühlen, Wismar, Bad Döberan und Rostock galten wegen der Nähe zur Bundesrepublik bzw. zur dänischen Küste als besonders



bevorzugte »Ablandegebiete«. Zudem bot der wachsende Massentourismus gute Möglichkeiten, unbemerkt ans Wasser zu gelangen. Der Kreis Grevesmühlen bildete dabei den absoluten Schwerpunkt für Fluchtversuche, da er sowohl land- als auch seeseitig unmittelbar an die Bundesrepublik grenzte.

Schon zwischen 1945 und 1960 versuchten vermutlich mehrere Tausend Menschen auf dem Seeweg aus der SBZ/DDR zu fliehen.<sup>277</sup> Auch unmittelbar nach dem Mauerbau am 13. August 1961 gab es zahlreiche Fluchtwillige, die die letzten Schlupflöcher durch den »Eisernen Vorhang« nutzen wollten. Allein bis Ende September 1961 registrierte die Rostocker Stasi 89 Fluchtversuche über die Ostsee, davon 34 erfolgreiche.<sup>278</sup> Aufschlussreich sind die von der Stasi in diesem Bericht beschriebenen Fluchtmotive. Zumeist waren es ganz einfache Gründe wie bei einem jungen Ost-Berliner, der sein Studium in West-Berlin fortsetzen wollte.

Nach bisherigem Kenntnisstand kamen allein zwischen Mauerbau und Mauerfall mehr als 5 600 Ostsee-Flüchtlinge hinzu.<sup>279</sup> Nur rund 900 von ihnen, also nicht einmal ein Fünftel, erreichten ihr Ziel. Rund 180 Menschen bezahlten ihr Freiheitsstreben mit dem Leben. Nicht wenige sind bis heute verschollen. Die übrigen 4 500, also über 80 Prozent, wurden Opfer von SED, Stasi, Volkspolizei und DDR-Justiz und zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Die Stasi begegnete diesen Fluchten durch einen verstärkten Einsatz eigener IM und einen stärkeren Einfluss auf die staatlichen »Grenzaktiv« der Gemeinden, die auf kommunaler Ebene freiwillig beim Sichern der Grenze halfen. So baute z. B. die Stasi-Kreisdienststelle Rügen ihr Spitzel-Netz bis 1989 auf 468 Personen aus. Und ein hauptamtlicher IM hatte keine andere Aufgabe, als den ganzen Tag im Trabant, mit dem Fahrrad oder zu Fuß die Inseln nach Fluchtverdächtigen abzusuchen.

Eine wichtige Rolle im dramatischen Fluchtgeschehen spielten immer auch die Fährverbindungen der DDR von Saßnitz ins schwedische Trelleborg und von Rostock ins dänische Gedser. Die Stasi hatte sie deshalb besonders im Visier und bearbeitete sie seit Mitte der 1980er-Jahre unter den Tarnnamen »Feindobjekt König« bzw. »Feindobjekt Falster«. Immer wieder

verunglückten Flüchtende: So geriet in Trelleborg ein Mann beim Sprung von der Fähre zwischen Schiffsrumpf und Kai-Kante. Andere sprangen über Bord und zogen sich schwere Knochenbrüche zu.

Um im Norden fluchtbereite Bürger und Bürgerinnen möglichst schon im Stadium der Vorbereitung zu erkennen und ihr Vorhaben zu vereiteln, kooperierte die Stasi eng mit zahlreichen staatlichen Organen und Institutionen, den sogenannten »Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens«. Dies waren vor allem SED, Volkspolizei, 6. Grenzbrigade »Küste«, Volksmarine, Zoll, Handels- und Fischereischiffe, Grenzaktive der Gemeinden, Justiz aber auch Zeltplatzverwalter, freiwillige Helfer von Stasi, Polizei und Militär sowie Mitarbeiter der Sparkasse oder der Staatlichen Versicherung.<sup>280</sup> Neben dem gigantischen hauptamtlichen Apparat setzte die SED-Geheimpolizei rund ein Drittel ihrer inoffiziellen Mitarbeiter direkt oder indirekt zur »Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens« bzw. »zur Sicherung der Staatsgrenze« ein, zuletzt also rund 60 000 Personen.<sup>281</sup>

Laut Stasi-Chef Erich Mielke kam den IM auch bei der Jagd nach Fluchtbereiten eine zentrale Rolle zu. An der Ostseeküste besaßen vor allem IM in sogenannten Schlüsselpositionen große Bedeutung, so im Ferienwesen, unter dem Personal auf Boots- und Zeltplätzen, unter Rettungsschwimmern oder in der Fischerei.

Doch nicht nur solche Grenz-IM wurden Fluchtwilligen zum Verhängnis. Schon der Kauf von Faltbooten konnte zur Meldung an die Staatssicherheit und Überprüfung führen. Zur frühzeitigen Erkennung von Fluchtabsichten hatten Volkspolizei und Stasi ab März 1984 sämtliche Käufe von Booten und Bootsteilen, das »auffällige Interesse« an Literatur oder an Einzelteilen für Aqua-Scooter, motorgetriebene Surfbretter, Luftkissenboote und Tauchausrüstungen sowie das Erkunden von Küstenabschnitten und intensives Schwimmtraining zu registrieren und zu untersuchen.<sup>282</sup> Auch auf diese Weise erstickten die DDR-Staatsorgane und insbesondere die Stasi viele Fluchtpläne schon im Keim.

VHö



> Die Stasi fing den Brief von Familie Meyer an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ab. Januar 1987  
BArch, MFS, BV Schwerin, AOP 848/89, Bl. 176 f.

## Postspitzel und Paketdiebe – die Abteilung M der Stasi

»Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Herr Doktor Richard Weizsäcker! Wir hoffen von ganzen Herzen, dass Sie dieser Brief, den wir über Umwege an Sie geschrieben haben, erreicht.«<sup>283</sup> Doch die im Januar 1987 zum Ausdruck gebrachte Hoffnung einer Familie aus Gadebusch erfüllte sich nicht. Den Bundespräsidenten erreichten diese Zeilen nie, denn die Stasi fing den Brief ab und behielt ihn ein.

Die Meyers hatten am 25. Juni 1985 einen Antrag auf »Übersiedlung« gestellt. Sie wollten zusammen mit ihrer Tochter die DDR verlassen, um den fehlenden beruflichen Entwicklungschancen und den Reglementierungen im privaten Bereich zu entfliehen. Unter dem Decknamen »Modellbauer« – Modellbau war das Hobby des Ehemanns – bespitzelte das Ministerium für Staatssicherheit die Familie fortan. Christoph Meyer (Jg. 1944) war als junger Mann von der Stasi als IM angeworben worden. Er verfasste insgesamt vier Treffberichte, in welchen er über seine Arbeitskollegen



berichtete. Nach seiner Entlassung aus der NVA hatte er jedoch die Zusammenarbeit beendet.<sup>284</sup>

Ziel der Stasi-Observation war es, eine Flucht der Familie zu verhindern und die Rücknahme ihrer Anträge auf »Übersiedlung« zu erreichen. So wurde die Wohnung der Meyers abgehört, durchsucht sowie mehrere inoffizielle Mitarbeiter zur Überwachung und Einflussnahme auf die Familie angesetzt. Zudem überwachte die Stasi ihre Post. Mitarbeiter des Ministeriums lasen und kopierten jeden Brief und jede Postkarte. Die wichtigsten Informationen aus dieser Kontrolle wurden tabellarisch erfasst und analysiert. Nur wenn der Inhalt als unbedenklich galt, wurden die Sendungen zugestellt. Zur Kontrolle der Postsendungen zählte auch die Überwachung des Päckchen- und Paketverkehrs. So wusste die Stasi, dass die Meyers als Vorbereitung für ihre Ausreise bereits zwischen Mai und Juni 1986 mehr als 16 Pakete mit persönlichen Gegenständen in die Bundesrepublik geschickt hatten. Kein postalischer Kontakt blieb der Stasi verborgen.

Die Familie erhielt keine Rückmeldung auf ihre Ausreise-Anträge. Um ihrem Wunsch, die DDR zu verlassen, Nachdruck zu verleihen, beschlossen die Meyers, sich an den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1920–2015) zu wenden. Sie wollten ihm ihre Situation in der DDR schildern. Obwohl die Stasi dies Anfang 1987 verhinderte, gelang es ihnen einige Monate später, einen Brief zu übermitteln. Ein Freund der Familie hatte ihn, nach seinem Besuch in Gadebusch, in Westdeutschland aufgegeben. Der Brief erreichte sein Ziel und durch die Unterstützung des Bundespräsidenten wurden sie als Antragsteller auf »ständige Ausreise« auf der Petitionsliste der Bundesregierung für DDR-Bürger verzeichnet. Auch die westdeutsche Organisation »Hilferufe von drüben« unterstützte sie und beschrieb ihr Schicksal in ihrem monatlichen Rundschreiben. Erst als der Familie eine Kopie davon zugesandt wurde, bemerkte die Stasi, dass es den Meyers trotz Postkontrolle gelungen war, in der Bundesrepublik um Hilfe zu bitten. Da die Stasi kein Aufsehen erregen wollte, unternahm sie offenbar keine weiteren Schritte.

Anfang 1989 wandte sich das Ehepaar schließlich an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin und bat erneut um Unterstützung. Und es traf sich mit anderen Ausreisewilligen, um

sich gegenseitig zu helfen und um auf das Recht auf Ausreise aufmerksam zu machen. Die Stasi befürchtete, dass durch diese Treffen noch mehr Menschen Freizügigkeit fordern würden. Um dies zu vermeiden, durfte die Familie am 27. Mai 1989 die DDR verlassen und in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln.

Für viele Menschen in Ost- und Westdeutschland waren das Schreiben von Briefen und der Austausch von Päckchen und Paketen der wichtigste Kommunikationsweg über die innerdeutsche Grenze hinweg. So konnten die Mauer postalisch umgangen und der Kontakt zu Freunden und Verwandten im Westen aufrechterhalten werden. Doch diese Verbindung stand nur allzu oft unter der Kontrolle der Stasi. Obwohl Artikel 31 der DDR-Verfassung das Postgeheimnis



und Artikel 27 das Recht auf freie Meinungsäußerung garantierten, wurde in internen Begründungen des Ministeriums immer wieder auf Artikel 4 zum »Wohle des Volkes« verwiesen, um Rechtsbrüche zu begründen.

### »In vielfältiger Form missbraucht der Gegner den internationalen Postverkehr«<sup>285</sup>

Innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit war die Abteilung M (S. 149) für die Postkontrolle zuständig. Ihre Aufgabe bestand darin, »Feinde im Postverkehr«<sup>286</sup> aufzuspüren. Es galt, »negative« Handlungen

und Einstellungen der Bevölkerung – die für die Arbeit des MfS von Bedeutung sein könnten – zu erkennen und die Hinweise für die »politisch-operative Arbeit« zur Verfügung zu stellen.<sup>287</sup> Durch die Kontrolle der privaten Sendungen erhielt das MfS auch Aufschluss über die Stimmung innerhalb der Bevölkerung. Die Postkontrolle fungierte als eine Art Dienstleister für andere Abteilungen des Ministeriums. In jeder Bezirksverwaltung hatte das MfS eine Abteilung M installiert.

Um Briefe möglichst ohne sichtbare Spuren zu öffnen, nutzte die Stasi Wasserdampf und Lösungsmittel. Verdächtige Sendungen wurden anschließend kopiert oder im Original einbehalten.<sup>288</sup> Um auch beim erneuten Verschließen der Umschläge eine Verformung und somit einen Hinweis auf die Kontrollen zu vermeiden, wurden alle Briefe stapelweise gepresst. Außerdem waren alle Mitarbeiter verpflichtet, während ihrer Arbeit Handschuhe zu tragen.<sup>289</sup> Briefe, die in Rostock bei der Öffnung beschädigt worden waren und nicht wieder restauriert werden konnten, wurden in der Papiermühle der Bezirksverwaltung vernichtet. Hatten sich bei der Kontrolle relevante Informationen ergeben, erfolgte die Vernichtung erst nach einem Jahr.<sup>290</sup>

Da der Eingriff in den Postverkehr unter höchster Geheimhaltung passieren, aber dennoch zügig ablaufen sollte, waren die Stasi-Kontrolleure in separaten Räumen direkt in den Gebäuden der Deutschen Post untergebracht. In der Struktur der Deutschen Post wurde ihre Arbeit als »Dienststelle 12« getarnt.<sup>291</sup> Wie in Neubrandenburg wiesen sich auch in allen anderen Bezirksdirektionen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ihre Uniform und ihren Dienstausweis offiziell als Zollangehörige aus.<sup>292</sup> In Neubrandenburg kontrollierten sowohl in der Greifstraße als auch der Gerstenstraße unter Abteilungsleiter Oberstleutnant Werner Römer insgesamt 62 Mitarbeiter und 34 Mitarbeiterinnen täglich fast 12 000 Briefe.<sup>293</sup>

Mit der Einführung der Geschenkpaketverordnung (GVO) 1954 wurden auch Päckchen und Pakete umfassend kontrolliert. Die GVO gab vor, welche Gegenstände in welcher Menge sowohl von West nach Ost als auch in umgekehrter Richtung zum Versand zugelassen waren. Dabei sollte nicht nur die »aufkommende Sogwirkung des westdeutschen Wirtschaftswunders auf die ostdeutsche Bevölkerung«<sup>294</sup> minimiert, sondern auch jene Gegenstände, die die DDR selbst für

> Diebesgut einer Schweriner Postangestellten, entwendet aus Geschenksendungen. 6.5.1987  
BArch, MfS, AU 1343/87, Bd. 4, Bl. 46, Bild 1





> Diebesgut einer Schweriner Postangestellten aus privaten Geschenksendungen, versteckt im Innenfutter ihrer Jacke im Umkleideraum des Betriebs.  
6.5.1987  
BArch, MfS, AU 1343/87, Bd. IV, Bl. 38, Bild 24

Devisen einführen musste, vom Versand aus der DDR ausgeschlossen werden.<sup>295</sup> Um eine effektive Kontrolle zu gewährleisten, führte die Paketkontrollstelle in Neubrandenburg jeden Morgen um 7.00 Uhr eine Lagebesprechung durch. Dabei wurde ein Überblick über die Anzahl der zu kontrollierenden Sendungen gegeben und die Besetzung der Röntengeräte besprochen.<sup>296</sup>

Ende der 1970er-Jahre häuften sich umfangreiche Diebstähle besonders bei Westpaketen. Hier bereicherten sich Stasi- und Postangestellte gleichermaßen, mit dem grundlegenden Unterschied jedoch, dass der von Postmitarbeitern begangene Diebstahl geahndet wurde, jener der MfS-Mitarbeiter nicht. Diese Differenz erklärt sich daraus, dass zum einen die MfS-Kontrollen geheim gehalten werden sollten. Zum anderen war häufig nicht klar zu erkennen, ob ein Stasi-Mitarbeiter sich persönlich bereichern wollte oder aus »dienstlichen« Gründen einem Paket Zahlungsmittel bzw. Geschenkartikel entnahm. Allein in Schwerin raubte eine einzige Postangestellte über viele Jahre mehrere Tausend Päckchen und Pakete aus dem Westen. Das Diebesgut verbrauchte sie selbst oder verkaufte es.<sup>297</sup> In dieser Zeit verzeichneten auch die Bezirke Rostock und Neubrandenburg außergewöhnlich hohe Verluste.<sup>298</sup> Die SED und die Deutsche Post fürchteten, dass die Diebstähle und die damit verbundenen

Berichterstattungen politischen Schaden anrichten könnten. Negative Berichte über die Post der DDR galt es, im In- und Ausland um jeden Preis zu vermeiden. Um die Anzahl der Diebstähle zu verringern, gründete die Bezirksdirektion der Deutschen Post Schwerin die Arbeitsgemeinschaft »Verluste«.

Am 8. November 1989 wurden die Außenstellen der Stasi-Abteilung M sowie die »Dienststelle 12« vom amtierenden Minister für Staatssicherheit Generaloberst Rudi Mittig (1925–1994) aufgefordert, ihre Arbeit einzustellen. Eine gleichlautende Weisung erging am 10. November 1989 an die gesamte Abteilung.<sup>299</sup>

KSo

## »Klassenkampf auf dem Land« – Das Beispiel Lieblingshof

Die Nordbezirke der DDR gehörten zu den wichtigsten Kornkammern der DDR. Immer wieder hatte die Landwirtschaft jedoch mit hausgemachten Krisen zu kämpfen. Die SED erzwang mehrfach eine Änderung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur – flankiert durch die Staatssicherheit.

Für die Überwachung der Landwirtschaft war bei der Staatssicherheit die Volkswirtschaftslinie III verantwortlich, die ab 1964 als Linie XVIII firmierte. In den Abteilungen III der BV existierte für die Überwachung der Landwirtschaft das Referat IV, später in den Abteilungen XVIII das Referat 3. In den Kreisdienststellen der Staatssicherheit gab es entweder eigene Arbeitsgruppen Landwirtschaft oder Referate zur Sicherung der Volkswirtschaft, die auch für das Agrarwesen verantwortlich waren.

Hauptstützpunkte der Stasi auf dem Land waren in den 1950er-Jahren neben den Kreisdienststellen die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die das landwirtschaftliche Gerät für die LPGs bereithielten. In den MTS gab es politische Abteilungen. Sie dienten dazu, »besser als bisher diese feindlichen Elemente [...] zu entlarven und unschädlich zu machen«, wie

der Leiter der Bezirksverwaltung Rostock, Wilhelm Müller (1904–1970), äußerte.<sup>300</sup> Die stellvertretenden Politleiter der MTS standen in der Regel als Offiziere im besonderen Einsatz (Oibe)<sup>301</sup> im Dienst der Staatssicherheit.<sup>302</sup> Im Agrarsektor hatte die Stasi unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen. Zum einen galt es, die SED-Agrarpolitik durchzusetzen sowie mögliche Gegner der SED-Politik zu überwachen und zu bekämpfen. Zum anderen sollte Wirtschaftsspionage im eigenen Land aufgedeckt und verfolgt werden, während die Stasi gleichzeitig Wirtschaftsspionage im westlichen Ausland zugunsten der eigenen Landwirtschaft betrieb. In den 1980er-Jahren mischte sich das MfS dann immer stärker direkt in die Produktion ein.

»Hier handelt es sich um Erzkatholiken, die jetzt noch starke familiäre und kirchl[iche] Bindungen nach WD [Westdeutschland] haben« – so urteilte die Kreisdienststelle Rostock des MfS (S. 151) über einen Großteil der Einwohnerinnen und Einwohner des Dorfes Lieblingshof südöstlich von Rostock. Der Grund dafür war, dass 1930 eine Siedlungsgesellschaft das landwirtschaftliche Gut Lieblingshof erworben und an Mitglieder aus dem westlichen Deutschland weiterverkauft hatte. Deshalb stammten viele Bauern des Dorfes ursprünglich aus Westfalen, Schwaben und Hessen.



> Heinrich Wend-Erdel am Tag seiner Verhaftung. 10.12.1959  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 14/60, HA, Bd. 1, Bl. 115–117





> Gutshaus in Liebingshof bei Sanitz. 1913  
Foto: gutshaeuser.de (Andre Kobsch)

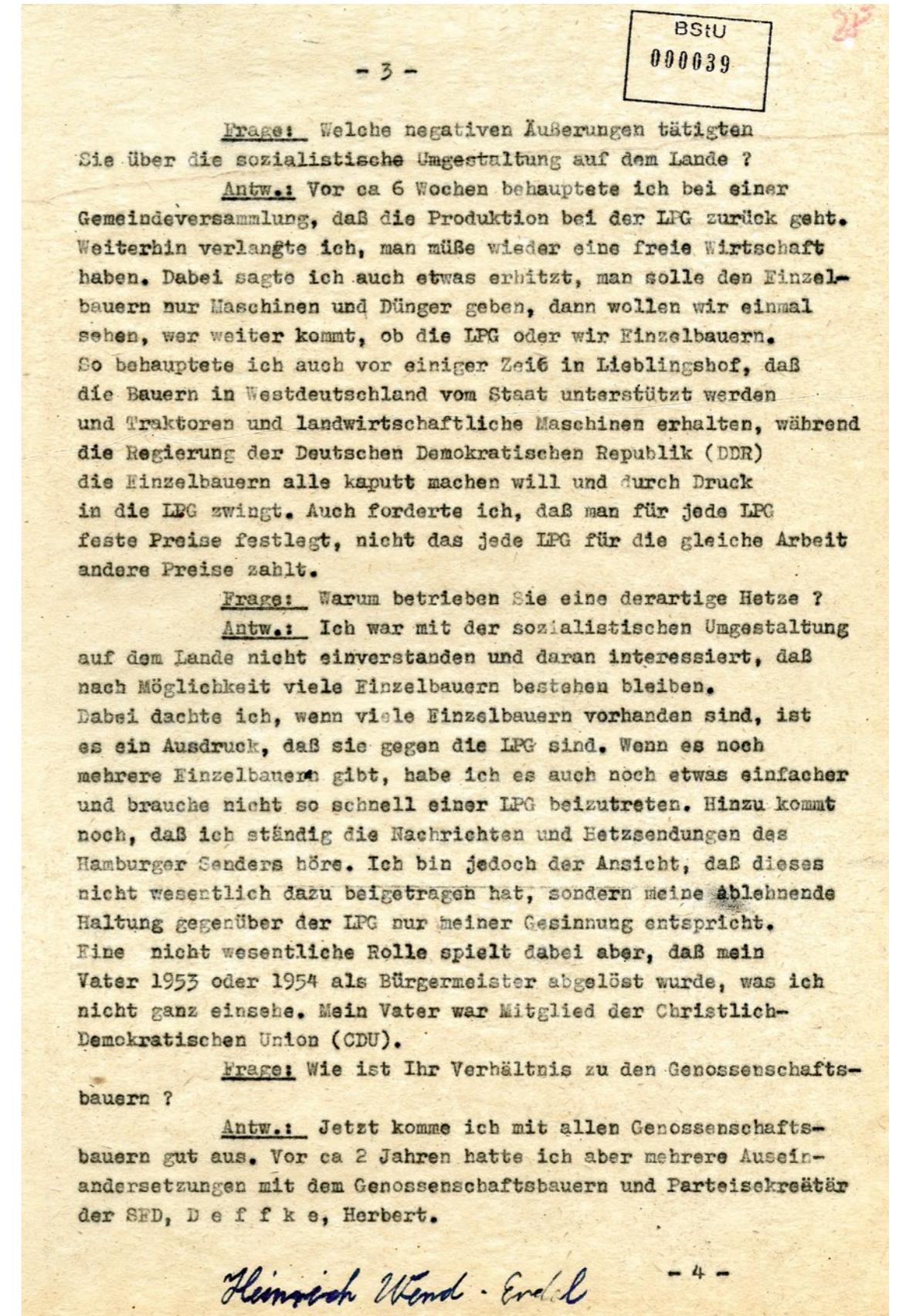
In den 1950er-Jahren gewann die SED-Kampagne zur Kollektivierung an Fahrt. Aber nur wenige der Bauern aus Liebingshof waren gewillt, sich dem Druck zu beugen und in die LPG einzutreten. 1954 setzte die SED Herbert Deffke (1919–2009), der mit der Aktion »Industriearbeiter aufs Land« in den Norden gekommen war, als neuen Bürgermeister in Liebingshof ein. Er übernahm auch die Funktion des SED-Sekretärs des Dorfes und den Vorsitz der LPG, für die er weitere Mitglieder gewinnen wollte.

Im April 1958 kam es zu einer folgenschweren öffentlichen Gemeindevertreterversammlung im Ort. Bürgermeister Deffke verlangte von den Anwesenden, eine propagandistisch gefärbte Resolution an den Bauernverband Schleswig-Holstein zu verabschieden. Darin wurde von den westdeutschen Bauern gefordert, gegen die Einrichtung von US-amerikanischen Atomwaffenstützpunkten und Raketenbasen in der Bundesrepublik und die damit zusammenhängenden möglichen Landenteignungen zu demonstrieren. Der Bauer Heinrich Wend-Erdel, damals 26 Jahre alt, setzte sich in der Diskussion stattdessen dafür ein, den Religionsunterricht an den DDR-Schulen wieder einzuführen. Er sprach auch davon, dass nur die Bauern in Westdeutschland richtige Freiheit besäßen. Die meisten Liebingshofer weigerten sich, die Resolution des Bürgermeisters zu verabschieden, viele verließen aus Protest den Saal. Daraufhin kamen Ermittlungen des MfS ins Rollen, die sich auf sieben junge Landwirte, darunter Heinrich Wend-Erdel und seine Brüder, konzentrierten.<sup>303</sup>

Heinrich Wend-Erdel bewirtschaftete seinen eigenen Hof mit 13 Hektar und dazu den Hof seiner Mutter mit 17 Hektar Land. Mit diesen 30 Hektar galt er als Großbauer und damit der SED und dem MfS als »Feind«. Die Stasi hielt Wend-Erdel für einen der einflussreichsten Landwirte des Dorfes. Er war u. a. stellvertretender Vorsitzender der »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« des Ortes und Nachfolgekandidat für die Gemeindevertretung.<sup>304</sup> Mit seinem Traktor – Landmaschinen besaßen damals nur wenige – half er vielfach auch anderen Bauern im Dorf.<sup>305</sup>

Im Februar 1959 meldete der Sekretär der MTS Sanitz, ein Ort östlich von Rostock, einen Vorfall an die Staatssicherheit. In der Nacht vom 8. Februar sei aus einer Gruppe von angetrunkenen Jugendlichen heraus eine Rede vor dem Fenster des LPG-Vorsitzenden in Liebingshof gehalten worden. Darin habe es u. a. geheißen: »Wir sind gegen den Sozialismus.«<sup>306</sup> Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Rostock-Land Bergs, der MTS-Sekretär, Bürgermeister Deffke und der ermittelnde Unterleutnant Rathsack der MfS-Kreisdienststelle besprachen gemeinsam die Lage. Bergs entschied, dass zwei der jungen Bauern aus der Gruppe verhaftet werden sollten.<sup>307</sup> Allerdings sprach der ranghöhere Leiter der Abteilung Landwirtschaft der SED-Bezirksleitung sein Veto aus. Stattdessen ordnete er an, eine »gut vorbereitete Einwohnerversammlung« in Liebingshof anzusetzen.<sup>308</sup> Dort wollte die Partei die Beschuldigten vorführen und maßregeln. Der Plan gelang jedoch nicht, da die Bauern es vorzogen, diesem und weiteren geplanten Tribunalen trotz mehrmaliger Aufforderung fernzubleiben.<sup>309</sup> Die Ermittlungen liefen jedoch weiter und die KD Rostock entwickelte einen perfiden Plan, um den jugendlichen Bauern beizukommen. So sollte die Kreisleitung der FDJ einen Abend mit politischen Sketchen und Tanzvergnügen organisieren. Das Ziel war es, »die negat[iven] jugendl[ichen] Kräfte aus der Reserve zu locken. Nach Möglichkeit sind zu dieser Veranstaltung weibl[iche] GIs [geheime Informatoren] einzusetzen, um freundschaftliche Bekanntschaften mit den negat[iven] Personen anzuknüpfen.«<sup>310</sup> Auch dies misslang.

Später verhörte die Stasi Zeugen und Beteiligte. Einer der Befragten belastete im Oktober 1959 die Bauern Heinrich Wend-Erdel und August Kuhlage (1938–1999) schwer: »Die beiden Genannten haben eine äußerst negative Einstellung zu der Entwicklung in der DDR.



> Noch am Abend der Verhaftung begann die Stasi in Rostock, Heinrich Wend-Erdel zu verhören. Das Verhör endete erst um 4.30 Uhr morgens. 10.12.1959



Immer wenn ich mit beiden zusammen war, schimpften sie auf die LPG und die Staatsordnung in der DDR.«<sup>311</sup>

Am 4. Dezember 1959 legte das MfS gegen Heinrich Wend-Erdel den OV »Echo« an. Es warf ihm vor, dass er »ständig gegen die sozialistische Entwicklung in der Landwirtschaft und gegen unseren Staat hetzt und andere Bürger zu Handlungen gegen unseren Staat verleitet.« Auch August Kuhlage wurde in diesem Vorgang registriert.<sup>312</sup> Einige Tage darauf schlug die Kreisdienststelle Rostock zu und verhaftete Heinrich Wend-Erdel beim Viehfüttern. Auch Kuhlage wollte sie inhaftieren, dieser nahm allerdings gerade an einem katholischen Katechetenseminar in Görlitz teil. Das MfS traute sich nicht, ihn dort zu verhaften.<sup>313</sup>

Währenddessen verhörte die Stasi zahlreiche Personen aus Lieblingshof, darunter auch Herbert Deffke, der mittlerweile das Dorf verlassen hatte und stellvertretender Bürgermeister von Tessin, einer Kleinstadt in der Nähe von Rostock, war. Andere Zeugen unterstützten zunächst in gewissem Umfang die belastenden Aussagen des ehemaligen Bürgermeisters gegen Heinrich Wend-Erdel.<sup>314</sup> Das Bezirksgericht Rostock erhob am 15. Februar 1960 gegen ihn Anklage wegen »Hetze«.<sup>315</sup> Unterdessen kam die Zwangskollektivierung zum Abschluss. Auch die letzten Bauern mussten den Agrargenossenschaften beitreten. Heinrich Wend-Erdel wurde noch in der Untersuchungshaft der Stasi in Rostock Mitglied der LPG »Neues Leben« Lieblingshof.

Am 17. März fand vor dem Bezirksgericht Rostock der erste Verhandlungstag gegen Wend-Erdel statt. Der Prozess lief jedoch nicht wie geplant. Die Vorsitzende Richterin musste erkennen, dass zunächst kein Zeuge – bis auf zwei SED-Mitglieder – seine belastenden Aussagen, die er in den Vernehmungen bei der Stasi gemacht hatte, wiederholen wollte. Grund war möglicherweise, dass die rund 60 Zuhörerinnen und Zuhörer des Prozesses fast alle aus Lieblingshof kamen und Heinrich Wend-Erdel unterstützten. Erst unter dem Druck der Richterin gaben einige Zeugen nach und sagten im Sinne der Staatsanwaltschaft aus.<sup>316</sup>

Drei Tage später verfasste die LPG »Neues Leben« Lieblingshof einen Brief an das Gericht, den 63 Bäuerinnen und Bauern unterschrieben. Darin schilderten die Genossenschaftsmitglieder den Hauptbelastungszeu-

gen des Gerichts Deffke als Provokateur. Sie hätten zu ihm »keinerlei Vertrauen mehr; seine Glaubwürdigkeit wird von uns in Frage gestellt.«<sup>317</sup> Auch der Vorstand der LPG solidarisierte sich schon im Vorfeld schriftlich mit Heinrich Wend-Erdel und beurteilte sein Verhalten »unserer Genossenschaft gegenüber als kameradschaftlich«. Der Vorstand führte an, dass er der LPG immer sofort geholfen habe, wenn er um Gefälligkeiten gebeten worden sei.<sup>318</sup> Ebenso stellte die freiwillige Feuerwehr des Dorfes Heinrich Wend-Erdel ein positives Zeugnis aus.<sup>319</sup>

Das Bezirksgericht setzte die Verhandlung am 24. März fort, zeigte sich aber von den Erklärungen unbeeindruckt. Daran änderte es auch nichts, dass rund 90 Personen aus Lieblingshof erschienen waren. Das Gericht verurteilte Heinrich Wend-Erdel wegen »planmäßiger Propaganda und Hetze« zu drei Jahren Zuchthaus. Seine Handlungen müssten im Lichte des »Klassenkampfes auf dem Lande beurteilt werden«, so Richterin Schmidt.<sup>320</sup>

Heinrich Wend-Erdel wurde aus der Untersuchungsanstalt der Stasi in Rostock in den Strafvollzug nach Bützow-Dreibergen verlegt. Im April 1961 und im März 1962 baten der Rat der Gemeinde Lieblingshof und die LPG »Neues Leben« um Begnadigung Heinrich Wend-Erdels.<sup>321</sup> Der Leiter der Strafvollzugsanstalt Bützow lehnte dies jedoch ab.<sup>322</sup> Erst am 10. Juli 1962 wurde Heinrich Wend-Erdel nach zwei Jahren und sieben Monaten Haft auf Bewährung entlassen.<sup>323</sup> Er kehrte als LPG-Bauer auf den Hof seiner Eltern nach Lieblingshof zurück.

August Kuhlage verdingte sich im Kreis Görlitz als Landarbeiter auf einem Kirchengut. Da die LPG-Bildung mehr oder weniger abgeschlossen war, sah die Kreisdienststelle Rostock keinen Sinn mehr darin, ihn zu verhaften. Sie vermerkte: »Rücksprachen mit der Partei ergaben ebenfalls, dass die Kreisleitung nicht mehr mit der Festnahme des Kuhlage einverstanden ist.«<sup>324</sup> Zudem ging die Stasi davon aus, dass das Urteil gegen Wend-Erdel eine abschreckende Funktion hatte und schon deshalb kein Bauer mehr aufbegehren würde.

MHe



> Observation von Besuchern des Kirchentags der Landeskirche Mecklenburgs, St. Michaelis Kirche Rostock. 12.06.1976  
BArch, MfS, BV Rostock, AS 44/76, Bd. 1, Teil I, Bl. 15

## Unter einem Dach: Die Friedensbewegung in der evangelischen Kirche

Die Kirchen nahmen in der DDR eine besondere Rolle ein: Sie waren die einzigen Großorganisationen, die sich in hohem Maße ihre Selbstständigkeit gegenüber dem Staat bewahren konnten, und sie boten den Menschen ein Sinnangebot jenseits der SED-Doktrin. In den Augen der SED stellte vor allem die evangelische Kirche eine stete Bedrohung dar. Die Staatssicherheit überzog die kirchlichen Einrichtungen und ihre Repräsentanten mit umfassenden Maßnahmen zur Überwachung, Kontrolle und »Bearbeitung«. Diese Repressionen verschärfte die Stasi seit den 1980er-Jahren noch weiter. Damals wurden die kirchlichen Gemeindehäuser immer mehr zu einem Zentrum für die Forderungen nach politischen Veränderungen, gesellschaftlichem

Aufbruch, nach Bewahrung der Umwelt und einem Leben in Frieden. Die Kirchen boten einen geschützten Raum, in dem sich Bürger und Bürgerinnen trafen, um über Menschenrechte, Wehrdienst(verweigerung) und Ökologie zu diskutieren und sich über Zukunftsperspektiven auszutauschen.<sup>325</sup> An vielen Orten bildeten sich Gesprächs- und Aktionskreise; die Friedens- und Umweltbewegung der DDR entstand. Sie entwickelte sich unter dem Dach der Kirche und oftmals in direkter Zusammenarbeit mit ihr zur Hauptantriebskraft der Bürgerrechtsbewegung.

Doch nicht nur die Friedensbewegung innerhalb der Kirchen, sondern auch die Kirche selbst stand im Visier der Stasi. Die Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden dies- und jenseits der innerdeutschen Grenze wertete die Stasi als »gegnerische Kontaktpolitik«. Sie sah mit Argwohn, dass den Menschen auf



privater Ebene eine konkrete Austauschmöglichkeit über »kritische« Themen geboten wurde, die sie nur schwer und mit großem Aufwand überwachen konnte.

Die SED, die sich selbst als Bewahrerin von Frieden, Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt verstand, fühlte sich von den oppositionellen Gruppen herausgefordert und befürchtete eine Untergrabung ihres Machtmonopols. Sie schätzte die Friedensgruppen als gefährlich ein, da diese sich mit innenpolitischen Themen auseinandersetzten und ihre Positionen sich von der staatlichen Friedensbewegung unterschieden.<sup>326</sup> Die Stasi sollte die Arbeit dieser Gruppen deshalb beschränken, sie auflösen oder die Selbstauflösung initiieren.

Im Norden spielte bei der Koordinierung der kirchlichen Friedensbewegung der »Kessiner Friedenskreis« eine wichtige Rolle. Er setzte sich mit Fragen der Sicherheitspolitik und des Wehrdienstes auseinander und stellte den DDR-weiten Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der Teilnehmer in den Mittelpunkt. 1980 gegründet geriet der Kreis vor allem durch die Zusammenarbeit des Kessiner Pastors Diether Nath, des Rostocker Studentenpastors Christoph Kleemann sowie des ehemaligen Güstrower Pastors Heiko Lietz (Jg. 1943) – der auf eigenen Wunsch den kirchlichen Dienst verlassen hatte – ins Visier der Stasi.<sup>327</sup> Sie konnte mit IM »Heinz«, damals Küster am Güstrower Dom, die Gruppe unterwandern und an Informationen aus erster Hand gelangen.<sup>328</sup> Zudem gelang es »Heinz«, interne Unstimmigkeiten der Mitglieder um die Ausrichtung des Kreises zu verstärken, sodass dieser sich 1985 auflöste. Viele Mitglieder engagierten sich aber weiterhin in der Friedensbewegung.

Doch die Kirchen boten nicht nur einen gesellschaftlichen Freiraum, sodass die unerwünschte Meinungsvielfalt in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, auch eigene Aktivitäten führten zu Konflikten mit dem SED-Regime. Besonderes Aufsehen erregte 1980 die Losung der kirchlichen Friedensdekade »Schwerter zu Pflugscharen«, die sich gegen das atomare Wettüben richtete. Der Aufnäher mit diesem Bibelzitat entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit bei Christen und Nicht-Christen in ganz Deutschland zu einem Erkennungszeichen für pazifistische Überzeugung.<sup>329</sup> Die Stasi sah darin ein Statement gegen die staatliche »Friedensbewegung«. So fiel auch ein Lehrling aus Baumgarten, der als Mitglied der FDJ-Delegation

Bützow 1984 am nationalen Jugendfestival in Ost-Berlin teilnahm und den Aufnäher auf einer Tasche trug, der Stasi auf. Trotz mehrerer »Aussprachen«, die der 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Bützow im Anschluss an das Festival mit ihm führte, hielt er an seiner pazifistischen Grundeinstellung fest. Schließlich erfasste das MfS ihn in der zentralen Personenkartei und setzte für den Rest seiner Ausbildungszeit die inoffizielle Mitarbeiterin »Barbara« auf ihn an, um ihn zu überwachen.<sup>330</sup>

Innerhalb der kirchlichen Friedensbewegung stellte auch der Umweltschutz ein zentrales Anliegen dar. Viele suchten nach regionalen Lösungsstrategien für globale Herausforderungen und sie wollten der DDR-Führung, die Probleme vor allem verschwiegen oder vertuschte, aktiv entgegenzutreten. Ins Visier der Stasi gerieten in Schwerin die Jugendlichen Jörn Mothes, Nikolaus Voss und Olaf Nassner aus der »Evangelischen Schülerarbeit«. Sie hatten eine »Baumpflanzaktion« initiiert, die bald in vielen DDR-Regionen übernommen wurde.<sup>331</sup> Durch die Pflanzung neuer Bäume setzten sie ein Zeichen für einen umfassenden Umweltschutz und verliehen gleichzeitig ihrem Protest gegenüber der staatlichen Umweltpolitik Ausdruck.<sup>332</sup>

---

**Die BV Rostock schrieb über Christoph Bohmann: »Das Winterseminar wurde dann auch so durchgeführt, dass es zu keinen Aktionen gegen die Interessen der DDR kam.«<sup>333</sup>**

---

Allerdings existierten auch innerhalb der Umweltbewegung unterschiedliche Überzeugungen, wie der Umweltschutz umgesetzt werden sollte. Die Stasi bespitzelte Christoph Bohmann (Jg. 1961) in der OPK »Baum« seit 1984 aufgrund seines ökologischen Engagements.<sup>334</sup> Er veranstaltete im kirchlichen Raum regelmäßig »Winterseminare«, in denen Fragen des Umweltschutzes diskutiert wurden. Mit der Überwachung verfolgte die Stasi das Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der »Winterseminare« zu identifizieren und öffentlichkeitswirksame Aktionen und einen festen Zusammenschluss zu verhindern.



> Baumpflanzaktion in Rostock-Lichtenhagen. 1980  
Privatarchiv: Thomas Helms

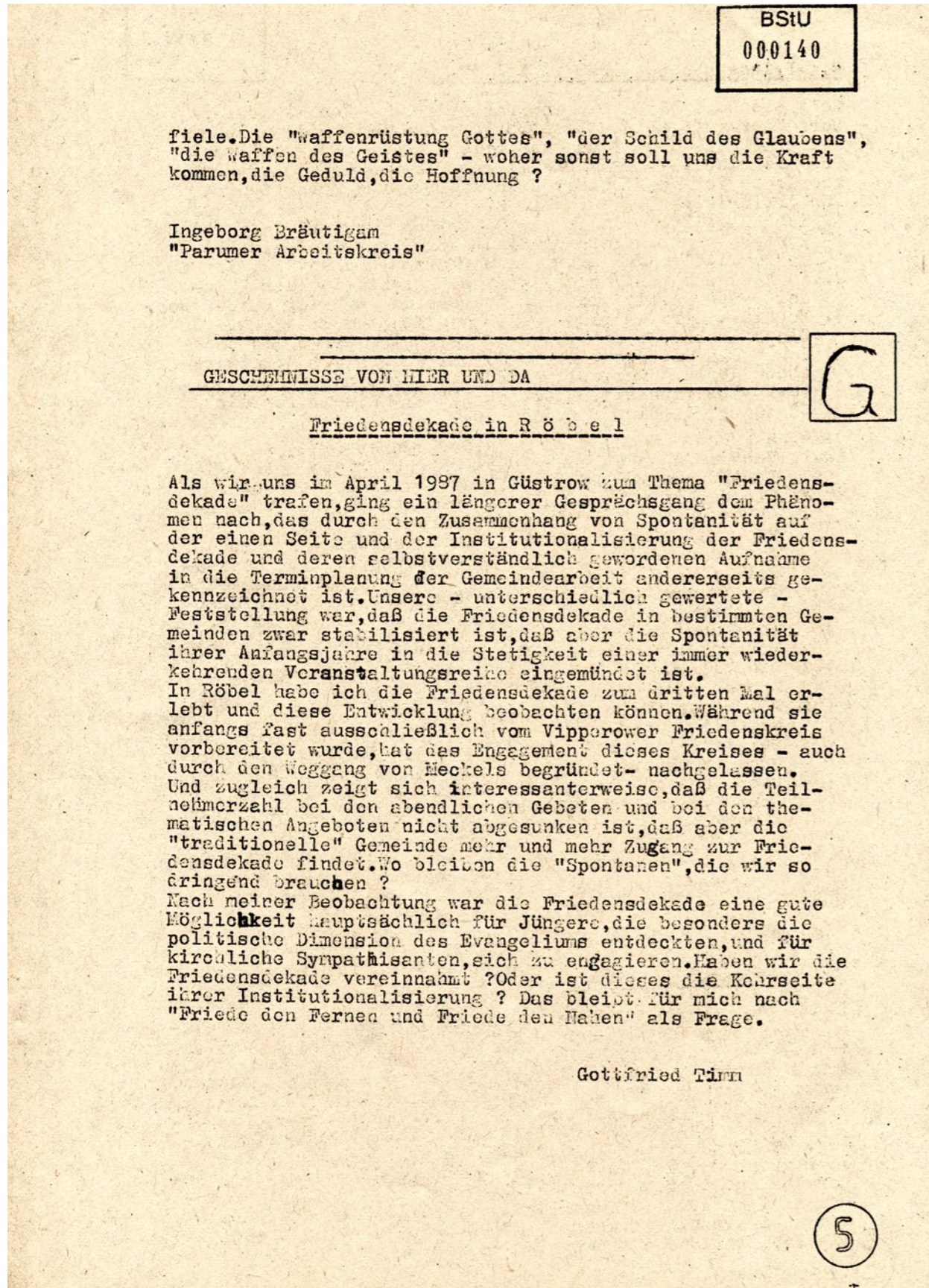
Bohmann versprach sich von der Kooperation mit staatlichen Stellen einen wirksameren Umweltschutz. Seiner Überzeugung nach hatte sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in den Jahren zuvor positiv entwickelt und sollte nicht belastet werden. In der oppositionellen Bewegung war dieser Standpunkt umstritten und für viele inakzeptabel.

Die Kirche genoss auch bei vielen Menschen, die keine Verbindung zu ihr hatten, durch das Engagement, das sie ermöglichte, hohes Ansehen. Für die einzelnen Gemeinden vor Ort war dies jedoch auch mit Herausforderungen, Unruhe und Gefahren verbunden. Außerdem wurde in zahlreichen Kirchengemeinden darüber diskutiert und gestritten, was an den einzelnen

Gruppen eigentlich der religiöse Aspekt sei und ob ein Abschlussgottesdienst oder eine Andacht genügte, um ein Treffen zu einer kirchlichen Veranstaltung zu machen.<sup>335</sup>

Auch in dem kleinen Dorf Vipperow an der Mecklenburgischen Seenplatte unweit der Stadt Röbel engagierten sich die Menschen für die Friedensbewegung. Auf Initiative des Pfarrers Markus Meckel (Jg. 1952) gründete sich 1982 der »Vipperower Friedenskreis«. Hier diskutierten Christen und Nicht-Christen über aktuelle Themen wie Umweltschutz, Abrüstung und die Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung.<sup>336</sup> Auch Karin Teichert (Jg. 1958) gehörte zu den Teil-





nehmerinnen. Sie war im Spätsommer 1982 aus Berlin in den Kreis Röbel gekommen, um als Tierärztin zu arbeiten. Ihre Teilnahme am Friedenskreis, ihre pazifistische Einstellung sowie ihre Mitarbeit im Berliner Arbeitskreis »Frauen für den Frieden«, dem auch Bärbel Bohley, Ulrike Poppe und Katja Havemann angehörten, waren der Stasi ein Dorn im Auge. Zudem sprach sich Karin Teichert 1983 gegen das neu erlassene Wehrdienstgesetz aus, weil es den Wehrdienst zu einem wichtigen Bestandteil der Erziehung und Ausbildung erhob und Frauen bei einer Mobilmachung ebenfalls zur Armee einberufen werden konnten. Zusammen mit anderen Frauen aus der Region verfasste sie Protestbriefe gegen das Gesetz und schickte sie an das Wehrbezirkskommando Neubrandenburg. Die Stasi wurde auf diese Briefe aufmerksam.

Seit dem 14. Januar 1984 bespitzelte die BV Neubrandenburg Teichert in der OPK »Viper«. <sup>337</sup> Die Stasi wollte herausfinden, welche Rolle Karin Teichert im Friedenskreis hatte, und sie veranlassen, ihre Mitarbeit im Friedenskreis aufzugeben und den Bezirk Neubrandenburg zu verlassen. Auch ihr Mann, der als Künstler arbeitete und sich im Friedenskreis Pankow engagierte, wurde überwacht. Das MfS war davon überzeugt, dass er einen negativen Einfluss auf seine Frau ausübte und ihre kritische Einstellung gegenüber dem Staat fördere.

Karin Teichert wurde in den kommenden Monaten immer wieder zu disziplinierenden Gesprächen, in welchen ihr die Unvereinbarkeit von ihrem Engagement im Friedenskreis mit ihrer Arbeit als Tierärztin deutlich gemacht werden sollte, zum Ratsvorsitzenden des Kreises Röbel einbestellt. Der Leiter der KD Röbel (S. 150) gab dem Ratsvorsitzenden zuvor genaue Instruktionen, wie er das Gespräch mit der Tierärztin im Sinne der Stasi zu führen hatte. Da es nicht gelang, Karin Teichert von ihrer Überzeugung abzubringen, veranlasste die KD, dass ihr zusätzliche berufliche Aufgaben zugewiesen wurden. So sollte ihr die Teilnahme am »Vipperower Friedenskreis« erschwert werden. Gleichzeitig legte es das MfS darauf an, Karin Teichert zu diskreditieren: Aufgrund des erhöhten Arbeitsdrucks sollten ihr Fehler unterlaufen. Doch auch hier fand die Stasi keinen Angriffspunkt. Karin Teichert wurde für ihre gute Arbeit als Tierärztin geschätzt und trotz intensiver Bemühungen konnte die Stasi keinen Kollegen finden, der sich negativ über sie äußerte.

Dennoch setzte die Stasi ihre Maßnahmen fort. Ab Mitte Mai 1984 fertigte das MfS monatlich Berichte über Karin Teichert an. Ihre Post wurde überwacht und kontrolliert, Telefongespräche abgehört, <sup>338</sup> die Wohnung bespitzelt und konspirativ durchsucht sowie zwei inoffizielle Mitarbeiter auf sie angesetzt.

Karin Teichert und ihr Ehemann ließen sich Ende 1984 scheiden. Die Stasi nutzte die Trennung und die neue Liebe, die Karin Teichert fand, um ihr Ansehen zu schädigen. Als ihr neuer Freund im Juni 1985 auf einer Weiterbildung unerlaubt in ihrem Zimmer übernachtete, gelang es der Stasi, sie im Kollegenkreis in Verruf zu bringen. In den folgenden Monaten erhöhte das MfS den Druck und erließ zusätzlich eine Ausreisesperre für die Tschechoslowakei, um eine Teilnahme Teicherts an einem dortigen Treffen des Kreises »Frauen für den Frieden« zu verhindern.

Letzten Endes ging der Plan der Stasi auf. Am 10. Oktober 1986 vermerkte die BV Neubrandenburg in ihrem Abschlussbericht, dass der »langfristig organisierte erzieherische Einfluss über den Arbeitsbereich auf die T. letztendlich bei ihr zu Resignationserscheinungen« geführt habe und sie »in zunehmendem Maße keine Rolle mehr in der Friedensszene im Verantwortungsbereich« <sup>339</sup> spiele.

KSo



Bitte ausschneiden — gilt ständig —

Neueröffnung eines Aufkaufgeschäftes



in Perleberg  
ANTIKHANDEL  
PIRNA

kauft ständig bei fachgerechter Bewertung und sofortiger Barzahlung

Barockmöbel — Empiremöbel — Biedermeiermöbel

Einzelstücke und ganze Salons, antike Beleuchtungskörper, Markenporzellane signierte Bronzen

Gemälde, Landschaften, Tierbilder, Interieurszenen, Porträts

Atlanten und Landkarten, Städteansichten vor 1920 sowie Tierstiche bis 1820, möglichst farbig

alte Teppiche und Orientbrücken

**Uhren jeder Art**

Taschen-, Tisch-, Wand- und Standuhren

Mobiliar bis um 1920

Schreibsekretäre, Schreibpulte, Rollpulte, Vertikos, Kommoden

Nähtische, Stühle und Sessel

furnierte Kleiderschränke, Dielen- und Vitrinenschränke sowie reich geschnitztes Mobiliar

Kleinkunst aller Stilepochen

Fajencen, Keramiken und Steinzeug — Krüge und Kannen

**silberne** und **Zinngegenstände** (Dosen, Kannen und Leuchter)

Gläser, Kristalle, Porzellane (Gruppen, Figuren und auch Einzelteile)

alte Puppen, Gelenkgliederpuppen, Lederbälge, Nacktfrösche

altes Blechspielzeug: Schiffe, Eisenbahnen, Autos und Tiere

mechanische Musikinstrumente

Dreh- und Karussellorgeln, Leierkästen und Orchestrions, Schrank- und Tischspieldosen

nichtmechanische Musikinstrumente

Geigen, Zittern, Blasinstrumente, Klaviere und Flügel

Unser Ankaufgeschäft hat für Sie geöffnet:

Dienstag:	9 bis 18 Uhr
Freitag:	9 bis 18 Uhr
Sonnabend:	9 bis 12 Uhr

Bitte Besuchen Sie uns.

**VEB (K) Antikhandel**  
**2910 Perleberg**  
**Ludwigsluster Straße 69** 09.02.82

## »Absolut ehrlich« – die Stasi, IM »Erich« und der Kunsthandel

Am 29. April 1986 notierte Hauptmann Zeh, Abteilung VII der BV Schwerin (S. 149), es bestehe »völlige Übereinstimmung« darüber, dass Georg Kühler »ein potenzieller Unsicherheitsfaktor« sei und die Sicherheitsorgane »die Beweislage zum Verdächtigen und dessen Handlungen zu verdichten« hätten.<sup>340</sup> Zu diesem Zeitpunkt stand der erwähnte Kühler bereits seit mehreren Jahren unter intensiver Überwachung durch Stasi und Kriminalpolizei.

Dabei hatte das Verhältnis zwischen Georg Kühler und dem Sicherheitsapparat der DDR einmal ganz anders ausgesehen. Am 25. November 1963 verpflichtete sich Kühler schriftlich als inoffizieller Mitarbeiter des Volkspolizeikreisamts (VPKA) Perleberg, Abteilung Kriminalpolizei. Sein Deckname lautete »Erich«. Mitte der 1960er-Jahre wurde »Erich« von der MfS-Kreisdienststelle Perleberg (S. 153) als IM übernommen und in der Folgezeit von verschiedenen Dienststellen des MfS eingesetzt. So arbeitete er für die Abteilung II der BV Magdeburg und die Berliner Hauptabteilungen I, II und VII.<sup>341</sup>

*»auf Grund seiner  
operativ interessanten Kontakte  
von besonderer Bedeutung«<sup>342</sup>*

Die Beurteilungen seiner IM-Tätigkeit zeigen eine schillernde Bandbreite. »Absolut ehrlich«, hieß es in einer Beurteilung der Kriminalpolizei aus dem Jahr 1966.<sup>343</sup> Georg Kühler erschien »pünktlich und gut vorbereitet zu den Treffs«, verfügte über viele Kontakte und zeigte sich sehr aktiv – allerdings mit einer Tendenz zur Überheblichkeit: »kleinere Aufgaben reizen ihn nicht.«<sup>344</sup> Die Stasi bescheinigte ihm rückblickend, eine »wertvolle inoffizielle Kraft« gewesen zu sein. Sie verwies auf die »operativ interessanten Kontakte« des IM, bekräftigte, der IM habe seine Aufträge »gut erledigt, und hob lobend hervor, dass »Erich« über »umfangreiche und nützliche Kenntnisse« verfüge und zutreffende Hinweise »zu Spekulantenkreisen« gebe.<sup>345</sup>

Allein die Perleberger Dienststelle des MfS äußerte sich weniger enthusiastisch. Sie warf »Erich« bereits 1971 Unehrlichkeit, Misstrauen gegenüber »unserem Organ« und Verwicklung in Straftaten vor. Mindestens zweimal setzte sie die Zusammenarbeit mit ihm aus.<sup>346</sup>

Wer war dieser Georg Kühler? Kühler, 1935 in Rumänien geboren, Kindheit im deutsch besetzten Polen, Schule und Ausbildung in Thüringen, ließ sich 1961 in Perleberg als selbstständiger Handwerker nieder. Um 1970 geriet Kühler in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Sein Betrieb brachte wenig Ertrag, der Aufbau einer Wachtelzucht erwies sich als Fehlschlag und so verlegte sich Kühler, um seinen aufwendigen Lebensstil zu finanzieren, auf An- und Verkaufsgeschäfte, Geldverleih und ähnliche Aktivitäten.<sup>347</sup> Verschiedentlich stand er im Zentrum polizeilicher Ermittlungsverfahren, 1971 wurde er wegen mehrfachen Betrugs und Verletzung der Preisbestimmungen zu einer Geldstrafe verurteilt.<sup>348</sup> 1978 verkaufte er seinen Handwerksbetrieb, ging zeitweilig keiner Arbeit nach, bis er schließlich 1980 in Perleberg ein sogenanntes Aufkaufgeschäft für Antiquitäten, Schmuck und alte Gebrauchsgüter einrichtete.<sup>349</sup> Dabei handelte es sich um eine Zweigstelle des VEB Antikhandel Pirna, eines Unternehmens, das zu dem undurchsichtigen Firmengeflecht der »Kommerziellen Koordinierung« (KoKo) gehörte.<sup>350</sup>

Die KoKo, 1966 auf Verfügung des Ministerrats gegründet, war offiziell Teil des DDR-Ministeriums für Außenhandel. Tatsächlich aber war sie auf das Engste mit dem Ministerium für Staatssicherheit verzahnt. Ihr Leiter war hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter: der OibE Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015). Auch in anderen relevanten Positionen der KoKo waren OibE platziert.<sup>351</sup> Für die Sicherung und Überwachung der KoKo-Aktivitäten war auf MfS-Seite zunächst die HA XVIII zuständig, ab September 1983 übernahm die neu geschaffene, beim Stellvertreter des Ministers angesiedelte Arbeitsgruppe »Bereich Kommerzielle Koordinierung« diese Aufgaben.

Die KoKo umfasste über 150 Betriebe und Handelsgesellschaften mit rund 3 000 Beschäftigten. Sinn und Zweck ihrer Existenz waren die legale oder illegale Beschaffung von Devisen für die chronisch marode DDR-Wirtschaft und die Beschaffung von Embargowaren. Selbst zur Warenspekulation auf dem

> Werbeanzeige anlässlich der Neueröffnung der Perleberger Zweigstelle des VEB Antikhandel Pirna. 9.2.1982  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 942/86, Bd. 3, Bl. 128





> Ein Barkas-Transporter des VEB Antikhandel Pirna vor der Zweigstelle Perleberg. 15.10.1982  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 942/86, Bd. 3, Bl. 82

Weltmarkt war die KoKo ermächtigt. Eine dauerhaft ergiebige Einnahmequelle schuf sie über die Inter-shop GmbH mit ihren Devisenläden. Auch in den Häftlingsfreikauf war sie involviert und verhalf dem SED-Regime zu außerordentlichen Geldeinnahmen: Waren und Rohstoffe im Wert von rund 3,4 Milliarden D-Mark zahlte die Bundesrepublik zwischen 1963 und 1989 für den Freikauf von über 33 000 Gefangenen aus der DDR. Zum Repertoire der KoKo gehörte auch der Handel mit Sondermüll: Auf der 1979 geschaffenen Sonderdeponie Schönberg bei Grevesmühlen wurde Müll aus dem Westen gelagert. Die Einfuhr des teils hochtoxischen Abfalls organisierte die KoKo-Handelsgesellschaft Intrac. Der Erlös für den SED-Staat belief sich auf 12,5 Milliarden D-Mark; die Folgen für Umwelt und Menschen fanden keine Beachtung oder wurden in Kauf genommen. Die 1981 gegründete Firma Imes wiederum erledigte für die KoKo Waffengeschäfte.<sup>352</sup>

Und nicht zuletzt war die KoKo im Kunst- und Antiquitätenhandel aktiv. Die 1973 im KoKo-Bereich gegründete Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA), zu der

auch der VEB Antikhandel Pirna gehörte, verschaffte dem SED-Staat durch den Verkauf von Kunstobjekten Westgeld. Dabei verstieß sie in zahlreichen Fällen gegen geltendes DDR-Recht, exportierte sie doch auch Gegenstände, die als Kulturgut kategorisiert waren. Zur Vertuschung wurden wertvolle Stücke daher oftmals als »Gebrauchsgüter« deklariert. Die Geschäfte wurden noch fragwürdiger, weil die Kunstwerke und Antiquitäten teils durch Erpressung, Kriminalisierung der Eigentümer und andere Machenschaften in die Hand des KoKo-Betriebs gelangten – ein Ergebnis der engen Zusammenarbeit zwischen KuA, Finanzbehörden, Justiz und Stasi.

Der Einstieg in den VEB Antikhandel Pirna eröffnete Kühler ein komfortables Leben. Seine kontaktfreudige Art, seine von wenig Skrupel geprägten geschäftlichen Ambitionen und seine weit verzweigten Verbindungen bis in das »Operationsgebiet«, den Westen, konnte er nun sehr gewinnbringend einsetzen. Und manch einer bei der Staatssicherheit hoffte, von den Insider-

kennnissen des IM zu profitieren, und ignorierte seine illegalen Geschäftspraktiken.<sup>353</sup>

Erst als die Verdachtsmomente gegen »Erich« unübersehbar wurden, änderte das MfS im Sommer 1982 seinen Kurs und beendete die Zusammenarbeit.<sup>354</sup> Das, was Georg Kühler in den Augen des MfS ursprünglich für seine Spitzeltätigkeit ausgezeichnet hatte – seine Kontakte und seine Umtriebigkeit –, reichte nicht mehr aus, seine Rechtsverstöße auszugleichen. Er war zu einem schwer kalkulierbaren und nicht länger hinnehmbaren Risikofaktor geworden.<sup>355</sup>

Im März 1983 eröffnete die Stasi den OV »Perle« gegen Georg Kühler, entwarf einen umfangreichen Operativplan zur »Erarbeitung von Verdachtshinweisen«, legte detailliert den Einsatz mehrerer inoffizieller Mitarbeiter fest und regelte die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen.<sup>356</sup> Verwandte, Bekannte, Parteifreunde und Geschäftspartner des ehemaligen IM wurden eingehenden Befragungen unterzogen, auch Georg Kühler selbst wurde zur Vernehmung einbestellt.<sup>357</sup>

Einfach machte Kühler es seinen Verfolgern nicht. Er kannte die Methoden der Sicherheitskräfte, er wusste, wie sie vorgingen, und er achtete sorgsam darauf, möglichst keine verwertbaren Spuren zu hinterlassen.<sup>358</sup> So lagerte er nach Aussage eines Zeugen Kunstgegenstände, Antiquitäten und Bargeld außerhalb, »damit dies bei einer evtl. Hausdurchsuchung nicht gefunden wird«.<sup>359</sup> Eine konspirative Wohnungsdurchsuchung am Abend des 5. April 1984 verlief denn auch weitgehend ergebnislos. Zwar entdeckten die Stasi-Mitarbeiter bei der »Grobsichtung« des Kühlerschen Bungalows im »Barraum« einen Safe, konnten ihn allerdings trotz Rücksprache mit Fachleuten des Ministeriums nicht öffnen: Es handelte sich um ein altes Modell, dessen Typenbezeichnung unbekannt und der nur mit Originalschlüssel zu öffnen war.<sup>360</sup>

Gleichwohl: Die aus IM-Berichten und Vernehmungen zusammengetragenen Aussagen und Hinweise ergaben ein klares Bild. In ihrem Bericht vom 5. Juni 1986 hielt die Abteilung VII der BV Schwerin fest: Georg Kühler sei »dringend verdächtig«, »sich [...] strafrechtlich verantwortlich gemacht zu haben.«<sup>361</sup> Als Straftatbestände nannte sie mehrfachen Betrug und Verstoß gegen das Zoll- und Edelmetallgesetz der DDR. Zur »Einleitung strafrechtlicher und strafprozessualer Maßnahmen«, so

hieß es weiter, übergebe man das Beweismaterial an die Abteilung IX »zur Einschätzung«.<sup>362</sup> Diese kam drei Monate später jedoch zu dem Schluss, »dass der derzeitige Bearbeitungsstand des OV keine sofortige strafrechtliche Sanktion ermöglicht«.<sup>363</sup>

Tatsächlich wurde die Bearbeitung des Falls daraufhin beendet.<sup>364</sup> In ihrem Einstellungsbericht vom 1. September 1986 berief sich die Abteilung VII der BV Schwerin auf die Darlegung ihrer Kollegen der Abteilung IX und konstatierte, dass »die erarbeiteten operativen Verdachtsmomente gegenwärtig nicht offiziell ausgewertet werden« können.<sup>365</sup> Denn: »Ausgehend von der gegenwärtigen konkreten Situation im VEB (K) Antikhandel Pirna ist die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zur Zeit nicht möglich.« Stattdessen empfahl die Staatssicherheit, der VEB solle Kühler entlassen. So könne man »weiteren Manipulationen des K.«, wie die Stasi seine Betrugsgeschäfte umschrieb, vorbeugen.<sup>366</sup>

Lange Zeit hatte die Staatssicherheit über Kühlers Delikte hinweggesehen, zu groß war sein Wert als Informationsquelle. Selbst als die Beweiskette für Kühlers Vergehen geschlossen war, sah die Stasi von rechtlichen Schritten ab. Sie beschloss lediglich, Kühler kaltstellen zu lassen – seine Rechtsverstöße aber blieben ungeahndet. Offenkundig wollte die Staatssicherheit jegliches Aufsehen vermeiden: Die Geschäfte des VEB – und damit die Beschaffung der dringend benötigten Devisen – sollten möglichst geräuschlos weitergehen, ihre Fragwürdigkeit nicht ans Licht kommen.

GCa



## Die Operative Personenkontrolle »Erbe« – das MfS im Sportclub Traktor Schwerin

Im Sommer 1987 suchte Wolfgang Hecht, der Leichtathletiktrainer des Sportclubs (SC) Traktor Schwerin, die Familie Joraschkewitz auf. Aus heiterem Himmel eröffnete er den völlig überraschten Eltern, dass ihr Sohn Ulf (Jg. 1970) den Club und die angeschlossene Kinder- und Jugendsportschule (KJS) verlassen müsse.<sup>367</sup> Ulf Joraschkewitz war einer der besten Sprinter seiner Altersklasse, internationale Starts standen bevor. Was war geschehen? Und was hatte die Staatssicherheit damit zu tun?

Im Januar 1987 hatte der hauptamtliche Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung Schwerin Dirk Mau (Jg. 1963) gegen Ulf Joraschkewitz eine OPK mit dem Decknamen »Erbe« eröffnet. Mau war in dem für den Bereich Sport zuständigen Referat 3 der Abteilung XX der Bezirksverwaltung (S. 149) tätig<sup>368</sup> und bis 1983 selbst als Leichtathlet an der KJS in Schwerin aktiv gewesen. Mau unterstellte dem Nachwuchssprinter Joraschkewitz, dass sich die engen Kontakte seiner Eltern zu Verwandten in der Bundesrepublik negativ auf seine Einstellung zur DDR auswirken würden. Mau drückte das so aus: »Inoffiziell wurde bekannt, dass durch die Intensität der Ein- und Ausreisen bei den Eheleuten Joraschkewitz eine Verherrlichung der westlichen Lebenskultur eingetreten ist, die sich insbesondere beim Kandidaten [Ulf Joraschkewitz] in einer starken materiellen Empfänglichkeit und Interessiertheit für Güter aus dem westlichen Ausland widerspiegelt.«<sup>369</sup> Gemeint waren hier vor allem zahlreiche Besuche westdeutscher Verwandter in Schwerin. Joraschkewitz würde zudem an der KJS »eine Art Showbusiness aufführen« und westliche Poster, Anstecker und Kassetten verschenken.<sup>370</sup>



> Wimpel des SC Traktor Schwerin mit Clubblem und Abbildung der vier Kernsportarten. Nach 1980  
Privatarchiv: Peter Boeger

Des Weiteren hielt Mau fest, dass der Leistungssportler von einer westdeutschen Verwandten demnächst eine größere Erbschaft erwarte, und leitete daraus den OPK-Decknamen »Erbe« ab. Das sollte sich später als Fehlinformation erweisen. Die Angaben zur Familie Joraschkewitz hatte sich der MfS-Offizier von inoffiziellen Quellen, darunter »Krauser« und »Burkhardt«, beschafft. Ersterer war der Leiter, Letzterer Mitarbeiter des Internats der KJS. Um an weitere Informationen über den jungen Sportler zu gelangen, setzte Mau auch die IM »Bodo Schulz«, »Peter Beier«, »Peter«, »Paul«

und »Gerhardt«, allesamt Leichtathletiktrainer, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Clubs für allseitige Ausbildung, Kaderleiter Walter Gelßinnus alias »Georg«, auf ihn an.<sup>371</sup>

Als besonders eifrige Spitzel taten sich »Krauser« und »Burkhardt« hervor. Im Frühjahr 1987 berichteten sie ihrem Führungsoffizier, dass sich an der KJS um Ulf Joraschkewitz ein Freundeskreis von mehreren jungen Athleten gebildet habe. Sie würden gemeinsam in Gaststätten gehen, dem Alkohol und Nikotin zusprechen, westliche Radio- und Fernsehsender empfangen sowie abends die vorgegebenen Zeiten des Zapfenstreichs überziehen. Das entspreche nicht dem Verhalten von Leistungssportlern und wirke sich negativ auf die sportlichen Resultate aus.<sup>372</sup> Daraufhin beschloss der MfS-Mitarbeiter Dirk Mau bereits kurze Zeit später mit Rückendeckung seines Referatsleiters Sigmund Büttner und des Abteilungsleiters Willy Röbbke, Ulf Joraschkewitz aus dem Club und der KJS zu entfernen. Mau erklärte die Entscheidung folgendermaßen: »Begründet durch seine besondere Stellung und Ausstrahlungskraft, die auf einem westlich-dekadenten Auftreten basieren, wurde J., Ulf beispielgebend für andere Athleten mit gleichgelagerten Positionen und Anschauungen, wodurch sich der Kreis der Problemkader ständig erhöht. Es wurde festgestellt, dass J. mit seinem Verhalten

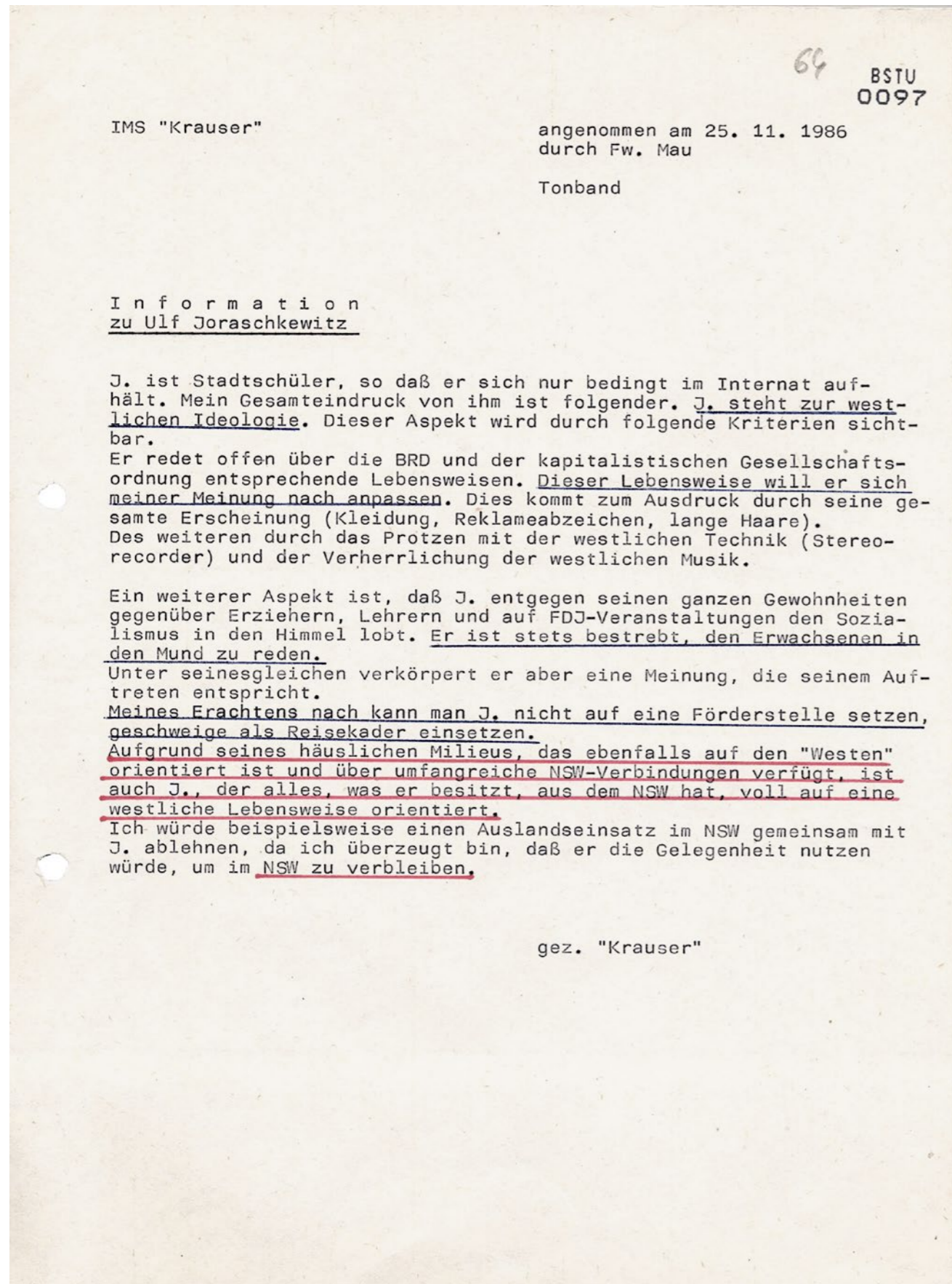
eine westliche Lebensweise öffentlichkeitswirksam propagiert und somit dem Erziehungsprozess an der KJS einen politisch-ideologischen Schaden zufügt.«<sup>373</sup>

Die Mitarbeiter der Bezirksverwaltung wollten jedoch geheim halten, dass die Staatssicherheit hinter der Relegation stand und aus welchem Grund der Nachwuchssportler ausgeschlossen werden sollte. Deshalb schickte Dirk Mau im Sommer 1987 den Trainer von Joraschkewitz Wolfgang Hecht, der gleichzeitig sein IM »Peter Beier« war, zu der Familie. Im Auftrag des MfS verschleierte er den wahren Grund der Entlassung, indem er vorgab, Sohn Ulf müsse aufgrund einer nicht leistungssportgemäßen Lebensweise aus dem Club und der KJS ausscheiden. Damit waren sicherlich die Gaststättenbesuche sowie der Alkohol- und Nikotingenuss gemeint. Über diesen vorgeschobenen Grund kam es in dem Gespräch mit der Familie zur Auseinandersetzung, in der Hecht schließlich einräumte, dass die Relegation aus kaderpolitischen Gründen erfolgte.<sup>374</sup> Nach 1989 erfuhr Joraschkewitz von seinem damaligen Trainer Hecht, dass das MfS für sein Ausscheiden zunächst sogar einen noch perfideren Plan hatte. »Peter Beier« sollte in menschenverachtender Weise Maßnahmen im Training einleiten, die zu schlechteren Leistungen des Sprinters führen sollten (»Kaputttrainieren«). Dann hätte das MfS »sportliche Gründe« für den Rauswurf



> Ulf Joraschkewitz (3. v. r.) bei seiner Jugendweihe mit westlicher Kleidung (Gürtel, Lederhose, Turnschuhe) mit den drei Streifen«. Um 1985  
Privatarchiv: Ulf Joraschkewitz





> Der Spitzel IM »Krauser« über Joraschkewitz (Unterstreichungen von Mau bzw. vom MfS). 25.11.1986  
BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 861/87, Bl. 97

vorschieben können. Hecht hatte jedoch den Anstand, sich diesem Ansinnen zu verweigern.<sup>375</sup>

Die Schilderung des Ablaufs durch den Trainer ist glaubhaft. Zum einen hatte MfS-Offizier Mau Wolfgang Hecht in vermutlich einem ähnlichen Fall ebenfalls angewiesen, die Leistung eines jungen Sprinters zu manipulieren.<sup>376</sup> Zum anderen erklärt sich die Ablehnung von Trainer Hecht, bei Joraschkewitz so zu verfahren, mit seinem sehr engen Verhältnis zur Familie. Das zeigen Erkenntnisse der Stasi im Zuge der OPK »Erbe«. Im Rückblick bestätigt Ulf Joraschkewitz, dass es in seinem Elternhaus eine gewisse westliche Orientierung gegeben habe, aber z. B. das Verteilen von westlichen Ansteckern und anderen westlichen Konsumartikeln an der KJS für ihn keinen politischen Hintergrund hatte. Er und seine Freunde hätten sich lediglich für Produkte und Musik aus dem Westen interessiert. Auch räumt Joraschkewitz ein, dass er und seine Sportlerfreunde schon als 15- bzw. 16-Jährige in Schweriner Restaurants und Bars zum Essen Alkohol getrunken hätten. Aber: »Trotz des Alkoholgenusses habe ich meine sportliche Leistung gebracht und bin DDR-Meister geworden.«<sup>377</sup>

Die Staatssicherheit verursachte mit der Entlassung aus dem Club und der KJS erhebliche Schwierigkeiten für Joraschkewitz. Er war gezwungen, bis zum Beginn des nächsten Schuljahres innerhalb kürzester Zeit eine neue Schule zu finden. An einer Erweiterten Oberschule konnte er dann zumindest das Abitur ablegen. Allerdings begegneten ihm der Direktor und der neue Klassenlehrer aufgrund seiner Vorgeschichte anfänglich mit großer Skepsis. Äußerst dubios verlief nach dem Abitur die Ablehnung seines zuvor bereits zugesicherten Studienplatzes. Angeblich wegen einer zum Vorjahreszeugnis um eine Note schlechteren Zensur im Fach Deutsch wurde ihm das Diplomtrainerstudium an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig verweigert.<sup>378</sup> Mit großer Wahrscheinlichkeit waren die Umstände seines Rauswurfs aus der KJS der Grund für die Absage. Dass diese Einflussnahme des MfS kein Einzelfall war, zeigt ein weiteres Beispiel aus dem SC Neubrandenburg. In diesem Club ging die Staatssicherheit bereits Ende der 1970er-Jahre ebenso rigoros gegen angeblich nichtkonforme Talente an der KJS vor. Ein junger Sportler hatte aus Frust über seine sportlichen Misserfolge eine an der Wand aufgehängte politische Losung beschädigt. Das MfS drängte ihn daraufhin gnadenlos aus dem Leistungssport. Den Täter,

Hergang und das Motiv ermittelte es auch in Neubrandenburg mithilfe zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter, die es in Club und KJS angeworben hatte.<sup>379</sup>

Seit Ende der 1960er-Jahre verfolgte die SED-Führung mit Hilfe des Spitzensports politische Ziele. Medaillen und Rekorde sollten Anerkennung und Ansehen des Regimes in der DDR-Bevölkerung und im Ausland steigern. Medaillenträchtige Sportarten förderte die SED-Spitze von nun an ganz besonders. Zugleich befürchtete das MfS einen westlichen Einfluss auf die Sportler sowie eine steigende Anzahl von Flüchtlingen. Im Dezember 1971 erließ der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke für den Bereich Leistungssport deshalb die Dienstanweisung (DA 4/71), die bis in den Herbst 1989 Gültigkeit besaß. Darin legte er fest, dass die Sportlerinnen und Sportler in den Clubs und KJS, aber auch deren familiäres Umfeld im besonderen Fokus der Geheimpolizei stehen sollten. Vor allem politisch abweichendes Verhalten und westliche Einflüsse waren kompromisslos zu bekämpfen.<sup>380</sup> Insbesondere in den 1980er-Jahren legte das MfS hierbei das Hauptaugenmerk auf die Kinder- und Jugendsportschulen.<sup>381</sup>

---

*»Haben die Betroffenen enge Verbindung nach Westdeutschland, Westberlin oder im kapitalistischen Ausland – welcher Art – hat das Einfluss auf ihre politische Gesamthaltung«<sup>382</sup>*

---

In diesem letzten Jahrzehnt der Existenz der DDR fiel es dem SED-Regime immer schwerer, die ostdeutschen Jugendlichen zu erreichen und in seinem Sinne auf sie einzuwirken. Die jungen Menschen orientierten sich in starkem Maße an westlichen Werten und Lebensvorstellungen. Das drückte sich z. B. darin aus, dass sie vermehrt bundesdeutsche Medien nutzten und ihre Konsumwünsche am westlichen Angebot ausrichteten.<sup>383</sup> Wie der Fall Joraschkewitz zeigt, gelang es dem Regime Ende der 1980er-Jahre selbst an seinen sozialistischen »Kaderschmieden« des Sports, den KJS, nicht mehr, diese westlichen Einflüsse fernzuhalten.





> Axel Kruse in einem DDR-Oberliga-Spiel für den FC Hansa im Zweikampf mit Lutz Weidner vom Halleschen FC Chemie. 16.9.1988  
Foto: Rainer Schulz/imago

## Ein »Sportverräter« beim FC Hansa Rostock – die Flucht des Fußballers Axel Kruse

Es ist Freitag, der 7. Juli 1989. Die Mannschaft des Fußballclubs (FC) Hansa Rostock hält sich im Rahmen des Intertoto-Cups<sup>384</sup> zu einem Spiel gegen den Club B 1903 in Kopenhagen auf. Axel Kruse (Jg. 1967), Stürmer des FC Hansa, verlässt mit zwei Mannschaftskollegen das Teamhotel, um mit ihnen vor dem Abendbrot in einem nahe gelegenen Park unbeobachtet eine Zigarette zu rauchen. Unterwegs gibt Kruse vor, kurz in ein Geschäft hineinschauen zu wollen. Das Täuschungsmanöver gelingt. Als die beiden Mitspieler weitergegangen und außer Sichtweite sind, fährt am Laden ein Taxi vor und Kruse steigt ein. In dem Taxi befindet sich ein West-Berliner Bekannter, den der Fußballer um Hilfe für eine Flucht in den Westen gebeten hatte. Gemeinsam gelangen sie per Auto und Fähre nach Hamburg. Kruse fliegt bereits einen Tag später nach West-Berlin.<sup>385</sup>

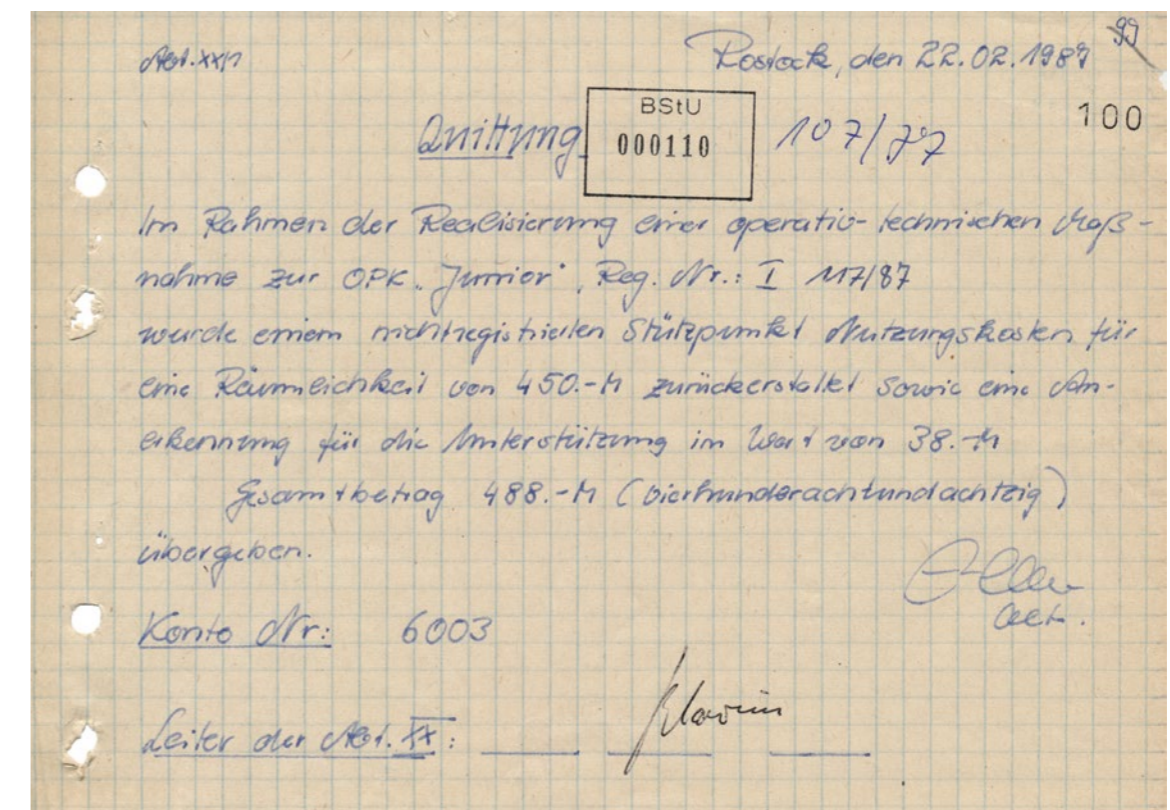
Die Flucht von Kruse hat eine Vorgeschichte, die sehr eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit verknüpft ist. Die Stasi hatte Kruse und seinen um ein Jahr jüngeren Mannschaftskollegen Johannes Schmitt bereits im November 1986 im Visier.<sup>386</sup> Schmitt hatte gegenüber einer Bekannten angekündigt, er und Kruse würden sich auf einer der nächsten Sportreisen in den Westen absetzen. Die junge Frau erzählte davon ihren Eltern. Sie wusste allerdings nicht, dass die beiden unter dem Decknamen »Klaus Degen« inoffiziell mit dem MfS zusammenarbeiteten. Das IM-Paar gab die Information umgehend an seinen Führungsoffizier weiter. Daraufhin setzte in der MfS-Bezirksverwaltung Rostock hektische Betriebsamkeit ein. Der im Referat 1 der Abteilung XX (S. 148) für den Leistungssport zuständige Oberfeldwebel Peter Koch (Jg. 1961)<sup>387</sup>, Referatsleiter Oberleutnant Ender und Vize-Abteilungsleiter Major Wiesener eröffneten im Januar 1987 gegen Kruse und Schmitt eine sogenannte Operative Personenkontrolle (OPK) mit dem Decknamen »Junior«. Ziel der OPK war es, Beweise für die Fluchtabsicht der beiden Fußballer zu finden und zu verhindern, dass sie sich in den Westen absetzten.

Stasi-Offizier Koch sah in Kruse den Ideengeber des Plans. Bereits im November 1986 hatte er für Kruse eine Postkontrolle angeordnet, die bis Ende 1988 bestehen blieb. Im gleichen Monat baute das MfS sogar Mikrofone in das gemeinsame Wohnzimmer von Kruse und Schmitt ein und belauschte über mehrere Monate deren Gespräche. Im Sommer 1987 wiederholte die Stasi die Aktion – beide Male ergebnislos. Zudem veranlassten die drei MfS-Offiziere, dass den beiden jungen Spielern Sportreisen ins Ausland verboten wurden. Darüber hinaus setzten sie Mitspieler als inoffizielle Mitarbeiter auf sie an.<sup>388</sup> Die Stasi schreckte auch nicht vor dem Plan zurück, an den alleinstehenden Kruse mit »Melany« eine weibliche IM »heranzuschleusen«, die aber offenbar dann nicht zum Einsatz kam.

Im Laufe des Jahres 1987 nahm MfS-Referatsleiter Ender mehrfach auf offizieller Ebene Verbindung zum Vorsitzenden des FC Hansa Robert Pischke auf.<sup>389</sup> Ender versuchte, auch auf diese Weise an Informationen über

Kruse und Schmitt sowie deren mögliche Fluchtpläne zu gelangen. Ferner wies Ender den Vorsitzenden wiederholt an, zusammen mit den Betreuern im Club Kruse zu einer positiven Einstellung gegenüber der DDR zu »erziehen«.<sup>390</sup> Die BV hielt hinsichtlich der beiden Hansa-Spieler auch engen Kontakt zur Spitze der Rostocker SED-Bezirksleitung. Im Juni 1987 trafen sich der 1. Stellvertreter des Leiters der BV Rostock Oberst Artur Amthor, der für den Sport zuständige 2. Sekretär Heinz Lange und sogar der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock Ernst Timm, um über Kruse und Schmitt zu beraten. Im Januar 1988 entschied der fußballbegeisterte SED-Sekretär Lange, die zwei jungen Spieler wieder als Reisekader zuzulassen. Das MfS äußerte zunächst leichte Bedenken, trug die Entscheidung aber schließlich mit.<sup>391</sup>

Der Staatssicherheit war es bis dahin nicht gelungen, die unterstellten Fluchtpläne nachzuweisen. Um hier nachzuhelfen, wollte die MfS-Sportabteilung in der Berliner Zentrale Ende 1987 mit der Abteilung XX der



> Die Stasi musste fast 500 Mark für die Raummiete bei der ersten Abhöraktion von Kruse im Wohnheim zahlen. 22.2.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 6/89, BL 110



BV Rostock gemeinsam einen Trick anwenden. Sie plante, einen IM auf Kruse anzusetzen, der dem Stürmer im Namen eines westdeutschen Fußballvereins ein Angebot für einen Wechsel unterbreiten sollte. Würde Kruse auf diese Offerte eingehen, sollte er dazu wahrscheinlich konspirativ, also verdeckt, befragt werden. Das Vorhaben kam jedoch nicht zustande.<sup>392</sup>

Einige Monate später verfolgte das Sportreferat der BV Rostock eine andere, nicht weniger verschlagene Taktik. Es befürchtete, dass Kruse nach der Wiederzulassung als Reisekader im Januar 1988 erneut Fluchtpläne schmieden würde. Um diese auszuspionieren, wollte das Referat einen Teamkollegen von Kruse, IM »Albert«, einsetzen. Dieser sollte sich das Vertrauen des Stürmers erschleichen und ihn durch eine geschickte Gesprächsführung dazu bringen, die Pläne zu offenbaren. Die Stasi-Offiziere hatten für »Albert« eigens einen Gesprächsleitfaden entwickelt. Voraussetzung für die MfS-Taktik war allerdings, dass Kruse und Schmitt der Mannschaft darüber berichteten, dass sie wieder reisen durften. Weil das nicht geschah und die Information auch nicht auf anderem Wege öffentlich wurde, konnte das Sportreferat seine Strategie nicht umsetzen.<sup>393</sup>

Im November 1988 mussten die inzwischen zum Unterleutnant und Hauptmann beförderten MfS-Mitarbeiter Koch und Ender eingestehen, dass sie keine stichhaltigen Beweise für die Fluchtpläne von Kruse und Schmitt hatten erbringen können. Schmitt habe gegenüber der Bekannten wohl lediglich angeben wollen, so ihre abschließende Wertung.<sup>394</sup> Sie mussten die OPK »Junior« ohne das erhoffte Ergebnis einstellen. In einem Interview im Jahr 2011 versicherte Kruse, zunächst tatsächlich keinerlei Fluchtabsichten gehegt zu haben. Die Ereignisse im Zuge der OPK, dazu zählten auch Befragungen durch das MfS und die verweigerte Teilnahme an einem der größten Erfolge der DDR-Nachwuchsnationalmannschaft im Fußball, dem dritten Platz bei der Weltmeisterschaft in Chile 1987, ließen ihn allerdings umdenken und einen solchen Plan ins Auge fassen.<sup>395</sup>

Im Juli 1989, kurz vor den internationalen Spielen des FC Hansa in Dänemark und Schweden, verlangte Oberst Amthor von Clubchef Pischke ausdrücklich, die zwei Spieler aus der geschlossenen OPK »Junior« auf den beiden Reisen besonders zu beaufsichtigen. Pischke folgte dieser Vorgabe, indem er zusätzlich drei

mitfahrende Personen damit beauftragte, auf Kruse und Schmitt zu achten. Pikant: Eine der Personen war auf dem Spaziergang zum Park in Kopenhagen dabei, als Kruse flüchtete. Nachdem die Stasi Gewissheit darüber erlangt hatte, dass es sich beim Verschwinden des Stürmers um eine Flucht gehandelt hatte, initiierte sie zahlreiche Aktionen. Zum einen stellte das Sportreferat der BV Rostock einen sogenannten Maßnahmeplan auf. Fünf IM aus dem Club wurden darauf angesetzt herauszufinden, warum Kruse geflohen war und wie genau ihm das gelingen konnte. Zudem wurde die Post der Eltern kontrolliert und deren Telefon angezapft für den Fall, dass Kruse mit ihnen Kontakt aufnahm. Die zuständige Abteilung III der BV Rostock hatte zudem die Aufgabe, Funkverbindungen von Kruse in und aus der Bundesrepublik und West-Berlin abzufangen. Des Weiteren wollte die Stasi wissen, wie der Fußballer wieder in die DDR zurückgelockt werden könnte.<sup>396</sup>

*Es galt bei den Nachwuchssportlern,  
»Pläne, Absichten und Maßnahmen [...] des ungesetzlichen Verlassens der DDR«  
zu verhindern.<sup>397</sup>*

Auf Antrag des Staatsanwalts des Bezirkes Rostock stellte das Kreisgericht Rostock-Stadt einen Haftbefehl gegen den Flüchtigen aus.<sup>398</sup> In der Folgezeit bestellte die Abteilung IX der BV Rostock (S. 148) den Vater von Kruse zu einer Vernehmung ein. Die Abteilung XX und ihr Sportreferat beschafften sich in der Zwischenzeit konspirativ u. a. das mehrstündige, noch nicht abgedruckte bzw. gesendete Gespräch von Axel Kruse mit einem West-Berliner Journalisten. Darüber hinaus nahm die Abteilung III im September 1989 ein Telefonat des Stürmers aus West-Berlin auf, das er mit ehemaligen Mitspielern führte, die sich gerade in der Diskothek im Hotel »Neptun« in Warnemünde aufhielten. Zur gleichen Zeit setzte die Stasi einen IM der für »Republikfluchten« verantwortlichen Bezirkskoordinierungsgruppe der BV Rostock auf Kruse in West-Berlin an.<sup>399</sup> All diese Anstrengungen des MfS fruchteten wenig. Zwar gelang es der BV Rostock, die Motive und die Flucht des Fußballers einigermaßen zutreffend zu rekonstruieren. Im Westen auf ihn Einfluss nehmen oder ihn etwa in die DDR zurückholen konnte sie nicht.

Das hatte sicherlich auch damit zu tun, dass die Staatsicherheit wenige Monate nach der Flucht im Herbst 1989 nach und nach ihre Macht einbüßte.

Für das SED-Regime waren bereits Fluchtpläne, erst recht aber geglückte Fluchten äußerst heikel und wurden von der Stasi rigoros verfolgt und bekämpft – besonders im Falle von Spitzensportlern. Denn die SED-Führung maß dem Leistungssport spätestens seit Ende der 1960er-Jahre eine große politische Bedeutung zu: Der Spitzensport und dessen Athleten sollten mit ihren Erfolgen zu einer starken Identifikation der Ostdeutschen mit dem Regime beitragen. Im Ausland sollten möglichst viele Medaillen für ein hohes Ansehen des SED-Regimes sorgen.<sup>400</sup> Ein fluchtwilliger und damit politisch unzuverlässiger oder gar tatsächlich geflohener Sportler wie Axel Kruse konnte diese

Absichten der Machthaber massiv gefährden oder sogar das Gegenteil bewirken. Für Personen aus dem DDR-Leistungssportsystem, die dem Land ohne Erlaubnis des Regimes für immer den Rücken gekehrt hatten, hatte das MfS daher eigens einen Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) mit dem bezeichnenden Namen »Sportverräter« angelegt. Das Vorgehen des SED-Regimes gegen diese Personen sah dann häufig so aus wie bei Kruse: Gegen sie wurde in der DDR Haftbefehl erlassen sowie seitens der Stasi Versuche unternommen, sie zur Rückkehr zu bewegen. Ihre Kontakte in die frühere Heimat wurden ausspioniert, ihre Äußerungen und ihr Fortkommen im Westen genau registriert und dokumentiert und die in der DDR verbliebenen Angehörigen verhört und überwacht.<sup>401</sup> Gefruchtet haben diese Maßnahmen in den meisten Fällen wie bei Axel Kruse nicht.

RKa



> Das Ostseestadion, in dem der FC Hansa spielte, war auch Etappenziel der Internationalen Friedensfahrt – diese galt bis 1989 als »Tour de France des Ostens«. 21.5.1979  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 847, Bl. 156





> Von der Stasi als »Hetzliteratur« beschlagnahmter »Pommern-Brief«. 20.10.1955  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 147/61, GA, Bd. 2, BL 290

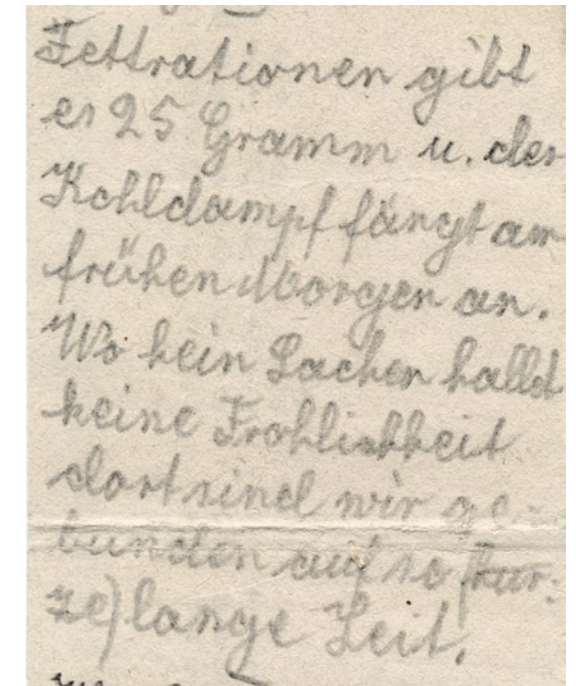
## Heimatlos in der DDR – das Vorgehen der Stasi gegen »Umsiedler«

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden viele deutsche Bewohner aus Schlesien vertrieben. Auch Wally Böhm (Jg. 1904) musste mit ihrer Tochter ihren Heimatort Haynau in Schlesien verlassen. Einige Wochen zuvor war ihr Ehemann, der als Lehrer tätig war, spurlos verschwunden. Zu diesem Zeitpunkt hatte die sowjetische Armee Haynau bereits einige Wochen besetzt. Ende Juli 1945 wurden Mutter und Tochter nach Warnemünde »umgesiedelt«. Sie mussten ihr Hab und Gut in der Heimat zurücklassen und in Warnemünde neu anfangen. Der Neuanfang in der Fremde fiel vor allem Wally Böhm schwer.

Um ehemalige Schlesier zu treffen, wollte Wally Böhm 1961 am Berliner Kirchentag teilnehmen. Zehn Tage vor Beginn jedoch verbot der Ost-Berliner Polizeipräsident den Kirchentag im Ostteil der Stadt. Die Veranstaltungen fanden deshalb nur in West-Berlin statt. Wally Böhm plante bei einer Bekannten zu übernachten, die vor dem Ersten Weltkrieg ebenfalls in Haynau gelebt hatte, und täglich zum Kirchentag nach West-Berlin zu fahren. Doch bereits auf der Fahrt nach Falkensee am 18. Juli 1961 wurde sie im Zug von der Potsdamer Transportpolizei festgenommen. Die Stasi warf ihr vor, mit den »Goldberg-Haynauer Heimat-Nachrichten« »revanchistische Propaganda« nach § 19 Strafrechts-ergänzungsgesetz mit sich zu führen.<sup>402</sup> Erschwerend kam für das MfS hinzu, dass Wally Böhm die Zeitschrift auf dem Kirchentag hatte verleihen wollen, um den »Heimatgedanken« bei anderen ehemaligen Schlesiern wachzuhalten.<sup>403</sup>

Schon am darauffolgenden Tag wurde sie in Rostock vernommen und ein Haftbefehl gegen sie erlassen.<sup>404</sup> Durch die Verhöre erfuhr die Stasi, dass Wally Böhm die Zeitschriften von ihrem Bekannten Leo Schulz (Jg. 1895) erhalten hatte. Nur wenige Tage später, am 21. Juli 1961, verhaftete die Stasi auch den Warnemünder Leo Schulz. Nach insgesamt neun Wochen Untersuchungshaft und sechs Verhören schloss die Stasi Mitte September 1961 die Untersuchung ab. Nun war die Justiz an der Reihe.

Einen Monat später, am 23. Oktober 1961, wurde Wally Böhm verurteilt. Das Bezirksgericht Rostock verhängte



> Ein von Wally Böhm abgeschrieben Gedicht aus dem Frauengefängnis Hoheneck. Juli 1962  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 173/61, GfA, Bd. 3, Bl. 95 f. (Ausschnitt)

eine Strafe von fünf Jahren »Zuchthaus« und lag damit sogar über dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die immerhin schon vier Jahre Haft gefordert hatte.<sup>405</sup> Böhms Anwalt legte gegen das Strafmaß Berufung ein. Doch das Oberste Gericht der DDR wies die Berufung zurück. Aufgrund der im Ermittlungsverfahren festgestellten Dauer, Intensität und Hartnäckigkeit der »Hetzstätigkeit« sei das höhere Strafmaß angemessen. Das Gericht argumentierte, dass die Strafe »zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik vor den massiven Angriffen der Angeklagten gerechtfertigt«<sup>406</sup> sei. In derselben Verhandlung wurde auch Leo Schulz nach § 19 schuldig gesprochen und zu drei Jahren Haft verurteilt.

»Die Angeklagte ist deshalb richtig als eingefleischter Feind der Deutschen Demokratischen Republik« zu charakterisieren.<sup>407</sup>



Wally Böhm wurde in die Strafvollzugsanstalt Stollberg (Hoheneck) eingewiesen. Im Oktober 1965 stellte ihr Anwalt einen Antrag auf bedingte Strafaussetzung. Das Bezirksgericht Rostock stimmte unter der Auflage zu, dass sich die Verurteilte verantwortungsbewusst im Sinne der DDR verhalten müsse.<sup>408</sup> Am 27. Oktober 1965 konnte Wally Böhm mit einer Auflage von zwei Jahren Bewährungszeit das Gefängnis verlassen.

Durch den Zustrom von Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße war die Bevölkerungszahl im heutigen Mecklenburg-Vorpommern nach dem Zweiten Weltkrieg massiv angestiegen. Sie hatte sich, trotz der zahlreichen Opfer des Krieges, von 1,4 Millionen im Jahre 1939 auf 2,1 Millionen im Jahr 1948 erhöht.<sup>409</sup> Bereits im Juli 1945 hatte die SMAD die Verteilung der Vertriebenen geplant. Mecklenburg

und Vorpommern galten aufgrund ihrer agrarischen Wirtschaftsstruktur und der geringen Bevölkerungsdichte als geeignet, viele Menschen aufzunehmen.<sup>410</sup>

Ende September 1945 prägte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone die verharmlosende Bezeichnung »Umsiedlung« für Flucht und Vertreibung. Das sollte den Betroffenen jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr nehmen, die Gleichberechtigung mit der alteingesessenen Bevölkerung propagieren und die neue Lebenssituation als alternativlose Zukunftsoption etablieren.<sup>411</sup> Im Oktober 1946 befanden sich schließlich fast eine Million Vertriebene in der Region, damit war nahezu jeder Zweite ein »Neubürger« in Folge des Krieges.

Seit Juli 1950, als die DDR und Polen die Oder-Neiße-Grenze zur endgültigen Staatsgrenze erklärt hatten, wurden negative Äußerungen über den Grenzverlauf



> Stasi-Beobachtungsfoto des Bundestreffens der Mecklenburger Landsmannschaften auf dem Marktplatz Ratzburg. Juli 1960  
BArch, MfS, BV Rostock, AS 121/76, Bl. 204

verfolgt.<sup>412</sup> Dass die DDR jedoch gerade in den ersten Gründungsmonaten um Anerkennung in der Bevölkerung rang, verdeutlicht ein Zwischenfall in Postlow bei Anklam. Ein aus Westpommern stammender Landwirt hatte sich im August 1950 angeblich negativ über die SED und die Oder-Neiße-Grenze geäußert. Doch die Ermittlungen gestalteten sich schwierig. Da die SED vor Ort nur ein geringes Ansehen hatte, befürchtete die Stasi, dass die Bauern kein Verständnis für eine Verhaftung haben würden. Um im Hinblick auf die bevorstehenden ersten Volkskammerwahlen im Oktober 1950 kein Risiko einzugehen, kam es schließlich zur Einstellung der Ermittlungen. Der Landwirt wurde lediglich darauf eingeschworen, von nun an aktiv beim »Aufbau des Sozialismus« mitzuwirken.

Obwohl die SED 1953 die vollständige Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen verkündet hatte, blieben die »Umsiedler« weiterhin im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie galten als sicherheitspolitisches Problem und als Störfaktor für die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten. Dass die Vertreibung aus der Heimat als leidvoller Verlust erlebt wurde, wollte und konnte die SED-Regierung nicht anerkennen. Den Vertriebenen und Geflohenen in Ost- wie Westdeutschland war es jedoch wichtig, die alte Heimat nicht zu vergessen.

Der intensive Kontakt der eigenen Bevölkerung mit Vertriebenen, die in der Bundesrepublik lebten, war der Stasi ein Dorn im Auge. Sie fürchtete auf diesem Weg eine »Bonner Einflussnahme«<sup>413</sup> auf DDR-Bürger. Um umfassend informiert zu sein und potenzielle Gefahren abzuwehren, hatte die Hauptabteilung V spätestens im Frühjahr 1951 in der Abteilung V das Sachgebiet »Umsiedler« eingerichtet.<sup>414</sup> Dieses informierte 1957 die BV Neubrandenburg darüber, dass die Vertriebenenverbände mit Heimatblättern und regelmäßigen Treffen den Zusammenhalt unter den »Umsiedlern« stärken wollten. Für eine gezielte Überwachung warb die Stasi inoffizielle Mitarbeiter unter den »Umsiedlern« an.<sup>415</sup> Die KD Neubrandenburg (S. 150) meldete im März 1960 an das zuständige Sachgebiet, dass 13 inoffizielle Mitarbeiter für die Bespitzelung zur Verfügung stünden.<sup>416</sup>

Obwohl seit 1951 keine gesonderten Statistiken über »Umsiedler« geführt werden durften, forderte MfS-Staatssekretär Erich Mielke bereits im April 1951

von den Bezirksverwaltungen eben solche ab. Für die KD Ueckermünde (S. 151) sind die frühesten Zahlen aus dem Dezember 1955 überliefert. In Ferdinands-hof waren laut Bericht mehr als zwei Drittel der 1627 Einwohner »Umsiedler«, in Liepgarten hingegen nur 82 von 1434 Einwohnern.<sup>417</sup> Bis 1965 sank die Zahl der »Umsiedler« im Bezirk Neubrandenburg auf 30 Prozent. Neben der reinen Anzahl versuchte die Stasi, auch das Herkunftsgebiet zu vermitteln. Das zuständige Sachgebiet verzeichnete als Schwerpunkte: das Sudetenland, Pommern, Ost- und Westpreußen, Ober- und Niederschlesien sowie Bessarabien.<sup>418</sup>

Besonders die »Heimattreffen« beobachtete die Stasi mit Argwohn. Hier war ein unmittelbarer Kontakt zwischen west- und ostdeutschen Vertriebenen möglich. Für die Stadt Loitz hielt die KD Demmin (S. 150) fest, dass vor allem die sogenannten Rentnerreisen für eine Teilnahme an den Wiedersehenstreffen genutzt wurden.<sup>419</sup> Als eine Hochburg galt für das MfS die Stadt Ratzeburg. Das dortige jährliche Treffen zog besonders zahlreich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der DDR an, da viele persönliche Kontakte dorthin bestanden.<sup>420</sup>

Als Zentrum feindlicher »Umsiedler«-Tätigkeit hatte die Stasi das jeweilige »Haus der Heimat« in den westdeutschen Städten im Visier. Sie galten ihr als Feindzentralen, in denen »Umsiedler« vom westlichen Geheimdienst angeworben werden konnten.<sup>421</sup> Trotz der intensiven Bemühungen der Stasi war es den Vertriebenen weiterhin ein Anliegen, in Kontakt zu bleiben und sich auszutauschen.

KSo





> Helmut Schmidt und Erich Honecker auf dem Balkon des Güstrower Rathauses. 11.12.1981  
 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bild 84187

### Helmut Schmidt in Güstrow – 3. deutsch-deutsches Gipfel- treffen oder die Stasi im Ausnahmezustand

Vom 11. bis 13. Dezember 1981 besuchte Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918–2015) offiziell die DDR. Es war nach Erfurt und Kassel im Jahr 1970 das dritte deutsch-deutsche Gipfeltreffen. Der Besuch des Bundeskanzlers war aufgrund akuter ost-west-politischer Spannungen mehrfach verschoben worden und kam erst nach einigem geheimdiplomatischen Hin und Her tatsächlich zustande.<sup>422</sup>

Der Staatsbesuch fand in einer problematischen Phase der innerdeutschen Beziehungen statt: Am 9. Oktober 1980 hatte die DDR-Führung verfügt, den Mindest-umtausch für Bundesbürger bei Besuchsreisen in die

DDR von 13 DM auf 25 DM pro Tag zu erhöhen. Nur wenige Tage später formulierte Erich Honecker zudem die »Geraer Forderungen«. Diese sahen die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Bonn, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, die Festlegung der innerdeutschen Elbgrenze in der Flussmitte vor sowie die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter für Straftaten von Behörden und Organen der DDR – Forderungen, die für die Bundesrepublik unannehmbar waren.

Elf Jahre waren seit dem letzten deutsch-deutschen Gipfeltreffen, dem Besuch Willy Brandts in Erfurt, vergangen. Der SED-Führung und ihrer Geheimpolizei waren diese Tage in schlechter Erinnerung geblieben. Denn trotz des Einsatzes von MfS und Volkspolizei hatten sich zahlreiche begeisterte DDR-Bürger einen Weg zum Hotel des Bundeskanzlers gebahnt und Willy Brandt mit lautstarken Rufen aufgefordert, ans Fenster

zu treten.<sup>423</sup> Das Trauma dieses Ereignisses saß tief und die »Willy Brandt ans Fenster«-Rufe klangen noch manchem Stasi-Offizier in den Ohren. Eine derartige Demütigung sollte unter allen Umständen vermieden werden. Aus diesem Grund versetzte Stasi-Chef Erich Mielke die Geheimpolizei während des Gipfeltreffens 1981 in eine Art Ausnahmezustand.

Am 28. November 1981 ordnete Mielke mit dem Befehl Nr. 71/81 die Sicherungsmaßnahmen zur Aktion »Dialog« an, so der Tarnname für den Besuch des Bundeskanzlers in der DDR. Kernpunkt des Befehls war das Zusammenwirken aller Schutz- und Sicherheitsorgane, um einen störungsfreien Ablauf des Gipfeltreffens sowie eine jederzeit »stabile politisch-operative Lage« zu gewährleisten.<sup>424</sup> Die Fahrstrecke sollte so abgeschirmt werden, dass keine ungewollten Begegnungen zwischen dem Bundeskanzler und DDR-Bürgern stattfinden konnten. Zudem waren »feindlich-negative« Kräfte unter strenger Kontrolle zu halten und jegliche Störmanöver bereits im Vorfeld zu unterbinden.<sup>425</sup>

Ein potenzieller Störer in den Augen der Staatssicherheit war Norbert Denz (Jg. 1947) aus Roggenhagen. Denz war Kfz-Schlosser, der zuvor ein Theologie-Studium absolviert hatte, den kirchlichen Dienst aus persönlichen Gründen jedoch nicht antrat. Er hatte ein Transparent mit der Aufschrift »Raus mit allen Atomwaffen aus ganz Europa!« angefertigt und wollte dieses bei Helmut Schmidts Besuch in der Öffentlichkeit zeigen. Die Stasi erfuhr zwei Tage vorher von der geplanten Aktion. Sie brachte Norbert Denz zur Untersuchungshaftanstalt der BV Neubrandenburg und unterzog ihn einer eingehenden Vernehmung. Denz gab an, mit dem Transparent seine pazifistische Haltung zum Ausdruck bringen und einen Beitrag für die Erhaltung des Friedens leisten zu wollen.<sup>426</sup> Die Stasi beendete die Befragung am folgenden Tag; am 13. Dezember erhielt Denz seinen Trabant, der kriminaltechnisch untersucht worden war, zurück. Das MfS wollte jegliches Aufsehen vermeiden und setzte auf die abschreckende Wirkung von Inhaftierung und Vernehmung.

Am Nachmittag des 11. Dezembers landete Helmut Schmidt schließlich auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld. Die Staatsflaggen der Bundesrepublik und der DDR waren gehisst<sup>427</sup> und unter der Anwesenheit

zahlreicher Journalisten, aber unter Ausschluss jedes Publikums begrüßte Erich Honecker an der Gangway Helmut Schmidt. Mit der Wagenkolonne ging es anschließend in die Schorfheide. Ziel waren das Jagdschloss Hubertusstock am Werbellinsee, in dem die Gäste logierten, sowie das Gästehaus des DDR-Staatsrats am Döllnsee, in dem die offiziellen Gespräche am 11. und 12. Dezember zwischen Schmidt, Honecker und den mitgereisten Delegationen stattfanden.<sup>428</sup>

Zum Abschluss des Gipfeltreffens am Adventssonntag, dem 13. Dezember 1981, stand ein Besuch der Stadt Güstrow auf dem Programm. Den ursprünglichen Wunsch des Bundeskanzlers, Rostock zu besuchen, hatte die SED-Führung abgelehnt. Sie fürchtete, die Rostocker Hafenarbeiter könnten Forderungen ihrer Danziger Solidarność-Kollegen aufgreifen.<sup>429</sup> Außerdem war Rostock als Großstadt sicherheitspolizeilich deutlich schwerer zu kontrollieren als eine Kleinstadt. Die Wahl fiel schließlich auf Güstrow mit seinen 38 000 Einwohnern, langjähriger Wohnort und Wirkungsstätte des Bildhauers Ernst Barlach (1870–1938), den Helmut Schmidt sehr bewunderte.

Fanden die ersten Tage des Treffens in der Abgeschiedenheit des Werbellinsees statt, stand mit dem Abstecher nach Güstrow die eigentliche Herausforderung für die Staatssicherheit an. Stasi-Minister Mielke überwachte die Sicherungsaktionen persönlich von der geheimpolizeilichen Führungsstelle im Güstrower Schloss aus. In einem Umkreis von sechs Kilometern legte die Staatssicherheit einen Sperrring um Güstrow, ab 6.00 Uhr morgens war die Stadt abgeriegelt. Entlang der Besuchsstrecke in Güstrow richtete die Stasi acht Sicherheitsbereiche mit scharf kontrollierten Zugängen ein.<sup>430</sup>

Das Güstrower Programm begann am frühen Nachmittag des 13. Dezembers 1981 mit dem Besuch der Barlach-Gedenkstätte. Damit setzte ein penibel inszeniertes »Stasi-Schauspiel« ein, das jeglichen authentischen Kontakt zwischen DDR-Bürgern und dem Bundeskanzler verhindern sollte. So waren die Gäste in der Gedenkstätte nicht nur von der Stasi handverlesen, sondern auch gezielt an bestimmten Stellen positioniert worden. Der operative Einsatzstab der Stasi hielt fest, dass das Publikum an »exponierten Stellen gebündelt auftreten, ansonsten als Spaziergänger mit abwechselnder Konzentration«<sup>431</sup> zu sehen sein solle.





> Stasi-Foto des Transparents von Norbert Denz mit dem Aufruf »Raus mit allen Atomwaffen aus ganz Europa!«. Dezember 1981  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 1088/85, BL 33

Das Herzstück der Stasi-Inszenierung in Güstrow war der gemeinsame Gang über den Weihnachtsmarkt zum Dom. Hier galt es mehr denn je, ein »zweites Erfurt« zu vermeiden. Die Stadt wurde in ein Potemkinsches Dorf verwandelt. Im Vorhinein hatte die Stasi festgelegt, dass auf der Protokollstrecke die Bewohner in ihren Wohnungen und die Fenster geschlossen bleiben mussten. Während die Gäste noch in der Gedenkstätte waren, hatte die Stasi den Weihnachtsmarkt bereits abgeriegelt, die Stände mit Lebensmitteln und Geschenken aufgefüllt und die regulären Besucher gegen Stasi-Mitarbeiter und Volkspolizisten ausgetauscht. Sie sollten ein »buntes Bild des Publikums« abgeben. Durch den Einsatz von »viel Licht, Effekten und Weihnachtsmusik ist eine lockere Atmosphäre zu schaffen«, so die inter-

nen Vorgaben der Stasi zum Ablauf des Besuches.<sup>432</sup> Die Stasi-Mitarbeiter sollten sich auf ein mögliches Gespräch mit den bundesdeutschen Gästen einstellen und vorbereitet sein, sich in Gesprächsgruppen aufzustellen – auch in Hinblick auf mögliche Interviews mit westdeutschen Journalisten. Als wohl wichtigster Hinweis galt für die Komparsen auf dem Weihnachtsmarkt, dass Klatschen und Winken erlaubt seien und »Zurufe der Bevölkerung [...] in einzelnen Fällen dem Generalsekretär [zu] gelten«<sup>433</sup> hätten.

Im Dom begrüßte Landesbischof Heinrich Rathke (Jg. 1928) die Gäste. Er hatte nach intensiven Verhandlungen erreicht, dass im Gotteshaus keine Mitarbeiter der Stasi, sondern vor allem Gemeindeglieder

anwesend waren. Rathke ahnte nicht, dass die Stasi inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt hatte, so u. a. IM »Norbert«, der den Auftrag bekam, die Buchgeschenke für den Bundeskanzler auf versteckte Briefe zu kontrollieren.<sup>434</sup> In seiner Rede wies Rathke darauf hin, dass der Dom ein Symbol der gemeinsamen deutschen Geschichte sei ebenso wie Barlachs Bronzeplastik »Der Schwebende« über dem Taufbecken des Doms.

---

*»Zurufe der Bevölkerung sollten in einzelnen Fällen dem Generalsekretär gelten«<sup>435</sup>*

---

Kurz vor 17.00 Uhr endete der Staatsbesuch schließlich: Am Güstrower Bahnhof bestieg Helmut Schmidt den Regierungszug Richtung Hamburg. Die Vorgabe des MfS für die Verabschiedung lautete: »Im Bahnhof nur klatschen, nicht rufen ›Auf Wiedersehen!‹«.<sup>436</sup>

Honecker verabschiedete Schmidt auf dem Gleis und reichte ihm durch das Zugfenster einen Bonbon – ein Bild, das um die Welt ging und ebenso in Erinnerung blieb wie die uniformierten und in zivil gekleideten Sicherheitsbeamten auf dem Bahnsteig. Obwohl die Ergebnisse der Gespräche kaum ins Gewicht fielen,

war es für die Machthaber in Ost-Berlin allein schon ein großer Erfolg, dass das Treffen stattgefunden hatte und ohne Eklat über die Bühne gegangen war. Die Stasi hatte ein »zweites Erfurt« verhindert und verbuchte den Kanzlerbesuch als gelungene Operation. Neben 19000 MfS-Mitarbeitern waren auch mehr als 20000 Volkspolizisten im Einsatz gewesen.

Doch die Menschen vor Ort waren enttäuscht. Viele Güstrower waren stolz, dass der Bundeskanzler ihre Stadt besuchte, und hatten auf eine Verbesserung der Versorgungslage und auf Sanierungsmaßnahmen in ihrer Altstadt gehofft. Tatsächlich aber wurde Güstrow in eine Sicherheitshochburg verwandelt und die Bewohner hatten keine Chance, Helmut Schmidt zu sehen.<sup>437</sup> Über die Erwartungen an den Besuch des Bundeskanzlers, die Stimmung vor Ort und mögliche Probleme berichtete das MfS an die engere Staats- und Parteiführung der DDR mehrfach und ausführlich – vor, während und nach dem Schmidt-Besuch in Güstrow.

DMü/KSo





> Stasi-Dokumentation „Peene 78“ zu Peenemünde, Spandowerhagen. Juni 1978  
BArch, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 83, Bl. 10

## Mit der Stasi an den Strand

Hartmut Behle war Ende Juli 1961 mit etwa 20 ehemaligen Klassenkameraden auf den Campingplatz Ückeritz auf Usedom gefahren. Der 24-Jährige lebte mit seinen Eltern und einer seiner Schwestern in Berlin-Friedrichshagen. Der Arbeitersohn hatte das Abitur in Ost-Berlin nicht bestanden und da ihm schon in der Schulzeit von einem Lehrer eröffnet worden war, dass er – wie seine Schwester auch – nicht zum Studium in der DDR zugelassen werden würde, hatte er das Abitur auf einem Schöneberger Gymnasium in West-Berlin nachgeholt. Dort studierte er an der Freien Universität Veterinärmedizin. Er war einer der vielen Grenzgänger, die täglich zwischen Ost- und West-Berlin pendelten. Trotzdem hatte er weiterhin Kontakt zu seinem alten Freundeskreis im Ostteil der Stadt. Auf einem Klassentreffen im Winter 1960/61 hatten sich die jungen Männer zu einer gemeinsamen Fahrt an die Ostsee verabredet. Einige der Teilnehmer waren schon im Vorjahr auf dem Campingplatz gewesen und hatten von ihrer guten Zeit dort berichtet.<sup>438</sup>



> Hartmut Behle bei seiner Verhaftung. August 1961  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 141/61, GA, Bd. 3, Bl. 7

Im Sommer 1961 ist der für 12 000 Urlauber vorgesehene Campingplatz mit 20 000 Menschen völlig überbelegt. Immer wieder kommt es zu Engpässen und Gedränge, insbesondere im Restaurant und im Bierzelt, die knapp bemessene Öffnungszeiten haben. Am Abend des 1. August 1961 ist Behle mit einem Freund am Restaurant verabredet. Weil es geschlossen



> Bierzelt auf dem Campingplatz Ückeritz. Juli 1961  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 141/61, GA, Bd. 3, Bl. 77



ist, gehen sie zum Bierzelt. Dort treffen sie auf eine Gruppe Gleichaltriger, auch aus Berlin und Umgebung, die deshalb auffallen, weil sie sich aufgrund einer Wette die Haare abrasiert haben. Sie trinken und lachen, und weil einer eine Gitarre dabei hat, wird gesungen und getanzt. Am liebsten der im Osten verfeimte Rock 'n' Roll. Die Stasi schreibt: »Sie grölten westliche Schlager und verrenkten nach sogenannter heißer Musik ihre Glieder.«<sup>439</sup> Das gefällt nicht allen. Ältere Urlauber beschwerten sich, und obwohl offenbar keine »westlich dekadente Musik« mehr gespielt wird, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Besuchern des Bierzelts. Die Musik setzt wieder ein, vielleicht wollen die übermütigen und alkoholisierten Jugendlichen nun auch bewusst provozieren. Die Stasi-Berichte legen das nah, indem sie festhalten, dass die Jugendlichen westliche Schlager mit die DDR diffamierenden Texten singen.<sup>440</sup> Der Streit eskaliert.

Schließlich ruft jemand die Volkspolizei. Stattdessen kommt die Grenzpolizei mit einem Mannschaftswagen. Der Auflauf verlagert sich vor die Baracke der Volkspolizei auf dem Zeltplatzgelände, insbesondere nachdem diese die protestierenden – und nach den Berichten der Stasi auch politisch provozierenden<sup>441</sup> – jungen Männer kurzerhand festnimmt. Hartmut Behle fährt mit zur Polizeistation in Wolgast, weil er zugunsten der »Glatzköpfe« aussagen will. Dort wird er nach einer Durchsuchung auch festgenommen. 36 Stunden später übernimmt die Kreisdienststelle Wolgast der Staatssicherheit den Fall.

Warum schaltet sich die Stasi ein? Möglicherweise durch die Grenzpolizei informiert, erkennt sie, dass der Vorfall durch die Beteiligung Behles politisch höchst willkommen ist. Bei ihm findet die Grenzpolizei nämlich seinen Studentenausweis der Freien Universität und seinen Ausweis der Kreuzberger Amerika-Gedenkbibliothek. Damit ist er als einer der West-Berliner Studenten identifiziert, die »zum Hass gegen die Deutsche Demokratische Republik und das sozialistische Lager erzogen werden.«<sup>442</sup> Wenn er als Initiator für die Unruhe auf dem Campingplatz verantwortlich gemacht werden kann, beweist das die Propaganda-Vorwürfe der Infiltrierung und Fremdsteuerung durch westliche Spione. In einer Phase, in der der DDR die Menschen zu Tausenden Richtung Westen davonlaufen, wäre das ein propagandistischer Erfolg ersten Ranges.

Die Staatssicherheit verhört die Verhafteten und Zeugen intensiv und führt Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Beschuldigten durch. Die Protokolle der Vernehmungen lassen den Eindruck entstehen, dass hier ein schon im Voraus festgelegter Ablauf abrollt.<sup>443</sup> »Alle Auswüchse der westlichen Unkultur werden von den Jugendlichen aufgenommen und vordemonstriert«<sup>444</sup>, steht als wörtliche Aussage eines Befragten in einem Vernehmungsprotokoll. Aber klingt dieser Satz, als ob er von einem 20-jährigen Schlosser formuliert worden wäre? Haben die Beschuldigten tatsächlich von »Verrenkungen« gesprochen, wenn das Rock-'n'-Roll-Tanzen gemeint war? Die Betroffenen bestätigen solche Zweifel. Sie schildern später, dass ihnen große Teile der Aussagen in den Mund gelegt wurden.<sup>445</sup> Das Untersuchungsorgan der Staatssicherheit kann auf diese Weise ein stimmiges Gebäude aus Geständnissen errichten.

Schließlich beginnt ein Prozess gegen »Rädelsführer« einer »Rowdygruppe«, der »Glatzkopfbande«, die »von den imperialistischen Geheimdiensten gedungene Menschenhändler und Kopffäger« seien.<sup>446</sup> Entsprechend hart fällt das Urteil aus: Aufgrund »staatsgefährdender Gewaltakte« wird Behle als Rädelsführer zu acht Jahren Haft verurteilt, drei seiner Mitangeklagten zu fünf bzw. vier Jahren.<sup>447</sup> Hartmut Behle wird am 21. August 1964 aus der Haftanstalt Torgau in die DDR entlassen, freigekauft durch die Bundesrepublik.<sup>448</sup> 1966 darf er unbehelligt in den Westen ausreisen, wo er endlich sein Studium wieder aufnehmen kann.

Wie gut der Fall ins Konzept der Machthaber passt, zeigt auch seine öffentliche Ausschächtung: Schon am 14. August – zu einem Zeitpunkt also, als die Ermittlungen in Rostock noch im Gang sind – berichtet die »Junge Welt« über den Vorfall. Rasch hergestellte Plakate hängen überall im Bezirk und sollen zur Legitimation des Mauerbaus beitragen. Schließlich ist nach DDR-Lesart die Mauer ein »antifaschistischer Schutzwall«. Und 1963 kommt ein Film mit dem Titel »Die Glatzkopfbande« in die Kinos der DDR, der locker auf den Geschehnissen des Campingplatzes auf Usedom basiert und ein großer Publikumserfolg wird – nicht nur zur Freude der Machthaber: Sein Erfolg bei der Jugend beruht auch darauf, dass er Rock-'n'-Roll-Tanzszenen zeigt.<sup>449</sup>

**Sie kommen nicht durch!  
Die Friedenskräfte siegen!**

Das ist Franz Josef Strauß, Bonns Kriegsminister. Dieses vollgefressene, gierige und hinterhältige Raubtier, zu jedem Verbrechen bereit sucht Komplizen für Verbrechen in unserem Staat der Arbeiter und Bauern. Terror, Diversion, Kriegshetze und Verleumdung – das ist seine Antwort auf den Friedensplan des deutschen Volkes.

Aber

BSTU  
000041

**Provokateure  
haben  
keine Chance**

Er wird geschlagen so wie seine Komplizen geschlagen wurden.

Gerlach Niechau Wulf Starosta Scheweleit Lehmann

Schauen Sie in diese Gesichter. Sie zeigen Brutalität, Verschlagenheit und Raublust. Sie haben Strauß, dem kalten Krieger von Adenauers Gnaden, bei seinem Vorhaben gedient. Sie wählten das Erholungszentrum B a n s i n zum Schauplatz ihrer Provokationen und haben versucht, durch Terror und Hetze den Bonner Menschenfängern und Kopffägern neue Kräfte zuzuführen. Unsere Staatsmacht hat zugeschlagen und diesem Treiben der Handlanger der Bonner Ultras ein schnelles Ende gesetzt.

**Schützt die Deutsche Demokratische Republik!  
Legt allen Feinden unseres Volkes das Handwerk!**

Herausgeber: Agitationskommission Rostock der Nationalen Front

> Das Plakat, das schon kurz nach den Vorfällen auf dem Campingplatz in den Ferienorten an der Ostsee zu finden war. August 1961  
BArch, MfS, BV Rostock, AU 141/61, GA, Bd. 4, Bl. 41





> Gesamtdeutsches Zeltlager in Diedrichshagen. Juli 1962  
BArch, MfS, BV Rostock, AS Nr. 70/76, Teil II, Bild 23

Gerade bei der Erfüllung der stetig wachsenden Nachfrage nach Ferienunterkünften zeigte sich die ganze Unzulänglichkeit der Planwirtschaft. Da Auslandsreisen ohnehin schwierig zu ergattern waren, wurde die Ostseeküste zum Urlaubsziel vieler Ostdeutscher. Hier waren schon durch die »Aktion Rose« am Jahresanfang 1953 viele Hotels und Pensionen faktisch enteignet und zwangsweise in Staatseigentum überführt worden. Die nun zuständigen staatlichen Stellen, allen voran der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), zeigten sich jedoch unfähig, ein Angebot an Unterkünften bereitzustellen, das in Umfang und Qualität die Menschen zufriedenstellte. Deshalb wurde Camping notgedrungen zur Alternative für die, die keinen der raren Ferienplätze zugeteilt bekommen hatten. Auch FDGB und Planer griffen diesen Trend zur Entlastung der Heime auf und bauten seit den 1950er-Jahren die Zeltplätze an der Küste aus, auf denen die Urlauber eine Parzelle zugewiesen bekamen. So bauten mehr und mehr Familien ihr Zelt neben den Ferienheimen auf und richteten sich auf eine Zeit der Erholung ein. Mitunter wurde das Campen aber auch zu einer hoch geschätzten Freizeitform mit einem eigenen Lebensgefühl.

Die Campingplätze zogen auch die an, die spontan und ohne den eigentlich erforderlichen Urlaubsschein ein paar Tage am Meer verbringen wollten – meist junge Menschen, die neben BadeFreuden auch ihren Spaß mit Gleichaltrigen haben wollten. Das enge Miteinander ganz unterschiedlicher Erwartungen führte zu Span-

nungen auf den chronisch überbelegten Campinganlagen. Den Akten zum Fall der Glatzkopfbande kann man nebenbei entnehmen, dass Reibereien und Querelen auch auf dem Campingplatz in Ückeritz an der Tagesordnung waren, insbesondere vor dem Restaurant und dem Bierzelt.

Der Ostseestrand war aber nicht nur ein Urlaubsziel. Die Küste war auch ein Teil der DDR-Staatsgrenze, die die Sicherheitskräfte intensiv überwachten. Waren die Strände tagsüber der Aufenthaltsort der Badegäste, so wandelten sie sich nachts in scharf kontrollierte Grenzzonen. Das ließ Volkspolizei und Grenztruppen – bis 1957 ein Teil der Staatssicherheit – sensibel auf jedes Anzeichen von Aufruhr oder Unregelmäßigkeiten in diesem Bereich reagieren. Durch entsprechende Weitermeldungen war das MfS schnell informiert und konnte bei Bedarf rasch selbst eingreifen und die Angelegenheit an sich ziehen. Denn wann ein Vorkommnis staatsgefährdenden Charakter besaß, entschied allein die Sicherheitspolizei.

Die Ordnungshüter waren aufmerksam und kontrollierten hier detailliert all das, was auch andernorts im Mittelpunkt ihres Interesses stand. So nahmen sie auch die Sommerzeltlager ins Visier, die die Freie Deutsche Jugend mehrfach mit Teilnehmern aus Westdeutschland in Diedrichshagen durchführte – für 1959, 1961 und sogar noch 1962, ein Jahr nach dem Mauerbau, sind solche Lager dokumentiert.



> Stasi-Dokumentation »Peene 78« zu Peenemünde, Spandowerhagen. Juni 1978  
BArch, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 83, Bl. 27

Zu Rostock gehörig liegt der Zeltplatz Diedrichshagen unmittelbar westlich von Warnemünde an der Ostseeküste. Ziel dieser Lager war es, dass eine kritische Haltung der Jugendlichen »gegen den westdeutschen Militarismus [...] verstärkt wird«, dass sie den positiven Ansatz der ostdeutschen Abrüstungspolitik erkennen und dass sie möglichst in der DDR vorbereitete politische Aktionen in die Bundesrepublik tragen sollten. Gerichtet waren die Bemühungen vornehmlich auf westdeutsche Jugendliche aus sozialdemokratischen oder sozialistischen Jugendorganisationen wie die Arbeiterjugend, Gruppen der »Falken« und der Jungsozialisten sowie die Naturfreundejugend.<sup>450</sup> Das MfS kontrollierte alle Beteiligten. Hellhörig wurde der Apparat bei dem Verdacht, der Überprüfte arbeite für einen westlichen Geheimdienst. Aber auch hier gingen die Bespitzelungen oft ins Leere: »Während seines [letzten] Aufenthaltes [in der DDR] in Leipzig konnten keinerlei Feststellungen über eine feindliche Tätigkeit des Genannten getroffen werden.«<sup>451</sup> Einen Ausschluss von dem Austausch zogen diese Erkenntnisse wohl nicht nach sich.

Die Wachsamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit an den Ostseestränden hielt auch nach dem Mauerbau unvermindert an. Es galt in erster Linie, Fluchtversuche über das Meer zu verhindern.<sup>452</sup> Aber das war es nicht allein. Ein Beispiel für die umfassende Beobachtung des Strandlebens ist die Akte »Peene 78« Spandowerhagen«. Der knapp 70-seitige Bericht mit

vielen Schwarz-Weiß-Fotos dokumentiert das Badetreiben an einem Strand auf Usedom in der ersten Hälfte des Juli 1978. Die in ihren Strandkörben Beobachteten werden mit Decknamen versehen. Mithilfe der Kennzeichen ihrer Autos gelingt es dem MfS teilweise, ihre Identitäten festzustellen. Minutiös hält der Bericht insbesondere fest, wer mit einem Fernglas den Flugbetrieb des nahe gelegenen Militärflugplatzes beobachtet. Den dadurch Aufgefallenen folgt der Stasi-Beobachter auf Fahrten mit dem Pkw über die Insel oder zu ihren Unterkünften.

Weshalb der Aufwand? Es ist die Lage des Strandabschnitts, der unmittelbar an den Militärflugplatz von Peenemünde grenzt, auf dem die NVA in diesem Juli gerade neue Jagdflugzeuge vom Typ MiG 23 stationiert. Die Sicherheitskräfte fürchteten offenbar unliebsame Beobachter dieses militärischen Geschehens. Zu weiteren Verfolgungsmaßnahmen führten die im Bericht festgehaltenen Daten aber nicht.<sup>453</sup>

HHe





# Das Ende

---

> Demonstrationen in der Rostocker Innenstadt nach den Gebetsandachten  
in den Kirchen St. Petri und St. Marien. 19.10.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 615, Bl. 5 (Ausschnitt)





> Das von Hannelore Mohn hergestellte »A«.  
BArch, MfS, BV Schwerin,  
AU 556/87, GA, Bl. 129

## Ein »A« im Wohnzimmerfenster – Corpus Delicti für die Stasi

Die Beschreibung des Corpus Delicti durch das MfS war präzise: Es handelte sich um ein »aus Alufolie und Krepppapier« hergestelltes, »ca. 20 x 30 cm großes »A«, das die 36-jährige Schweriner Bibliothekarin Hannelore Mohn am 14. November 1986 in einem zur Straßenseite liegenden Fenster ihrer Wohnung anbrachte. Ihr Mann Rainer Mohn (Jg.1948) galt als Mittäter, war er seiner Frau beim Anbringen doch angeblich »durch Zureichen und Halten der Leiter« behilflich gewesen.<sup>454</sup> Grund genug für die Schweriner Staatsanwaltschaft, gegen beide einen Haftbefehl zu beantragen wegen des Verdachts der »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« nach § 214 Abs. 1 StGB der DDR.<sup>455</sup>

Das »A« hatte sich – ähnlich wie die weiße Schleife an der Autoantenne – in der DDR seit Anfang der 1980er-Jahre als Symbol für Ausreisearbeitgeber etabliert.<sup>456</sup> Hannelore und Rainer Mohn hatten ein Jahr zuvor für

sich und ihre beiden Kinder einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt. Ihre Motivation war typisch für viele Antragsteller dieser Zeit: Zwar war das Ehepaar beruflich etabliert und gesellschaftlich integriert, auch sahen sich die beiden keiner unmittelbaren politischen Verfolgung ausgesetzt. Doch waren sie mit den Verhältnissen in der DDR zunehmend unzufrieden, insbesondere mit der ständigen politischen Entmündigung. Rainer Mohn, der seit 1972 im Organisations- und Rechenzentrum (ORZ) des VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Schwerin tätig war, beschrieb seine Motive folgendermaßen: Ihn störten die »bis an Gängelei grenzende Einflussnahme« übergeordneter staatlicher Organe auf betriebliche Arbeitsprozesse sowie die »auf Kleinlichkeiten orientierte Einflussnahme der Partei« bei der Auswahl und Absetzung von Führungspersonal. Dieser Eindruck verstärkte sich noch, nachdem er im April 1984 die Leitung des ORZ übernahm.<sup>457</sup> Als er im November 1985 den Auftrag erhielt, mit seinen Mitarbeitern Gespräche über die Einschränkung von West-Kontakten zu führen, war für ihn eine Grenze überschritten

und er stellte einen Ausreiseartrag. Daraufhin wurde er von seiner Leitungsfunktion entbunden. Seine Frau machte als Abteilungsleiterin Verkauf in einer Schweriner Buchhandlung ähnliche Erfahrungen. Beide waren auch besorgt darüber, dass ihre Kinder wegen ihrer »christlichen Auffassungen und Aktivitäten« in der Schule zunehmend Diskriminierungen ausgesetzt waren.<sup>458</sup> Hinzu kamen »materielle Erwägungen, insbesondere die Wohnung [...] betreffend«.<sup>459</sup> In ihrem offiziellen Ausreiseartrag stellten die Eheleute Mohn indes das Motiv der Familienzusammenführung in den Vordergrund, da die Eltern von Hannelore Mohn ebenfalls in die Bundesrepublik übersiedeln wollten.<sup>460</sup>

Der Ausreiseartrag war Anlass für das MfS, gegen die beiden eine operative Personenkontrolle einzuleiten. Bis zu 19 IM berichteten in der Folgezeit über das Ehepaar, seine Post wurde kontrolliert und das Telefon abgehört. Auf diese Weise konnte die Geheimpolizei u. a. ermitteln, dass die Mohns Kontakte zu anderen Ausreisewilligen sowie zu bereits in die Bundesrepublik übergesiedelten ehemaligen DDR-Bürgern unterhielten. So trafen sie sich u. a. regelmäßig mit anderen Antragstellern im Restaurant des Hotels »Stadt Schwerin«.<sup>461</sup> Dabei gelang es Rainer Mohn, mit dem Sprecher einer zur selben Zeit im Restaurant anwesenden CDU-Delegation aus Wuppertal Kontakt aufzunehmen, die sich dort zur Anbahnung einer Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und Schwerin aufhielt.<sup>462</sup>

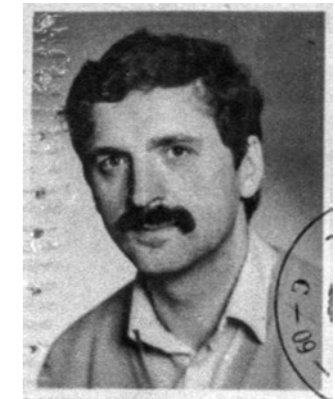
Von offizieller Seite hingegen zeigte sich keine Reaktion: Auf seinen Ausreiseartrag vom November 1985 erhielt das Ehepaar ebenso wenig eine Antwort wie auf die zahlreichen Folgeanträge, die es in den nächsten Monaten stellte. Auch mehrere persönliche Vorsprachen bei der Abteilung Inneres des Rates der Stadt Schwerin blieben ohne Ergebnis. Um sich aus dem daraus resultierenden »Gefühl der Ohnmacht, des Gefangenseins« zu befreien, entschloss sich Hannelore Mohn in Absprache mit ihrem Mann zum Anbringen des »A«. Sie wollte, so gab sie in einer Vernehmung an, dadurch öffentlich dokumentieren, »dass wir hier nicht mehr leben wollen«. Dass sie mit dieser Aktion zugleich eine staatliche Reaktion provozieren wollte, bestritt Hannelore Mohn jedoch.<sup>463</sup>

Diese folgte dennoch auf dem Fuße: Drei Tage nach der Anbringung bemerkte ein MfS-Offizier das »A«<sup>464</sup> und noch am selben Tag, dem 17. November 1986, wurden

die Eheleute festgenommen, ihre Kinder wurden in die Obhut der Großeltern gegeben. Zwar wurde der Haftbefehl gegen Rainer Mohn knapp einen Monat später aufgehoben, da sich herausgestellt hatte, dass seine Ehefrau die »Tat« allein begangen und er seine Beteiligung nur vorgegeben hatte, um sie zu entlasten.<sup>465</sup> Doch leitete die Staatsanwaltschaft umgehend ein neues Ermittlungsverfahren mit Haft gegen ihn ein, diesmal wegen des Verdachts auf »ungesetzliche Verbindungsaufnahme« gemäß § 219 StGB der DDR.<sup>466</sup> Als solche wurde die Übermittlung von Informationen über ihr Ausreisearsuchen an einen bereits übergesiedelten Freund betrachtet, die dieser an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen weitergeleitet hatte.<sup>467</sup> Am 22. Januar 1987 erhob die



> Hannelore Mohn während ihrer Einlieferung in die MfS-Untersuchungshaft Schwerin. 17.11.1986  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Bd. 2, Bl. 124



> Rainer Mohn, Passbild. Vor 1989  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, GA, Bd. 1, Bl. 122



Bezirksverwaltung  
für Staatssicherheit Schwerin  
Untersuchungsabteilung

BSTU  
000010

Schwerin, den 17. 11. 86

## Verfügung

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen ~~den~~/die

Name MOHN, geb. BACHLER

Vorname Hannelore, Elfriede

geboren am 19. 10. 1950 in Warin

Beruf Rinderzüchter/  
Bibliothekar zuletzt Abteilungsleiter

Wohnanschrift 2750 Schwerin, Münzstraße 30


aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/~~Erweiterung~~ eines/~~der~~ Ermittlungsverfahrens angeordnet.

**Gründe:**

Die Beschuldigte MOHN ist dringend verdächtig, die staatliche Ordnung durch eine Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit angegriffen zu haben.

Am 14. 11. 1986 stellte die Beschuldigte zusammen mit ihrem Ehemann ein ca. 25 cm großes A als Symbol für die beabsichtigte Ausreise in die BRD her und befestigte es in einem zur Straßenseite befindlichen Fenster der Wohnung. Mit dieser öffentlichkeitswirksamen Demonstrativhandlung wollten sie die staatlichen Organe zur Genehmigung ihrer beantragten Ausreise in die BRD veranlassen.

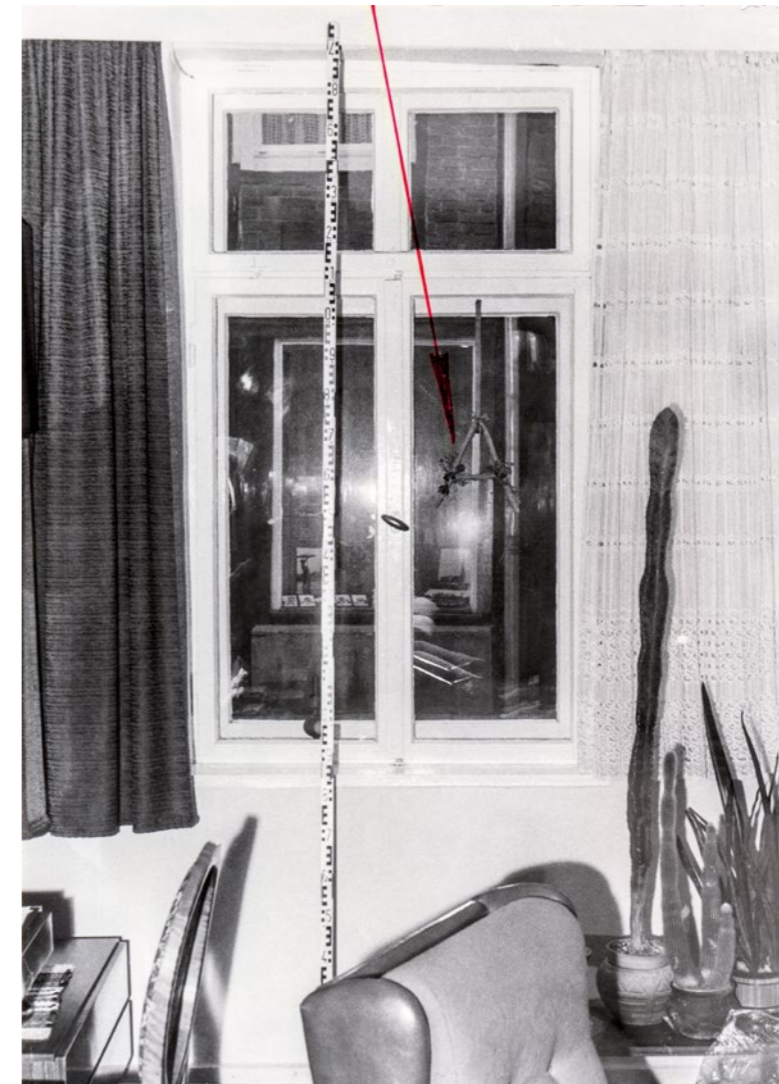
strafbar gemäß §§ 214 Abs. 1 und 3, 22 Abs. 2 Ziff. 2 StGB

  
 North  
 Generalmajor  
 Leiter des Untersuchungsorgans

\*) Nichtzutreffendes streichen

Form 502

> Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Hannelore Mohn. 17.11.1986  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Teil 2, Bl. 10



> Stasi-Beweisfoto des ausgehängten »A« in der Wohnung der Familie Mohn. 17.11.1986  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Bd. 2, Bl. 61

Staatsanwaltschaft des Bezirks Schwerin Anklage gegen Rainer und Hannelore Mohn, knapp einen Monat später fällte das Kreisgericht Schwerin-Stadt das Urteil: Rainer Mohn wurde wegen »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme« zu einem Jahr und sechs Monaten, seine Frau Hannelore wegen »Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit« zu neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt.<sup>468</sup> Im Juli desselben Jahres wurden die Eheleute aus der Haft entlassen, ihre Reststrafe wurde jeweils zur Bewährung ausgesetzt.<sup>469</sup> Das Ehepaar wurde freigekauft und am 8. Juli 1987 aus Karl-Marx-Stadt von einem bundesdeutschen Bus abgeholt und nach Gießen gebracht. Ein knappes Jahr nach der Wiedervereinigung schließlich – gut vier Jahre nach ihrer Verurteilung – wurden Hannelore und Rainer Mohn vom Bezirksgericht Schwerin vollständig rehabilitiert.

Zur Begründung hieß es, dass alle Handlungen, die den Eheleuten vorgeworfen worden waren, lediglich begangen wurden, um die Genehmigung der »Ständigen Ausreise« zu erreichen, und dass die Mohns sich dabei »ausschließlich friedlicher Mittel« bedient hätten.<sup>470</sup>

Hannelore und Rainer Mohn gehörten zu den Zehntausenden von DDR-Bürgern, die in den 1970er- und 1980er-Jahren einen Antrag auf ständige Ausreise in die Bundesrepublik stellten. Die Entspannungspolitik, auf die sich die DDR seit Mitte der 1970er-Jahre einließ, um internationale Anerkennung zu erhalten, zwang das SED-Regime dazu, Ausreiseanträgen in manchen Fällen stattzugeben – obwohl diese in der Regel weiterhin als »illegal« eingestuft und viele Antragsteller krimi-



nalisiert wurden. Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 war die Flucht- und Übersiedlungsbewegung gen Westen, die seit der Gründung der DDR ein Dauerproblem der SED gewesen war, für über ein Jahrzehnt fast gänzlich zum Erliegen gekommen, da nun jeder Fluchtversuch mit einer Gefahr für Leib und Leben verbunden war.<sup>471</sup>

Mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen im September 1973 hatte die DDR-Regierung die UN-Charta und damit die allgemeinen Menschenrechte anerkannt, zu denen die Freizügigkeit gehörte. Auch hatte die DDR-Regierung am 1. August 1975 die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Im sogenannten »Korb III« der Schlussakte hatten die Unterzeichnerstaaten ihre Absicht bekundet, Reise- und Kontaktmöglichkeiten über die Grenzen hinweg zu verbessern und die Zusammenführung von Familien zu erleichtern. Für SED-Generalsekretär Erich Honecker stellten die Aufnahme der DDR in die UNO und auch der KSZE-Prozess lang ersehnte außenpolitische Erfolge dar.

Doch hatten diese Erfolge eine innenpolitische Kehrseite: Denn auf die UN-Charta und die KSZE-Schlussakte beriefen sich in der Folgezeit immer mehr Bürger der DDR und stellten Anträge auf dauerhafte Ausreise. Waren es im Jahr 1974 »nur« 7 000 Menschen, die einen solchen Antrag stellten, wurden in den Jahren 1975 und 1976 jeweils 20 000 Ausreisearträge gezählt und die Zahlen stiegen in den folgenden Jahren weiter.<sup>472</sup> Das MfS sah diese Entwicklung mit Sorge und schuf deshalb noch 1975 die »Zentrale Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung« – auf Bezirksebene wurden entsprechende »Bezirkskoordinierungsgruppen« gebildet. Die »Zurückdrängung« von Übersiedlungsersuchen wurde von nun an zu einer der wichtigsten Aufgaben der Stasi. Dies galt auch für die MfS-Bezirksverwaltungen im Norden der DDR, obwohl die Zahl der Ausreiseartragssteller in Schwerin, Rostock und Neubrandenburg weit unter dem DDR-Durchschnitt lag.<sup>473</sup>

Gemeinsam mit anderen staatlichen Institutionen und dem Betrieb, in dem der Antragsteller beschäftigt war, »bearbeitete« die Stasi die Betroffenen mit dem Ziel der »Rückgewinnung«. So kam es etwa zu arbeitsrechtlichen und disziplinarischen Konsequenzen. Manche

Antragsteller erhielten die fristlose Kündigung, andere wurden degradiert oder von Leitungsfunktionen entbunden. Vorgesetzte führten mit ihnen Disziplinierungsgespräche. Hinzu kam der Versuch, die Antragsteller auch sozial zu isolieren: Der Ausschluss von Betriebsausflügen und anderen sozialen Zusammenkünften innerhalb der Betriebe war keine Seltenheit. Die Antragsteller fühlten sich häufig schikaniert, unter Druck gesetzt und isoliert.<sup>474</sup> Viele, die entlassen wurden oder dem Druck nicht standhielten, suchten sich Nischen. Die letzte Möglichkeit, die blieb, war häufig ein kirchlicher Arbeitgeber.

Eine weitere Schikane war der Entzug des Personalausweises, der den Antragstellern jegliche Reisemöglichkeit nahm. Die anstelle des Personalausweises ausgehändigte »Pass- und Meldebescheinigung 12«, die als Ersatz beispielsweise bei Bankgeschäften vorgelegt werden musste, stigmatisierte deren Besitzer und stellte ihn »für jedermann erkennbar ins gesellschaftliche Abseits«.<sup>475</sup> Auch warb das MfS im privaten Umfeld von Antragstellern inoffizielle Mitarbeiter an. Dies geschah nicht nur, um an Informationen zu gelangen, sondern in manchen Fällen auch, um die Betroffenen psychisch unter Druck zu setzen: »Zersetzen« nannte das MfS diese Methode. Es wurden Gerüchte gestreut, z. B. dass der Verlobte in der Bundesrepublik, zu dem man ausreisen wollte, bereits eine Partnerin habe. Bei anderen Antragstellern wurde verbreitet, dass sie selbst mit dem MfS zusammenarbeiteten. Betriebsleitungen oder Parteigruppen setzten Freunde und Kollegen unter Druck, den Kontakt zu den Antragstellern abzubauen und sich zu distanzieren, aus Sportvereinen wurden Antragsteller ausgeschlossen. Die Folge war häufig eine völlige soziale Isolation, die nur schwer zu ertragen war. Umso wichtiger waren Zusammenkünfte und die Solidarisierung mit anderen Antragsstellern, die sich in einer ähnlichen Situation befanden.

Eine weitere Maßnahme gegen Ausreiseartragsteller bestand darin, ihnen »kriminelle Handlungen« unterschiedlicher Art nachzuweisen. Das Strafrecht der DDR mit seinen zahlreichen dehnbaren Paragrafen bot dazu gute Voraussetzungen. Nahmen Antragsteller etwa Kontakt zu Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder zu westdeutschen Institutionen wie dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen auf, konnte dies als »staatsfeindliche Verbindung« (§ 100 StGB) oder »ungesetzliche

Verbindungsaufnahme« geahndet werden – wie im Fall von Rainer Mohn. Wer seinem Ausreisearliegen wiederholt Nachdruck verlieh oder gar öffentlichkeitswirksame Aktionen wagte – wie Hannelore Mohn mit dem Anbringen des »A« im Fenster –, konnte wegen »Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit« belangt werden. Übten die Antragsteller Kritik an DDR-Institutionen und ihrem Handeln, galt dies als »öffentliche Herabwürdigung« (§ 220 StGB).<sup>476</sup> Nicht wenige Antragsteller landeten aus diesen oder ähnlichen Gründen in Haft. Dann bestand nur noch die Hoffnung, von der Bundesrepublik freigekauft zu werden und danach die DDR verlassen zu können.

---

*»Dabei sollte die rote Farbe des »A« Freiheit bedeuten und die grünen Blätter der Buchsbaumzweige die Hoffnung symbolisieren.«<sup>477</sup>*

---

Der Erfolg aller dieser behördlichen Maßnahmen blieb aufs Ganze gesehen aber begrenzt. Es gelang nur in Einzelfällen, Ausreisewillige durch Druck und Zermürbungstaktiken zur Rücknahme ihres Antrags zu bewegen. In den meisten Fällen wurde das Gegenteil erreicht: Die repressiven Maßnahmen führten zu einer Verhärtung bei den Betroffenen. Sie sahen sich in ihrer ablehnenden Haltung durch die willkürlichen und unberechenbaren Maßnahmen der staatlichen Stellen bestätigt. Auch war ihnen bewusst, dass sie nach einer Rücknahme des Antrags auf unabsehbare Zeit unter verschärfter Beobachtung stehen würden und dass eventuell gemachte Zugeständnisse jederzeit wieder zurückgezogen werden konnten.

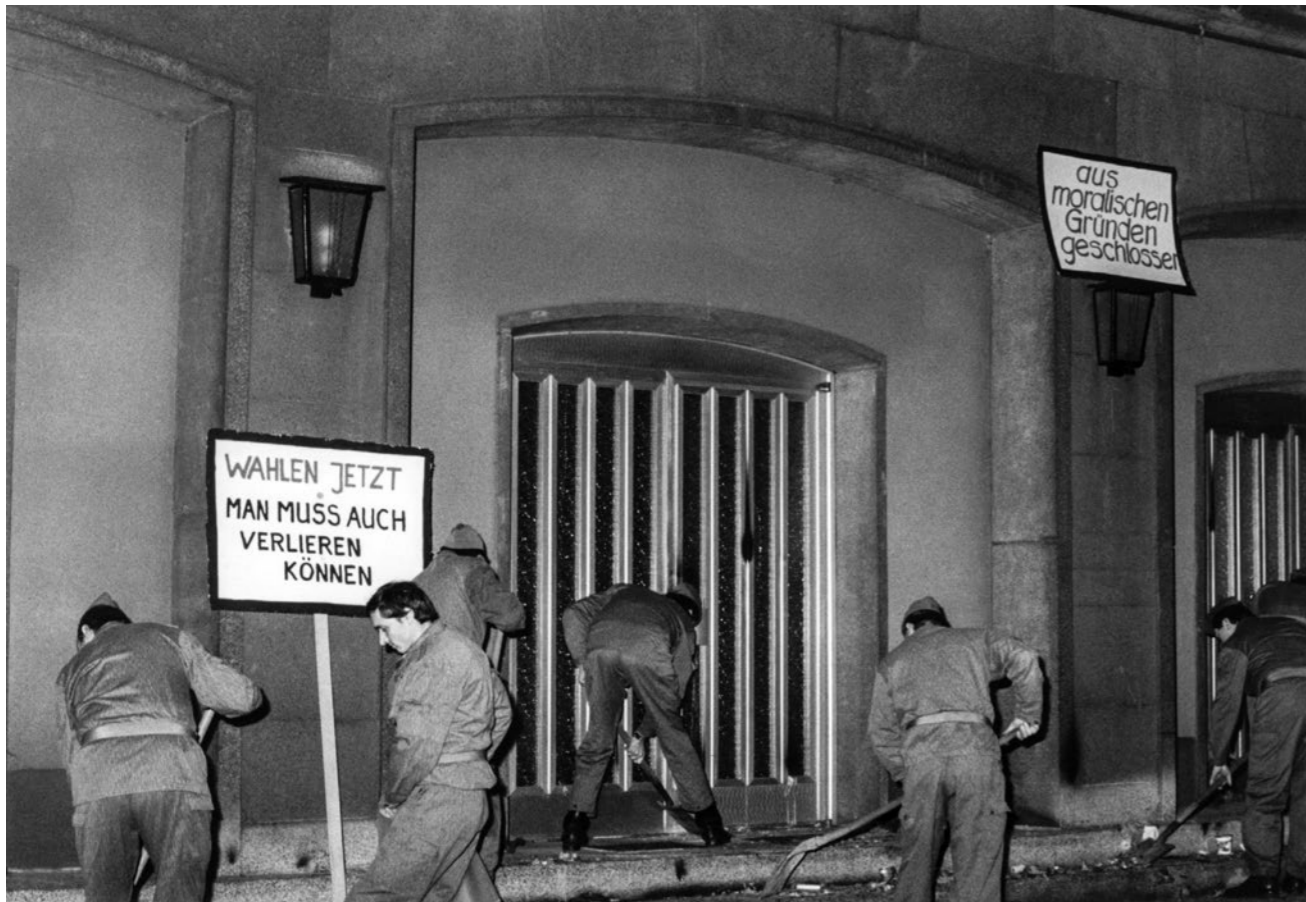
Dieser Misserfolg schlug sich auch in den steigenden Antragszahlen nieder, die im Jahr 1984 mit 57 600 Erstanträgen einen ersten Höhepunkt erreichten. Die SED-Führung stand der Ausreisebewegung zunehmend hilflos gegenüber. Sie versuchte es mit einem Befreiungsschlag: Im Jahr 1984 wurde 35 000 Antragstellern die Ausreise in die Bundesrepublik ermöglicht (in den Vorjahren waren es jeweils um die 10 000 Genehmigungen gewesen). Die großzügige Gewährung von Ausreisen war eine Bedingung für die Gewährung eines Milliardenkredits durch die Bundesrepublik, auf diese Weise sollte aber auch »Druck aus dem Kessel« genom-

men und die innenpolitische Situation der DDR entspannt werden. Doch statt der erhofften Ventilfunktion entfaltete diese Maßnahme eine Sogwirkung: Ermutigt durch die hohe Anzahl von Genehmigungen stellten noch mehr Menschen einen Antrag auf Ausreise.

Dem Dilemma, dass sowohl erleichternde als auch repressive Maßnahmen zu einer Verstärkung der Ausreisebewegung führten, entkam die SED-Führung bis zum Ende der DDR nicht mehr. Die Zahl der gestellten Anträge stieg von 53 000 im Jahr 1985 über 105 000 im Jahr 1987 bis auf 125 000 allein in der ersten Hälfte des Jahres 1989. Tatsächlich ausreisen konnten 1988 gut 25 000 DDR-Bürger, von Januar bis Juni 1989 noch einmal knapp 35 000.<sup>478</sup> Die Fluchtwelle über Ungarn sowie die Erzwingung von Ausreisen mittels Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau und Budapest führten in Verbindung mit den Protesten im Innern schließlich innerhalb weniger Monate zum Fall der Mauer und zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft.

HBi





> Woche für Woche fertigte die Rostocker Staatssicherheit Bilddokumentationen zu den Demonstrationen. Hier räumen die hauptamtlichen Mitarbeiter Kerzen und Transparente vor der Bezirksverwaltung fort. 9.11.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1534, Bl. 11, Bild 9

## Die Friedliche Revolution und die Auflösung der Stasi im Norden

Ende der 1980er-Jahre wuchsen Unmut und Unzufriedenheit in der Bevölkerung der DDR. Immer mehr Bürgerrechtsgruppen bildeten sich und forderten Reformen im Land. Bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 war es kritischen DDR-Bürgern zum ersten Mal gelungen nachzuweisen, dass das Regime Wahlfälschung betrieb. Auch in Rostock hatten sich Gruppen formiert, um die Stimmzettelauszählung zu beobachten. Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) hatte in 19 Wahllokalen die Stimmenauszählung kontrolliert.

Ab September 1989 fanden in Leipzig die ersten »Montagsdemonstrationen« im Anschluss an ein Friedensgebet statt. Am 7. Oktober, zum 40. Jahrestag der DDR,

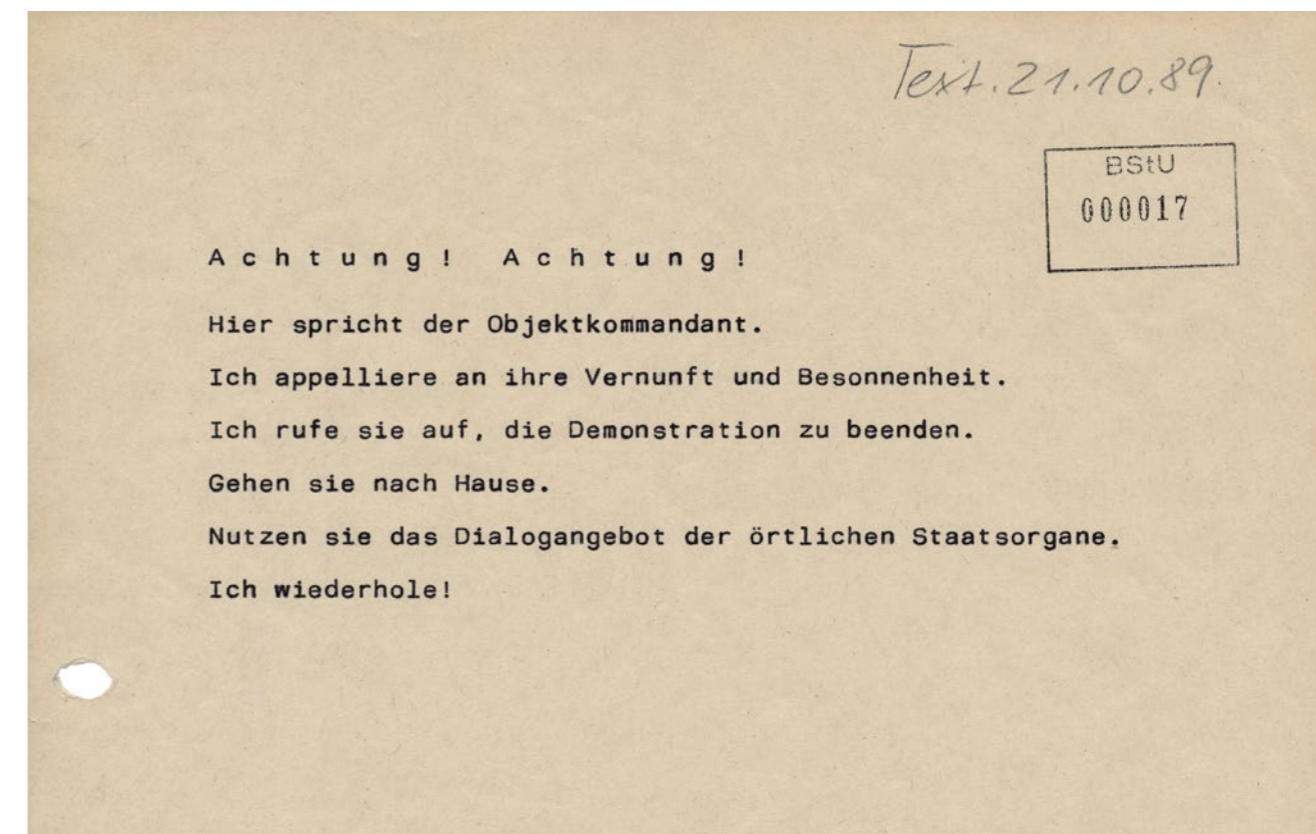
hatte sich die Demonstrationswelle auf viele Städte im Süden des Landes ausgebreitet. Der Protest wurde von Volkspolizei und Staatssicherheit mit Gewalt niedergeschlagen, etliche Teilnehmer verhaftet.<sup>479</sup>

Die evangelische Kirche bot für viele Andersdenkende und Systemkritiker ein Dach für offene Diskussionen und Schutz vor Verfolgung. Auch in den Nordbezirken spielten viele Geistliche eine entscheidende Rolle bei der Formierung einer Opposition. Darunter befand sich auch der gebürtige Meißner Christoph Kleemann (1944–2015). Ab 1976 war er als Studentenfarrer in Rostock tätig und wechselte 1986 als Pastor nach Dobbertin.

Als Studentenfarrer organisierte Kleemann Gesprächsabende in der ESG und leitete den Arbeitskreis »Erziehung zum Frieden«. Er machte keinen Hehl aus seiner

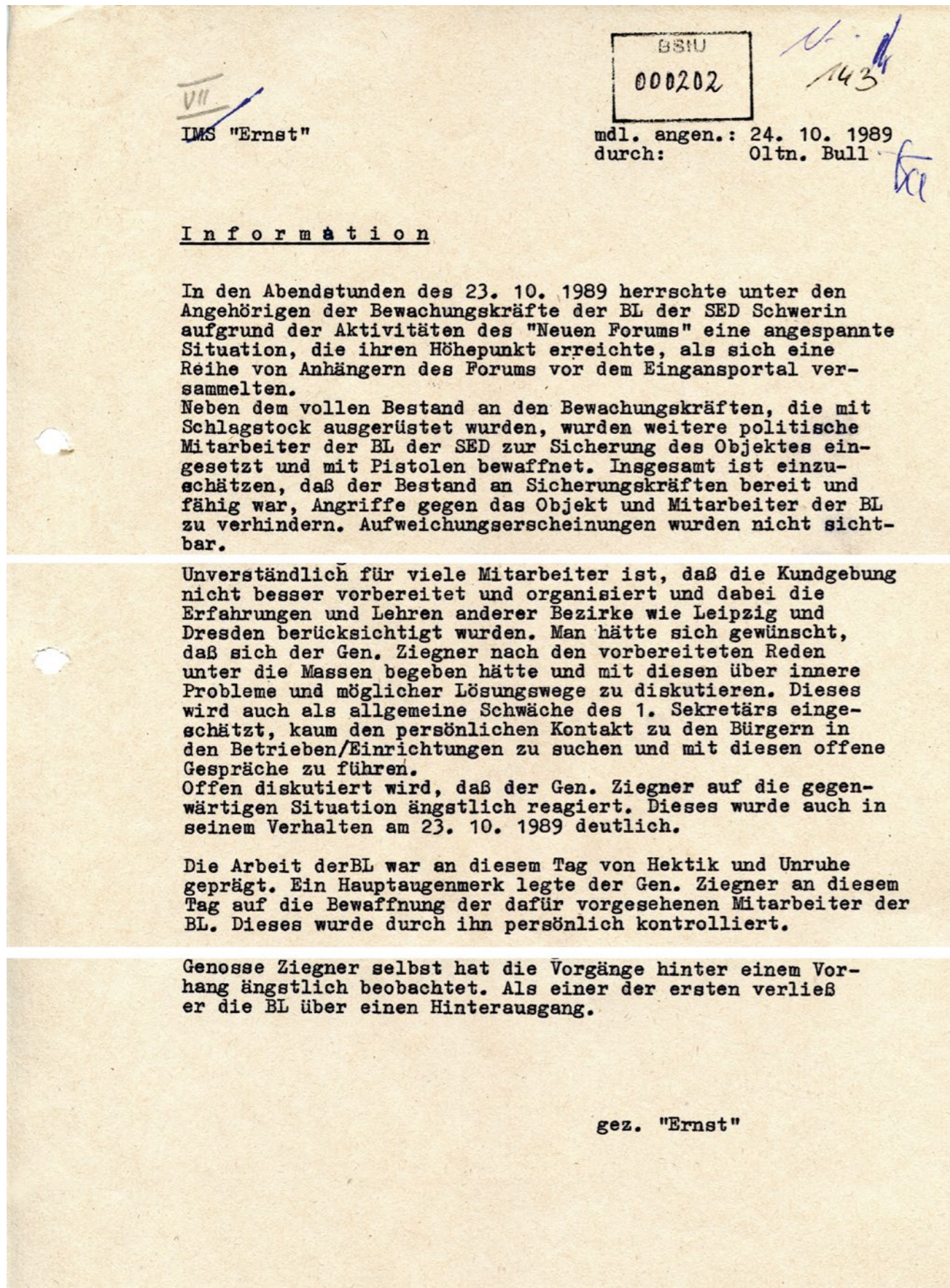
kritischen Haltung und bezeichnete den Marxismus als »Ersatzreligion«.<sup>480</sup> Er engagierte sich gegen den Wehrunterricht oder die Popularisierung von Militärspielzeug. Schnell geriet Kleemann ins Visier der Staatssicherheit. Die Abteilung XX der BV Rostock (S. 148) legte den OV »Luzifer« an und entfaltete ihr ganzes Repertoire an Überwachungsmaßnahmen. Seine Post wurde kontrolliert und die Wohnung verwanzt. Die Stasi führte mit ihm disziplinierende Aussprachen, um ihn einzuschüchtern. Als er nach Dobbertin wechselte, übernahm die KD Lübz (S. 153) den Vorgang und vermerkte: »Kleemann gehörte zu den Pastoren in Rostock, die die meisten Schwierigkeiten bereiten.«<sup>481</sup> Die Stasi verbuchte seinen Wegzug aus Rostock als eigenen Erfolg. Ursache waren jedoch eher innerkirchliche Konflikte. Kleemann lebte nach einer Scheidung in einer Beziehung, hatte jedoch nicht vor, erneut zu heiraten. Dadurch verlor er die Rückendeckung der dortigen Kirchenleitung, die ihm nahelegte, das Amt zu wechseln.

Im Herbst 1989 war Kleemann im Süden der DDR unterwegs. Dort konnte er beobachten, wie sich Bürgerrechtler organisierten, um für Veränderungen im Land einzutreten. In Rostock begab er sich auf die Suche nach Gleichgesinnten und traf auf Dietlind Glüer (Jg. 1937), die ihrerseits Kontakte zu weiteren Oppositionellen aufnahm sowie zu Kirchenleuten wie dem Rostocker Pastor Joachim Gauck (Jg. 1940). So entstand allmählich die Regionalgruppe des »Neuen Forums« (NF). Die Kirchenleitung stellte Kleemann frei und er wurde zum führenden Mitglied des NF. Er war eher für das Organisatorische als für die Inhalte zuständig. In der Rückschau unterstreicht er, dass innerhalb des NF unterschiedliche Meinungen über Veränderungen in der DDR herrschten.<sup>482</sup> Das NF war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Seine Mitglieder forderten eine Diskussion mit der SED und die Behebung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR.



> Aufruf durch Lautsprecher vor der Bezirksverwaltung der Stasi in Rostock. 21.10.1989  
BArch, MfS, BV Rostock, AGL, Nr. 16, Bd. 1, Bl. 17





> IM »Ernst« gibt die Stimmung bei der SED-Gegendemonstration in Schwerin wieder. 24.10.1989  
BArch, MfS, BV Schwerin, AIM 922/89, BL 202 f. (Ausschnitte)

Der Funke der Friedlichen Revolution sprang erst später auf die Nordbezirke über. Bei der Gründung des »Neuen Forums« am 9. September 1989 in Grünheide bei Berlin war der Crivitzer Martin Klähn (Jg. 1959) der einzige Vertreter aus dem Norden. Er verteilte nach seiner Rückkehr aus Berlin den Aufruf des »Neuen Forums« in seinem Betrieb, sammelte Unterschriften und beantragte gemeinsam mit Uta Loheit (Jg. 1959) die Zulassung des NF in Schwerin, die zunächst vom Rat des Bezirkes abgelehnt wurde.<sup>483</sup> Demonstrationen begannen in Mecklenburg-Vorpommern erst ab Mitte Oktober, zunächst am 16. Oktober in Waren, zwei Tage später in Neubrandenburg und Greifswald und schließlich am 19. Oktober in Rostock.<sup>484</sup>

*BV-Leiter Mittag: »Wir dürfen nicht schießen [...] Auch wenn bei den Beschimpfungen unser Herz blutet und der Finger juckt.«<sup>485</sup>*

Die Demonstrationen verliefen weitgehend friedlich. Nach dem 9. Oktober in Leipzig, wo 70 000 Menschen auf die Straße gingen, gab es DDR-weit die Anweisung an die Sicherheitsorgane, auf Gewalt zu verzichten. Dies führte aber bei nicht wenigen hauptamtlichen Mitarbeitern zu Unverständnis. Ein Offizier der BV Rostock hielt beispielsweise folgende Fragen in seinem Arbeitsbuch fest: »Welches Konzept haben wir bei dem Kampf um die Macht? Warum wird nicht gegen die Köpfe vorgegangen? Warum wird zugesehen?«<sup>486</sup> Die Staatssicherheit setzte eher auf Überwachung und Einschüchterung einzelner Oppositioneller. Während der Demonstrationen nahm sie eine »Zuschauer-Rolle« ein: Sie observierte, fotografierte und dokumentierte.

Die SED beharrte trotz all ihrer Schwächeerscheinungen auf ihrem Machtanspruch. Sie setzte auf einen Scheindialog mit den Bürgerrechtlern und hoffte auf ein Abklingen der Oppositionsbewegung. Doch ihre Pseudozugeständnisse kamen für die Bevölkerung zu spät, wie eine Diskussion in der LPG Prenzlau deutlich macht: »Warum wurde die Misere nicht vorher erkannt? Wer vor 4 Wochen diese Dinge angesprochen hat, wurde noch »fertiggemacht«; heute wird alles unter »Dialog« verbucht. Der Erkenntnisprozess der Partei kam viel zu spät.«<sup>487</sup>

In Schwerin rief das NF für den 23. Oktober zur ersten Demonstration auf. Zehntausende Menschen strömten auf die Straßen. Die SED beschloss, eine Gegendemonstration zu organisieren, die als Testlauf für weitere solche Kundgebungen in der DDR gelten sollte. »Zuverlässige« SED-Anhänger aus dem ganzen Bezirk wurden mit Bussen nach Schwerin gebracht. Stasi und Volkspolizei kontrollierten Straßen, Plätze und öffentliche Verkehrsmittel. Doch es gelang den Sicherheitskräften nicht, die SED-Aktion »abzusichern«. Bürgerrechtler fühlten sich noch mehr angespornt, störten die Gegendemonstration und hielten ihre eigenen Plakate hoch, auf denen beispielsweise »freie Wahlen« oder »»Neues Forum« zulassen« stand. Die Gegendemonstration endete für die SED katastrophal, wie aus verschiedenen IM-Berichten hervorgeht. IM »Horst Rauch« berichtete über die SED-Kundgebung auf dem Alten Garten, dass sich der 1. Sekretär der Bezirksleitung Heinz Ziegner »von oben herab« gezeigt habe, keine konkreten Aussagen machen wollte und ausgebuht worden war. Über die vagen Kundgaben Ziegners urteilte der IM: »zusammengefasst – wie immer«.<sup>488</sup>

In Rostock war von Beginn an das Ministerium für Staatssicherheit Ziel der Marschroute und der Sprechchöre der Demonstrationen. »Stasi in die Produktion« und »Stasi raus« skandierte die Menge. Schon bei der ersten Demonstration am 19. Oktober zogen die Menschenmassen am Dienstgebäude der Bezirksverwaltung vorbei. Die Demonstranten stellten Woche für Woche Kerzen und Transparente mit Forderungen vor den Eingang des Gebäudes in der August-Bebel-Straße. Die Stasi ging in Deckung und verdunkelte die Räume. Die Offiziere beobachteten die Demonstration hinter der Gardine, was draußen nicht unbemerkt blieb: »Von einigen Demonstranten fielen dabei solche Äußerungen wie

- »denen geht der Arsch auf Grundeis«
- »die trauen sich nicht heraus«
- »die sind nur stark hinter ihren Mauern« u. ä.

Auf jede Bewegung an den Fenstern des Dienstgebäudes wurde reagiert.«<sup>489</sup>

Ein Höhepunkt der Friedlichen Revolution im Norden war der 9. November 1989. Während die ersten Grenzübergangsstellen in Berlin geöffnet wurden und damit der Fall der Berliner Mauer seinen Anfang nahm, zogen über 40 000 Menschen durch die Rostocker Innenstadt.<sup>490</sup> Eine Woche später, mit der Bildung der neuen





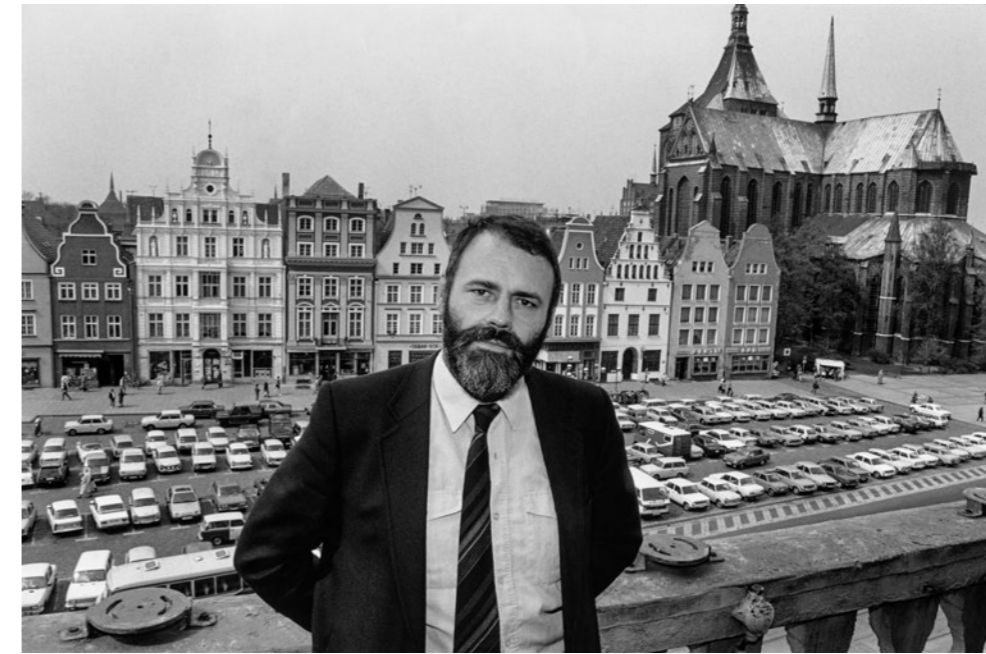
> Besetzung der Stasi-Dienststelle  
in Röbel. 5.12.1989  
Foto: Gerd Köppen



> Asche von verbranntem Papier  
in der Heizungsanlage der Stasi-  
Dienststelle in Röbel. 5.12.1989  
Fotograf: unbekannt

DDR-Regierung unter Egon Krenz, wurde die Staatssicherheit in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt: ein Versuch, sich an die neuen Zeiten anzupassen, ohne einen ernsthaften Reformprozess in Gang zu setzen. DDR-weit rauchten Tag und Nacht Schornsteine, um Spuren des Überwachungsstaates zu beseitigen. Auch in den Nordbezirken ahnten etliche Bürger, dass das AfNS gerade dabei war, Akten zu vernichten. Die Besetzung von Dienstobjekten der Stasi begann am 2. Dezember in Kavelstorf, als Bürgerrechtler den Zutritt zu einem geheimen Waffenlager verlangten. Am 4. Dezember wurde ab 15.00 Uhr eine »Mahnwache gegen die Vernichtung von Beweis-

mitteln« vor der Stasi-Dienststelle Rostock eingerichtet, wo sich im Laufe des Nachmittags immer mehr Leute versammelten. Die Übergabe des Gebäudes von der Stasi an das »Neue Forum« erfolgte abends um 22.00 Uhr. Beteiligte wie Dietlind Glüer (Jg. 1937), die das Gebäude zum ersten Mal betraten, beschrieben die Stimmung als »gespenstisch«. <sup>491</sup> Einige Vertreter des NF fuhren zu einem weiteren Stasi-Objekt in Waldeck und fanden dort verbrannte Aktenreste. <sup>492</sup> Ebenfalls in den Abendstunden wurde der berühmte Demmlerplatz in Schwerin von Bürgern besetzt. Im Bezirk Neubrandenburg wurde zuerst das Stasi-Kreisamt Röbel von 30 Frauen und Männern besetzt.



> Christoph Kleemann auf dem Balkon des Rostocker Rathauses. 1990  
Foto: Elke Kleemann

Nach dem Mauerfall nahm Christoph Kleemann als Vertreter des NF an Gesprächen mit bundesdeutschen Parteien teil. So war er am Tag der Stasi-Besetzung in Bremen beim Parteitag der CDU: »Ich komme nach Rostock zurück und erfahre, dass die Stasi-Hochburg gefallen ist. Nicht, dass ich eitel wäre, mich unter den Besetzer sehen zu müssen. Aber ich hatte im Laufe der Jahre passiv so viel mit dem MfS zu tun [...] Ich wäre gern am Ort des Geschehens und dabei gewesen.« <sup>493</sup> Kleemann engagierte sich auch stark bei der Gründung und Herausgabe der Zeitung »Plattform«, die vom NF als unabhängiges Blatt zum ersten Mal Ende Dezember 1989 in Rostock herausgegeben wurde. <sup>494</sup>

Christoph Kleemann nahm aktiv am Runden Tisch in Rostock teil und diskutierte mit über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Im März 1990 wurde er amtierender Oberbürgermeister der Stadt Rostock und anschließend Bürgerschaftspräsident. Auch hier machte er keinen Hehl daraus, dass die Demokratisierung eine große Herausforderung war: »Als ich von einem auf den anderen Tag zum Verwaltungsleiter einer damals noch Viertelmillionenstadt berufen wurde, holte mich die nackte Angst ein [...]«. <sup>495</sup> Noch Jahre nach der Wiedervereinigung widmete er sich den Themen Staatssicherheit und Aufarbeitung. Von 1999 bis 2009 war er Leiter der Außenstelle Rostock der Stasi-Unterlagen-Behörde.

Die Nordbezirke haben im Prozess der Friedlichen Revolution keine Vorreiterrolle übernommen. Erst nach den großen Demonstrationen in den Südbezirken der DDR machten auch die Bürger im Norden ihren Protest sichtbar. Sie trauten sich, auf die Straße zu gehen, und Veränderungsprozesse wurden in Gang gesetzt. Joachim Gauck sagte dazu: »Selbstverständlich gilt in Mecklenburg immer noch, was schon der alte Bismarck gesagt hat, dass alles ein bisschen später kommt. Das wird auch so bleiben. Meine Landsleute neigen dazu, die Dinge nicht zu überstürzen.« <sup>496</sup>

ECa



## Anmerkungen

- 1 Name geändert; Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten, 26.10.1984; BArch, MfS, BV Rostock, AU 970/85, GA, Bd. 2, Bl. 49–54.
- 2 Vernehmungsprotokoll des Beschuldigten, 31.10.1984; ebd., Bl. 55–61.
- 3 Urteil gegen den Beschuldigten, 18.01.1985; ebd., Bd. 4, Bl. 24–27.
- 4 Strüber, Hennig: Die letzten Kriegstage im Nordosten. In: [www.ndr.de/kultur/geschichte/Die-letzten-Kriegstage-im-Nordosten](http://www.ndr.de/kultur/geschichte/Die-letzten-Kriegstage-im-Nordosten,russenkriegsende100.html), russenkriegsende100.html (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 5 Müller, Andreas; Röpcke, Andreas (Hg.): Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besetzung 1945 bis 1949, Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition. Bremen 2003, S. 14; vgl. auch Drescher, Anne: Haft am Demmlerplatz. Gespräche mit Betroffenen. Sowjetische Militärtribunale. Schwerin 1945 bis 1953. Schwerin 2004.
- 6 Vgl. Jeske, Natalja: Lager in Neubrandenburg-Fünfeichen 1939–1948: Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht, Repatriierungslager, Sowjetisches Speziallager. Schwerin 2013; Kaminsky, Anne (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Bonn 2007, S. 257–259.
- 7 Kraus, Alfred: Erinnerung aus der Arbeit der Volkspolizei 1946 bis 1950, Februar 1977; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 980, Bl. 6–59.
- 8 Zahlen zu hauptamtlichen Mitarbeitern beim MfS – auch die nachfolgend genannten – sind entnommen aus Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 552 f.
- 9 Engelmann, Roger: Aufbau und Anleitung der ostdeutschen Staatssicherheit durch sowjetische Organe 1949–1959. In: Hilger, Andreas u. a. (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Dresden 2001, S. 55–64, hier 55.
- 10 Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 40 f. u. Tantzsch, Monika: Die Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes in der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone – Ursprung und Entwicklung der K 5. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 1998, S. 125–156, hier 142 f. Ebd., S. 151 f.
- 12 Engelmann: Aufbau (Anm. 9), S. 56.
- 13 Bericht des Leiters der Landeskriminalpolizeiabteilung, 2.2.1949; BArch, MfS, AS 1251/67, Bl. 6–10, hier 9.
- 14 Vgl. Köpke, Horst; Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vater ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Rostock 1997; Gerhold, Kirsten: Widerstand und Opposition in der ehemaligen DDR, dargestellt am Beispiel der Oberschüler in Güstrow und der Studenten in Rostock 1949–1953. Kassel 2010.
- 15 Zwischenbericht, 7.7.1950; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 314/50, Bl. 28–33.
- 16 In der Akte variiert die Zahl der Verhaftungen; ebd., Bl. 143–145, 24–26.
- 17 Vernehmungsprotokoll, 8.7.1950; ebd., Bl. 93–95, hier 94.
- 18 Vgl. <http://teehaus-trebbow.de/projekte/2012/tafeln.html> (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 19 Vernehmungsprotokoll, 26.6.1953; BArch, MfS, BV Rostock, AU 74/53, HA Bd. 1, Bl. 33–35, hier 33.
- 20 Vernehmungsprotokoll, 19.6.1953; ebd., Bl. 29–32.
- 21 Protokoll, 17.6.1953; ebd., Bl. 56.
- 22 Ebd.
- 23 Situationsbericht von Groß-Berlin und der Republik vom 18.6.1953 von 0.00 bis 12.00 Uhr [Meldung Nr. 5/53]; [www.ddd-im-blick.de](http://www.ddd-im-blick.de) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 24 Zusammenfassender Bericht über die Ereignisse am 17. und 18. Juni 1953 in der Bezirksverwaltung Rostock, 29.6.1953; BArch, MfS, AS 2/76, Bd. 2, Bl. 6–19, hier 9.
- 25 Haftbefehl, 20.6.1953; BArch, MfS, BV Rostock, AU 74/53, HA, Bd. 1, Bl. 72.
- 26 Beschluss, 30.6.1953; ebd., Bl. 60 f., hier 60.
- 27 Gerhard Bürgel war Ende 1951 von der Staatssicherheit als IM »Ajax« angeworben und beauftragt worden, über die Warnowwerft zu berichten. Die Zusammenarbeit war von kurzer Dauer und wurde wegen der Ereignisse am 17. Juni vom MfS beendet. Danach über-
- wachte ihn die BV Rostock jahrelang und umfassend, da er als Elektriker in Objekten der NVA arbeitete. Vgl. BArch, MfS, BV Rostock, AOP 1272/71.
- 28 Vgl. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/154325/der-weg-in-die-krise> (letzter Aufruf 18.6.2018).
- 29 Betreff: Neptunwerft, 18.6.1953; BArch, MfS, AS 2/76, Bd. 1, Bl. 24–26.
- 30 Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 177 f.
- 31 Bericht über die Lage in der Landwirtschaft, 20.6.1953; BArch, MfS, SdM, Nr. 249, Bl. 139–147.
- 32 Kowalczuk: 17. Juni (Anm. 30), S. 177; Vierneisel, Beatrice: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern. Schwerin 2003, S. 10.
- 33 Betreff: Warnowwerft Warnemünde, 18.6.1953; BArch, MfS, AS 2/76, Bd. 1, Bl. 28–31, hier 28.
- 34 Kowalczuk: 17. Juni (Anm. 30), S. 9.
- 35 Vgl. Engelmann, Roger (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2013, S. 12–21.
- 36 Einsatzplan der Bezirksverwaltung Schwerin zur Durchführung der Aktion »Bollwerk«, 11.6.1954; BArch, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400027, Bl. 2–9.
- 37 Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: ND v. 4.3.1956, S. 3 f., hier 4.
- 38 Neue Argumente zum XX. Parteitag der KPdSU (5. Bericht) [Information (Info) M54/56] v. 14.3.1956. In: Bispinck, Henrik (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2016, <http://www.ddd-im-blick.de> (letzter Aufruf 18.6.2019). Hieraus auch alle folgenden zitierten Informationen.
- 39 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht und andere (3. Bericht) [Info M90/56] v. 25.4.1956.
- 40 Neue Argumente zum XX. Parteitag der KPdSU (5. Bericht) [Info M54/56] v. 14.3.1956.
- 41 Stimmung zur Veröffentlichung des Genossen Walter Ulbricht über den XX. Parteitag (1. Bericht) [Info M49/56] v. 6.3.1956. Hieraus auch das folgende Zitat.
- 42 Neue Argumente zum XX. Parteitag der KPdSU (5. Bericht) [Info M54/56] v. 14.3.1956.
- 43 Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (2. Bericht) [Info M88/56] v. 19.4.1956.
- 44 Info 35/56 – Betrifft: Hetze gegen den Genossen Walter Ulbricht (6. Bericht) v. 27.6.1956.
- 45 Info 382/56 – Betrifft: Feindtätigkeit im Gebiet der DDR im Monat November 1956 v. 15.12.1956.
- 46 Info 324/56 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (vom 9.11.1956, 8.00 Uhr, bis 10.11.1956, 8.00 Uhr) v. 10.11.1956.
- 47 Vgl. Eisenfeld, Bernd: Der »17. Juni« – das doppelte Trauma: Machthaber und Opposition. In: Engelmann, Roger; Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953. Göttingen 2005, S. 349–377.
- 48 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 14.5.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 4, Bl. 24–27, hier 24. Zu dem Fall vgl. auch die Darstellung bei Baumann, Christiane: Die Zeitung »Freie Erde« (1952–1990). Kader, Themen, Hintergründe – Beschreibung eines SED-Bezirksorgans. Hg. v. LStU Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2013, S. 34–44.
- 49 Zum im Folgenden skizzierten Werdegang von Siegfried Wilkens siehe Schlussbericht, 30.4.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 1, Bl. 246–254, hier 247–249.
- 50 Name geändert.
- 51 Vgl. hierzu das Protokoll zur Vernehmung, 26.2.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 2, Bl. 99–105.
- 52 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 14.3.1957; ebd., Bl. 66–71.
- 53 Vernehmungsprotokolle Siegfried Wilkens, 4.3.1957 u. 19.3.1957; ebd., Bl. 56–60 bzw. 72–76.
- 54 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 19.3.1957; ebd., Bl. 72–76.

- 55 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 17.4.1957; ebd., Bl. 97 f.
- 56 Dies geht hervor aus dem Protokoll über die außerordentliche Parteiversammlung bei der »Freien Erde« am 22.2.1957; ebd., Bd. 3, Bl. 153–166.
- 57 Damit hatte er nicht einmal Unrecht, denn ebenso wie Wilkens selbst war seine Geliebte als IM für das MfS tätig – ohne aber dass die beiden gegenseitig übereinander berichteten: Er unter dem Decknamen »Fred Walter« (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AIM 56/58) und sie unter »Hans Müller« (BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AIM 1342/88).
- 58 Vernehmungsprotokoll, 5.3.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 3, Bl. 116–119, hier 118.
- 59 Vgl. z. B.: So wütete der faschistische Terror in Ungarn. In: ND v. 6.11.1956, S. 3.
- 60 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 4.3.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/17, Bd. 2, Bl. 56–60.
- 61 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 14.3.1957; ebd., Bl. 66–71.
- 62 Bericht, o. D. (Februar 1957); ebd., Bd. 1, Bl. 17 f.
- 63 Charlotte Steiger hatte gegenüber einer Genossin geäußert, dass sie vor Wilkens »keine Ruhe hätte, besonders dann nicht, wenn er betrunken ist«. Vgl. ebd.
- 64 Protokoll über die außerordentliche Parteiversammlung, 22.2.1957; ebd., Bd. 3, Bl. 153–156.
- 65 Kreisgericht Neustrelitz, Strafsache gegen Siegfried Wilkens, 23.2.1957; ebd., Bd. 2, Bl. 16–19, hier 19.
- 66 Vernehmungsprotokoll Siegfried Wilkens, 17.4.1957; ebd., Bl. 97 f.
- 67 Urteil des Bezirksgerichts Neubrandenburg, 31.5.1957; ebd., Bd. 3, Bl. 194–200. Der Rest der Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Beschluss des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Neubrandenburg, 18.12.1957; ebd., Bd. 4, Bl. 48 f. Seine Rehabilitierung erlebte Wilkens nicht mehr. Sie erfolgte auf Antrag seiner Witwe erst gut zwei Jahre nach seinem Tod. Vgl. Beschluss des Landgerichts Neubrandenburg, Kammer für Rehabilitierungsverfahren, v. 21.9.1992.
- 68 Zur wechselhaften Strafverfolgungs- und -vollzugspraxis in der DDR während und nach der Entstalinisierung vgl. Wunschik, Tobias: Ein Regenmantel für Dertinger. Das instabile »Taufwasser« im Gefängniswesen der DDR 1956/57. In: Engelmann, Roger; Großböling, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 297–325.
- 69 Urteil des Bezirksgerichts Neubrandenburg, 31.5.1957; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 15/57, Bd. 3, Bl. 194–200, hier 200.
- 70 Schlussbericht, 6.6.1953; BArch, MfS, BV Rostock, AU 47/53, HA, Bd. 3, Bl. 225–250.
- 71 Einlieferungsanzeige, 25.3.1953; ebd., HA, Bd. 1, Bl. 38–42.
- 72 Schlussbericht, 6.6.1953; ebd., HA, Bd. 3, Bl. 225–250.
- 73 Staatsanwalt Saß: Verfügung, 24.6.1953; ebd., GA, Bd. 4, Bl. 266 f.
- 74 BArch, MfS, AU 7/60. Vieweg flüchtete in die Bundesrepublik, kehrte jedoch nach einem halben Jahr in die DDR zurück und wurde wegen »Staatsverrats« zu zwölf Jahren Haft verurteilt, durch Gnadenlass aber nach sieben Jahren entlassen. Scholz, Michael F.: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997.
- 75 Leiter der BV an Erich Mielke: Maßnahmen der Bezirksverwaltung Rostock zur Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, 25.2.1960; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 99, Bl. 303–306.
- 76 Zu Neubrandenburg vgl. Pätzold, Horst: Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft. In: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Zur Arbeit der Enquetekommission »Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung«. Bd. V, Schwerin 1997, S. 163–200; zu Schwerin vgl. Krumbach, Kurt u. a.: Wirtschaftliche Entwicklung in den drei Nordbezirken der DDR – Agrarwirtschaft, Agrarpolitik und Lebensverhältnisse auf dem Lande. In: ebd., S. 63–161, hier 82.
- 77 Betr.: »vermutl. negative Äußerungen zur« LPG, 22.3.1960; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 75/61, Bd. 1, Bl. 73. Hieraus auch alle folgenden zitierten Informationen des Briefs.
- 78 [Urteil], 27.9.1961; ebd., Bl. 68–72.
- 79 Austrittserklärungen aus der LPG Typ I, 27.7.1960; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 99, Bl. 24–26.
- 80 Haftbeschluss, 2.7.1960; BArch, MfS, BV Rostock, AU 91/60, HA, Bd. 1, Bl. 6.
- 81 Abt. IX: Sachstandsbericht, 6.7.1960; ebd., Bl. 59.
- 82 »Staatsgefährdende Propaganda und Hetze« wurde mit bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft.
- 83 [Urteil], 7.11.1960; BArch, MfS, BV Rostock, AU 91/60, GA/AST, Bd. 3, Bl. 103.
- 84 Austrittserklärungen aus der LPG Typ I, 27.7.1960; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 99, Bl. 24–26.
- 85 Leiter der Instrukteurguppe Oltn. Strüwing: Bericht Betr. Überprüfung der illegalen Abwanderung von 20 Personen aus der Gemeinde Eixen Kr. Ribnitz-Damgarten, in der Zeit vom 19. bis 27.5.1961, 30.5.1961; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 109, Bl. 386. Hieraus auch alle folgenden zitierten Informationen.
- 86 Auszug aus einem Brief, 17.10.1961; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 938/67, Bd. 1, Bl. 77.
- 87 Abschrift eines Briefes, 13.8.1961; ebd., Bl. 28.
- 88 Information der KD Ludwigslust, 12.9.1961; ebd., Bl. 48 f.
- 89 Der Verlauf der Wahlen in der Gemeinde Heidhof, 4.10.1961; ebd., Bl. 61.
- 90 Operativplan, 28.3.1962; ebd., Bl. 86–91.
- 91 Bericht Aktion »Festigung«, 4.10.1961; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 938/67, Bd. 1, Bl. 68–72, hier 71.
- 92 Ebd.
- 93 Auszug aus einem Brief, 17.10.1961; ebd., Bl. 77.
- 94 Information KD Ludwigslust, 10.10.1961; ebd., Bl. 67.
- 95 Wahlberg, Ernst-Jürgen: Erinnerungen für die Zukunft: Geschichten und Geschichte aus dem Norden. In: [www.ndr.de/kultur/geschichte/dasschweigenderoperferoriginal100.pdf](http://www.ndr.de/kultur/geschichte/dasschweigenderoperferoriginal100.pdf) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 96 Abschlussbericht, 26.6.1967; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 938/67, Bd. 1, Bl. 232–236.
- 97 Bennewitz, Inge; Potratz, Rainer: Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente. Berlin 2012, S. 109–112.
- 98 Abschlussbericht zur Aktion »Osten« im Kreis Hagenow, 30.8.1961; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 180/62, Bd. 16, Bl. 236–243, hier 236.
- 99 Ebd., Bl. 240.
- 100 Bennewitz; Potratz: Zwangsausiedlungen (Anm. 97), S. 126.
- 101 Ebd., S. 129; Abschlussbericht zur Aktion »Festigung«, 4.10.1961; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 241, Bl. 188–192, hier 188.
- 102 Bennewitz; Potratz: Zwangsausiedlungen (Anm. 97), S. 132.
- 103 Einschätzung der Lage an der Staatsgrenze-West, 30.9.1961; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 180/62, Bd. 11, Bl. 297–299.
- 104 Brief, o. D.; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 241, Bl. 36.
- 105 Brief, 8.10.1961; ebd., Bl. 22.
- 106 Abschlussbericht zur Aktion »Festigung«, 4.10.1961; ebd., Bl. 188–192, hier 189.
- 107 Gentzen, Udo; Wulf, Karin: »Niemand wusste, wohin wir gebracht werden...«. Zwangsausgesiedelte von 1952 und 1961 berichten über ihr Schicksal. Hagenow u. a. 1993.
- 108 Dokumentation zur Aktion »Festigung« (Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze West), o. D.; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 242, Bl. 1–45, hier 2.
- 109 Einschätzung der Lage an der Staatsgrenze-West, 12. u. 14.10.1961; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 180/62, Bd. 11, Bl. 343–347 u. 348–352.
- 110 Vernehmungsprotokoll, 8.1.1970; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 1, Bl. 187–196.
- 111 Vernehmungsprotokolle, 21.1.1970 u. 27.1.1970; ebd., Bl. 114–125, 130–137; Lebenslauf, 30.1.1971; BArch, MfS, HA I, Nr. 18444, Bl. 161 f.
- 112 Beschluss über die Einleitung des Gruppen-Ermittlungsverfahrens »Herolds«, 19.2.1969; BArch, MfS, AOP 1359/71, Bl. 11–13.
- 113 Beschluss Vorlaufakte-Operativ, 11.7.1969; ebd., Bl. 73–75.
- 114 Verfügung, 6.1.1970; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 1, Bl. 12.
- 115 Abschlussbericht zum OV »Schwätzer«, 28.10.1970; BArch, MfS, AOP 1359/71, Bl. 326–333.
- 116 Urteil, 7.7.1970; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 7, Bl. 59–67.
- 117 Beschwerde über Entscheidung der Abteilung Inneres beim



- Magistrat von Groß-Berlin, 26.6.1971; BArch, MfS, HA IX, Nr. 18444, 153–155, hier 154.
- 118 Beschluss, 12.10.1971; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 836/70, Bd. 8, Bl. 123.
- 119 Vgl. Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Bonn 2008.
- 120 Halbrock, Christian: »Freiheit heißt, die Angst verlieren«. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock. Berlin <sup>2</sup>2015, S. 121–123.
- 121 TASS-Meldung. In: ND v. 21.8.1968.
- 122 Kowalczyk, Ilko-Sascha: »Wer sich nicht in Gefahr begibt ...«. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999, S. 257–274, hier 262.
- 123 Halbrock: Freiheit (Anm. 120), S. 125.
- 124 Urteil, 6.12.1968; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 443/69, Bd. 1, Bl. 431–446.
- 125 ZAIG, Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; zit. nach: Tantscher, Monika: »Maßnahme Donau und Einsatz Genesung«. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten. Berlin 1994, S. 35.
- 126 Zum Titel des Beitrags: Aussage von Schmidt bei der ersten Vernehmung, Telegramm, 26.11.1976; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 578/77, Bd. 1, Bl. 37–42, hier 38; Zur Biermann-Ausbürgerung vgl. Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006.
- 127 Biermann, Wolf: Warte nicht auf bessere Zeiten! Die Autobiographie. Berlin <sup>2</sup>2016, S. 319 f.; Birlhler, Marianne: Biermann in Prenzlau (1976). In: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau (2010) 16, S. 205–214.
- 128 Information über das Auftreten des Wolf Biermann am 11.9.1976 in der Nikolaikirche Prenzlau, o.D.; BArch, MfS, AOP, 11806/85, Bd. 9, Bl. 121–124; Vermerk, 21.9.1976; ebd., Bd. 18, Bl. 125 f.
- 129 Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.): »Die Ausbürgerung«, letzte Änderung September 2008, [www.jugendopposition.de/index.php?id=178](http://www.jugendopposition.de/index.php?id=178) (letzter Aufruf 18.6.2019); Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 361 f.
- 130 Keller, Dietmar; Kirchner, Matthias (Hg.): Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik. Berlin 1991, S. 136 f.
- 131 Walther: Sicherungsbereich (Anm. 129); Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn 2001, S. 45, 63.
- 132 Bericht über negative und feindliche Reaktionen zu Maßnahmen der Regierung gegen Biermann, Havemann und Kunze und Einschätzung des Standes der operativen Bearbeitung und Kontrolle, 2.2.1977; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1479, Bl. 2–48, hier 6.
- 133 Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hg.): »Proteste im ganzen Land, letzte Änderung September 2008, [www.jugendopposition.de/index.php?id=16](http://www.jugendopposition.de/index.php?id=16) (letzter Aufruf 18.6.2019); Grünbaum: Biermann (Anm. 126), S. 24.
- 134 Übersicht zu feindlichen Plänen, Absichten und Aktivitäten im Zusammenhang mit den Vorgängen um Biermann, Havemann und andere feindliche Kräfte, ZAIG, 15.12.1976; BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5525, Bl. 10–94, hier 73 f.
- 135 Siehe Walther: Sicherungsbereich (Anm. 129), S. 88 f.
- 136 Einleitung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausweisung der Person Biermann aus der DDR, 17.11.1976; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. VIII, Nr. 404, Bl. 1–4.
- 137 Abschrift »Schandbeschluss«, 22.11.1976; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 468/77, Bl. 19.
- 138 Die Stasi nahm Geruchsspuren von den Klebestellen des Flugblattes, um diese an den Händen oder Kleidungsstücken verdächtiger Personen abzugleichen.
- 139 Eröffnungsbericht zum Operativvorgang »Verfasser«, 23.11.1976; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 468/77, Bl. 12–16.
- 140 Sofortmeldung. Zur Reaktion auf Aberkennung der Staatsbürgerschaft Biermann, 22.11.1976; ebd., Bl. 45.
- 141 Bericht über Sondertreff mit dem IMS »Walter Schröder«, 23.11.1976; ebd., Bl. 49.
- 142 Expertise zu einer Schreibmaschinenschrift, 26.11.1976; ebd., Bl. 189.
- 143 Schmidt, Helmuth; Weischer, Heinz: Zorn und Trauer. Als politischer Gefangener in Zuchthäusern der DDR. Essen 2006, S. 91.
- 144 Telegramm, 26.11.1976; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 578/77, Bd. 1, Bl. 37–42.
- 145 Urteil, 18.02.1977; ebd., Bl. 252–262; Beschluss, 17.08.1978; ebd., HA, Bl. 73; sowie Schmidt: Zorn (Anm. 143), S. 214–216.
- 146 Schattenberg, Susanne: Perestroika und Glasnost. In: [www.bpb.de/izpb/192793/perestrojka-und-glasnost?p=all](http://www.bpb.de/izpb/192793/perestrojka-und-glasnost?p=all) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 147 Name geändert.
- 148 Aktenvermerk zur OPK »Taxi«, 30.1.1988; BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 712/88, Bl. 263.
- 149 Name geändert.
- 150 BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1124/88.
- 151 Bericht über die Vorkommnisse, 31.3.1988; BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 712/88, Bl. 306.
- 152 Vorschlag gemäß DA Nr. 2/83 des Genossen Ministers, 18.4.1988; ebd., Bl. 328–337.
- 153 Information über Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste der DDR sowie sowjetischer Spielfilme Nr. 24/88, 28.11.1988; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG, Nr. 265, Bl. 54–63, hier 57.
- 154 Bericht über die Befragung der Person, 4.4.1988; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1124/88, Bl. 85–87.
- 155 Ebd., Bl. 98.
- 156 Seine Frau durfte einen Monat später ebenso die DDR verlassen.
- 157 Crome, Erhard; Franke, Jochen: DDR-Bürger und Perestroika. Eine Rekonstruktion unter Verwendung von Stimmungsberichten des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Berliner Debatte Initial 8 (1997) Heft 1/2, S. 155–170, hier 155.
- 158 Information über die Reaktion der Bevölkerung des Bezirkes Schwerin im Zusammenhang mit den Entwicklungstendenzen in den sozialistischen Staaten sowie weitere aktuell-politische Ereignisse Nr. 99/89, 20.7.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, AKG, Nr. 46, Bd. 2, Bl. 58–66, hier 58.
- 159 Die Lage unter der Jugend im Kreis Wismar am 5. Oktober 1988; BArch, MfS, BV Rostock, KD Weimar, Nr. 23, Bl. 1–5, hier 1.
- 160 Information über wesentliche Inhalte der Reaktion der Bevölkerung des Bezirkes Schwerin auf den BRD-Besuch des Genossen Gorbatschow sowie die Ereignisse in der VR China und zum IX. Pädagogischen Kongress der DDR Nr. 85/89, 21.6.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, AKG, Nr. 3, Bl. 21–28, hier 22.
- 161 Erarbeitung von Stimmungsberichten im Zusammenhang mit der Streichung der Zeitschrift »Sputnik«, 25.11.1988; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG, Nr. 1216, Bl. 1.
- 162 Information über Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste der DDR sowie sowjetischer Spielfilme Nr. 24/88, 28.11.1988; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG, Nr. 265, Bl. 54–63, hier 55.
- 163 Vorkommnis Unterschriftensammlung, 28.11.1988; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Parchim, ZMA, Nr. 1886, Bl. 91.
- 164 Spittmann, Ilse: Sozialismus in den Farben der DDR. In: Deutschland Archiv 22 (1989) 3, S. 241–244, hier 241.
- 165 Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin <sup>3</sup>2016, S. 224 f.
- 166 Zu den Zahlen vgl. für hauptamtliche Mitarbeiter Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557; für die inoffiziellen Mitarbeiter vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken (MfS-Handbuch. Hg. BArch). Berlin 2008, S. 754, 801, 839.
- 167 Einleitungsbild zur Eröffnung einer OPK gemäß § 97 StGB, 4.6.1984; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 247/87, Bd. 1, Bl. 7.
- 168 Eröffnungsbericht zum Anlegen des OV »Hirte«, 17.1.1985; ebd., Bl. 10–17, hier 13.
- 169 Bericht über die durchgeführte konspirative Durchsuchung, 4.11.1985; ebd., Bl. 266–270.
- 170 Beobachtungsbericht, 27.2.1984; ebd., Bl. 63 f., hier 63.
- 171 Vgl. ebd., Bd. 2.
- 172 Abschlussbericht, 5.3.1987; ebd., Bd. 1, Bl. 291 f.
- 173 Eröffnungsbericht zum Anlegen des OV »Hirte«, 17.1.1985; ebd., Bl. 10–17, hier 11.

- 174 Vgl. Drescher, Anne u. a.: »Recht muss doch Recht bleiben«. Das Justizgebäude am Schweriner Demmlerplatz in sechs Epochen deutscher Geschichte. Schwerin 1999; Dies.: Haft am Demmlerplatz. Gespräche mit Betroffenen. Sowjetische Militärtribunale Schwerin 1945 bis 1953. Schwerin 2001.
- 175 Ebd., S. 113.
- 176 Hinweis über das Fotografieren des Objektes der BV Schwerin, 19.8.1980; BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. IX, Nr. 795, Bl. 1 f., hier 1.
- 177 Bericht zur Störung der öffentlichen Ordnung durch mehrere Jugendliche im Bereich Bezirksverwaltung Schwerin, 29.4.1987; BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. IX, Nr. 1735, Bl. 2–12, hier 2.
- 178 Information, 26.3.1988; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 619/88, Bl. 27–29.
- 179 Vorschlag, 6.10.1982; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG, Nr. 175, Bl. 1–8.
- 180 Vgl. Handwerkerkartei; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. N, Nr. 78.
- 181 Bericht über die Überprüfungen in den Abteilungen II, XVIII, BdL, Rückwärtige Dienste, N und MD zum Stand und zur Wirksamkeit der politisch-operativen Abwehrarbeit am Dienstobjekt der Bezirksverwaltung Neubrandenburg und im Anwohnerbereich Lindenberg, 14.3.1980; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AKG, Nr. 911, Bl. 1–19, hier 7.
- 182 Name geändert.
- 183 Abschlussbericht der Abteilung Hafen, 26.3.1973; BArch, MfS, HA XIX, Nr. 2070, Bl. 41–49.
- 184 Ebd., Bl. 47.
- 185 Erste Untersuchungsergebnisse über das Vorkommnis auf dem Motorschiff des VEB Deutsche Seereederei »Eichsfeld«, 14.1.1972; ebd., Bl. 8–18, hier 13.
- 186 BArch, MfS, BdL, Dok 378, GVS, Nr. 2726/56, Befehl-Nr. 400/56, Bl. 1–3. Das Gründungsdokument wurde von Minister Ernst Wollweber im Befehl 400/56 erlassenen.
- 187 Außerdem unterstützte die Abteilung Hafen andere Dienstleistungen der Staatssicherheit bei Sonderaktionen, so beispielsweise bei Waffenhandelsgeschäften, beim illegalen Import westlicher Embargogüter oder bei Waffentransporten, die als Solidaritätsgüter in einschlägige Krisengebiete getarnt wurden.
- 188 Bericht, 18.8.1969; BArch, MfS, HA XIX, Nr. 2449, Bl. 17; Stirn, Andreas: Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953–1990. Berlin 2010, S. 226.
- 189 Schreiben des Leiters der BV Rostock Oberst Kraus an den Stellvertretenden Minister Generalmajor Wolf, betrifft Aktion »Sonnenblume« (Vorkommnis auf dem Urlauberschiff »Völkerfreundschaft«), Rostock, 11.9.1962; BArch, MfS, Leiter der BV, Nr. 100, Bd. II, Bl. 254.
- 190 Stirn: Traumschiffe (Anm. 188), S. 258.
- 191 Darunter befanden sich 176 GMS, meist Angehörige der Leitungsebene in den Betrieben und Reedereien, die aufgrund ihrer Position dazu angehalten waren, mit dem MfS zu kooperieren. Nicht in der Zahl enthalten sind die 97 IMK der Abteilung Hafen. Nach: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 166), S. 819 f.
- 192 Ohne IMK (= 169) insgesamt 545, darunter 26 GMS; ebd., S. 813 f.
- 193 Bericht des IMS »Ulrich«, Oktober 1975; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XVIII, Nr. 506, Bd. 1, Bl. 1.
- 194 Bericht des IMS »Ralf«, 30. August 1984; ebd., Bl. 31.
- 195 Auch Arbeitskartei »Leuchtturm« genannt. Überliefert sind aus der Zeit von 1970 bis 1989 insgesamt 100 372 DIN-A5-Karteikarten; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. Hafen, Nr. 168.
- 196 ZKG, AKG, Information zum ungesetzlichen Verlassen der DDR unter Missbrauch des Seefahrts- bzw. des Schifferdienstbuches, Berlin, 8.5.1982; BArch, MfS, ZKG, Nr. 17068, Bl. 86–91.
- 197 Entscheidungsvorschlag gemäß dem Befehl 20/85 des Genossen Minister – Leuchtturm; BArch, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 415, Bl. 2.
- 198 Einschätzung der politisch-operativen Lage im Interclub Rostock, 4.2.1987; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. II, Nr. 91, Bl. 11–18.
- 199 Köhler, Siegfried: Der Überseehafen Rostock unter Kontrolle der Staatssicherheit. Schwerin 2012, S. 120.
- 200 Name geändert; Verfügung über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens am 8.12.1981; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1122/87, Bd. 1, Bl. 8.
- 201 Necker, Sylvia: Die Transitaubahn A 24 zwischen Hamburg und Berlin. Eine deutsch-deutsche Bau- und Beziehungsgeschichte. In: [www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/147750/transitaubahn-hamburgberlin](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/147750/transitaubahn-hamburgberlin) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 202 Abschlussbericht zum Ermittlungsverfahren am 19.11.1982; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1122/87, Bd. 1, Bl. 229–235.
- 203 Am 10. Dezember erfolgte am Grenzübergang Horst die Rückführung des Lkw und des Anhängers.
- 204 Bericht über das 1. Gespräch mit der Ehefrau am 7.12.1981; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 1122/87, Bd. 1, Bl. 171–173.
- 205 Eingeleitete Maßnahmen und Stand für die Rückführung am 14.1.1982; ebd., Bl. 194–197.
- 206 Maßnahmenplan zur Durchführung der OPK »Verblendung« am 15.12.1981; ebd., Bl. 48–53.
- 207 Protokoll über die geführte Aussprache mit der Ehefrau am 29.6.1982; BArch, MfS, BV Potsdam, AOPK 1599/84, Bl. 8 f.
- 208 Vgl. Labrenz-Weiß, Hannah: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen. Berlin <sup>2</sup>2018, S. 17.
- 209 Einschätzung des Bestandes der IMS nach verschiedenen Kriterien der Zusammensetzung und Dislozierung am 18.6.1984; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5204, Bl. 8–63.
- 210 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1990, S. 6.
- 211 Langfristige Konzeption zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit zur Sicherung der Staatsgrenze und des Grenzgebietes der DDR zur BRD im Verantwortungsbereich der Grenzkreisdienststelle Hagenow am 25.5.1983; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5276, Bl. 7–33.
- 212 Kurzauskunft zur Zielperson der OPK »Elbe« 9.7.1987; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5275, Bl. 19–21.
- 213 Beobachtungsbericht zur OPK »Fichte« 14.5.1985; BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. VI, Nr. 797, Bl. 16–22.
- 214 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung des Schwerpunktbereiches Schiffsüberführungen des VEB Elbewerften Boizenburg/Roßlau 17.2.1987; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5294, Bl. 2–21.
- 215 Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Schwerpunktbereiche der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft des Kreises Hagenow 24.10.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Hagenow, Nr. 5384, Bl. 1–39.
- 216 Grenzlagebericht II. Quartal 1989 6.7.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, AKG, Nr. 49, Bd. 3, Bl. 4–23.
- 217 Künzer, Klaus-Peter: Die Widerspiegelung der Sicherheitspolitik der ehemaligen SED-Parteiführung in den Jahren 1988/89 in der Arbeit der Kreisdienststelle bzw. des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Hagenow und ihre sicherheitspolitischen sowie sozialen Folgen im Territorium, Diplomarbeit, 25.1.1990; BArch, MfS, JHS, Nr. 21625, Bl. 8.
- 218 Ebd., Bl. 36.
- 219 Ebd., Bl. 24.
- 220 Befehl Nr. 6/81, 28.4.1981; BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 7393, Bl. 2 f.
- 221 Telefonverzeichnisse Objektdienststelle, o.D.; BArch, MfS, BV Rostock, OD KKW, Nr. 93, Bl. 65–67 u. Nr. 50, Bd. 2, Bl. 130 f.
- 222 Vgl. Eröffnungsbericht zur OPK »Silo«, 18.11.1980; BArch, MfS, BV Rostock, AOPK I/968/83, Bd. 1, o. Pag. (Rückkopie) und Abschlussbericht OPK »Silo«, 9.3.1983; ebd.
- 223 Anlage zum Anschreiben X/6995/89, 21.7.1989; BArch, MfS, HA IX, Nr. 10653, Bl. 3; Übersetzung Botschaft Prag, 1.8.1989; ebd., Bl. 4 f.; Erstmeldung HA IX/9, 14.9.1989, ebd., Bl. 7 f.; Haftbefehl, 14.9.1989; BArch, MfS, HKH, Nr. 10865/89, Bl. 22. Entlassungsschein, o.D.; ebd., Bl. 2 f. Entlassungsverfügung Nr. 107816, 30.10.1989; ebd., Bl. 4. Beschuldigtenkartei Manfred Haferburg; BArch, MfS, HA IX. Tendenzen zur Lageentwicklung auf dem Gebiet der Stimmungen/Meinungen/Reaktionen, 10.11.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 4, Bd. 2, Bl. 106 f.
- 224 Befehl Erich Mielkes zur Einrichtung der Objektdienststelle »Kernkraftwerk«, Befehl 6/81, 28.4.1981; BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 7393, Bl. 2.
- 225 Name geändert; Titel-Zitat: Vorschlag zur Aufnahme in die Kaderreserve, 28.7.1972; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. KuSch, Nr. 319, Bl. 146–148.



- 226 Einschätzung des Genossen Unterleutnant, 18.6.1963; ebd., Bl. 107 f.
- 227 Bericht über die Untersuchung eines Vorkommnisses 11.10.1970; ebd., Bl. 356–360.
- 228 Befehl zu Versetzung, 25.11.1970; ebd., Bl. 380.
- 229 Bericht über das Verhalten der Kinder, 29.6.1972; ebd., Bl. 335 f.
- 230 Vorläufige Verfügung in der Familienrechtsache einer Minderjährigen, 24.7.1972; ebd., Bl. 451 f.
- 231 Auskunft über die Dienstzeit in den Sicherheitsorganen der DDR, o.D.; ebd., Bl. 7–15.
- 232 Beurteilung der KD Demmin, 22.11.1967; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. KuSch, Nr. 319, Bl. 131–133.
- 233 Beurteilung der KD Templin, 30.10.1979; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. KuSch, Nr. 319, Bl. 164–166.
- 234 Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557.
- 235 BArch (Hg.): Hauptamtliche Mitarbeiter. Offiziere und Unteroffiziere der Stasi, Berlin 2016, S. 4.
- 236 Kränke, Uwe (u. a.): Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes. New York, Frankfurt am Main 2017, S. 103.
- 237 Das waren die Geburtsjahrgänge zwischen 1925 und 1945.
- 238 Hoffmann, Ruth: Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat. Berlin 2013, S. 69.
- 239 BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Ueckermünde, Nr. 189.
- 240 Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 8), S. 557.
- 241 Ebd., S. 524 f.
- 242 Mitarbeiterhandbuch, 30.11.1989; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Templin, Nr. 216, Bl. 206–209.
- 243 Der Deutsche Bundestag begrenzte die Renten zum 1.8.1991 auf 802 DM.
- 244 Auszahlung von Übergangsgeldern, 30.1.1990; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. Fin, Nr. 128.
- 245 Pohlmann, Friederike: Hotel der Spione. Das »Neptun« in Warnemünde. Schwerin 2008, S. 59.
- 246 Osterland, Michael; Rudolph, Jan: Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in den Objekten der Generaldirektion »Interhotel DDR« (Valutahotels) durch den Einsatz von IM von außen zur politisch-operativen Absicherung der Beschäftigten der Hotels sowie zur Erarbeitung politisch-operativ bedeutsamer Informationen aus dem Gästekreis, Diplomarbeit, 31.3.1989; BArch, MfS, JHS, Nr. 21437, Bl. 15 f.
- 247 Suche und Auswahl eines geeigneten IM aus der IM-Arbeitskartei Ihrer Dienstseinheit, 10.12.1980; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XII, Nr. 33, Bl. 25 f.
- 248 Einsatz- und Entwicklungskonzeption des IMS »Anja«, 31.1.1986; BArch, MfS, BV Rostock, AIM 51/93, Bl. 41–43.
- 249 Osterland: Gewährleistung (Anm. 246), Bl. 19; Sicherungskonzeption zur politisch-operativen Abwehrarbeit des Hotelobjektes »Neptun«, 8.2.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI, Nr. 22, Bl. 3–13.
- 250 Bericht über das zweite Kontaktgespräch, 24.4.1979; BArch, MfS, BV Rostock, AIM 3960/90, Teil I, Bl. 81; handschriftliche Verpflichtungserklärung, 15.6.1979; ebd., Bl. 73.
- 251 Osterland: Gewährleistung (Anm. 246), Bl. 40.
- 252 Auskunftsbericht, 15.6.1979; BArch, MfS, BV Rostock, AIM 3960/90, Teil I, Bl. 19–27, hier 23.
- 253 Ebd., Bl. 26
- 254 Information, 24.4.1980; BArch, MfS, BV Rostock, TA, Nr. 5917, Bl. 58 f., hier 58.
- 255 Mündliche Information, 2.1.1984; ebd., Bl. 345–347, hier 346.
- 256 Vorschlag zur Werbung eines IMS, 12.6.1979; BArch, MfS, BV Rostock, AIM 3960/90, Teil I, Bl. 107–113.
- 257 Einschätzung zum IMS »Wera«, 6.3.1984; ebd., Bl. 151 f., hier 152.
- 258 Tonbandabschrift, 15.11.1989; ebd., Teil II/3, Bl. 224.
- 259 Einschätzung, 17.2.1981; BArch, MfS, BV Rostock, AIM 32/93, Teil I/1, Bl. 53–56
- 260 Florath, Bernd: Die inoffiziellen Mitarbeiter. In: Münkel, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 40–51.
- 261 Vgl. Eisenfeld, Bernd; Schicketanz, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die »Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte« in der NVA. Berlin 2011, S. 34–198; Widera, Thomas: Der Kalte Krieg, Deutschlandpolitik und die NVA-Bausoldaten. In: Prora-Zentrum e.V. (Hg.):

- Waffenverweigerer in Uniform. Rostock 2011, S. 8–23; Schack, Stephan; Ilse, Andreas; Liersch, Hendrik: Erfahrungen und Erinnerungen – ein Zeitzeugengespräch über die Zeit als Bausoldaten in Prora. In: ebd., S. 24–59; Übersicht über die Dislozierung der Bausoldaten nach Einberufung und Grundausbildung 1982; BArch, MfS, HA I, Nr. 15417, Bl. 218–220; Informationen über Veränderungen beim Einsatz von Bausoldaten, 20.8.1982; BArch, MfS, HA I, Nr. 15414, Bl. 144–154; Übersicht über Einsatzorte von Bausoldaten, August 1984, Informationen über Probleme mit Bausoldaten, 24.2.1987; BArch, MfS, HA I, Nr. 15655, Bl. 30 f., 100–109.
- 262 Einleitungsbericht der HA I zur OPK »Fuchs«, 28.1.1987; BArch, MfS, HA I, Nr. 16441, Bl. 421–439, hier 425; Information der HA I zur politisch-operativen Lageeinschätzung in den Bausoldateneinheiten, 9.7.1984; BArch, MfS, HA I, Nr. 1410, Bl. 141–150.
- 263 Wolf, Stephan: »Bausoldat ist eben ein Status«. Bausoldaten und MfS in Prora. In: Prora-Zentrum e.V.: Waffenverweigerer (Anm. 261), S. 74–92. Bericht der HA I, 9.7.1984; BArch, HA I, Nr. 1410, Bl. 141–150; Schack u. a.: Erfahrungen (Anm. 261), S. 44 f.
- 264 Eröffnungsberichte zur OPK und zum OV »Blauvogel«, 20.1.1983 u. 13.4.1983; BArch, MfS, HA I, Nr. 355, Bl. 1–24, hier 4.
- 265 Abschlussbericht zum OV »Blauvogel«, 19.6.1984; Ebd., Bl. 109–118, hier 114.
- 266 Bub, Dieter: »Wir sind der letzte Dreck«. Wehrdienstverweigerer berichten über ihren Alltag bei den »Bausoldaten«. In: Stern, Nr. 22/1983, S. 202–206.
- 267 Schreiben der HA I, 27.7.1983, Einschätzung zum OV »Blauvogel«, 13.10.1983; BArch, MfS, HA I, Nr. 355, Bl. 40–41, 58–72.
- 268 Vorschlag zum Abschluss des OV »Blauvogel«, 26.4.1984; ebd., Bl. 97–100, hier 98.
- 269 Abschlussbericht zum OV »Blauvogel«; ebd., Bl. 109–118, hier 115.
- 270 Bericht des stellvertretenden Leiters der HA I über einen offenen Brief von ehemaligen Bausoldaten aus Mukran, 22.6.1984; ebd., Bl. 102–108. Schriftverkehr der HA XX zu dem offenen Brief; BArch, MfS, HA XX, AKG, Nr. 6764, Bl. 1–15. Vgl. Wolle, Stefan; Ralf Hirsch. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha; Sello, Tom (Hg.): »Für ein freies Land mit freien Menschen«. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 333–335.
- 271 Schack u. a.: Erfahrungen (Anm. 261), S. 27.
- 272 Eisenfeld u. a.: Bausoldaten (Anm. 261), S. 114.
- 273 Information der Verwaltung 2000 über die Lage der Bausoldaten, 4.9.1986 u. 24.2.1987; BArch, MfS, HA I, Nr. 15542, Bl. 37–42, 79–87, hier 81.
- 274 Information zur Lage unter den Bausoldaten, 15.8.1986; BArch, MfS, HA I, Nr. 15542, Bl. 63–69, hier 64; Information zur Lage unter den Bausoldaten, 18.2.1984, 21.8.1984, 25.3.1985, 4.9.1986 u. 28.2.1986; ebd., Bl. 13–23, 28–52.
- 275 Vgl. BArch, MfS, BV Frankfurt/O., AU 158/87; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. IX, Nr. 200. Der ältere Sohn wurde zu Bewährung verurteilt. Der Jüngere kam kurz in ein Heim und dann bis zum Freikauf zu den Großeltern.
- 276 Vgl. Vogt-Müller, Christine: Hinter dem Horizont liegt die Freiheit. Flucht über die Ostsee. Schicksale – Fotos – Dokumente. Bielefeld 2003, S. 9–22.
- 277 Der dänische Forscher und Journalist Jesper Clemmensen informierte den Autor persönlich über erste derartige, leider noch nicht veröffentlichte Erkenntnisse aus dänischen und schwedischen Archiven.
- 278 Bericht über Republikfluchten auf dem Wasserweg über die Ostsee, Rostock, 28.09.1961; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 109, Bl. 189–196 (MfS-Zählung).
- 279 Höffer, Volker: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier. Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste. In: Jessen, Aaron (u. a.): Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark und die DDR. Husum 2016, S. 288.
- 280 Vgl. z. B. »Aufgabenstellung zur Bestimmung und Sicherung der als Start- und Landeplätze für Fluggeräte und für An- und Ablandungen gefährdeten Bereiche und Küstenabschnitte im Bezirk Rostock«, erstellt von Volksmarine, MfS und Volkspolizei, 20.03.1984, GVS D 181 829; BArch, MfS, BV Rostock, SR GS, Nr. 16.
- 281 Vgl. BArch, MfS, BV Rostock, BdL, Nr. 402; auch Befehl 301/61, BArch, MfS, SdM, Nr. 2668 und »Bestandsaufnahme«, 28.08.1989; BArch, MfS, BV Rostock, KD Grevesmühlen, Nr. 20, Bl. 5.

- 282 Aufgabenstellung zur Bestimmung und Sicherung der als Start- und Landeplätze für Fluggeräte und für An- und Ablandungen gefährdeten Bereiche und Küstenabschnitte im Bezirk Rostock, erstellt von Volksmarine, MfS und Volkspolizei, 20.03.1984, GVS D 181 829; BArch, MfS, BV Rostock, SR GS, Nr. 16.
- 283 BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 848/89, Bl. 180.
- 284 Name geändert; vgl. BArch, MfS, AIM 11507/66, Bl. 12.
- 285 BArch, MfS, Abt. M, Nr. 108, Bl. 8.
- 286 BArch, MfS, BV Dresden, Abt. M, Nr. 25, Bl. 26.
- 287 Vgl. BArch, MfS, BdL/Dok. Nr. 5091, Bl. 4.
- 288 Vgl. Labrenz-Weiß, Hanna: Allwissenheit am Ziel – Die Postkontrolle der DDR-Geheimpolizei, www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/223937/postkontrolle (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 289 Reinicke, Gerd: Öffnen, Auswerten, Schließen. Die Postkontrolle des MfS im Bezirk Rostock. Schwerin 2004, S. 24.
- 290 Ebd., S. 57.
- 291 Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 2005, S. 45.
- 292 Vgl. BArch, MfS, Abt. M, Nr. 108, Bl. 23.
- 293 Zahlen zu den Mitarbeitern aus Labrenz-Weiß: Abteilung M (Anm. 291), S. 3; zu den Briefen Frank, Rahel; Klähn, Martin; Wunnicke, Christoph: Die Auflösung. Das Ende der Staatssicherheit in den drei Nordbezirken. Schwerin 2010, S. 146.
- 294 Lindner, Bernd: »Dein Päckchen nach drüben«. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen. In: Härtel, Christian; Kabus, Petra (Hg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 26.
- 295 Vgl. Soch, Konstanze: Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989). Frankfurt am Main 2018, S. 211.
- 296 BArch, MfS, Abt. M, Nr. 108, Bl. 21.
- 297 Ebd., Bl. 213 f.
- 298 BArch, MfS, HA XIX, Nr. 7212, Bl. 1.
- 299 Vgl. Labrenz-Weiß: Abteilung M (Anm. 291), S. 42.
- 300 Dienstanweisung 2/53; BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Nr. 682, Bl. 2.
- 301 OibE platzierte das MfS an wichtigen Stellen des DDR-Staatsapparats und der Wirtschaft. Sie agierten verdeckt und waren mit einer Tarnbiografie (»Legende«) ausgestattet. OibE kamen auch im Ausland zum Einsatz.
- 302 Vgl. Teske, Regina: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, Berlin 2006.
- 303 KD Rostock: Sachstandsbericht zum Material Lieblichshof, 4.2.1959; BArch, MfS, BV Rostock, AOP 156/60, Bd. 1, Bl. 5 ff.; [Zeugenernehmung mit dem SED-Sekretär Lieblichshofs], 7.11.1959; BArch, MfS, BV Rostock, AU 14/60, HA, Bd. 1, Bl. 64.
- 304 Abt. IX: Sachstandsbericht, 28.12.1959; ebd., Bl. 34.
- 305 Untersuchungsabteilung: Schlussbericht, 29.1.1960; ebd., Bl. 96.
- 306 KD Rostock: Ermittlungsbericht, 14.2.1959; BArch, MfS, BV Rostock, AOP 156/60, Bd. 1, Bl. 43 ff.
- 307 Ult. Rathsack: Bericht, 23.2.1959; ebd., Bl. 60 f.
- 308 Abteilung III/3: Aktenvermerk, 11.3.1959; ebd., Bl. 83.
- 309 KD Rostock: Maßnahmeplan zum ÜV 38/59, 23.4.1959; ebd., Bl. 94.
- 310 Ebd., Bl. 102.
- 311 Informatorische Befragung, 26.10.1959; ebd., Bl. 108.
- 312 KD Rostock: Beschluss, 4.12.1959; ebd., Bl. 106.
- 313 KD Rostock: Abschlussbericht zum O[perativen] Vorgang 35/59; ebd., Bl. 174.
- 314 Untersuchungsabteilung: Schlussbericht, 29.1.1960; BArch, MfS, BV Rostock, AU 14/60, HA, Bd. 1, Bl. 96 ff.
- 315 Staatsanwalt des Bezirkes Rostock: Anklage, 15.2.1960; BArch, MfS, BV Rostock, AU 14/60, GA, Bd. 2, Bl. 89.
- 316 Terminbericht über die Hauptverhandlung vom 17.3.1960 in der Strafsache gegen Wend-Erdel des Bezirksgerichtes Rostock – I. Strafsenat –, 18.3.1960; ebd., Bl. 275.
- 317 Die Genossenschaftsbauern der Gemeinde Lieblichshof: [Ohne Titel], 20.3.1960; ebd., Bl. 187.
- 318 LPG »Neues Leben« Lieblichshof: Beurteilung des Genossenschaftsbauern Heinrich Wend-Erdel, 10.3.1960; ebd., Bl. 119.
- 319 Terminbericht über die Hauptverhandlung vom 17.3.1960 in

- der Strafsache gegen Wend-Erdel des Bezirksgerichtes Rostock – I. Strafsenat –, 18.3.1960; ebd., Bl. 275.
- 320 Urteil, 28.3.1960; ebd., Bl. 211–222.
- 321 Rat der Gemeinde Lieblichshof: Antrag auf vorzeitige Haftentlassung des Häftlings Heinrich Wend-Erdel, 6.3.1961 u. 19.4.1961; BArch, MfS, BV Rostock, AU 14/60, GA, Bd. 2, Bl. 322.
- 322 VP-Oberstleutnant Ahlhorn: Führungsbericht über den Strafgefängenen, 20.5.1961; ebd., Bl. 329.
- 323 Staatsanwalt des Bezirkes Rostock: [Ohne Titel], 29.6.1962; ebd., HA, Bd. 1, Bl. 109.
- 324 KD Rostock: Abschlussbericht zum O[perativen] Vorgang 35/59; BArch, MfS, BV Rostock, AOP 156/60, Bd. 1, Bl. 174.
- 325 de Maizière, Lothar: Die Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR im Prozess bis zur Friedlichen Revolution 1989. In: Dähn, Horst; Heise, Joachim (Hg.): Schwere Gratwanderung. Nach-Denken über die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Berlin 2010, S. 129.
- 326 Frank, Rahel: »Realer – Exakter – Präziser? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2004, S. 390.
- 327 Ebd., S. 392.
- 328 BArch, MfS, BV Schwerin, AIM 192/91.
- 329 Alsmeyer, Bernd: Wegbereiter der Wende. Die Rolle der Evangelischen Kirche in der Ausgangsphase der DDR. Pfaffenweiler 1994, S. 27.
- 330 Bericht der GMS »Barbara« am 17.7.1984; BArch, MfS, BV Schwerin, KD Bützow, ZMA, Nr. 30, Bl. 6 f.
- 331 Beleites, Michael: Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR. Leipzig 2016, S. 72 f.
- 332 Halbrock: Freiheit (Anm. 120), S. 387 f.
- 333 BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 252/87, ohne Paginierung.
- 334 Ebd.
- 335 de Maizière: Die Rolle der Evangelischen Kirche (Anm. 325), S. 129.
- 336 Lietz, Heiko: Die Entwicklung der Opposition im Norden. In: Klein, Thomas: »Frieden und Gerechtigkeit«. Die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln, Weimar, Wien 2007, S. 279.
- 337 BArch, BV Neubrandenburg, AOPK, Nr. 1203/86, Bd. 1, ohne Paginierung.
- 338 Ebd., Bd. 3, ohne Paginierung.
- 339 Ebd., Bd. 1, ohne Paginierung.
- 340 Name geändert. Die Feststellung bezog sich auf ein Gespräch des MfS mit Vorgesetzten des »Verdächtigen«, BArch, MfS, AOP 942/86, Bd. 6, Bl. 219–221, hier 221.
- 341 Auskunftsbericht, 9.11.1982; ebd., Bd. 1, Bl. 82–100.
- 342 Ebd., Bd. 1, Bl. 88.
- 343 Ebd., Bl. 84.
- 344 Beide Zitate ebd.
- 345 Ebd., Bl. 87 f.; vgl. auch Bd. 6, Bl. 250 f.
- 346 Vgl. ebd., Bd. 1, Bl. 85 u. 90. Dass »Erich« ein Treffgespräch mit seinem Führungsoffizier auf Tonband mitschnitt, verschärfte die Missstimmung aufseiten der KD, ebd., Bl. 89.
- 347 Vgl. ebd., Bl. 5–12; ebd., Bl. 334 f.; Sachstandsbericht, 5.6.1986; ebd., Bd. 6, Bl. 225–247.
- 348 Vgl. ebd., Bd. 1, Bl. 5 u. 171 sowie Bd. 6, Bl. 211.
- 349 Ebd., Bd. 1, Bl. 5 f., 93 f.; Bd. 3, Bl. 90. Kühler stieg Ende 1979 beim VEB Antikhhandel Pirna ein. Nach einer Probe- und Anlernzeit im Bereich Magdeburg übernahm er den Raum Mecklenburg, danach baute er die Perleberger Geschäftsstelle auf. Sie befand sich zunächst in der Ludwigsluster, ab Oktober 1985 in der Wittenberger Straße. Außerdem richtete Kühler in einer Scheune in der Nachbargemeinde Klüß ein Warenlager ein.
- 350 Der VEB Antikhhandel Pirna, ursprünglich eine Privatfirma, wurde 1977 dem KoKo-Betrieb Kunst und Antiquitäten (KuA) GmbH angeschlossen. Vgl. Blutke, Günter: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten. Ein Kriminalreport. Berlin 1990; Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung. Berlin 2003.
- 351 Seit 1976 war Schalck-Golodkowski direkt Günter Mittag, SED-Politbüromitglied für Wirtschaftsfragen, unterstellt. Zudem war er Stasi-Minister Mielke gegenüber unmittelbar verantwortlich.
- 352 Vgl. Roger Engelmann: Der Bereich »Kommerzielle Koordinierung«



- In: Münkler: Lesebuch (Anm. 260), S. 152–159; Judt, Matthias: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität. Berlin 2013.
- 353 BArch, MfS, AOP 942/86, Bd. 1, Bl. 85 u. 90. Dass »Erich« ein Treffgespräch mit seinem Führungsoffizier auf Tonband mitschnitt, verschärfte die Missstimmung aufseiten der KD, siehe ebd., Bl. 89
- 354 BArch, MfS, AOP 942/86, Bd. 1, Bl. 98 f. Zu jenem Zeitpunkt hatte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Perleberg eine Prüfung veranlasst, weshalb gegen Kühler nicht vorgegangen wurde, ebd., Bl. 99
- 355 Der Kriminalpolizei des Volkspolizeikreisamts Perleberg war Kühler schon seit Längerem ein Dorn im Auge. Siehe Bericht, 24.5.1982; ebd., Bd. 3, Bl. 90–94; Beobachtungsbericht des IM »Kerze« für den Zeitraum 10. November bis 4. Dezember 1982; ebd., Bl. 4–67.
- 356 Eröffnungsbericht, 3.3.1983; ebd., Bd. 1, Bl. 5–12 sowie Operativplan zu OV »Perle«, 5.12.1983, Bl. 106–112. In die OV-Maßnahmen eingebunden waren die KD Perleberg, BV Schwerin, HA II, VII und VIII, Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) sowie Kriminalpolizei und Zoll. Siehe auch Beweissammlung in: Konzeption zum Abschluss der Bearbeitung des Operativ-Vorganges »Perle«; ebd., Bd. 6, Bl. 211–247.
- 357 Zu den Vernehmungen und Auskunftsberichten vgl. ebd., Bd. 1, Bl. 20–50, 62–77. Die Vernehmungen führte die Kriminalpolizei durch. Die Staatssicherheit hielt sich im Hintergrund, wertete die Informationen aus und erstellte die Beweissammlung.
- 358 Dies erkannte auch die Stasi, siehe ebd., Bd. 6, Bl. 251. Im Februar 1986 handelte sich Kühler, da er gegen die Ankaufsordnung verstoßen und Rechnungen fingiert hatte, einen strengen Verweis des VEB Antikhandels Pirna ein. Die Staatssicherheit und das KoKo-Unternehmen Kunst und Antiquitäten (KuA) waren über das offensichtlich eigenmächtige Vorgehen des VEB-Direktors wenig erfreut, störte es doch ihre konspirativen Schritte, ebd., Bl. 229, 233.
- 359 Ebd., Bd. 1, Bl. 73.
- 360 Ebd., Bd. 1, Bl. 330–332.
- 361 Ebd., Bd. 6, Bl. 225–238, hier 238.
- 362 Ebd.
- 363 Strafrechtliche Einschätzung, 4.8.1986; ebd., Bl. 250–253, hier 253.
- 364 Im Zuge einer anderen Ermittlung geriet Kühler später nochmals in den Blick der Stasi, siehe Karteikarte KD Perleberg, Geprüfte Ablage, 3. Karte: 1. März 1989, Einleitung der OPK »Händler« sowie BArch, MfS, BV Schwerin, 257/94, Bd. 1, Bl. 6–12.
- 365 BArch, MfS, AOP 942/86, Bd. 6, Bl. 255.
- 366 Ebd., Bl. 256.
- 367 <https://schwerin.live/magazin/bildung/ich-war-ein-angstphase-im-wasser> (letzter Aufruf 27.08.2019). Vgl. hierzu und zum Folgenden: Kaschka, Ralph: Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin. Berlin 2017.
- 368 BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. KuSch, Nr. 1549.
- 369 Eröffnungsbericht zur OPK »Erbe«, 23.1.1987; BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 861/87, Bl. 8–10, hier 10.
- 370 Information zur OPK »Erbe«, 16.3.1987; ebd., Bl. 115–118, hier 118.
- 371 Einleitung und Ziele der OPK »Erbe«, 27.1.1987; ebd., Bl. 4.
- 372 Ergänzung zur OPK »Erbe«, 13.4.1987; ebd., Bl. 121–123.
- 373 Abschlussbericht zur OPK »Erbe«, 28.5.1987; ebd., Bl. 124–132, hier 130.
- 374 <https://schwerin.live/magazin/bildung/ich-war-ein-angstphase-im-wasser>.
- 375 Telefonische Auskunft von Ulf Joraschkewitz an Ralph Kaschka vom 3.12.2015.
- 376 BArch, MfS, BV Schwerin, AOPK 934/87.
- 377 Interview Ralph Kaschka mit Ulf Joraschkewitz am 12.11.2015.
- 378 Ebd.
- 379 Weitschat, Kai: Der Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR auf den Sportclub Neubrandenburg (Staats-examensarbeit), Greifswald 2012 sowie die TV-Dokumentation zum SC Neubrandenburg »Als aus Sportlern Spitzel wurden« von André Keil und Sibrand Siegert vom Norddeutschen Rundfunk aus dem Jahr 2012: [www.youtube.com/watch?v=kxHEgprDEew](http://www.youtube.com/watch?v=kxHEgprDEew) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 380 Die Dienstabweisung ist abgedruckt in: BStU (Hg.): MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Berlin 1994, S. 56–84.
- 381 Wiese, René: »Kaderschmieden des Sportwunderlandes«. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR. Hildesheim 2012, S. 487–497.
- 382 Problemanforderung der Abteilung XX der BV Leipzig zur politischen Position von Leistungssportlern, 20.1.1970. Abgedruckt in: BStU: MfS und Leistungssport (Anm. 380), S. 51–55, hier 54.
- 383 Hille, Barbara: Jugend und Jugendpolitik in der DDR von 1961 bis 1989. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Bd. III/2, Baden-Baden 1995, S. 1275–1313; Fricke, Caroline: Politisch bedingte Konflikte von Jugendlichen im Bezirk Schwerin 1971–1989 (Online-Ressource) Dissertation, Potsdam 2014.
- 384 Der Intertoto-Cup wurde 1967 begründet, damit kleinere Vereine die Chance erhielten, internationale Spiele zu bestreiten und um im Sommer Spiele für die nationalen Toto-Gesellschaften anbieten zu können.
- 385 Dazu das Interview mit Kruse 22 Jahre nach dem Vorfall unter [www.spiegel.de/sport/fussball/ddr-fluechtling-kruse-ich-wurde-von-der-polizei-gesucht-a-773083.html](http://www.spiegel.de/sport/fussball/ddr-fluechtling-kruse-ich-wurde-von-der-polizei-gesucht-a-773083.html) (12.7.2011) (letzter Aufruf: 18.6.2019).
- 386 Name geändert.
- 387 BArch, MfS, BV Rostock, Abt. KuSch, Nr. 2641.
- 388 Einleitungsbericht und Maßnahmeplan zur OPK »Junior«, 13.1.1987; BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 6/89, Bl. 5–14.
- 389 Pischke war der BV Rostock parallel dazu als »Paul« auch inoffiziell zu Diensten.
- 390 Z. B. Aktenvermerke, 22.5. u. 22.6.1987; BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 6/89, Bl. 58–62.
- 391 Vermerk, 28.6.1987 u. Entscheidungsvorschlag zum Sportreisekader Kruse, Axel, 23.6.1987; ebd. Bl. 93 f. u. 71–76 sowie Vermerk, 2.2.1988; ebd., Bl. 106 f.
- 392 Vermerk, 27.11.1987 u. Zusatzvermerke, 22.12.1987; BArch, MfS, HA XX, AP 26686/92, Bl. 7 f.
- 393 Zu dieser Strategie: Peter Koch (BV Rostock): Erarbeitung einer Einschätzung zur politisch-operativen Lage im Fußballclub »Hansa Rostock« unter Berücksichtigung der Clubleitung, des 1. Leitungskollektivs und des Reisekaderstammes sowie Ableitung von Schlussfolgerungen für die politisch-operative Abwehrarbeit. Fachschulabschlussarbeit, 1988; BArch, MfS, BV Rostock, Abteilung XX, Nr. 754, Bl. 116–137, hier 135 f. (in der Abschlussarbeit S. 20 f.). Koch erwähnt in der Abschlussarbeit lediglich die OPK »Junior«, ohne den konkreten Namen des Spielers zu nennen, gegen den sich die Aktion richtete. Dass es sich um Kruse und nicht um Schmitt gehandelt haben muss, geht aus einem Bericht des IM »Paul« über Kruse im März 1988 hervor, auf den hin Koch beschloss, »Albert« weiter auf den Stürmer anzusetzen. Zudem kann darauf aus einem Zwischenbericht zur OPK »Junior« geschlossen werden. IM-Bericht, 1.3.1988; OPK »Junior«, BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 6/89, Bl. 120; Zwischenbericht zur OPK »Junior«, 16.6.1988; ebd., Bl. 26–28.
- 394 Abschlussbericht zur OPK »Junior«, 29.11.1988; BArch, MfS, BV Rostock, AOPK 6/89, Bl. 158–162.
- 395 Interview mit Kruse (wie Anm. 385). Die von Kruse hier genannten »Begleiterscheinungen« der OPK werden durch den Inhalt der Akten bestätigt.
- 396 Die Informationen bis zum Maßnahmeplan: BArch, MfS, BV Rostock, Abteilung XX, ZMA, Nr. 849, Teil 1 sowie Teil 2 bis Bl. 307; Maßnahmeplan, 8.7.1989; ebd., Teil 2, Bl. 308–310.
- 397 Dienstabweisung Nr. 4/71 des Ministers über die politisch-operative Arbeit im Bereich Körperkultur und Sport vom Dezember 1971 mit Durchführungsbestimmung. Abgedruckt in: BStU (Hg.): MfS (Anm. 380), S. 56–84, hier 73.
- 398 BArch, MfS, BV Rostock, AU 2332/89, Band 2.
- 399 BArch, MfS, BV Rostock, Abteilung XX, ZMA, Nr. 849, Teil 2, Bl. 275–277, 332–337, 338–361 u. 363.
- 400 Dazu unter anderen: Teichler, Hans Joachim; Reinartz, Klaus: Das Leistungssportsystem der 80er Jahre und im Prozeß der Wende. Schorndorf 1999.
- 401 Wiese, René; Braun, Jutta: Historische Einführung. In: dies.; Soria, Laura (Hg.): ZOV Sportverräter. Spitzenathleten auf der Flucht. Berlin 2011, S. 73–86.
- 402 Das Strafrechtsergänzungsgesetz sah den Tatbestand als erfüllt an, wenn der Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat gehetzt wurde.

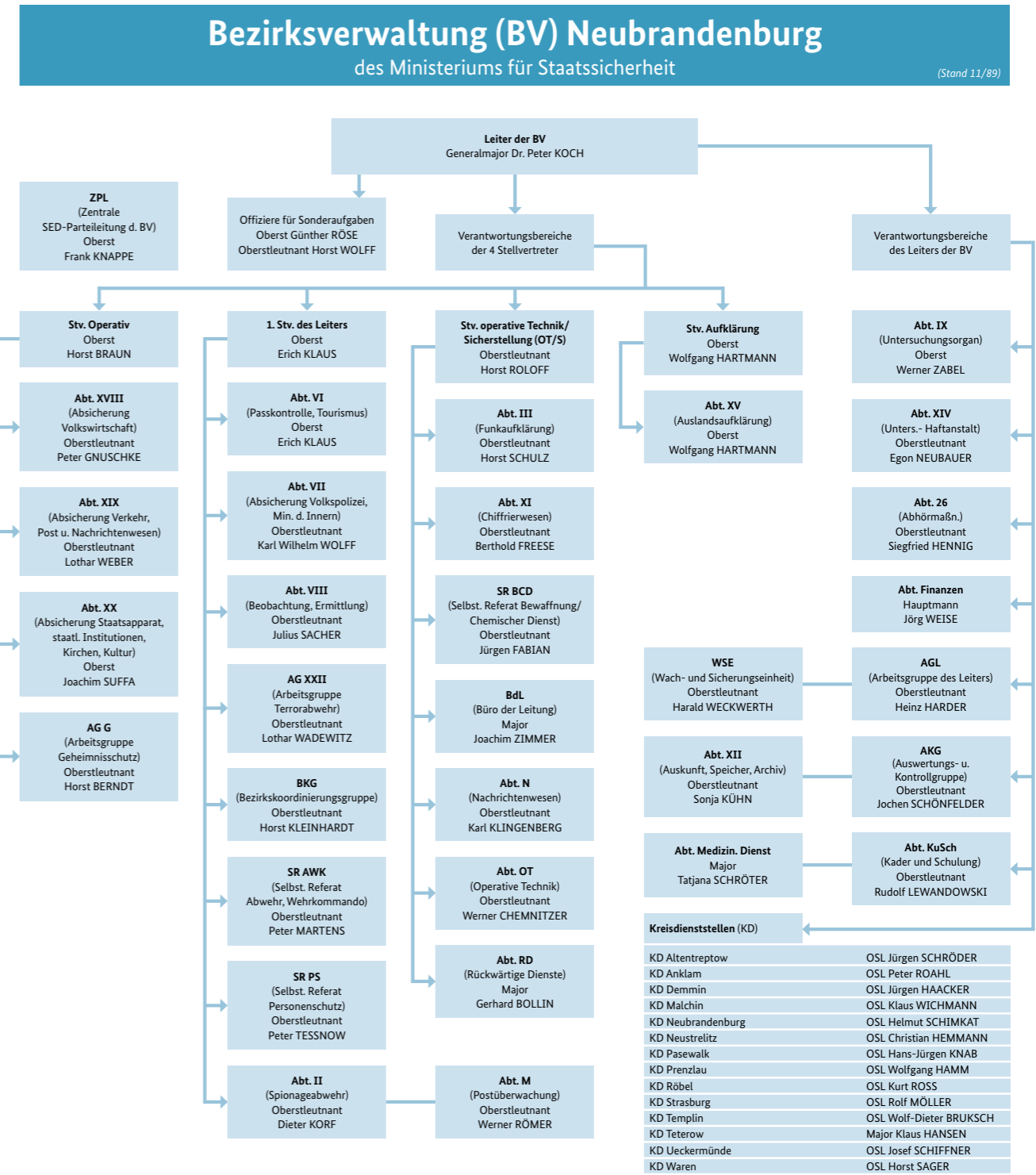
- 403 Vernehmungsprotokoll der Beschuldigten Wally Böhm, 12.9.1961; BArch, MfS, BV Rostock, AU 173/61, Bl. 166–174.
- 404 Einleitung eines Untersuchungsverfahrens, 18.7.1961; ebd., Bl. 126.
- 405 Urteil des Bezirksgerichts Rostock, 23.10.1961; ebd., Bl. 245–251.
- 406 Beschluss des Obersten Gerichtes, 24.11.1961; ebd., Bl. 265 f.
- 407 Ebd., Bl. 39 f.
- 408 Beschluss des Bezirksgerichts Rostock, 22.10.1965; ebd., Bl. 168.
- 409 Schwartz, Michael: Integration und Transformation. »Umsiedler«-Politik und regionaler Strukturwandel in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1953. In: van Melis, Damian: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Schwerin 1999, S. 135–194, hier 137.
- 410 Seils, Mirjam: Willkommen in Rostock? Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Rostock nach 1945. München 2006, S. 88.
- 411 Schwartz, Michael: Umsiedlerpolitik in der Krise? Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR 1948–1950. In: Hoffmann, Dierk; Wentker, Michael: Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR. München 2000, S. 185–205, hier 186.
- 412 Amos, Heike: Vertriebene im Fadenkreuz. Aktivitäten der Staatsicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 27.
- 413 Vor allem der Aufbau der sogenannten Heimatkartei durch den Bund der Vertriebenen, die mithilfe der einzelnen Vertriebenenverbände in umfangreichen Listen Name, Herkunft, Beruf und Anschrift verzeichnete, stellte für die Stasi ein Sicherheitsrisiko dar. Sie befürchtete, dass auf diese Weise eine unkomplizierte und überaus schnelle Einflussnahme von bundesdeutschen Organisationen und staatlichen Stellen auf DDR-Bürger möglich war.
- 414 Amos: Vertriebene, S. 37.
- 415 Die BV Neubrandenburg verfügte im März 1959 über 285 IM in »Umsiedlerkreisen«, 1960 waren im Bezirk Rostock 331 »Umsiedler« als Spitzel tätig.
- 416 Aufstellung der vorhandenen IM auf der Linie Umsiedler, 29.3.1960; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 260, Bl. 12–14.
- 417 Schwerpunkte ehemaliger Umsiedler, 10.12.1955; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 233, Bl. 2 f.
- 418 Ehemalige Umsiedler im Bezirk Neubrandenburg sowie Konzentration von ehemaligen Umsiedlern und Schwerpunkte, 21.10.1963; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 254, Bl. 80–87.
- 419 Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 17.6.1965; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 231, Bl. 57 f.
- 420 Die Stadt Ratzeburg als Zentrum der Landsmannschaft der Mecklenburger und die Arbeit der Landsmannschaften, 11.11.1963; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 230, Bl. 12.
- 421 Material über die Methoden und Mittel der Feindtätigkeit der Landsmannschaften und Umsiedler, 1975; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XX, Nr. 265, Bl. 1–43.
- 422 Ein erstes Treffen war für Ende Februar 1980 geplant, dann jedoch von Seiten der DDR aufgrund des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan verschoben worden. Das anschließend für Ende August 1980 geplante Treffen sagte Schmidt ab mit dem Verweis auf die sich zuspitzende Lage in Polen im Zuge der Solidarność-Bewegung.
- 423 Raßloff, Steffen; Rothbart, Thomas: Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970 in Erfurt. Vorbereitung – Verlauf – Folgen. In: Raßloff, Steffen: »Willy Brandt ans Fenster!«: Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des »Erfurter Hofes«. Jena 2007, S. 48–81, hier 52; vgl. Boeger, Peter; Catrain, Elise: Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. Berlin 2018, S. 28–31.
- 424 Befehl 10/81, 21.12.1981; BArch, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400508, Bl. 1.
- 425 BArch, MfS, HA, PS, Nr. 10024.
- 426 Abschlussprotokoll über die Prüfung des Verdachtes einer Straftat auf der Grundlage des § 95 StPO am 16.12.1988; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU 1088/85, Bl. 3–7, hier 5.
- 427 Ablaufplan für den Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, in der Deutschen Demokratischen Republik 11. bis 13. Dezember, 7.12.1981; BArch, MfS, HA, PS, Nr. 9875, Bl. 36–46, hier 36.
- 428 Brunner, Detlev: »...eine große Herzlichkeit?« Helmut Schmidt und Erich Honecker im Dezember 1981. In: [www.bpb.de/geschichte/](http://www.bpb.de/geschichte/) zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53078/schmidt-und-honecker-1981?p=all. (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 429 Dass die Lage in Polen mit der Ausrufung des Kriegsrechts genau an diesem 13. Dezember eskalierte, konnte niemand vorher wissen; gleichwohl kam dies einer Ohrfeige für Schmidt gleich.
- 430 BArch, MfS, ZOS, Nr. 2441, Bl. 11.
- 431 Protokoll über die Beratungen des Operativen Einsatzes am 4.12.1981 in der Zeit von 17.00–20.30 Uhr; BArch, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400504, Bl. 37–39.
- 432 Ebd.
- 433 Ebd.
- 434 Hering, Rainer: Helmut Schmidt und die Kirchen in der DDR. Von Güstrow nach Rostock. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern, Heft 2 (2013), S. 9–19, hier 17.
- 435 Protokoll über die Beratungen des Operativen Einsatzes am 4.12.1981 in der Zeit von 17.00–20.30 Uhr; BArch, MfS, BV Schwerin, BdL, Nr. 400504, Bl. 37–39.
- 436 BArch, MfS, ZOS, Nr. 2441, Bl. 11.
- 437 Bericht des IMS »Theo«, 7.12.1981; BArch, MfS, BV Schwerin, 169/94, Bl. 79–80.
- 438 Vernehmungsprotokoll Hartmut Behle, 3.8.1961; BArch, MfS, BV Rostock, AU 141/61, GA, Bd. 3, Bl. 15–22. Zu besonderem Dank sind wir Hartmut Behle verpflichtet, der aus seiner Erinnerung die von der Staatssicherheit festgehaltenen Ereignisse ergänzte und einordnen half – und nicht zuletzt der Verwendung der Geschichte und seines Namens zustimmte.
- 439 Schlussbericht, 17.8.1961; ebd., Bd. 2, Bl. 202.
- 440 Vernehmungsprotokoll Manfred Nichau, 12.8.1961; ebd., Bl. 62.
- 441 Schlussbericht, 17.8.1961; ebd., Bl. 202.
- 442 Bestätigung des MfS über den Charakter der Freien Universität, 14.8.1961; ebd., Bd. 3, Bl. 44.
- 443 Maßnahmeplan, 12.8.1961; ebd., Bd. 1, Bl. 84–88.
- 444 Vernehmung Lehmann, 13.8.1961; ebd., Bd. 2, Bl. 85.
- 445 Bennewitz, Inge: Die wahre Geschichte der »Glatzkopfbande«. Ein Film und seine Hintergründe. In: Apropos: Film 2001. Das Jahrbuch der DEFA-Stiftung. Berlin 2001, S. 232–260, hier 248 f.
- 446 Schlussbericht, 17.8.1961; BArch, MfS, BV Rostock, AU 141/61, Bd. 4, Bl. 1–26.
- 447 Urteil des Bezirksgerichts Rostock, 4.9.1961; ebd., Bd. 5, Bl. 108–128.
- 448 Entlassungsschein; ebd., Bd. 7, Bl. 137.
- 449 Vgl. Bennewitz: »Glatzkopfbande« (Anm. 445).
- 450 FDJ-Betriebsleitung Rostock, Abt. Org. Instrukteure: Plan zur Durchführung eines gesamtdeutschen Zeltlagers in Diedrichshagen, 16.6.1959; BArch, MfS, BV Rostock, AS 70/76, Teil 1, Bl. 171–173.
- 451 Material in: Ebd. u. Zitat Bl. 203.
- 452 Vgl. Bennewitz: »Glatzkopfbande« (Anm. 445).
- 453 Maßnahmeplan, 28.4.1978; BArch, MfS, BV Rostock, KD Wolgast, Nr. 83, Bl. 67–74.
- 454 Verfügung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Hannelore Mohn, 17.11.1986; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Teil II, Bl. 10.
- 455 Antrag auf Haftbefehl gegen Rainer und Hannelore Mohn, 18.11.1986; ebd., Bl. 14.
- 456 Vgl. Neubert, Ehrhart; Auerbach, Thomas: »Es kann anders werden«. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Köln u.a. 2005, S. 191.
- 457 Stellungnahme von Rainer Mohn (Abschrift), 12.1.1987; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Teil I, Bl. 255–264, hier 256–258.
- 458 Ebd., hier 257 f. Siehe dazu auch das Vernehmungsprotokoll von Hannelore Mohn, 17.11.1986; ebd., Teil IV, Bl. 50–58, hier 53.
- 459 Stellungnahme von Rainer Mohn (Abschrift), 12.1.1987; ebd., Teil I, Bl. 260.
- 460 Information Nr. 200/86 über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, 20.11.1986; ebd., Bl. 96–98.
- 461 Operativinformation, 13.11.1986; ebd., Bl. 129–131.
- 462 IM-Bericht von »Ralf Heller«, 13.11.1986; ebd., Bl. 85 f.; siehe auch undatiertes Bericht der BV Schwerin; ebd., Bl. 89–92, hier 92. Die Städtepartnerschaft kam 1987 tatsächlich zustande und besteht bis heute. Vgl. dazu Rüchel, Uta: Schwerin – Wuppertal. Von den Anfängen einer grenzüberschreitenden Partnerschaft. Schwerin



- 2012. Siehe auch: [www.schwerin.de/news/69f3fce3-baf9-11e7-9081-1967de695b51](http://www.schwerin.de/news/69f3fce3-baf9-11e7-9081-1967de695b51) (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 463 Vernehmungprotokoll von Hannelore Mohn, 17.11.1986; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Teil IV, Bl. 50–58.
- 464 Aktenvermerk von Oberleutnant Altenkirch, 17.11.1986; ebd., Teil I, Bl. 158.
- 465 Verfügung, 12.12.1986; ebd., Bl. 15.
- 466 Ebd., Bl. 17.
- 467 Staatsanwalt des Bezirkes Schwerin, Anklage gegen Rainer und Hannelore Mohn, 22.1.1987; ebd., Teil VI, Bl. 2–8, hier 5.
- 468 Vgl. Urteil der Strafkammer des Kreisgerichts Schwerin-Stadt, 16.2.1987; ebd., Bl. 44–51.
- 469 Kreisgericht Schwerin-Stadt, Beschluss, 6.7.1987; ebd., Teil V, Bl. 88 bzw. 89.
- 470 Bezirksgericht Schwerin, 1. Rehabilitierungssenat, Beschluss, 21.5.1991; ebd., Teil VI, Bl. 76–79.
- 471 Hatten in den 1950er-Jahren jährlich 200 bis 300 tausend Menschen die DDR verlassen, waren es im Folgejahrzehnt nur noch 20 bis 30 tausend pro Jahr. Vgl. Effner, Bettina; Heidemeyer, Helge: Die Flucht in Zahlen. In: Dies. (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 27–31, hier 28.
- 472 Zahlen bei Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012, S. 405.
- 473 Im Bezirk Schwerin stellten im Jahr 1985 145 Personen einen Ausreiseantrag, im Zeitraum von 1972 bis 1986 waren es insgesamt 2400. Damit lag Schwerin sowohl in absoluten Zahlen als auch bezogen auf die Bevölkerung innerhalb der DDR-Bezirke an drittlezter Stelle, hinter Rostock und vor Neubrandenburg und Suhle. Vgl. die Tabelle bei Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike; Eckert, Rainer; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223, hier 202 f.
- 474 Vgl. Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014, S. 213 f.
- 475 Ebd., S. 246.
- 476 Mit dem 2. Strafrechtsänderungsgesetz wurde im Jahr 1977 der § 220 StGB von »Staatsverleumdung« in »Öffentliche Herabwürdigung« umbenannt und zielte nun insbesondere auf Ausreisearbeitgeber. Vgl. dazu Passens, Katrin: MfS – Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989. Berlin 2012, S. 107–110.
- 477 Vernehmungprotokoll von Hannelore Mohn, 17.11.1986; BArch, MfS, BV Schwerin, AU 556/87, Teil IV, Bl. 50–58.
- 478 Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als Form des Widerstands gegen die politische Verfolgung in der DDR. Berlin 2002, S. 119.
- 479 Vgl. Boeger, Peter; Catrain, Elise: Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig. Berlin 2017.
- 480 Zwischenbericht zum Stand der Bearbeitung des OV »Luzifer«, 15.10.1981; BArch, MfS, BV Schwerin, AOP 186/89, Bd. 1, Bl. 160–163, hier 161.
- 481 Aktenvermerk, 7.3.1986; ebd., Bl. 229.
- 482 Interviews mit Christoph Kleemann. In: Probst, Lothar: »Der Norden wacht auf«. Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock im Herbst 1989. Bremen 1993, S. 114–126, hier 116 und in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 3 (1999) 2, S. 37–40, hier 38.
- 483 Vgl. <https://revolution89.de/gesichter/martin-klahn/8f847992da3adad405fee03217a1ebd1/> (letzter Aufruf 18.6.2019).
- 484 Langer, Kai: Vorgeschichte der »Wend« in den drei Nordbezirken der DDR. In: Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung. Schwerin 1997, Bd. IX, S. 9–197, hier 91.
- 485 Einweisung der Kräfte für geplante Demonstration am 26.10.1989; BArch, MfS, BV Rostock, AGI, Nr. 16, Teil I, Bl. 52 f., hier 53.
- 486 Notiz, 16.10.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, Nr. 1415, Bl. 23.
- 487 Reaktion der Bevölkerung, 3.11.1989; BArch, MfS, BV Neubrandenburg, KD Prenzlau, Nr. 466, Bl. 5 f., hier 5.

- 488 Bericht IMS »Horst Rauch«, 23.10.1989; BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. XIX, Nr. 10129, Bl. 6 f., hier 6.
- 489 Demonstration am 26.10.1989 in Rostock, 27.10.1989; BArch, MfS, BV Rostock, Abt. VI, Nr. 2, Bl. 74 f.
- 490 Höffer, Volker: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. Berlin 1997, S. 19.
- 491 Frank, Rahel: Vom Norden lernen? Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit im Bezirk Rostock. In: dies.; Klähn; Wunnicke: Die Auflösung (Anm. 293), S. 9–52, hier 27.
- 492 Höffer, Gegner (Anm. 490), S. 41.
- 493 Interview mit Christoph Kleemann. In: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 3 (1999) 2, S. 37–40, hier 38.
- 494 Zeitzeugengespräch mit Dietlind Glüer am 11.7.2019.
- 495 Ebd., S. 39.
- 496 Interview mit Joachim Gauck. In: Probst, Norden (Anm. 482), S. 107.
- 497 Vgl. zu den Biografien: Engelmann u.a.: MfS-Lexikon (Anm. 165); Gieseke, Jens: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 2012 (MfS-Handbuch. Hg. BStU); Münkel: Staatssicherheit (Anm. 260); <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html> (letzter Aufruf 18.6.2019).

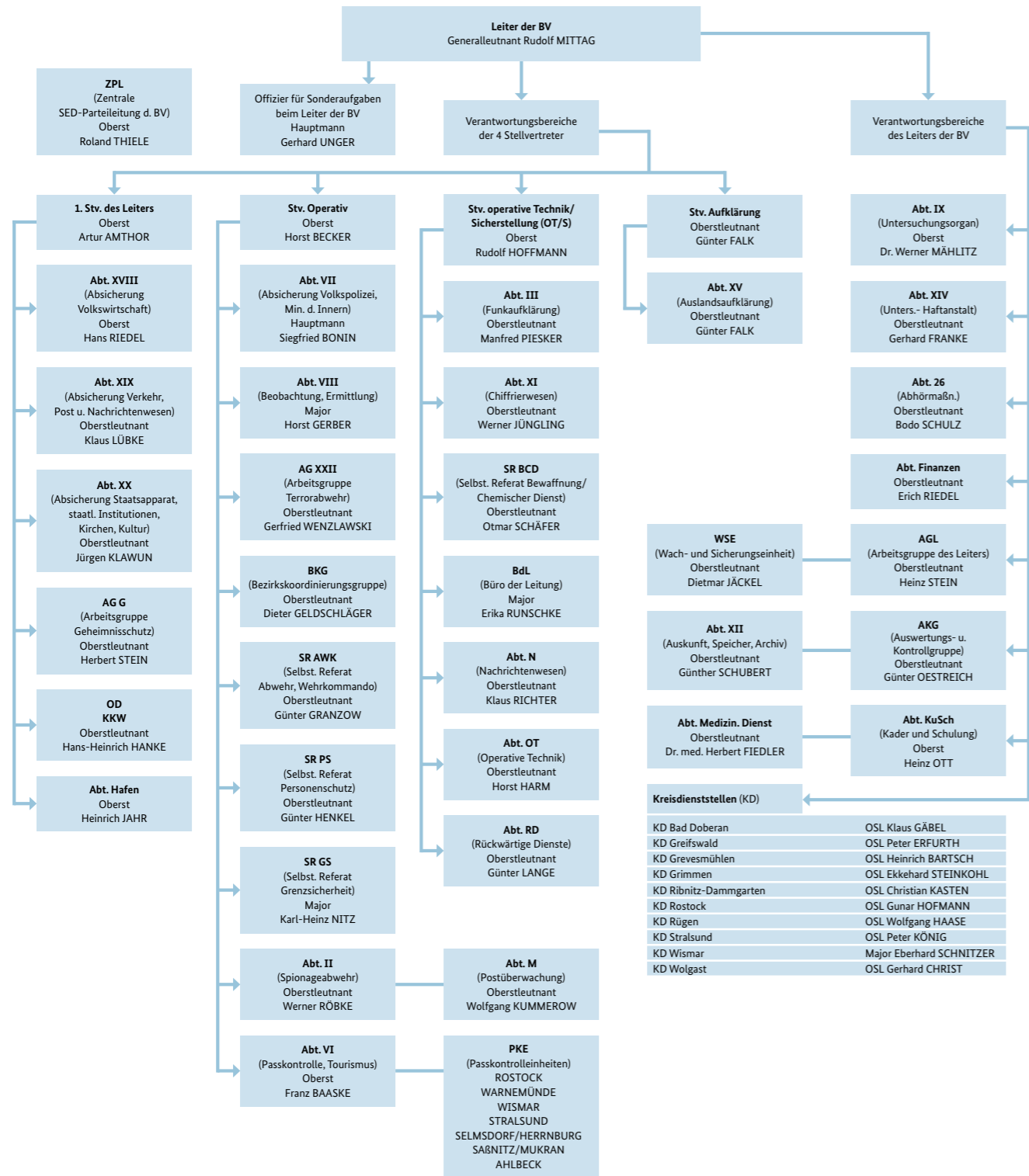
Struktur und Aufgaben der Stasi in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin





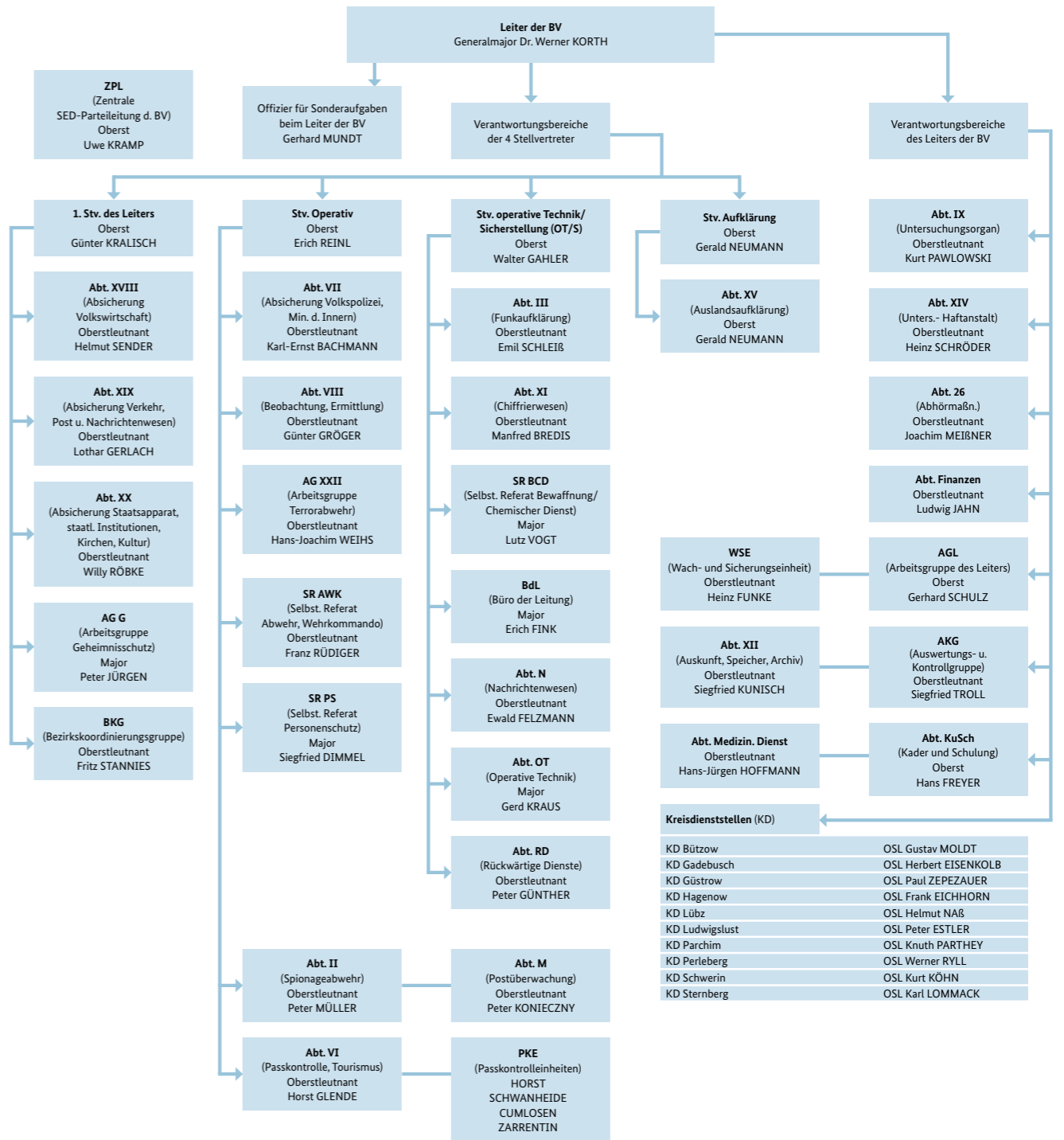
# Bezirksverwaltung (BV) Rostock des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



# Bezirksverwaltung (BV) Schwerin des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)





## Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

## Bezirk Neubrandenburg



**BV Neubrandenburg** (bis 1981)  
Töpferstr. 13 in Neustrelitz  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, BdL, Nr. 272,  
Bl. 18, Bild 17



**BV Neubrandenburg** (ab 1981)  
Lindenberg/Leninstr. 120 in Neubrandenburg  
(heute Neustrelitzer Str.)  
Foto: Benno Bartocha



**KD Altentreptow**  
Ethel-Rosenberg-Str. 15  
(heute Poststr.)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Anklam**  
Ellbogenstr. 2  
BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Unbekannt,  
Foto Nr. 28



**KD Demmin**  
Heinrich-Heine-Str. 7  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Malchin** (ab 1983)  
Schratweg 33  
(vorheriger Sitz Fritz-Reuter-Platz 2)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Neubrandenburg**  
Rosenstr. 1-3  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Neustrelitz**  
Str. der Solidarität 11  
(heute Bruchstr.)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Pasewalk**  
Scheringer Str. 6  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Prenzlau**  
Grabowstr. 33  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Röbel**  
Wilhelm-Pieck-Str. 48  
(heute Bahnhofstr.)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Strasburg**  
Thomas-Müntzer-Str. 2  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg

## Bezirk Rostock



**KD Templin** (ab 1989)  
Vietmannsdorfer Str. 19  
(vorheriger Sitz Puschkinstr. 15-16)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Teterow** (ab 1974)  
Güstrower Str. 18  
(vorheriger Sitz Malchiner Damm)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Ueckermünde**  
Ernst-Thälmann-Str. 11  
(heute Siedenfeld)  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**KD Waren**  
Am Mühlenberg 8  
BArch, Außenstelle Neubrandenburg



**BV Rostock**  
August-Bebel-Str. 15  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 98



**KD Bad Doberan**  
Goethestr. 1  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 102



**KD Greifswald**  
Domstr. 6-7  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 101



**KD Grevesmühlen**  
Gerberhof 1-2  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 102



**KD Grimmen** (ab 1971)  
Dr.-Kurt-Fischer-Str. 8  
(vorheriger Sitz Ernst-Thälmann-Str. 26)  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 526, Bild 16



**KD Ribnitz-Damgarten**  
August-Bebel-Str. 41  
(heute Damgartener Chaussee)  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 102



**KD Rostock**  
August-Bebel-Str.  
(vorheriger Sitz Augustenstr. 103)  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 101



**KD Rügen**  
Breitsprecherstr. 11 in Bergen  
BArch, MfS, SdM Fo, Nr. 292, Bild 12



## Bezirk Schwerin



**KD Stralsund (bis 1980)**  
Prohner Str. 31 a  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 101



**Objektdienststelle VEB Kernkraftwerk**  
**»Bruno Leuschner« Greifswald**  
Hans-Beimler-Str.  
BArch, MfS, HA XXII, Foto, Nr. 217, Bl. 3, Bild 2



**BV Schwerin**  
Demmlerplatz 1–2  
BArch, MfS, BV Schwerin, AU 42/55, Bd. 1,  
Bl. 122



**KD Stralsund (ab 1980)**  
Frankendamm 5  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 867, Foto 1



**KD Bützow**  
Fritz-Reuter-Platz 4  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Wismar (ab 1985)**  
Dr.-Leber-Str. 2, 2a, 2b  
(vorheriger Sitz Dr.-Leber-Str. 9)  
BArch, MfS, BV Rostock, RD 178, Bl. 38, Foto 1



**KD Gadebusch**  
Jarmstorfer Str. 11 a  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Wolgast**  
August-Dähn-Str. 7  
BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 102



**KD Güstrow**  
Str. der Befreiung 2 a/b  
(heute Neukruger Str.)  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Hagenow**  
Schweriner Str. 28  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Perleberg**  
Hagenstr. 2  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Lübz**  
Marienstr. 31  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Schwerin**  
Retgendorfer Weg in Rampe  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Ludwigslust (ab ca. 1975)**  
Techentiner Weg 1  
(vorherige Sitze Kanalstr. 15 und Grünhof/  
Techentin)  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Sternberg**  
Fritz-Reuter-Str. 6  
BArch, Außenstelle Schwerin



**KD Parchim**  
Brunnenstr. 21  
BArch, Außenstelle Schwerin



## Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen

### Die Minister für Staatssicherheit

#### Wilhelm Zaisser

(\* 1893, Rotthausen, † 1958)



BArch, Bild 183-08749-0001

#### Volksschullehrer

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West  
 1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)  
 1932 Eintritt in die KPdSU  
 1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau  
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen  
 1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED  
 1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt  
 1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen  
**1950–1953 Minister für Staatssicherheit**, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros  
 1953 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«  
 1954 Parteiausschluss

#### Ernst Wollweber

(\* 1898, Hannoversch Münden, † 1967)



BArch, Bild 183-26755-001

#### Seemann

1919 Eintritt in die KPD  
 1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD  
 1933 Emigration nach Kopenhagen  
 ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten  
 1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage  
 1944 Ausreise in die UdSSR  
 1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED  
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen  
**1953–1955 Staatssekretär für Staatssicherheit**  
**1955–1957 Minister für Staatssicherheit**  
 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer  
 1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert  
 1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

#### Erich Mielke

(\* 1907, Berlin, † 2000)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

#### Speditionskaufmann

1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes  
 1927 Eintritt in die KPD  
 1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau  
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich  
 1945 Rückkehr nach Berlin  
 1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft  
 1950–1989 Mitglied des ZK der SED  
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit  
 1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit  
 1955–1957 stellv. Minister im Ministerium für Staatssicherheit  
**1957–1989 Minister für Staatssicherheit**  
 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer  
 1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK  
 1980 Armeegeneral  
 Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied  
 Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED  
 1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

### Die Leiter der Bezirksverwaltung Neubrandenburg

#### Richard Horn

(\* 1904, Marienthal/Krs. Zittau, † 1977)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

#### Schlosser

1923 Eintritt in die KPD  
 1933 Emigration in die ČSR  
 1933–1937 illegale Parteiarbeit  
 1937–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1940–1945 deutsche Gefangenschaft, Zwangsarbeiter  
 1945–1947 Bürgermeister in Hirschfeld  
 1948–1949 Kontrollbeauftragter der Landeskontrollkommission in Zittau  
 1949–1952 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), Leiter der KD Großenhain  
**1952–1953 Leiter der BV Neubrandenburg**, von seiner Funktion auf eigenen Wunsch entbunden  
 1954 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Neubrandenburg, Entlassung auf eigenen Wunsch  
 1954–1960 Rat des Bezirks Neubrandenburg, Rat des Kreises Templin, Rat des Kreises Bärnau  
 1961 Rentner

#### Franz Schkopik

(\* 1900, Salogtarjan/Ungarn, † 1980)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

#### Glasbläser

1920–1921 Flucht aus Ungarn in die ČSR und Eintritt in die KPČ  
 1931–1938 Leiter der KPČ Teplitz  
 1939 Emigration in die UdSSR  
 1943–1946 Politinstrukteur der Roten Armee  
 1946 Übersiedlung nach Deutschland, Eintritt in die SED  
 1947–1949 Mitarbeiter des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt  
 1949 Einstellung als Abteilungsleiter bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen-Anhalt (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen-Anhalt des MfS)  
 1952–1953 Leiter der BV Magdeburg  
**1953–1957 Leiter der BV Neubrandenburg**, Oberstleutnant MfS Berlin, Abteilungsleiter (Sicherung von Staatsgeheimnissen)  
 1957–1962  
 1962 Rentner

#### Gustav Szinda

(\* 1897, Blindgallen/Ostpommern, † 1988)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

#### Maschinenschlosser

1914–1918 Soldat  
 1918–1920 Mitglied der USPD, ab 1924 der KPD  
 1920–1924 Teilnahme an den Kämpfen im Ruhrgebiet  
 1924–1935 illegale Parteitätigkeit  
 1933–1935 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Stabschef und Kommandeur einer Brigade, Chef der Spionageabwehr der Interbrigaden, Mitarbeiter des ZK des PCE  
 1936–1938  
 1939–1945 Aufenthalt in der UdSSR, Mitarbeiter der Komintern, Besuch der Parteihochschule der KPdSU, Partisan  
 1945 Rückkehr nach Deutschland  
 1946–1949 Tätigkeit im Polizeipräsidium Berlin, Leiter der Personalabteilung der VP-Behörde Mecklenburg, Leiter der Personalabteilung der Landesregierung Mecklenburg  
 1949–1951 Abteilungsleiter für Polizeifragen des Parteivorstandes bzw. ZK der SED  
 1951–1954 Abteilungsleiter im APN  
 1954–1958 Leiter der Abteilung VII (MdI/DVP)  
**1958–1965 Leiter der BV Neubrandenburg**  
 1964 Generalmajor  
 1965 Rentner



## Die Leiter der Bezirksverwaltung Rostock

**Alfred Böhm**

(\* 1913, Leipzig, † 1982)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Tischler  
 1931 Eintritt in die KPD  
 1933–1935 illegale Parteiarbeit  
 1935–1944 Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, Verlegung ins KZ Sachsenhausen  
 1944–1947 Strafbataillon Dirlwanger, Kriegsgefangenschaft  
 1947 Eintritt in die SED und Einstellung bei der K 5 (politische Polizei) der VP  
 1950 Einstellung beim MfS  
 1950–1951 Mitarbeiter der KD Leipzig  
 1951 Mitarbeiter der Abteilung VI (Staatsapparat, Parteien)  
 1953–1956 Kommissarischer Leiter der Abteilung VI, Mitarbeiter der Kontrollinspektion  
 1956–1965 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Neubrandenburg  
 1959–1960 Besuch der Parteihochschule der SED  
 1965–1977 **Leiter der BV Neubrandenburg**  
 1975 Generalmajor  
 1977 Rentner

**Peter Koch**

(\* 1929, Stettin, † 1990)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Schlosser, studierter Diplom-Wirtschaftler, Jurist (Dr. jur.)  
 1946 Eintritt in die SED  
 1950–1951 Besuch der Deutschen Verwaltungsakademie Forst Zinna  
 1952 Hauptreferent beim Rat des Bezirks Neubrandenburg  
 1952–1953 Leiter der Politabteilung der Arbeitsgruppe MTS der BV Neubrandenburg  
 1953–1962 Lehrer an der Polithochschule der KVP in Potsdam, BV Potsdam Abteilung III (Volkswirtschaft)  
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam  
 1962–1975 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Potsdam  
 1972 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam  
 1976–1977 Stellvertreter Operativ der BV Neubrandenburg  
 1977–1990 **Leiter der BV Neubrandenburg**  
 1980 Generalmajor  
 Jan. 1990 Entlassung, Verhaftung, Untersuchungshaft  
 Mai 1990 Suizid

**Eduard Switlata**

(\* 1919 Billstedt bei Hamburg, † 28.05.2004)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Schlosser, Dreher  
 1933 Emigration nach Frankreich, 1935 in die UdSSR  
 1941–1946 Dienst in der Roten Armee  
 1946 Eintritt in die SED  
 1947 Einstellung bei der VP  
 1949 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS), Leiter Politikultur und Stellvertreter Operativ  
**Aug. 1952**  
**Okt. 1952** **Leiter der BV Rostock** wegen Übergriffen auf einen Häftling als BV-Leiter abgesetzt, Leiter der Abt. VI (Rüstungsindustrie) der BV Halle  
 Jan. 1953 Leiter der KD Dessau  
 Nov. 1953 stellv. Leiter der Abt./HA III (Volkswirtschaft), Berlin  
 1955 Leiter der Abt. VI  
 1962 BdL  
 1963 Leiter der AG/HA Passkontrolle/Fahndung  
 1968 Leiter für Sonderaufgaben bei der AG des Ministers  
 1970 Leiter der Fahndungsführungsgruppe  
 1971 Entlassung, Rentner

**Wilhelm Müller**

(\* 1904, Ahlbeck, † 1970)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Fleischer  
 1933–1935 illegale Parteiarbeit in der KPD  
 1935 Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus  
 1943 Soldat, Verurteilung wegen Wehrkraftzersetzung  
 1945 Kriegsgefangenschaft  
 1945 Einstellung bei der Polizei Mecklenburg  
 1947–1948 Leiter der K 5 (politische Polizei)  
 1949 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Februar 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS)  
 1949–1951 Leiter der KD Güstrow  
 1952 Stellvertreter Operativ der BV Rostock  
**1952–1954** **Leiter der BV Rostock**  
 1953 Oberst  
 1954–1955 Leiter der BV Schwerin  
 1955 Versetzung zu den Inneren Truppen des MfS

## Die Leiter der Bezirksverwaltung Schwerin

**Heinrich Folk**

(\* 1919, Hindenburg/Oberschlesien, † 1980)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Technischer Zeichner  
 1940–1944 Wehrmacht  
 1943 Desertion zur Roten Armee, Rückkehr zur Wehrmacht als sowjetischer Informant  
 1944 Kriegsgefangenschaft, Frontschule, Aufklärer in der Roten Armee  
 1947 Besuch der Schule der Roten Armee in Moskau, Mitarbeiter einer Antifa-Schule  
 1948 Einstellung bei der VP Berlin, Abteilung Politikultur  
 1949 Lehrer an der VP-Schule Prora, Eintritt in die SED  
 1950 Einstellung beim MfS als stellvertretender Leiter der Abteilung VII (Mdi/DVP) der Länderverwaltung Mecklenburg des MfS  
 1951–1952 Leiter der Abteilung IV (Spionageabwehr)  
**1952–1954** **Leiter der BV Schwerin**  
 1954–1956 stellvertretender Leiter der HA II (Spionageabwehr)  
 1956–1959 stellvertretender Leiter der HA I der HV A (politische Spionage)  
 1959–1967 Leiter der Abteilung I der HV A (Staatsapparat der BRD)  
 1960 Oberst  
 1967 von seiner Funktion entbunden  
 1968 Rentner

**Wilhelm Müller****1954–1955** **Leiter der BV Schwerin** (siehe BV-Leiter Rostock)**Alfred Kraus**

(\* 1910, Neurohau/Böhmen, † 2001)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Bauzeichner  
 1932–1934 Wehrdienst in der tschechischen Armee  
 1935–1938 Eintritt in die KPČ  
 1938 Einberufung zum Militärdienst, Flucht vor der Besetzung des Sudetenlandes  
 1939 Verhaftung in Prag, KZ Dachau und Flossenbürg  
 1940–1945 Entlassung, deutscher Soldat  
 1945 Kriegsgefangenschaft  
 1945 Flucht, Rückkehr in die ČSR, Antifa-Transport nach Mecklenburg  
 1946–1948 Eintritt in die KPD bzw. SED, Einstellung bei der Polizei Mecklenburg  
 1951 Leiter der Abteilung VI (Staatsapparat, Parteien) der Länderverwaltung Mecklenburg des MfS  
 1952 1. Sekretär der SED-KL, stellvertretender Politikulturl Leiter der Länderverwaltung Mecklenburg des MfS  
 1952–1954 1. Sekretär der SED-KL der BV Rostock  
**1954–1975** **Leiter der BV Rostock**  
 1970 Generalmajor  
 1975 Rentner

**Rudolf Mittag**

(\* 1929, Kamenz/Sachsen, † 2012)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Diplom-Jurist  
 1945 Reicharbeitsdienst  
 1946 Eintritt in die KPD  
 1947–1949 Verwaltungsangestellter des VPKA Kamenz, Übernahme in die K 5 (politische Polizei)  
 1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)  
 1951–1962 Tätigkeit in verschiedenen Dienststellen der OV Wismut, ab 1955 leitende Tätigkeit  
 1960–1965 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam  
 1962–1970 Stellvertreter Operativ des Leiters der OV Wismut  
 1970–1975 Leiter der OV Wismut  
**1975–1989** **Leiter der BV Rostock**  
 1989 Generalleutnant  
 1990 Entlassung



## Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen SED-Bezirksleitung Neubrandenburg

### Rudolf Vödisch

(\* 1910, Zwickau, † 1989)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Steindrucker  
1929 Eintritt in die KPD  
1943–1944 Wehrmacht  
1944–1947 Kriegsgefangenschaft  
1947 Eintritt in die SED, Einstellung bei der VP in Zwickau  
1949 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Februar 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), stellvertretender Leiter der KD Zwickau  
1950 Stellvertreter Operativ des Leiters der Länderverwaltung Sachsen des MfS  
1952–1955 Leiter der BV Halle  
1953 Oberst  
1955–1968 **Leiter der BV Schwerin**  
1968 Rentner

### Werner Korth

(\* 1929, Stettin, † 1998)



BArch; MfS-Kaderkarteikarte

Kaufmann, Verwaltungsgehilfe, Jurist (Dr. jur.)  
1948 Eintritt in die SED  
1948–1950 Org.-Leiter, 1. Sekretär der FDJ-KL Rostock  
1950 Einstellung beim MfS, Abteilung Personal der Länderverwaltung Mecklenburg des MfS  
1952–1957 Stellvertretender Personalleiter der Länderverwaltung Mecklenburg des MfS, Leiter der Abteilung Personal der BV Schwerin  
1957–1965 1. Sekretär der SED-Parteiorganisation der BV Schwerin  
1965–1968 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Schwerin  
1966–1968 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam  
1968–1990 **Leiter der BV Schwerin**  
1973 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam  
1979 Generalmajor  
1990 Entlassung

### Willi Wiebershausen

(\* 1917, Köln-Ehrenfeld, † 1958)

Karosseriebauer  
1930 Eintritt in die Roten Pioniere und den Jungspartakusbund  
1932 Eintritt in den KJVD  
1939–1945 Wehrmacht, dort illegale politische Tätigkeit, Desertion nach Dänemark  
1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED  
1946 Vorsitzender der SED-KL Bartow  
1949 Besuch der Landesparteihschule in Wiligrad, Sekretär der SED-Landesleitung Mecklenburg  
1949–1952 1. Sekretär der SED-KL Anklam und Wismar  
1952–1953 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
1953–1958 2. Vorsitzender des Bezirks-Ausschusses und Sekretär der Nationalen Front Halle  
1958 Suizid

### Max Steffen

(\* 1909, Bernau bei Berlin, † 1988)

Maurer  
1925 Eintritt in den KJVD  
1933 illegale Tätigkeit und Verhaftung  
1933–1934 KZ Oranienburg, dann Polizeiaufsicht  
1939–1948 Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft, Lehrer an einer Antifa-Schule  
1948 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED  
1949–1953 Lehrer an der Landesparteihschule der SED Brandenburg  
1952–1953 Studium an der Parteihochschule der SED  
1953–1960 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
1954–1963 Mitglied der Volkskammer  
1958–1963 Mitglied des ZK der SED  
1961–1980 1. Sekretär der SED-BPO im VEB Kraftwerk Lübbenau, Direktor für Kader und Berufsausbildung der VVB Kraftwerke

### Georg Ewald

(\* 1926, Buchholz/Krs. Stralsund, † 1973)



BArch, MfS, HA PS, Nr. 804, Bild 18

Landwirt  
1943–1945 Wehrmacht  
1946 Eintritt in die SED  
1949–1950 Bürgermeister in Buchholz  
1950–1953 Mitglied der SED-KL Stralsund  
1953–1954 Besuch der Parteihochschule der SED  
1954–1960 1. Sekretär der SED-KL Bad Doberan und Rügen  
1960–1963 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
ab 1963 Mitglied des ZK der SED, Kandidat des Politbüros des ZK der SED  
1971–1973 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Abgeordneter der Volkskammer  
1973 tödlicher Unfall

### Johannes Chemnitzer

(\* 1929, Wildenfeld)



BArch, Bild 183-1988-0718-435, Foto: Elke Schöps

Landwirt, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler  
1946 Eintritt in die SED  
1948–1951 Besuch der Fachschulen für Landwirtschaft in Zwickau und Elbisbach; Abschluss: staatlich geprüfter Landwirt  
1952–1955 Sekretär der SED-KL Zwickau-Land  
1955–1958 Studium an der Parteihochschule der KPdSU  
1958–1962 Sekretär der SED-BL Gera  
1963–1989 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
ab 1963 Abgeordneter der Volkskammer  
ab 1967 Mitglied des ZK der SED  
Nov. 1989 Kandidat des Politbüros  
Nov./Dez 1989 seiner Funktionen enthoben, Ausschluss aus der SED

### Wolfgang Herrmann

(\* 1939, Großenhain)



BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AIM 83/71, P-Akte, Bl. 66

Zimmerer, Bauingenieur, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler  
1963 Eintritt in die SED  
ab 1964 FDJ-Funktionär, Mitarbeiter der SED-BL Neubrandenburg, Studium an der Parteihochschule der KPdSU  
1985–1989 Aufenthalt in Nicaragua, Berater bei der FSLN  
1988–1989 1. Sekretär der SED-KL Prenzlau  
Nov./Dez. 1989 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
1990–1997 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Prenzlau (PDS)  
2004 Mitglied des DKP-Parteivorstandes

### Jürgen Zelm

(\* 1953, Anklam)



BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AGMS 89/85, Bl. 185

Unterstufenlehrer, Diplom-Staatswissenschaftler  
1971 Eintritt in die SED  
1973 Studienabschluss an einem Institut für Lehrerbildung  
1974–1979 Studium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam  
1979–1989 verschiedene Funktionen in der FDJ-BL Neubrandenburg  
1986–1989 Mitglied des Zentralrats der FDJ  
1989–1990 **1. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg**  
1990–1991 Mitglied des PDS-Parteivorstandes, Vorsitzender des PDS-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern selbstständiger Handelsvertreter  
1991–1994 Fußballtrainer  
ab 1994



## SED-Bezirksleitung Rostock

**Karl Mewis**

(\* 1907, Hannoversch Münden, † 1987)



BArch, Bild 183-76246-0014, Fotograf: Heilig

## Schlosser

1924 Eintritt in die KPD  
 1934–1935 illegale Parteiarbeit  
 1936–1938 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg  
 1938–1942 leitende Funktion in der Exil-KPD in Stockholm  
 1943 Internierung in Schweden  
 1944 faktischer Leiter des KPD-Exils in Skandinavien  
 1945 Sekretär der KPD-LL Mecklenburg  
 1946–1949 Sekretär der SED Groß-Berlin  
 1950–1963 Mitglied der Volkskammer  
**1951–1961 1. Sekretär der SED-LL Mecklenburg**, ab 1952  
**1. Sekretär der SED-BL Rostock**  
 1952–1981 Mitglied des ZK der SED  
 1963 seiner Ämter enthoben  
 1963–1968 Botschafter in Polen  
 ab 1969 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

**Harry Tisch**

(\* 1928, Heinrichswalde/Krs. Ueckermünde, † 1995)



BArch, Bild 183-1983-0321-416

## Bauschlosser, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1944–1945 Wehrmacht, Kriegsgefangenschaft  
 1945 Flucht, Eintritt in die KPD, ab 1946 SED und FDGB  
 1949–1950 1. Sekretär des FDGB-Kreisvorstandes Ueckermünde  
 ab 1952 stellvertretender Bezirksvorsitzender des FDGB Rostock  
 1955–1959 Sekretär in der SED-BL Rostock  
**1961–1975 1. Sekretär der SED-BL Rostock**  
 1963–1975 Mitglied des ZK der SED  
 ab 1975 Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, Mitglied des Politbüros des ZK der SED  
 Nov./Dez. 1989 Rücktritt mit dem Politbüro des ZK der SED, Ausschluss aus dem FDGB und der SED, Verhaftung  
 1991 Verurteilung zu 18 Monaten Haft wegen Untreue, nach Anrechnung der Untersuchungshaft und Aussetzung der Haft freigelassen  
 1995 Anklage wegen der Todesschüsse an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze

**Ernst Timm**

(\* 1926, Brandenburg a. d. Havel, † 2005)



picture alliance

## Metallflugzeugbauer, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1937–1944 HJ  
 1943–1945 Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht  
 1945–1949 Kriegsgefangenschaft, Antifa-Schule  
 1950 Eintritt in die SED  
 1950–1955 verschiedene Funktionen in der FDJ  
 1955–1958 Besuch der Parteihochschule der SED  
 1958–1960 Sekretär der SED-KL Rostock-Stadt  
 1960–1967 verschiedene Funktionen in der SED-BL Rostock  
 1967–1975 1. Sekretär der SED-KL Rostock-Stadt  
**1975–1989 1. Sekretär der SED-BL Rostock**  
 ab 1976 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der Volkskammer  
 Nov./Dez. 1989 seiner Funktionen enthoben, Ausschluss aus der SED  
 1990 Untersuchungshaft  
 1991 Verurteilung wegen Untreue zu 18 Monaten Haft, nach Anrechnung der Untersuchungshaft und Aussetzung der Haft freigelassen

**Ulrich Peck**

(\* 1948, Stülrow)



picture alliance/ZB

## Elektromonteur, Elektroingenieur, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1963 Eintritt in die FDJ  
 1971–1980 verschiedene Funktionen in der FDJ-KL Wolgast,  
 ab 1976 1. Sekretär  
 1975–1976 Besuch der Bezirksparteischule der SED Rostock  
 1980–1982 Studium an der Parteihochschule der Kpdsu  
 1982–1987 1. Sekretär der FDJ-BL und Sekretär der SED-BL Rostock, Mitglied des Zentralrats der FDJ  
 1988–1989 1. Sekretär der SED-KL Rostock-Stadt  
**Nov. 1989–1990 1. Sekretär der SED-BL Rostock**  
 1990 stellvertretender Vorsitzender des PDS-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern  
 Seit 1990 Geschäftsmann

## SED-Bezirksleitung Schwerin

**Bernhard Quandt**

(\* 1903, Rostock, † 1999)



BArch, MFS, HA PS, Nr. 21, Bild 30

## Eisendreher

1920 Eintritt in die SAJ und in die SPD  
 1923 Eintritt in die KPD  
 1932 Militärpolitischer Lehrgang in Moskau  
 1932–1933 Abgeordneter des Mecklenburgischen Landtages  
 1933–1945 Mehrfache Inhaftierungen, ab 1939 Haft in den KZ Sachsenhausen und Dachau  
 1945 1. Sekretär der KPD-KL Güstrow  
 1946–1948 Sekretär der KPD- bzw. SED-LL Mecklenburg  
 1948–1951 Minister für Landwirtschaft des Landes Mecklenburg  
 Studium an der Parteihochschule der SED  
 1951–1952 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg  
**1952–1974 1. Sekretär der SED-BL Schwerin**  
 1953–1954; ab 1958 Abgeordneter der Volkskammer  
 ab 1958 Mitglied des ZK der SED  
 1973–1990 Mitglied des Staatsrats  
 ab 1990 Mitglied des Rats der Alten der SED/PDS

**Heinz Ziegner**

(\* 1928, Annarode, † 2015)



Archiv Neues Deutschland

## Kaufmann, Agraringenieur

1944–1945 Reichsarbeitsdienst, Kriegsgefangenschaft  
 1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED  
 1945–1950 Mitarbeiter des Rats des Kreises Hettstedt/  
 Mansfeld, Leiter des Statistischen Kreisamtes,  
 Abteilungsleiter der SED-KL Hettstedt  
 1950–1954 Abteilungsleiter der SED-KL Salzwedel,  
 ab 1953 1. Sekretär  
 1954 1. Sekretär der SED-KL Schönebeck  
 1954–1960 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Magdeburg  
 1956–1957 Studium an der Komsomol-Hochschule Moskau  
 1960–1969 Sekretär der SED-BL Magdeburg  
 1968 Abschluss eines Fernstudiums an der Agrar-  
 ingenieur-Schule Haldensleben  
 ab 1971 Mitglied des ZK der SED, Abgeordneter der  
 Volkskammer  
 1969–1974 2. Sekretär der SED-BL Schwerin  
**1974–1989 1. Sekretär der SED-BL Schwerin**  
 Nov./Dez. 1989 seiner Funktionen enthoben, Ausschluss aus  
 der SED, Rentner

**Hans-Jürgen Audehm**

(\* 1940, Gernrode im Harz)

## Lehrer, Slawist

1959–1963 Lehrstudium am Pädagogischen Institut Güstrow  
 1961 Eintritt in die SED  
 1963–1979 Wissenschaftlicher Assistent, Oberassistent  
 und Lehrstuhlleiter am Pädagogischen Institut/  
 Pädagogische Hochschule Güstrow  
 1975 Promotion im Fach Slawistik, 1981 Habilitation  
 1979–1989 Abteilungsleiter der SED-BL Schwerin, ab 1988  
 Sekretär  
**Nov./Dez. 1989 1. Sekretär der SED-BL Schwerin**  
 1990–1992 Wissenschaftlicher Oberassistent an der PH Güstrow  
 1994–1996 Bundesprogrammlehrer des Auswärtigen Amtes in  
 Russland  
 1996–2001 Pädagogischer Koordinator eines Programms  
 der GTZ  
 2002 Projektleiter an der DAA Schwerin<sup>497</sup>



## Autorinnen und Autoren

ChrHa	<b>Christian Halbrock</b> Dr., Jg. 1963; Ethnologe und Historiker, ehem. wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Vermittlung und Forschung des BStU	MHe	<b>Michael Heinz</b> Dr., Jg. 1979; Politikwissenschaftler und Historiker, Sachgebietsleiter Anträge und Ersuchen, politische Bildung des Stasi-Unterlagen-Archivs Rostock
DMü	<b>Daniela Münkel</b> Prof., Jg. 1962; Historikerin, Forschungsleiterin des Stasi-Unterlagen-Archivs	RKa	<b>Ralph Kaschka</b> Dr., Jg. 1972; Geograf und Historiker, Mitarbeiter im Bereich Persönliche Akteneinsicht der Zentralstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs
ECa	<b>Elise Catrain</b> Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des BStU	SSc	<b>Stephanie Schlesier</b> Dr., Jg. 1978; Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasi-Unterlagen-Archivs
GCa	<b>Gabriele Camphausen</b> Dr., Jg. 1957; Historikerin, Referatsleiterin in der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasi-Unterlagen-Archivs	SSt	<b>Sebastian Stude</b> Jg. 1979; Referent Ausstellungen/Öffentlichkeitsarbeit in der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung
HBi	<b>Henrik Bispinck</b> Dr., Jg. 1973; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasi-Unterlagen-Archivs	VHö	<b>Volker Höffer</b> Dr., Jg. 1963; Historiker, Leiter des Stasi-Unterlagen-Archivs Rostock
HHe	<b>Helge Heidemeyer</b> Dr., Jg. 1963; Historiker, ehem. Leiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
KSo	<b>Konstanze Soch</b> Dr., Jg. 1988; Kulturwissenschaftlerin und Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Vermittlung und Forschung des Stasi-Unterlagen-Archivs		

## Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe		sellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«
AOP	Archivierter operativer Vorgang (MfS)		
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst der DDR; Vorgängerorganisation der HVA		
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang (MfS)		
		JHS	Juristische Hochschule des MfS
BArch	Bundesarchiv		
BL	Bezirksleitung	K 5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)
BPO	Betriebsparteiorganisation		
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
		KD	Kreisdienststelle (MfS)
ČSR	Tschechoslowakische Republik	KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	KJS	Kinder- und Jugendsportschule
		KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
DAA	Deutsche Angestellten-Akademie GmbH	KL	Kreisleitung
DDR	Deutsche Demokratische Republik	KoKo	Kommerzielle Koordinierung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei; Westdeutsche Nachfolgepartei der KPD mit engen ideologischen und finanziellen Verbindungen zur SED	KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
		KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
DVP	Deutsche Volkspolizei	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
		KVP	Kasernierte Volkspolizei (DDR)
		KZ	Konzentrationslager
FC	Fußballclub		
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund – Einheitsgewerkschaft (DDR)	LDP	Liberal-Demokratische Partei
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatsstreuere Jugendorganisation	LL	Landesleitung
		LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
FSLN	Sandinistische Nationale Befreiungsfront; von der DDR unterstützte Bewegung in Nicaragua		
		MdI	Ministerium des Innern
		MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
		MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti – (russ.) Ministerium für Staatssicherheit; UdSSR 1946–1953
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS) – seit 1968; seit 1980 registrierpflichtig; besondere Form der inoffiziellen Zusammenarbeit	MS	Motorschiff
		MTS	Maschinen-Traktoren-Station
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit		
		ND	Neues Deutschland, Zentralorgan des ZK der SED
HA	Hauptabteilung	NF	Neues Forum
HJ	Hitlerjugend	NKWD	Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del – (russisch) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; 1917–1946; umfasste 1934–1943 auch den Staatssicherheitsdienst der UdSSR
HM	Hauptamtliche Mitarbeiter		
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall		
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Ge-	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
		OD	Objektdienststelle (MfS) – Dienst Einheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeu-



	tender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD	VP	Volkspolizei (DDR)
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)	VPKA	Volkspolizeikreisamt
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsespionage	VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
		ZK	Zentralkomitee (SED)
OV	Objektverwaltung		
OV	Operativer Vorgang – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)		
PCE	Kommunistische Partei Spaniens		
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus; ab 1990 Nachfolgepartei der SED		
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend		
SBZ	Sowjetische Besatzungszone		
SC	Sportclub		
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands		
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit; zwischen 1953 und 1955 war das MfS als Staatssekretariat dem Ministerium des Innern der DDR unterstellt		
SMAD	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)		
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands		
SPK	Staatliche Plankommission		
StGB	Strafgesetzbuch		
StPO	Strafprozessordnung		
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken		
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Abspaltung von der SPD in der Weimarer Republik		
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben		

### Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Mecklenburg-Vorpommern

Hinweise zur Fachliteratur finden sich auch in den Anmerkungen.	Haferburg, Manfred: Wohn-Haft. Königswinter b. Bonn 2013.
Baumann, Christiane: Die Zeitung »Freie Erde« (1952–1990). Kader, Themen, Hintergründe – Beschreibung eines SED-Bezirksorgans. Hg. v. LStU Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2013.	Halbrock, Christian: »Freiheit heißt, die Angst verlieren« Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebezirk Rostock. Berlin 2015.
Beleites, Johannes: Schwerin, Demmlerplatz: Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Schwerin. Schwerin 2001.	Heinz, Michael: Von Mähdreschern und Musterdörfern: Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens. Berlin 2011.
Bennewitz, Inge: Die wahre Geschichte der »Glatzkopfbande«. Ein Film und seine Hintergründe. In: Apropos: Film 2001. Das Jahrbuch der DEFA-Stiftung. Berlin 2001, S. 232–260.	Herbstritt, Georg: Marlow 1968. Aufbruchstimmung und Repression in einer mecklenburgischen Kleinstadt. In: Zeitgeschichte regional 6 (2002) 2, S. 45–52.
Bennewitz, Inge: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze: Analysen und Dokumente, Berlin 2012.	Höffer, Volker: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. Berlin 1997.
Birthler, Marianne: Biermann in Prenzlau (1976). In: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau (2010) 16, S. 205–214.	Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz. Göttingen 2014.
Crome, Erhard; Franzke, Jochen: DDR-Bürger und Perestroika. Eine Rekonstruktion unter Verwendung von Stimmungsberichten des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Berliner Debatte Initial 8 (1997) Heft 1/2, S. 155–170.	Judt, Matthias: Der Bereich Kommerzielle Koordination. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität. Berlin 2013.
Drescher, Anne: Haft am Demmlerplatz. Gespräche mit Betroffenen. Sowjetische Militärtribunale. Schwerin 1945 bis 1953. Schwerin 2004.	Kaschka, Ralph: Leistungssport im Visier der Stasi – Das MfS und der SC Traktor Schwerin. Berlin 2017.
Drescher Anne (u. a.): »Recht muss doch Recht bleiben«. Das Justizgebäude am Schweriner Demmlerplatz in sechs Epochen deutscher Geschichte. Schwerin 1999.	Köhler, Siegfried: Der Überseehafen Rostock unter Kontrolle der Staatssicherheit. Schwerin 2012.
Eisenfeld, Bernd; Schicketanz, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die »Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte« in der NVA. Berlin 2011.	Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung: zur Arbeit der Enquete-Kommission; Anträge, Debatten, Berichte. Schwerin 1996.
Frank, Rahel: Die Auflösung: das Ende der Staatssicherheit in den drei Nordbezirken. Schwerin 2010.	Melis, Damian van: Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945–1952. Schwerin 1999.
Frank, Rahel: »Realer – Exakter – Präziser«? Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2004.	Pohlmann, Friederike: Hotel der Spione. Das »Neptun« in Warnemünde. Schwerin 2008.
Gentzen, Udo: »Niemand wußte, wohin wir gebracht werden ... «: Zwangsausgesiedelte von 1952 und 1961 berichten über ihr Schicksal. Hagenow u. a. 1993.	Reinicke, Gerd: Öffnen, Auswerten, Schließen. Die Postkontrolle des MfS im Bezirk Rostock. Schwerin 2004.
	Schmidt, Helmuth; Weischer, Heinz: Zorn und Trauer. Als politischer Gefangener in Zuchthäusern der DDR. Essen 2006.
	Schwabe, Klaus: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern. Schwerin 2007.
	Stude, Sebastian: Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald. Berlin 2018.



Teske, Regina: Staatssicherheit auf dem Dorfe: zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958. Berlin 2006.

Vogt-Müller, Christine: Hinter dem Horizont liegt die Freiheit. Flucht über die Ostsee. Schicksale – Fotos – Dokumente. Bielefeld 2003.

## Impressum

**Bundesarchiv**  
– Stasi-Unterlagen-Archiv –  
Abteilung Vermittlung und Forschung  
10106 Berlin  
publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung  
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung  
Besonderer Dank gilt Dr. Gabriele Camphausen, Dr. Helge Heidemeyer, Dr. Georg Herbstritt, Paul Jahnke und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstellen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archiv wurde diese Publikation erst möglich.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €  
2. geringfügig korrigierte Auflage, Berlin 2023

ISBN 978-3-946572-64-0  
Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465726405



# MECKLENBURG-VORPOMMERN



ISBN 978-3-946572-64-0

